

Wiener Stadt-Bibliothek.

57291 F

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FOR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Donnerstag, 1. Juli 1954

Blatt 1164

Foto-Wettbewerb "Unser Wien" bis 17. August verlängert =====

1. Juli (RK) Anlässlich der Ausstellung "Unser Wien" hat das Kulturamt der Stadt Wien einen Foto-Wettbewerb ausgeschrieben, der das neue Wien zum Thema hat. Bilder von neuen Bauten, Kindergärten, Sportplätzen, Gartenanlagen, kulturellen Schöpfungen, Krankenhäusern, Altersheimen, Straßen und Brücken, Maschinen und Geräten, um nur einige Themengruppen zu nennen, sollen im Zusammenhang mit Menschen gezeigt werden. Im allgemeinen sind jedoch in dem Foto-Wettbewerb keine Grenzen gesetzt, sofern nur das neue Wien mit seinem vielfältigen Leben Ausdruck findet. Der Einsendetermin ist um einen Monat verlängert worden. Die Fotos müssen somit bis spätestens 17. August unmontiert, mit einem Mindestformat von 24 x 30 cm, an die Leitung der Ausstellung, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, Zimmer 71, eingesendet werden. Sie müssen auf der Rückseite in Blockschrift Titel, Name und Adresse des Herstellers tragen. Es können höchstens sechs Fotos pro Person eingesendet werden. Die Bilder müssen fortlaufend numeriert sein.

Für das beste Foto ist ein Preis von 5.000 Schilling ausgesetzt. Der zweite Preis beträgt 3.000 Schilling und der dritte Preis 2.000 Schilling. Außerdem sind mehrere Anerkennungspreise in Form von Ankäufen vorgesehen.

Die Jury tritt spätestens am 31. August zusammen.

Glanzvolle Abendserenade im Arkadenhof
=====

1. Juli (RK) Das gestrige erste Serenadenkonzert im großen Arkadenhof des Wiener Rathauses war ein außergewöhnlicher Erfolg. Schon eine halbe Stunde vor Beginn strömten die Menschen durch das Tor in der Lichtenfelsgasse. In der abendlichen Kühle des Arkadenhofes saßen mehr als 1.300 Zuhörer, darunter zahlreiche Ausländer und vor allem viele junge Leute. Zu diesem Konzert waren auch mehrere Stadträte, Gemeinderäte und Bezirksvorsteher sowie zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens erschienen. Die Aufführung war von außerordentlich gutem Wetter begünstigt. Auf dem Programm standen die Ouvertüre "Ruy Blas" von Felix Mendelssohn-Bartholdy, die 3. Symphonie D-Dur von Franz Schubert, die Abendmusik von Hermann Grabner und "Don Juan" von Richard Strauss. Die Wiener Symphoniker und ihr Dirigent Dr. Wilhelm Schönherr fanden großen Beifall.

Das zweite Serenadenkonzert im Arkadenhof findet Samstag, den 3. Juli, um 20 Uhr, statt. Es spielt das große Wiener Funkorchester unter Karl Etti. Es ist wieder ein erlesenes Programm vorgesehen. An die Ouvertüre in D-Dur von Franz Schubert reihen sich die "Aufforderung zum Tanz" von C.M.v. Weber - H. Berlioz, die Musik zu "Ein Sommernachtstraum" von Felix Mendelssohn-Bartholdy, die Sakuntala-Ouvertüre von Karl Goldmark, der Tanz der Sklavinnen aus der Oper "Scheherazade" von Robert Fanta und das Italienische Capriccio von Peter Iljitsch Tschaikowsky. Karten zum Preis von 5 Schilling sind im Vorverkauf bei den Portieren des Rathauses erhältlich. Die restlichen Karten werden jeweils eine Stunde vor Beginn des Konzertes an der Abendkasse im Rathaus verkauft.

Wagramer Straße wegen Kanalarbeiten gesperrt
=====

1. Juli (RK) Wegen Kanalarbeiten ist ab Montag, den 12. Juli, bis Ende des Jahres die Wagramer Straße vom Kagraner Platz bis Aderklaaer Straße in der Fahrtrichtung stadtwärts für jedes Fuhrwerk gesperrt.

Morgen Freitag:Sommerkonzerte im Herderpark und Märzpark
=====

1. Juli (RK) Morgen Freitag, den 2. Juli, um 17.30 Uhr, finden im 11. und im 15. Bezirk Sommerkonzerte statt. Im Herderpark konzertiert die Musikkapelle der Wiener Gaswerke, im Märzpark die Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe. Der Zutritt zu diesen Veranstaltungen ist frei.

Ferkelmarkt vom 30. Juni
=====

1. Juli (RK) Aufgebracht wurden 148 Ferkel, verkauft wurden 102. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 229 S, 7 Wochen 263 S, 8 Wochen 307 S, 10 Wochen 348 S, 12 Wochen 405 S.

Der Marktbetrieb war mäßig.

Theodor Herzl zum Gedenken
=====

1. Juli (RK) Auf den 3. Juli fällt der 50. Todestag des Begründers des modernen Zionismus Dr. Theodor Herzl.

Am 2. Mai 1860 in Pest geboren, studierte er an der Wiener Universität Rechtswissenschaften und trat schon frühzeitig als Schriftsteller, vor allem als Dramatiker, Erzähler, Feuilletonist und Berichterstatter hervor. Als Korrespondent der Neuen Freien Presse weilte er mehrere Jahre in Paris, wo er sich mit weltpolitischen Problemen und besonders mit der Frage des Judentums befaßte. Das Anwachsen des internationalen Antisemitismus veranlaßte ihn, in Wort und Schrift für die Vereinigung seines Volkes in einem eigenen staatlichen Gebilde einzutreten. Diesem Gedanken war seine 1896 erschienene Schrift "Der Judenstaat" gewidmet, die bereits konkrete und praktische Vorschläge enthielt. Es gelang ihm, den ersten allgemeinen Zionistenkongreß in Basel einzuberufen, der sich zu einem großen Erfolg seiner Ideen gestaltete. Herzl wurde zum Präsidenten gewählt und konnte in der Folge viele wert-

volle Verbindungen aufnehmen, so daß die Bewegung immer mehr erstarkte. In gleicher Weise wuchs aber auch die Gegnerschaft. Die Überbelastung seiner Kräfte infolge der übernommenen Arbeit war die Ursache, daß er im 45. Lebensjahr einem Herzleiden erlag. Die palästinensische Regierung ließ 1949 seine Leiche auf dem Döblinger Friedhof exhumieren und in einem Mausoleum in Israel beisetzen. Theodor Herzls Bedeutung ging weit über die Tätigkeit eines politischen Zionisten hinaus. Er trat auch für die Friedensbewegung ein und bewies in seinen Schriften Verständnis für die Notwendigkeit sozialer Reformen.

Schwedische Lehrer im Wiener Rathaus
=====

1. Juli (RK) Vizebürgermeister Honay empfing heute vormittag im Wiener Rathaus eine Gruppe von 30 Lehrerinnen und Lehrern aus Scheden, die zu einem Studienaufenthalt nach Wien gekommen sind. Er begrüßte die Gäste im Namen der Stadtverwaltung und wünschte ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt. Der Vizebürgermeister informierte die Gäste über die Leistungen im Wiederaufbau der Stadt, namentlich auf dem Gebiet der Jugendfürsorge und des Schulwesens. Die Gemeinde Wien hat dem Schulwesen ihr besonderes Augenmerk zugewendet. In den Nachkriegsjahren wurden 20 neue Schulen errichtet und 83 bombenbeschädigte Schulhäuser aufgebaut. Der Modernisierungsprozeß in den Wiener Schulen ist gleichfalls weitgehend fortgeschritten: 96.000 Wiener Schulkindern stehen bereits neuzeitliche Schulmöbel zur Verfügung. Die Feststellung des Vizebürgermeisters, daß jedes Wiener Schulkind ohne Unterschied alle Lernmittel bis zum Bleistift von der Stadtverwaltung gratis bekommt, hat die Lehrer aus Schweden besonders beeindruckt.

Vizebürgermeister Honay benützte die Gelegenheit, um den schwedischen Gästen für die tatkräftige Hilfe zu danken, die das ganze schwedische Volk in Zeiten der schwersten Not den Wienern zukommen ließ.

Vorverlegung der Entnivellierung in allen StädtenÖsterreichs

1. Juli (RK) Das Sekretariat des Österreichischen Städtebundes gibt bekannt, daß bereits der Finanzausschuß des Städtebundes in seiner Sitzung vom 16. Juni 1954 den Beschluß gefaßt hat, den gleichen Termin für die 2. Etappe des Entnivellierungsverfahrens für die Gemeindebediensteten einzuhalten, den der Bund für die Bundesangestellten bestimmen wird. Der Hauptausschuß des Städtebundes hat daher in seiner Sitzung in Bregenz am vergangenen Montag beschlossen, den österreichischen Städten zu empfehlen, die 2. Etappe der Entnivellierung am 1. Oktober 1954 wirksam werden zu lassen. Einem von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten beim Sekretariat des Städtebundes vorgebrachten Wunsche Rechnung tragend, wird den Städten auch empfohlen werden, die starren Nebenbezüge, soweit sie als Abgeltung für Mehrdienstleistungen gewährt werden, im gleichen Ausmaße wie die Hauptbezüge und zur gleichen Zeit zu erhöhen. Auch die 3. Etappe der Erhöhung der Familienzulagen wird am 1. August in den Städten wirksam werden.

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Juli

1. Juli (RK) Im Juli sind nachstehende Abgaben fällig:
- 1. Juli: Überhöhungsabgabe.
 - 10. Juli: Getränkesteuer für Juni,
Gefrorenessteuer für Juni,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Juni,
Ankündigungsabgabe für Juni.
 - 14. Juli: Anzeigenabgabe für Juni.
 - 15. Juli: Lohnsummensteuer für Juni.
 - 25. Juli: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Juli.

Rindernachmarkt vom 1. Juli
=====

1. Juli (RK) Unverkauft: 16 Ochsen, 6 Stiere, 3 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 27. Inland Neuzuführen: 2 Ochsen, 23 Stiere, 30 Kühe, 1 Kalbin, Summe 56. Gesamtauftrieb: 18 Ochsen, 29 Stiere, 33 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 83. Verkauft wurden: 4 Ochsen, 17 Stiere, 27 Kühe, 1 Kalbin, Summe 49. Unverkauft blieben: 14 Ochsen, 12 Stiere, 6 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 34.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

Schweinenachmarkt vom 1. Juli
=====

1. Juli (RK) Neuzuführen: 10 Fleischschweine. Verkauft wurden alle. Kontumazanlage: 66 Stück.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 2. Juli 1954

Blatt 1170

Samstag nachmittag um 15 Uhr:

Parade der Kehrmaschinen auf dem Rathausplatz
=====

2. Juli (RK) Als Beitrag zur "Reinhalungswoche" werden Samstag, den 3. Juli, um 15 Uhr, im Rahmen der Ausstellung "Unser Wien" auf dem Rathausplatz der Öffentlichkeit die modernsten Kehr-, Spreng- und Waschmaschinen vorgeführt. Den Wienern wird so die seltene Gelegenheit geboten, die neuesten technischen Errungenschaften der Straßenpflege auf einmal in Betrieb zu sehen. Unter den Fahrzeugen befinden sich auch ausgesprochene "Nachtfalter", Reinigungsmaschinen, die sonst nur bei Nachtschichten ausfahren. Auch die neuen Riesenstaubsauger und die Straßenwaschmaschinen der Gemeinde Wien werden bei dieser Parade mitwirken.

Die Entnivellierung erfolgt einheitlich
=====

2. Juli (RK) In der gestrigen Verlautbarung des Städtebundes über die Vorverlegung der 2. Entnivellierungsetappe für die Gemeindebediensteten wurde infolge eines Schreibfehlers die Erhöhung der Familienzulagen schon für den 1. August dieses Jahres angekündigt. Es handelt sich auch in diesem Falle um eine Forderung, die von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes einheitlich erhoben wurde und die ihre Erfüllung selbstverständlich zugleich mit der übrigen Entnivellierungsaktion mit 1. Oktober 1954 finden wird. Dies gilt daher auch für die Gemeindebediensteten.

Wohnplätze für Universitätshörer
=====

2. Juli (RK) Im Studentenheim des Asylvereines der Wiener Universität, Wien 9, Porzellangasse 30, werden für das Wintersemester 1954/55 Wohnfreiplätze an bedürftige und würdige Hörer der Wiener Universität vergeben. Aufnahmegesuche sind bis 1. August in der Verwaltungskanzlei einzureichen und mit Staatsbürgerschaftsnachweis, Mittellosigkeitszeugnis und Studiennachweis zu belegen. Formulare sind in der Verwaltungskanzlei erhältlich.

Es wird ersucht, Angebote von Gelegenheitsarbeiten und Nachhilfestunden sowie Bücher- und Kleiderspenden an die gleiche Adresse bekanntzugeben. (Tel. A 19-0-71.)

Gebietsänderung und Wahlgesetz vom Wiener Landtag beschlossen
=====

2. Juli (RK) Der Wiener Landtag trat heute unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek zu seiner Sitzung zusammen, um das Bezirkseinteilungsgesetz 1954, sowie die Gesetzesvorlagen über die Wahlen in den Gemeinderat und die Bezirksvertretungen im Jahre 1954, über die Abänderung der Gemeindevahlordnung der Stadt Wien und über die Vorbereitung der Wahlen in den Landtag von Niederösterreich im Jahre 1954 zu verabschieden.

Im Einlauf befand sich ein Antrag der Abg. Schwaiger und Vlach (ÖVP), betreffend die Schaffung eines Wiener Landessportgesetzes.

Sodann berichtete Stadtrat Afritsch über das Bezirkseinteilungsgesetz 1954. Wie er ausführte, wurden 1938 98 ehemals selbständige niederösterreichische Ortsgemeinden mit dem Gebiet der Stadt Wien vereint. Die Provisorische Staatsregierung war bei der Wiederherstellung Österreichs von dem Gedanken geleitet, die alte Ländereinteilung wieder einzuführen. Die Alliierte Kommission für Österreich hat nach achtjährigen Verhandlungen im vergangenen Monat die Zustimmung zur Änderung der Grenzen unter gewissen Bedingungen gegeben. Alle

Gebietsänderungsgesetze werden nunmehr am 1. September 1954 in Kraft treten.

Um nun den ordnungsmäßigen Ablauf der Verwaltung zu gewährleisten, ist es notwendig, die Bezirke neu einzuteilen.

Zur Gänze in Wegfall kommt darnach der 24. Bezirk (Mödling). Vom bestehenden 23. Bezirk (Schwechat) verbleiben bei Wien nur Albern, Ober-Laa, Rothneusiedl und Unter-Laa, und vom 26. Bezirk (Klosterneuburg) der südliche Teil der Kuchelau und der Exelberg. Daher werden die bisherigen Bezirke Schwchat, Mödling und Klosterneuburg in einer neuen Wiener Bezirkseinteilung nicht mehr aufscheinen.

Vom bisherigen 21. Bezirk fallen 9 Ortsgemeinden, vom 22. Bezirk 13 und vom 25. Bezirk (Liesing) 5 wieder an das Bundesland Niederösterreich zurück. Von diesen drei Bezirken verbleiben jedoch immerhin noch Gebietsteile bei Wien, die eine solche Größe aufweisen, daß sie als eigene Gemeindebezirke belassen werden können.

Unter Berücksichtigung der von der Alliierten Kommission gestellten Bedingung, daß die ehemals niederösterreichischen Ortsgemeinden, die weiterhin bei Wien bleiben und sämtliche in der Sowjetischen Besatzungszone liegen, auch weiterhin in dieser Zone verbleiben müssen, ergibt sich zwangsläufig folgende Neuregelung:

Die Bezirke 1, 3 bis 9, 11 bis 13, 15 bis 20 behalten ihr bisheriges Bezirksgebiet. Zum 2. Bezirk wird Albern zugeschlagen, damit es im Sowjetischen Zonengebiet verbleibt.

Die Katastral-Gemeinden Unter-Laa, Ober-Laa und Rothneusiedl - exklusive Rustenfeld - kommen zum 10. Bezirk. Der 14. Bezirk verringert sich um das Gebiet von Purkersdorf, Hadersdorf und Weidlingau.

Der 21. Bezirk vermindert sich um die ehemaligen Gemeinden Bisamberg, Enzersfeld, Flandorf, Gerasdorf, Hagenbrunn, Klein-Engersdorf, Königsbrunn, Lang-Engersdorf und Seyring.

Vom 22. Bezirk kommen die ehemaligen niederösterreichischen Gemeinden Andlersdorf, Franzensdorf, Glinzendorf, Groß-Engersdorf, Großhofen, Mannsdorf, Mühlleiten, Oberhausen, Prostdörf, Raasdorf, Rutzendorf, Schönau und Wittau in Wegfall.

Zwischen dem 21. und 22. Bezirk wird eine Grenze gezogen, nach welcher das Siedlungsgebiet nördlich der Brücke der Roten Armee zu beiden Seiten der Wagramer Straße zum 22. Bezirk fällt. Der neue 22. Bezirk erhält die Bezeichnung "Donaustadt".

Vom bisherigen 25. Bezirk (Liesing) kommen die Gemeinden Breitenfurt, Kaltenleutgeben, Laab im Walde, Perchtoldsdorf und Vösendorf in Wegfall. Er wird der neue 23. Bezirk, dem noch Auhof, Hadersdorf, Weidlingau und der südliche Teil von Weidlingbach zugeschlagen werden.

Wenn diese neue Einteilung auch nicht voll befriedigt - mußte sie ja doch auf die jetzt geltende Einteilung der Besatzungszonen Rücksicht nehmen -, so entspricht sie im großen und ganzen doch den Erfordernissen, die an eine ordnungsgemäße Verwaltung gestellt werden müssen. Abschließend verwies Stadtrat Afritsch auf die Notwendigkeit einer Revision dieser Grenzen, die von einem Großteil der Bevölkerung der Randgemeinden gewünscht wird. Die wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Verbindungen bleiben weiterhin bestehen.

Abg. Wicha (WdU) verweist darauf, daß es die beiden Koalitionsparteien nach dem Jahre 1945 sehr eilig hatten, das unter der deutschen Verwaltung geschaffene Eingemeindungsgesetz wieder rückgängig zu machen. Trotz Wiedereinführung der Demokratie in Österreich hat man die Bevölkerung der betroffenen Gebiete nicht um ihre Stellungnahme gefragt. Diese Tatsache spricht dafür, daß wir in Österreich statt einer echten Demokratie eine Zwei-Parteien-Diktatur haben, die sich ausschließlich von parteipolitischen und fiskalischen Gesichtspunkten leiten läßt. In den letzten acht Jahren wäre Zeit genug gewesen, eine Volksabstimmung herbeizuführen und dem Willen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Die nunmehr vorgesehene neue Bezirkseinteilung kann höchstens problematischen, bestenfalls provisorischen Charakter haben. Da auch die Grenzziehung der neuen 23 Bezirke in völlig unmöglicher Weise vorgenommen wurde, werden die Abgeordneten der WdU gegen das vorliegende Gesetz stimmen und fordern nach wie vor die Durchführung einer Volksabstimmung.

Abg. Lauscher (LBl.) betont, daß durch das vorliegende Gesetz 80 Randgemeinden von Wien abgetrennt und zu Niederösterreich kommen sollen, obwohl es sich hier um Menschen handelt, die sich als Wiener fühlen, und um Gebiete, die seit Jahrzehnten organisch mit Wien verbunden sind. Der Redner verliest einen Brief des Siedlervereines Rustenfeld, in dem die Bitte ausgesprochen wird, bei der neuen Grenzziehung auch das Gebiet der Gemeinde Rustenfeld bei Wien zu belassen, da diese Gemeinde gar nicht lebensfähig wäre, wenn sie von Ober-Laa, das bei Wien bleibt, abgetrennt würde.

Man könnte, betont Abg. Lauscher, noch viele andere Beispiele anführen, die zum Ausdruck bringen, wie unverständlich, wie unvernünftig, wie unmenschlich und gegen die Interessen Wiens gerichtet die Abtrennung vieler Gemeinden von Wien ist.

Er verweist darauf, daß im Jahre 1946 die Kommunisten sowohl im Wiener Landtag, im Niederösterreichischen Landtag als auch im Nationalrat gegen das Gebietsänderungsgesetz gestimmt haben. Da seit der Beschlußfassung über dieses Gesetz acht Jahre vergangen sind, wäre genügend Zeit zu neuen Verhandlungen zwischen Wien und Niederösterreich zur Verfügung gestanden, um eine Grenzziehung zu gewährleisten, die den Wünschen der Bevölkerung und den Interessen der Stadt Wien entsprochen hätte. ÖVP und SPÖ haben ihr Versprechen vom Jahre 1946, den Willen der Bevölkerung der Randgemeinden zu respektieren und eine günstigere Grenzziehung durchzusetzen, nicht gehalten. Die ÖVP Niederösterreichs habe sich in dieser Frage nur von parteipolitischen Machterwägungen leiten lassen. Die SPÖ Wiens habe vor der ÖVP kapituliert, und im Interesse der Erhaltung der Koalition eine Grenzregelung zugunsten Wiens geopfert.

Es ist auch völlig falsch, wenn die ÖVP behauptet, daß die Randgemeinden durch eine Abtrennung von Wien keine Nachteile erleiden. Vor allem sind sie nicht in der Lage, den Wohnhausbau im selben Ausmaße durchzuführen wie die Gemeinde Wien, weil sie finanziell schwächer sind. Auch wären die Randgemeinden nicht imstande, von sich aus gleich hohe Fürsorgeunterstützungen auszubezahlen wie die Gemeinde Wien.

Die Gemeinden sind auch nicht in der Lage, Fortbildungsschulen zu erhalten. Sie verfügen auch nicht über entsprechende Spitäler. Die Kinder aus diesen Gemeinden können künftig nicht mehr gratis die Hilfsschulen in Wien besuchen. In den Gemeinden, die zu Niederösterreich kommen, müssen die Eltern die Schulbücher selbst bezahlen, und es gibt dort auch keine kostenlosen Säuglingswäschepakete.

Die Vertreter der WdU, die in Österreich die Interessen der gestrandeten Existenzen des Dritten Reiches vertreten, haben kein Recht, in diesem Hause von Demokratie und Selbstbestimmungsrecht zu reden.

In einem Beschlußantrag fordert der Redner, daß sich der Wiener Landtag mit jenen Kräften solidarisch erklären soll, die eine Volksbefragung in den betroffenen Gebieten verlangen. Der Wiener Landtag soll neuerlich erklären, daß die durch das Gebietsänderungsgesetz festgelegten Grenzen zwischen Wien und Niederösterreich nicht dem Bedürfnis der Stadt Wien und dem Willen der Bevölkerung entsprechen. Für die Festsetzung der Grenzen muß der freie und demokratisch ausgedrückte Wille der Bevölkerung der betreffenden Gebiete entscheidend sein. Der Landtag von Wien soll daher den Landeshauptmann beauftragen, unverzüglich die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um die Meinung der Bevölkerung der Randgebiete festzustellen. Diesem auf freie und demokratische Weise zum Ausdruck gebrachten Willen der Bevölkerung soll sodann durch eine entsprechende Novellierung des Gebietsänderungsgesetzes Rechnung getragen werden.

Abg. Schwaiger (ÖVP) erinnert daran, daß 1946 sowohl der Wiener wie der Niederösterreichische Landtag als auch das österreichische Parlament das sogenannte Gebietsänderungsgesetz beschlossen und bestätigt haben. Trotz des eindeutigen Beschlusses dreier maßgebender gesetzgebender Körperschaften unseres Landes konnte das Gesetz nicht in Kraft treten, weil die Freiheit Österreichs noch nicht gegeben ist und die russische Besatzungsmacht jahrelang die Zustimmung verweigert hat. Es scheint nun, daß alle Interventionen der Kommunistischen Partei bei der russischen Besatzungsmacht nicht verhindern konnten, daß der eindeutige Wille zweier Landtage und

des Parlamentes endlich zum Durchbruch gekommen ist.

Die Lösung der Frage der Randgemeinden wäre wohl wesentlich ruhiger verlaufen, wenn nicht am 17. Oktober sowohl in Wien als auch in Niederösterreich Landtagswahlen durchgeführt würden. So versuchen vor allem die Kommunisten, aber auch die Sozialisten, aus dem in Kraft getretenen Gebietsänderungsgesetz für die Wahlen politisches Propagandamaterial herauszuschlagen. Die Volkspartei ist der Meinung, daß das Wiener Gebietsabtrennungsgesetz einmal in Kraft zu treten hat und dann die Zeit sprechen soll. Im Jahre 1938 hat niemand die Gemeinden gefragt, ob sie einverstanden sind, daß sie nach Wien eingemeindet werden. (Zustimmung bei der ÖVP.) Unsere Meinung zu der Randgemeindenfrage ist: Ziehen wir die notwendigen Konsequenzen und lassen wir, wenn wir wieder in unserem gesamten Lande geordnete Verhältnisse und keine Besatzungsmacht mehr haben, die Bevölkerung dieser Ortschaften und nicht irgendwelche Parteistrategen in dieser Frage reden und entscheiden! (Beifall bei der Volkspartei.)

Präsident Marek erteilt hierauf dem Dritten Präsidenten des Landtages Lötsch das Wort.

Abg. Lötsch (SPÖ) stellt einleitend fest, daß das vor acht Jahren beschlossene Gebietsänderungsgesetz eigentlich schon lange überholt ist. Wenn es heute zur Beratung stünde, würde es wahrscheinlich andere Voraussetzungen zur Grundlage haben. Schon lange vor 1938 waren Bestrebungen der verschiedenen an der Peripherie gelegenen Ortsteile im Gange, eine Eingemeindung in die Gemeinde Wien zu erreichen. Diese Bestrebungen sind auch begreiflich, denn die Arbeiter und Angestellten in diesen Randgebieten haben zu einem großen Teil ihre Arbeitsstätten in Wien. Die durch die Schaffung von Groß-Wien hinzugekommenen Gemeinden haben nicht ein einheitliches organisches Verwaltungsgebiet gebildet, sondern den verschiedenen Behörden technische Schwierigkeiten bereitet. Der Nationalrat beschloß deshalb schon im Jahre 1946, daß ein Großteil der seit 1938 an Wien angeschlossenen Gemeinden wieder nach Niederösterreich zurückgeführt werden soll. Jetzt erst, nach acht Jahren, hat dieses Gesetz die Genehmigung durch den Alliierten Rat gefunden und kann in Kraft treten.

Die Randgemeinden waren in all den Jahren formell noch immer Teile von Wien und wurden auch von Wien aus verwaltet. Ihre gewählten Vertreter waren jedoch nicht im Gemeinderat und im Landtag von Wien vertreten; sie saßen im Landtag von Niederösterreich. Die Bewohner der Randgemeinden waren für den Wiener Gemeinderat nicht wahlberechtigt. Sie konnten daher auch nicht die in der Wiener Gemeindeverfassung vorgesehenen Bezirksvertretungen wählen. Als die niederösterreichischen Gemeinden im Jahre 1950 zum ersten Male wieder ihre Gemeindevertretungen wählten, waren die Randgemeinden auch von dieser Wahl ausgeschlossen. Die Bevölkerung der Randgemeinden war also in all den Jahren ohne Vertretung, weil ihre Abgeordneten im Niederösterreichischen Landtag natürlich keinen Einfluß auf die Verwaltung durch die Stadt Wien hatten.

Wir begrüßen daher das Inkrafttreten des Gebietsänderungsgesetzes, erklärt Abg. Lötsch, weil es wieder normale Verhältnisse schafft. Wenn im nächsten Jahr die Gemeindevertretungen in Niederösterreich neu gewählt werden, dann werden endlich auch die Randgemeinden eigene, nach dem Willen der Bevölkerung zusammengesetzte Selbstverwaltungskörperschaften erhalten. Die vier heute dem Landtag vorliegenden Gesetze schaffen klare Verhältnisse für die Verwaltung der Gemeinde Wien und des Landes Niederösterreich.

Die Regelung des Gebietsänderungsgesetzes findet gewiß nicht überall ungeteilte Zustimmung. Die vorwiegend industriellen Gemeinden waren und sind der Meinung, das Gesetz trage der organischen Entwicklung Wiens nicht Rechnung. Wien braucht auch Siedlungsgründe. In Breitenfurt zum Beispiel gibt es Gründe, wo man mehr als 2.000 Siedlerstellen errichten könnte.

Wir haben erlebt, welche Bewegung das Inkrafttreten der Gebietsänderung in den in Frage kommenden Gemeinden ausgelöst hat. In vielen Gemeinden, die an Niederösterreich zurückfallen, wurde sehr stürmisch der Wunsch zum Ausdruck gebracht, bei Wien zu bleiben. Die Verhandlungen über das Randgemeindenproblem, die jahrelang geführt wurden, sind nie abgebrochen worden, aber sie haben nicht zu dem gewünschten Resultat geführt. Eine Volksbefragung setzt die notwendigen

bundesgesetzlichen Verfassungsbestimmungen voraus, die diese Volksabstimmung möglich machen. Wir haben dieses Gesetz nicht, und die Zeit ist momentan für neue Bundesverfassungsgesetze nicht günstig. Den Randgemeinden ist gewiß mit einer Hinausschiebung der endgültigen Entscheidung nicht gedient, es wird aber die Zeit kommen, in der man durch Verhandlungen zu dem gewünschten Ziele kommen wird. (Abg. Lauscher: Das sind große Worte! Wir werden Sie einmal daran erinnern!)

Der Redner schildert sodann die großen Leistungen, die die Stadt Wien in den letzten Jahren für die Randgemeinden erbracht hat. Er führt unter anderem die 23 Wohnhausanlagen mit 655 Wohnungen an, deren Baukosten 65,2 Millionen Schilling betragen. Der Gesamtaufwand für Volks- und Hauptschulen in den Randgemeinden erreicht 51 Millionen Schilling, für Straßen und Gehsteige wurden 75 Millionen, für Brücken- und Wasserbau 80,5 Millionen und für Kanalisationsbauten 11,9 Millionen Schilling aufgewendet. Der Wasserverbrauch hat sich um 300 Prozent gesteigert. Durch diese und andere Leistungen ist es verständlich, daß ein Großteil der Randgemeinden lieber bei Wien bleiben würde.

Die Verhandlungen über die Randgemeindenfrage werden und müssen weitergeführt werden. Wir werden gewiß das Ziel erreichen, das wir im Interesse der Industriegemeinden am Rande Wiens erreichen müssen. Es liegt auch im Interesse Wiens, daß das Verkehrsnetz ausgebaut wird, damit die Arbeiter und Angestellten aus den Randgemeinden die Möglichkeit haben, auf ihre Arbeitsplätze im Wiener Gemeindegebiet zu kommen. Wir können uns nicht vorstellen, daß die organische Notwendigkeit des Zusammenschlusses bestimmter Gemeinden auf die Dauer verneint wird. Der Redner gibt abschließend seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß es doch endlich gelingen werde, den Wünschen der Bewohner der Randgemeinden Rechnung zu tragen. Aus diesem Grunde können die Sozialisten auch dem vom Berichterstatter vorgeschlagenen Gesetz ruhig ihre Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Abg. Josef Doppler (WdU, jetzt FSÖ) erklärt, man habe nach 1945 im Rausche der Befreiungsseligkeit eine große Chance für Wien, die 1938 geschaffen wurde, vergeben. Man

hätte sich aber wenigstens in der Zwischenzeit aufräumen sollen, eine Novellierung des Abkommens über die Grenzen zwischen Wien und Niederösterreich zu treffen, ehe der Alliierte Rat seinen Beschluß gefaßt hat. Mit der Schaffung von Groß-Wien im Jahre 1938 zählte diese Stadt wieder über 2 Millionen Einwohner; sie war damals flächenmäßig die größte und der Zahl der Einwohner nach die zweitgrößte deutsche Stadt. Heute liege Wien erst an 27. Stelle der Großstädte der Welt. Keine andere Großstadt habe aber eine solche Rückwärtsbewegung aufzuweisen wie Wien. Das Gesetz weise viele Schönheitsfehler auf, aber es bestehe eine Zwangssituation. Die Verwaltung müsse weitergehen, und er werde daher diesem Gesetz zustimmen.

Abg. Dr. Stemmer (SPÖ) ging nach der Erklärung, daß das Randgemeindengesetz nie von der Tagesordnung verschwinden darf, auf die Ausführungen seiner Vorredner ein und hielt dem Abg. Doppler vor, er möge in seine Argumentation nicht immer die nationalsozialistische Zeit hineinziehen, da die Motive, die zur Schaffung dieses Gebietes maßgebend waren, mit wirtschaftlichen Erwägungen verhältnismäßig wenig zu tun hatten; sie waren in Wirklichkeit nichts anderes als ein Pflaster für die entmachtete Metropole Wien.

Aus den Ausführungen des Abg. Lauscher konnte man mit Erstaunen vernehmen, was für ein Glück die Wiener haben, daß in dieser Wienerstadt so gut verwaltet wird, eine Feststellung, die von den Kommunisten bisher nicht gemacht wurde.

Wenn Abg. Schwaiger meinte, das Ganze rieche nach Wahldemagogie, so müsse man fragen, ob es mit Wahldemagogie nichts zu tun habe, wenn seine niederösterreichischen Parteifreunde den rückkehrenden Gemeinden Dinge versprechen - zum Beispiel, daß man sich dafür einsetzen werde, dieselben Post- und Transportmitteltarife einzuhalten wie jetzt -, über die sei gar nicht verfügen.

Wir glauben auch nicht, fährt er fort, daß das, was in Niederösterreich geschieht, daß zum Beispiel Kommissionen die Schulen der rückkehrenden Gemeinden besuchen, sehr zur Beruhigung der Bevölkerung beiträgt. Denn diese Menschen wissen was für ein merkwürdiger politischer Kurs gerade im Bundesland Niederösterreich seit mehr als einem Jahr ist und sie haben mit Recht Furcht und Besorgnis, diesem Land zuge-

teilt zu werden, in dem die politische Freiheit sicher anders ausgedeutet wird als in dem viel gelästerten Land Wien.

Die Untersuchungen darüber, ob das Gesetz über die Gebietstrennung so bleiben oder geändert werden soll, werden nie eingestellt werden.

Schließlich bittet der Redner um Auskunft, ob gesetzliche Möglichkeiten zu einer Volksbefragung bestehen, und meint, daß sie andernfalls geschaffen werden müßten, weil es sich um Menschenschicksale handelt, und diese Menschen ein Mitbestimmungsrecht haben müssen.

Stadtrat Afritsch hielt in seinem Schlußwort dem Abg. Lauscher entgegen, daß nach dem seinerzeitigen Protokoll das Gebietsänderungsgesetz einhellig beschlossen wurde und daher bestenfalls eine Stimmenenthaltung der Kommunisten gewesen sein kann, aber keine Gegenstimme.

Die Randgemeindenbewohner wünschen bei Wien zu bleiben. Es ist falsch, daß es sich um politische Motive handelt, sondern sie fühlen sich mit Wien verbunden. Eine Großstadt wie Wien hat selbstverständlich eine Anziehungskraft. Mit diesem Gesetz ist die Sache nicht beendet, sondern man muß dieses Problem wieder aufgreifen, bis die betroffenen Teile der Wiener Randgemeinden wirklich befriedigt sind.

Der Redner bittet den Landesamtsdirektor, eine Rechtsauskunft über die gesetzlichen Möglichkeiten einer Volksbefragung zu geben.

Zu den Ausführungen des Abg. Wicha, daß die Nichtbefragung einem brutalen Diktat gleichkomme und die Grenzziehung unmöglich sei, erklärt der Redner, daß es vollkommen einleuchtend sein muß, daß die Grenzziehung eine Konsequenz des Gebietsänderungsgesetzes und vor allem der herrschenden Besatzung ist. Man muß daher fordern, daß wir endlich unsere Verfassungsgesetze und sonstigen Gesetze, ohne die Alliierten die uns in unserer freien Willensäußerung noch immer hineinsprechen und auch den Gang der Gesetze sehr wesentlich beeinflussen, beschließen können. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.) Wenn wir nicht acht Jahre auf die Zustimmung des sowjetischen Elementes zu dem Gebietsänderungsgesetz hätten warten müssen, hätte die Debatte sicherlich andere Formen angenommen, und auch die Einstellung der Bevölkerung wäre

vielleicht eine andere gewesen.

Wir kennen die Stimmung der Bevölkerung und wissen, daß es nicht nur eine Parteisache ist, sondern weit über eine politische Partei hinaus der Wunsch besteht, daß Teile, die heute zu Niederösterreich kommen, doch zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht nach Wien kommen können, und wir werden dieses Bestreben unterstützen.

Hierauf gab Landesamtsdirektor Dr. Kinzl das gewünschte Rechtsgutachten und wies einleitend darauf hin, daß die österreichische Bundesverfassung eine unmittelbare Mitwirkung des Bundesvolkes in zwei Formen, und zwar hinsichtlich der Bundesgesetzgebung vorsieht. Nach Art. 41 ist ein von einer bestimmten Zahl der Stimmberechtigten zu stellender Gesetzesantrag als Volksbegehren von der Bundesregierung dem Nationalrat zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung vorzulegen. Nach Art. 43 ist einer Volksabstimmung jeder Gesetzesbeschluß des Nationalrates zu unterziehen, wenn es der Nationalrat beschließt; darüber hinaus sieht der Art. 44 noch Volksabstimmungen bei Verfassungsänderungen vor. Das für Volksbegehren vorhandene Durchführungsgesetz ist unanwendbar, weil es auf ständige Bürgerlisten Bezug nimmt, die nicht mehr bestehen. Die Ansicht, daß die Möglichkeit bestanden hätte, anlässlich der Beratung des kleinen Verfassungsgesetzes (Wahlgesetz) eine Volksabstimmung über das Gebietsänderungsgesetz durchzuführen, ist unzutreffend, weil dieses Gesetz damals längst bei den Besatzungsmächten anhängig war. Nur in den Landesverfassungsgesetzen der Länder Salzburg, Tirol und Vorarlberg sind Volksbegehren und Volksabstimmung vorgesehen; sie haben die analogen Wirkungen, wie sie für die gleichen Institutionen beim Bunde erwähnt werden. Die Vorarlberger Landesverfassung sieht weiter noch vor, daß über die Aufnahme einzelner Grundsätze in ein zu erlassendes Gesetz sowie über sonstige wichtige Fragen im ganzen Lande oder in Teilen desselben eine Volksabstimmung erfolgen kann.

Die Verfassung der Stadt Wien kennt, wie die Verfassung der übrigen Länder, keine dieser Institutionen. Für eine unmittelbare Befragung der Bevölkerung der gesamten Stadt oder eines Teilgebietes der Stadt durch Land oder Gemeinde fehlt

es daher an einer rechtlichen Grundlage. Nach dem rechtsstaatlichen Prinzip, dem demokratischen Grundpfeiler unserer Verfassung, könnte kein Organ der Stadt Wien derzeit eine Volksbefragung anordnen. Die Möglichkeit müßte erst durch eine Änderung der Verfassung der Stadt Wien geschaffen werden. Hierbei darf darauf verwiesen werden, daß die Volksbefragung, wie sie verlangt wird, eine unmittelbare rechtliche Wirkung nicht haben würde. Sie würde nur für die beiden Landtage von Wien und Niederösterreich einen Auftrag darstellen, der einer Neuabgrenzung der Landesgebiete zu Grunde gelegt werden sollte, die nach Art. 3 der Bundesverfassung wieder nur durch gleichlautende Gesetze dieser Länder und des Bundes erfolgen müßte.

Einer Änderung der Verfassung der Stadt Wien, wodurch die Volksbefragung in der angeregten Form und ihre Durchführung ermöglicht würden, steht der Umstand entgegen, daß die der Stadt hierfür noch zur Verfügung stehende Zeit zu kurz ist. Das Gebietsänderungsgesetz tritt am 1. September 1954 in Kraft. Nur bis zu diesem Zeitpunkt kann die Stadt Wien in den zu Niederösterreich fallenden Randgebieten Hoheitsrechte ausüben. Nun sind bekanntlich zum Wirksamwerden eines die Verfassung ändernden Gesetzesbeschlusses des Landtages auch folgende zwei Erfordernisse vorgesehen: Das Verstreichen der achtwöchigen Einspruchsfrist der Bundesregierung, bzw. ihre vorherige ausdrückliche Zustimmung zur Kundmachung des Gesetzesbeschlusses und die Zustimmung der Besatzungsmächte, die an keine Frist gebunden ist. Hiezu kommt noch, daß für die Durchführung der Volksabstimmung eine sichere Feststellung der Stimmberechtigten - mit Reklamationsmöglichkeit - notwendig wäre. Selbst bei der größten Beschleunigung kann nicht erwartet werden, daß die Befragung noch vor dem 1. September 1954 möglich ist.

Aus dieser Darstellung ergibt sich, daß die Volksbefragung wegen der geschilderten rechtlichen und technischen Gründe nicht erfolgen kann.

Es besteht rechtlich kein Hindernis, daß das Land Niederösterreich ab 1. September 1954 verfassungsgesetzlich die Möglichkeit einer Volksbefragung schafft und durchführt.

Niederösterreich ist dann nicht in der gleichen Zeitnot wie Wien. Eine positive Entscheidung der Randgemeinden oder einzelner von ihnen für eine Rückkehr nach Wien kann dann durch gleichlautende Verfassungsgesetze beider Länder und des Bundes realisiert werden.

Auf Grund dieses Rechtsgutachtens beantragt Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Afritsch, den Resolutionsantrag der Abg. Lauscher und Genossen abzulehnen, da sich gezeigt hat, daß augenblicklich keine Möglichkeit besteht, eine Volksbefragung oder eine Volksabstimmung durchzuführen.

Bei der Abstimmung wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und des Abg. Doppler (WdU, jetzt FSÖ) zum Beschluß erhoben.

Der Beschlußantrag des Abg. Lauscher wird gegen die Stimmen des Linksblockes und der WdU abgelehnt.

Hierauf gelangt der zweite Tagesordnungspunkt, die Gesetzesvorlage über die Vornahme der Wahlen in den Gemeinderat und die Bezirksvertretungen im Jahre 1954 zur Beratung.

Berichterstatter Stadtrat Afritsch verweist darauf, daß das sogenannte "Kleine Wahlgesetz" die Möglichkeit bietet, noch vor dem 1. September 1954 die Wiener Gemeinderatswahlen so vorzubereiten, daß sie sich bloß auf die durch das Gebietsänderungsgesetz verringerten Grenzen erstrecken. Das verkleinerte Wahlgebiet von Wien war nun auf Bezirke aufzuteilen, da die Wiener Gemeinderatswahl und logischerweise die Wahlen für die Bezirksvertretungen nach Bezirken vorzunehmen sind, wie es in der Verfassung der Stadt Wien und in der Gemeindewahlordnung vorgeschrieben ist.

Das Bezirkseinteilungsgesetz 1954 tritt erst am 1. September 1954 in Kraft. Der vorliegende Gesetzentwurf enthält die Ermächtigung, die neue Bezirkseinteilung schon vor dem 1. September 1954 anzuwenden. Der Wahlausschreibung ist schon diese neue Bezirkseinteilung zugrunde zu legen. Diese Wahlausschreibung wird am 9. August 1954 erfolgen, also noch vor dem Inkrafttreten des Gebietsänderungsgesetzes und des Bezirkseinteilungsgesetzes.

Nach der Wiener Gemeinderatswahlordnung ist in der Wahlausschreibung auch die Aufteilung der 100 Gemeinderatsmandate vorzunehmen.

Abg. Wicha (WdU) betont, daß es in Österreich kein zweites Bundesland gibt, in dem die Landtagswahlen bezirksweise durchgeführt werden. Auch für Wien bestehe keine Notwendigkeit, auf diesem Gebiet ein Ausnahmegesetz zu schaffen. Aus parteipolitischen Gesichtspunkten setze man sich über höhere Gesichtspunkte wie Recht, Demokratie und Gleichheit vor dem Gesetz glatt hinweg. Die WdU-Abgeordneten werden aber dennoch für dieses Gesetz stimmen.

Abg. Josef Doppler (WdU, jetzt FSÖ) stellt fest, materiellrechtlich sei gegen die zur Debatte stehende Gesetzesvorlage nichts einzuwenden, soweit sie sich auf die Vorbereitung für die Wahlen in den Gemeinderat und in die Bezirksvertretungen bezieht. Es stellt aber eine arge Benachteiligung des Landtages von Wien dar, daß die Wiener Landtagsabgeordneten nicht wie die Abgeordneten der Landtage der übrigen Bundesländer nicht nach Wahlkreisen gewählt werden. Es müßte durch eine Novellierung der Landesverfassung von Wien die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Landtagsabgeordneten von einem größeren Wählerkreis als die Bezirksvertreter gewählt werden. Er sei nicht in der Lage, dieser Gesetzesvorlage zuzustimmen.

Abg. Dr. Soswinski (LBl.) erklärt, die Ungleichheit der Wählerstimmen durch die bezirksweise Wahl widerspreche den Grundsätzen eines demokratischen Wahlrechtes. Es wäre gerechter, ähnlich wie bei der Nationalratswahl größere Wahlkreise oder ein einheitliches Wiener Wahlgebiet zu schaffen. Bezüglich der Zustimmung des Alliierten Rates zum Gebietsabtrennungsgesetz bemerkt der Redner, man habe 1946 ein schlechtes Gesetz beschlossen und sei dann froh gewesen, daß sich der Alliierte Rat darüber nicht einigen konnte. Dennoch habe man diesen Tatbestand zu einer Russenhetze benützt und sei heute peinlich überrascht, daß die Alliierten einem österreichischen Gesetz zustimmten. Begrüßenswert sei es, daß die Wahlen in die Bezirksvertretungen, die so lange hinausgeschoben worden seien, nicht länger mehr verhindert werden konnten.

Da im übrigen die Erlassung dieses Gesetzes für die

Wahlen im Herbst notwendig sei, werde die Fraktion des Linksblocks trotz der damit gesetzlich eingeführten ungleichen Stimmen der Wiener Wähler ihre Zustimmung geben.

Stadtrat Afritsch (SPÖ) bemerkt in seinem Schlußwort, daß eine ideale Gleichheit der Stimmen fast in keinem Wahlsystem verankert sei. Die bezirksweise Wahl in Wien sei gerechtfertigt, da die Bezirke eine logische Unterteilung des Stadtgebietes bedeuten. Der Stadtrat gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß nach 22 Jahren endlich wieder die Bezirksvertreter gewählt werden können. Wenn sich auch an dem bestehenden Zustand nicht viel ändern werden, bedeute es doch einen Unterschied, ob der Bezirksvorstand und die Bezirksräte vom Bürgermeister ernannt oder in direkter Wahl gewählt sind.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf mit großer Mehrheit angenommen.

Stadtrat Afritsch (SPÖ) berichtet hierauf über eine Abänderung der Gemeindewahlordnung der Stadt Wien, Die Wahlen in den Gemeinderat und in die Bezirksvertretungen sind auf Grund der Wiener Gemeindewahlordnung verbunden. Die beiden Stimmzettel kommen in das gleiche Kuvert. Für die Wahlen in die Bezirksvertretungen sollen aber die bezirksweisen Wahlergebnisse soweit als möglich die Meinung der im Bezirk wohnhaften Wähler wiedergeben. Die richtige Wiedergabe dieser Meinung wird durch die Wahlkarten beeinträchtigt. Es ist nun folgende Regelung vorgeschlagen:

Übt ein Wahlkarteninhaber sein Wahlrecht außerhalb des Gemeindebezirkes seines Wohnsitzes aus, so hat künftig der Wahlleiter auf dem Wahlkuvert die Ziffer des Gemeindebezirkes einzutragen, in dem der Wähler in das Wählerverzeichnis eingetragen ist. Nach Schluß der Wahlhandlung werden die so bezeichneten Wahlkuverts ausgesondert und über die Bezirkswahlbehörde zur Stadtwahlbehörde in das Rathaus gebracht. Hier werden die einlaufenden Umschläge sortiert und sodann an die zuständigen Bezirkswahlbehörden weitergegeben. Es muß allerdings damit gerechnet werden, daß dadurch die Feststellung der endgültigen Bezirkswahlergebnisse um einige Stunden verzögert wird.

2. Juli 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1186

Im Interesse der Erreichung richtiger Bezirkswahlergebnisse muß aber diese Verzögerung hingenommen werden.

Abg. Dr. Soswinski (LBl.) bezeichnet die Regelung hinsichtlich der Wahlkarten als unnötige und überflüssige Erschwerung. Bei den Gemeinderatswahlen im Jahre 1949 hätten in ganz Wien nur 8.400 Wähler von der Wahlkarte Gebrauch gemacht. Die rechtlichen Unterlagen dieses Gesetzes seien fadenscheinig und nicht überlegt. Es würde viel Papier verschrieben, um ein paar tausend Menschen das Wahlrecht in ihrem Bezirke zukommen zu lassen.

Stadtrat Afritsch (SPÖ) erklärt, daß es nur die Befolgung eines demokratischen Grundsatzes sei, wenn die Kandidaten eines Bezirkes nur von den Bewohnern dieses Bezirkes gewählt werden.

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Als letzter Punkt gelangt ein Gesetzentwurf über die Vorbereitung der Wahlen in den Landtag von Niederösterreich im Jahre 1954 zur Verhandlung. Wie Berichterstatter Stadtrat Afritsch (SPÖ) ausführt, ist es notwendig, die Landtagswahlen vom 17. Oktober noch vor dem 1. September auch in jenen Gebietsteilen von Wien vorzubereiten, die künftig zu Niederösterreich gehören werden. Die Geltungsdauer dieses Gesetzes ist mit 1. September 1954 begrenzt.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Eine Fahrbahn der Landstraßer Hauptstraße wieder befahrbar
=====

2. Juli (RK) Am Montag, dem 5. Juli, wird die fertiggestellte stadteinwärts führende Fahrbahn der Landstraßer Hauptstraße im 3. Bezirk zwischen Salmgasse und Invalidenstraße für den Verkehr freigegeben.

Vandalen im Wiener Stadtpark
=====

2. Juli (RK) In der Nacht auf Donnerstag haben unbekannte Täter in der vor kurzem an der Wienflußpromenade im Stadtpark von der Gemeinde Wien errichteten Freiluftgalerie drei Skulpturen beschädigt. Eine abstrakte Plastik von Wander Bertoni wurde zertrümmert, ein Torso, ein Werk von Bildhauer Otto Eder, wurde umgeworfen. Zweifelsohne handelt es sich um eine vorsätzliche Tat von mehreren Personen, die sich für ihren Kreuzzug gegen moderne Kunst mit Eisenstücken und sogar Spitzhacken ausgerüstet hatten. Die Vandalen versuchten eine der Skulpturen sogar samt Sockel auszugraben. Eine andere zentnerschwere Plastik "Die Sinnende" von akademischen Bildhauer Hauer wurde mit dem Rücken zur Promenade gedreht. Die Barbaren tobten sich zugleich auch an der neuen Vogeltränke nächst dem Musikpavillon des Kursalons aus. In ihrer Zerstörungswut zertrümmerten sie den kleinsten Vogel aus der Pinguinengruppe, einem Werk von Mario Petrucci, das erst vor wenigen Tagen im Stadtpark aufgestellt wurde.

Eine besonders empörende Sache leisteten sich diese Leute, indem sie die Schrifftafel zu Alexander Wahls Plastik "Die Muttersau" der Statue Franz Schuberts um den Hals hängten.

Nachruf für Primarius i.R. Hofrat Dr. Josef Zaffron
=====

2. Juli (RK) Am 30. Juni wurde Hofrat Dr. Josef Zaffron, langjähriger Primararzt der Lungenabteilung im Krankenhaus Lainz, zu Grabe getragen. Mit ihm ging eine als Arzt und Mensch in gleicher Weise ausgezeichnete Persönlichkeit dahin. Alle, die mit ihm beruflich zusammenarbeiteten, vor allem aber seine zahlreichen Patienten, werden niemals vergessen, von welcher außergewöhnlicher Menschenliebe und ärztlichem Epos er besetzt war. Nicht nur, daß er den Kranken seiner Abteilung buchstäblich Tag und Nacht zur Verfügung stand, war er auch in den wenigen berufsfreien Stunden allen, die ihn mit irgend einer Sorge am Herzen besuchten, ein stets hilfsbereiter Freund.

Zinsensfreie Darlehen der Stadt Wien für die Instandsetzung
=====

von Wohnhäusern
=====

2. Juli (RK) Die Instandsetzung der Wohnhäuser in Wien führt bei schlechtem Bauzustand zuweilen zu so außergewöhnlich starken Erhöhungen der nach dem Mietengesetz zu leistenden Mietzinse, daß sie für die minderbemittelten Mietparteien nicht tragbar sind. Eine Abordnung der Mietervereinigung Österreichs hat unter Führung des Gemeinderates Swoboda beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Resch vorgesprochen und angeregt, in jenen Fällen, in denen sich namhaftere Erhöhungen der Hauptmietzinse ergeben, zinsensfreie Darlehen aus Mitteln der Stadt Wien zu gewähren. Stadtrat Resch hat den Ausführungen der bei ihm erschienenen Delegation Verständnis entgegengebracht und zugesagt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um eine baldige Beschlußfassung des Wiener Gemeinderates herbeizuführen. Die Neuregelung soll sich auch auf jene Fälle erstrecken, deren nach dem Mietengesetz zu leistender Mietzins durch eine bereits erfolgte behördliche oder gerichtliche Entscheidung in stärkerem Maße erhöht wurde. Der Magistrat wird die näheren Bedingungen für die Inanspruchnahme eines solchen zinsenslosen Instandsetzungsdarlehens auszuarbeiten haben und sie nach Beschlußfassung des Gemeinderates veröffentlichen.

Pferdemarkt vom 1. Juli
=====

2. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 14 Pferde, davon 9 Fohlen. Als Schlächterpferd wurde ein Pferd verkauft. Unverkauft blieben 13 Pferde. Herkunft der Tiere: Wien 11, Burgenland 3.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 3. Juli 1954

Blatt 1189

Konzert im oberen Belvederegarten

=====
Parkkonzerte in Meidling und Brigittenau

3. Juli (RK) Im Rahmen der Sommerkonzerte des Kulturamtes der Stadt Wien ist am Montag, dem 5. Juli, um 17.30 Uhr, das Orchester des Neuen Wiener Konzertvereines unter dem Dirigenten Adalbert Buchwald im oberen Belvederegarten zu hören. Auf dem Programm stehen: Ouvertüre zur Operette "Der Zigeunerbaron" von Johann Strauß, Walzer aus der Oper "Der Rosenkavalier" von Richard Strauß, Phantasie aus der Oper "Die verkaufte Braut" von Friedrich Smetana, Vorspiel zum 3. Akt der Oper "Lohengrin" von Richard Wagner, "Zug der Zwerge" von Edvard Grieg, Streifzug durch Johann Strauß-Operetten von Ludwig Schlögel, "Nordseebilder", Walzer von Johann Strauß und "Pepito und Andulka", ein musikalischer Scherz von Karl Pausperthl. Der Eintritt zu diesem Konzert ist frei.

Am Dienstag, dem 6. Juli, um 17.30 Uhr, spielt im 12. Bezirk im Ahornhof die Musikkapelle der Wiener Gaswerke. Um die gleiche Zeit konzertiert im Mortarapark im 20. Bezirk die Polizeimusik Wien. Auch für diese Parkkonzerte ist der Eintritt frei.

Freie Ärztstellen

=====

3. Juli (RK) In der Semmelweis-Frauenklinik der Stadt Wien **und in der Nervenheilanstalt** der Stadt Wien Maria Theresien-Schlössel ist die Stelle je eines Assistenten ausgeschrieben.

Bewerbungsgesuche sind mit den entsprechenden Personaldokumenten bis spätestens 15. August bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 17, einzubringen.

75. Geburtstag von Franz Dörfel

=====

3. Juli (RK) Am 5. Juli vollendet Hochschulprofessor a.D. Hofrat Dr. Franz Dörfel sein 75. Lebensjahr.

In Komotau geboren, studierte er nach Absolvierung der kaufmännischen Praxis an der Hochschule in Leipzig und an der Universität in Tübingen. Anschließend wirkte er als Lehrer der deutschen Handelsakademie in Olmütz und der Neuen Wiener Handelsakademie, die er zuletzt als Direktor leitete. 1921 erfolgte seine Berufung zum Professor für Betriebswirtschaftslehre an die Hochschule für Welthandel. Er bekleidete dreimal die Rektorswürde, war Vorstand mehrerer Institute und übte auch außerhalb seines akademischen Amtes als Vorsitzender und Kuratoriumsmitglied verschiedener Gesellschaften wichtige Funktionen aus. Sein ausgedehntes Arbeitsgebiet umfaßt vor allem Allgemeine Betriebswirtschafts- und Verrechnungslehre, Betriebswirtschaftslehre des Transportbetriebes, Versicherungswissenschaft, Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftslehre des Fremdenverkehrs. Von ihm stammen zahlreiche selbständige Werke, Lehrbücher und Zeitschriftenbeiträge, deren Ergebnisse Theorie und Praxis seines Faches vielfach befruchten.

Am Montag:Monsterkonzert auf dem Rathausplatz
=====

3. Juli (RK) Am Montag, dem 5. Juli, um 18 Uhr, gibt die Kapelle des Eisenbahner-Musikvereines Zürich in der Grünanlage der Ausstellung "Unser Wien" auf dem Rathausplatz ein Monsterkonzert. Alle Wienerinnen und Wiener sind herzlich willkommen!

Erweiterte städtische Erholungsfürsorge
=====19 Heime und 4 Tageserholungsstätten für Wiener Kinder

3. Juli (RK) Die Stadt Wien entsendet im heurigen Sommer erholungsbedürftige Kinder in 19 Heime und 4 Tageserholungsstätten. Dies ist eine bedeutende Erweiterung der Erholungsaktion gegenüber dem Vorjahr, vor allem in den Ferien. Im Vorjahr waren während der Ferien nur 15 Heime in Betrieb.

Bis 1. Juli haben bereits 3.800 Kinder einen Erholungsaufenthalt von 4, Kleinkinder von 5 Wochen angetreten. Ausschlaggebend für die Verschickung ist die Erholungsbedürftigkeit der Kinder, die vom Amts-, Schul- oder Kindergartenarzt festgestellt wird.

Die Heime befinden sich durchwegs in landschaftlich schönen Gegenden (Salzkammergut, Wachau, Semmeringgebiet). Sie sind mit allen modernen hygienischen Einrichtungen ausgestattet. Die Eigenheime der Stadt Wien, in denen jeweils rund 600 Kinder untergebracht werden können, sind durch ständige Verbesserungen in den letzten Jahren zu Musterheimen ausgebaut worden. Vielfach haben sie eigene Schwimmbassins; Turn-, Spielgeräte und Heimkinos. Reiches Beschäftigungsmaterial dient für die Unterhaltung der Kinder. Um auch während einer Regenzeit die Vorteile der Sonnenbestrahlung nicht missen zu müssen, sind Anlagen für künstliche Höhensonnenbestrahlung vorhanden. Geprüfte Kindergärtnerinnen und Erzieher betreuen die jugendlichen Erholungsgäste und bemühen sich, ihnen den Aufenthalt zu einem schönen Erlebnis zu gestalten, das noch

lange Jahre zurückwirkt. Aber auch für den Magen ist reichlich gesorgt. Eine Tagesverpflegung von rund 3.000 Kalorien wird verabreicht und den Kindern eine schmackhafte abwechslungsreiche Kost geboten. Gemüse und Obst stammt vielfach aus den heimeigenen Gärtnereien.

Jedes Heim wird von einem vertraglich hiezu verpflichteten Heimarzt betreut, der die Gesundheit der Kinder überwacht.

Bei der Einteilung der Turnusse wird weitgehend auf die spezielle Art der Erholungsbedürftigkeit Rücksicht genommen. Blutarme Kinder kommen in Heime mit Höhenlage, große Buben finden am Semmering reich Ausflugsmöglichkeiten, Kleinkindern bietet ein Heim inmitten des Wiener Waldes mit einem großen parkähnlichen Garten einen idealen Aufenthalt. In Sulzbach-Ischl können Kinder im schulpflichtigen Alter in herrlicher Gebirgsluft ihre Ferien verbringen und dabei eines der schönsten Gebiete unserer Heimat kennen lernen.

Eine große Anzahl von Eltern bevorzugt den Aufenthalt in einer Tageserholungsstätte am Rande der Stadt, die sich besonders für Kinder eignen, die den Familienkreis nicht gerne verlassen. Dort sind sie tagsüber in guter Luft; erhalten gute und nahrhafte Mahlzeiten und sind gut beaufsichtigt. Abends kehren sie wieder zu den Eltern zurück.

Schuberts Sterbehaus wird Gedenkstätte =====

3. Juli (RK) Der Wunsch vieler Wiener, in der Kettenbrückengasse auf der Wieden, in dem Haus, in dem Franz Schubert seine letzten Tage zugebracht hatte und am 19. November 1828 gestorben ist, eine würdige Gedenkstätte zu errichten, wird nun in Erfüllung gehen. Das alte Haus Kettenbrückengasse 6 ging vor Jahren in den Besitz der Gemeinde Wien über. In der Wohnung im 2. Stock, bestehend aus zwei Zimmern, Kabinett und Küche, wohnte einst Schuberts Bruder Ferdinand, bei dem der kranke Liederfürst seine letzte Zuflucht fand. Die letzte Wohnungsinhaberin ist vor kurzem in das städtische Altersheim nach Lainz übersiedelt, so daß nun mit der Errichtung der Gedenkstätte begonnen werden kann. Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Volksbildung hat in seiner letzten Sitzung bereits die Genehmigung erteilt. Die Gedenkstätte wird ähnlich wie Schuberts Geburtshaus in der Nußdorfer Straße vom Historischen Museum der Stadt Wien pietätvoll eingerichtet.

Auffahrt der motorisierten Straßenpflege =====

3. Juli (RK) Im Rahmen der "Reinhalungswoche" wurden heute nachmittag auf dem Rathausplatz die neuesten Fahrzeuge der Magistratsabteilung für Straßenpflege vorgeführt. Nach einer kurzen Ansprache von Gemeinderat Planek, der im Namen der Leitung der Ausstellung "Unser Wien" die versammelten Zuschauer begrüßte, gab Oberbaurat Dipl. Ing. Kojetinsky, der Leiter der Magistratsabteilung für Straßenpflege, das Zeichen zur Auffahrt der Geräte. Insgesamt wurden 32 Fahrzeuge vorgeführt. An der Spitze des Zuges fuhren Kehrmaschinen verschiedener Typen, darunter auch selbstaufnehmende Geräte modernster Bauart. Große Beachtung fanden die neuen Staubsauger und Gefäßliftwagen sowie die neuen Modelle der Schneeräumungsmaschinen. Auch die großen Vibro-Wagen für die Kehrriktabfuhr und die verschiedenen Arten von Straßenwasch- und Sprengmaschinen waren bei der Parade der Straßenreinigungsmaschinen vertreten. Die technischen Erläuterungen zu den Fahrzeugen gab Baurat Dipl. Ing. Fischer.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 5. Juli 1954

Blatt 1194

Am Mittwoch Serenadenkonzert im Arkadenhof

=====

5. Juli (RK) Das nächste Serenadenkonzert im Arkadenhof des Rathauses findet Mittwoch, den 7. Juli, um 20 Uhr, statt. Es spielt das Große Wiener Fankorchester unter dem Dirigenten Prof. Max Schönherr. Auf dem Programm stehen: Ouverture zur Oper "Wilhelm Tell" von Gioacchino Rossini, La musica notturna di Madrid von Luigi Boccherini, "Italiana" von Max Schönherr, "Eine Wiener Rhapsodie" von Walter Andress, "Aus der Zeit des Lieben Augustin" von Karl Pausperthl, Ouverture zur Operette "Rund um die Liebe" von Oscar Straus und Kaiser-Walzer von Johann Strauß. Karten zum Preis von 5 Schilling sind im Vorverkauf bei den Portieren des Rathauses erhältlich. Die restlichen Karten werden jeweils eine Stunde vor Beginn des Konzertes an der Abendkasse im Rathaus verkauft.

Entfallende Sprechstunden

=====

5. Juli (RK) Die für den 7. Juli vorgesehenen Sprechstunden beim städtischen Personalreferenten Stadtrat Sigmund entfallen. Der nächste Sprechtag wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Ein unerwarteter Badesonntag

=====

5. Juli (RK) Im Gegensatz zu den beiden letzten Sonntagen war gestern der Bäderbesuch mäßig. Nach den vergangenen verregneten Tagen waren die wenigsten Wiener auf einen Badesonntag vorbereitet, umsomehr als auch die Wetterprognose nicht günstig lautete. Erst in den späten Vormittagsstunden setzte ein stärkerer Zustrom ein. Die städtische Bäderverwaltung zählte insgesamt nur 30.000 Badelustige. Das Gänsehäufel war von 15.000, das Kongreßbad von 3.000 und das Krapfenwaldl von 2.000 Gästen besucht. Der Badebetrieb verlief ohne Unfälle. Auch die Flutwelle der Donau konnte in den städtischen Strombädern keinen Schaden anrichten. Nur eine Liegewiese wurde überschwemmt.

Entfallende Sprechstunden

=====

5. Juli &RK) Dienstag, den 6. Juli, entfallen die Sprechstunden beim Geschäftsführenden Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Nationalrat Dr. Zechner.

Geehrte Redaktion!

=====

Ab Montag, den 12. Juli, werden auf der Stadtbahn die ersten neuen Züge verkehren. Aus diesem Anlaß findet Samstag, den 10. Juli, um 10 Uhr, eine Pressefahrt statt, bei der den Vertretern der Presse ein neuer Zug vorgeführt wird.

Die Fahrt führt vom Stadtbahnhof Michelbeuern über Nußdorfer Straße, Friedensbrücke, Donaukanal und Wientallinie bis Hütteldorf und über die Gürtellinie nach Michelbeuern zurück. Treffpunkt Stadtbahnhof Michelbeuern, Eingang beim äußeren Währinger Gürtel, ungefähr gegenüber der Schumanngasse (Straßenbahnlinie 8 und F).

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

=====

5. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 9. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Vorder-Hainbach" gebracht wurden, am Dienstag, dem 6. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 11 Uhr vom Grinzinger Keller, Wien, 1, Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, abzuholen.

Konzert im Belvederegarten auf Dienstag verschoben

=====

5. Juli (RK) Das für Montag vorgesehene erste Konzert im oberen Belvederegarten mußte wegen des unbeständigen Wetters und der ungünstigen Prognose der Meteorologischen Zentralanstalt auf morgen, Dienstag, um 17.30 Uhr, verschoben werden. Es spielt die Wiener Konzertvereinigung unter Leitung von Adalbert Buchwald. Der Zutritt zu dem Konzert ist frei.

Rinderhauptmarkt vom 5. Juli

=====

5. Juli (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 14 Ochsen, 12 Stiere, 6 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 34. Neuzufuhren: 173 Ochsen, 396 Stiere, 612 Kühe, 112 Kalbinnen, Summe 1.293. Gesamtauftrieb: 187 Ochsen, 408 Stiere, 618 Kühe, 114 Kalbinnen, Summe 1.327. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 8.60 bis 11.30 S, extrem 11.40 bis 11.50 S, Stiere 9.50 bis 11.80 S, extrem 11.90 bis 12 S, Kühe 7.90 bis 9.70 S, extrem 9.80 bis 10.30 S, Kalbinnen 8.80 bis 11.50 S, extrem 11.60 bis 12 S, Beinlvieh, Kühe 6.70 bis 8.60 S, Beinlvieh, Ochsen und Kalbinnen 8.30 bis 9 S.

Bei sehr lebhaftem Marktverkehr notierten Ochsen, extrem, fest behauptet, I. bis III. Qualität verteuerte sich bis zu 40 Groschen, Stiere und Kühe notierten behauptet, Kalbinnen verteuerten sich bis zu 30 Groschen, Beinlvieh bis zu 20 Groschen

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 6. Juli 1954

Blatt 1197

Parkkonzerte in Favoriten, Ottakring und Floridsdorf

=====

6. Juli (RK) Am Donnerstag, dem 8. Juli, um 17.30 Uhr, finden in Favoriten, in Ottakring und in Floridsdorf Parkkonzerte statt. Auf dem Reumannplatz spielt die Musikkapelle der Wiener Gaswerke, im Kongreßpark die Wiener Polizeimusik und im Wasserpark die Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe. Der Zutritt zu diesen Konzerten ist frei. Alle Wienerinnen und Wiener sind herzlich willkommen!

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

=====

6. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 11. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Kirchschlag" gebracht wurden, am Donnerstag, dem 8. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 12.18 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Wiener Privattheater haben den niedersten Steuersatz
=====

6. Juli (RK) Gemeinderäte der ÖVP haben im Wiener Gemeinderat in einer Anfrage an den Finanzreferenten behauptet, daß den Theatern die Subvention aus dem Kulturgroschen in Form der Vergnügungssteuer fast zur Gänze wieder weggenommen wird.

In Beantwortung dieser Anfrage stellte Stadtrat Resch heute im Finanzausschuß fest, daß diese Annahme nicht zutrifft. Die drei großen am Kulturgroschen beteiligten Privatbühnen, das sind das Theater in der Josefstadt, das Volkstheater und das Raimundtheater, haben in der Zeit vom 1. September 1953 bis 31. Mai 1954 aus dem Kulturgroschen insgesamt 2,160.000 Schilling erhalten, während in der gleichen Zeit an Vergnügungssteuer bloß 870.736 Schilling vorgeschrieben wurden. Er stellte weiter fest, daß die Vergnügungssteuer für alle Wiener Privattheater nur 7.5 Prozent betrage. Das ist der niederste Steuersatz, den das Vergnügungssteuergesetz kennt. Mit diesem mäßigen Steuersatz, der zum Beispiel für eine Eintrittskarte von 10 Schilling nur 75 Groschen ausmacht, ist also schon von vornherein auf die kulturelle Bedeutung der Theater Rücksicht genommen worden. Der Wegfall dieser Steuer könnte weder die wirtschaftliche Lage der Theater wesentlich bessern, noch den Theaterbesuch entscheidend heben. Die Gemeinde **versucht** vielmehr durch die finanzielle Förderung von Theateraufführungen in den Bezirken neue Bevölkerungskreise für die Theater zu gewinnen und damit ihre wirtschaftliche Grundlage dauernd zu verbessern.

Schweizer Kapelle konzertiert vor dem Rathaus
=====

6. Juli (RK) Gestern abend von 18 bis 19 Uhr gab die Kapelle des Eisenbahner-Musikvereines Zürich in der Grünanlage der Ausstellung "Unser Wien" auf dem Rathausplatz ein Konzert. Die Schweizer Musiker wurden von dem Leiter der Ausstellung, Gemeinderat Planek, begrüßt. Die vielen Wiener, die von den Klängen des Orchesters angelockt wurden, spendeten den Schweizern herzlichen Beifall.

Finanzausschuß beschließt:68,2 Millionen für Hauptobjekt der Wiener Stadthalle
=====

6. Juli (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen stimmte heute der Errichtung der Haupthalle des 3. Bauteiles der Wiener Stadthalle auf dem Vogelweidplatz im 15. Bezirk zu. Die Gesamtkosten des von Prof. Arch. Dipl. Ing. Dr. Roland Rainer entworfenen Hauptobjektes stellen sich ohne bewegliche Einrichtungen auf 68,2 Millionen Schilling. Davon werden heuer noch 15,2 Millionen Schilling verbaut.

Nach der vorliegenden Kostenaufstellung entfallen 19 Millionen Schilling auf die Installation der Zentralheizungs-, der Kühl- und der Lüftungsanlage und auf die beweglichen Stahltribünen. Für Gas-, Wasser- und Elektroinstallationen sind 11,8 Millionen Schilling vorgesehen. Die Bauarbeiten selbst sind mit 17 Millionen Schilling veranschlagt, die Professionistenarbeiten samt Material mit 13,5 Millionen Schilling. Für die Anlage von Grünflächen und Wegen sind 2 Millionen, für die Planung und die künstlerische Ausgestaltung 1,4 Millionen und für Unvorhergesehenes 3,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Der umbaute Raum des Hauptobjektes der Stadthalle beträgt 245.000 Kubikmeter. Der Hallenhauptraum wird eine 30 x 60 Meter große Kühlplatte und eine 200 Meter lange Leichtathletik-Laufbahn erhalten. In der Wiener Stadthalle werden bekanntlich 16.000 Personen Platz haben.

J.H. Löschenkohl zum Gedenken
=====

6. Juli (RK) Auf den 8. Juli fällt der 200. Geburtstag von Johann Hieronymus Löschenkohl.

In Elberfeld an der Wupper geboren, bildete er sich zum Graveur und Goldarbeiter aus, betätigte sich aber in der Folge auch als Holzschneider und Kupferstecher, Kunsthändler, Verleger und Maler. Vor allem in den beiden ersten Berufen erlangte er Popularität. Seit 1779 in Wien, entfaltete er gerade

auf diesen Gebieten eine außerordentlich fruchtbare Tätigkeit, der die Nachwelt die lebensvolle Wiedergabe vieler Zeitereignisse und lokaler Aktualitäten verdankt. In seiner zum Großteil von ihm selbst meisterlich bemalten volkstümlichen Graphik prägt sich eine starke künstlerische Persönlichkeit aus, die in derber, aber stets sachlicher Art produzierte. Seine Blätter sind als Kulturdokumente noch heute sehr geschätzt. Sie behandeln das Leben bei Hof ebenso wie sie über die französische Revolution informieren. Seine später periodisch erschienenen "Bilder der Woche", in großer Auflage hergestellt, sind Vorläufer der heutigen illustrierten Zeitungen. Sie halten örtliche Ereignisse fest, die die breite Masse interessiert haben. Seine zahlreichen Porträtsilhouetten für den österr. Nat.-Taschenkalender von 1789, für den Wiener Musik-, Theater- oder Gelehrtenalmanach u.a. enthalten in anschaulicher Weise Persönlichkeiten des Wiener Kunst- und Geisteslebens, die sonst in Vergessenheit geraten wären. Auch Fächerbilder stammen von ihm. Löschenkohl ist am 11. Jänner 1807 in Wien gestorben.

Schweinehauptmarkt vom 6. Juli

=====

6. Juli (RK) Neuzufuhren: 5446. Verkauft wurden alle. Kontumazanlage: 1187 Fleischschweine aus Jugoslawien. Preise: Extremware 14.- S, 1. Qualität 13.80 bis 14.- S, 2. Qualität 13.60 bis 13.80 S, 3. Qualität 13.30 bis 13.70 S, Zuchten 12.- bis 13.20 S, Altschneider 11.- bis 11.50 S.

Bei sehr lebhaftem Marktverkehr notierten Extremware und 1. Qualität fest behauptet, 2. und 3. Qualität verteuerten sich bis zu 50 Groschen.

Die Stadtpark-Vandalen melden sich wieder
=====

Diesmal nur Flugzettel

6. Juli (RK) Bekanntlich zerstörten in der vergangenen Woche unbekannte Täter in der Freiluftgalerie der Gemeinde Wien im Stadtpark einige Plastiken. Vier Polizisten bewachen seither bei Tag und Nacht die Ausstellung, um die Figuren vor weiterer Zerstörung zu schützen. Seither ist auch nichts mehr passiert. In den vergangenen Nächten wurden jedoch primitive, mit Schreibmaschine geschriebene Flugzettel gestreut, die neuerliche Aktionen der Stadtpark-Vandalen ankündigten. In dem verworrenen Text heißt es u. a., daß die anderen Figuren den bisher zerstörten folgen und gleichfalls zerstört werden sollen. "Was habt ihr denn sonst erwartet für diesen Schund?" - Es ist zu hoffen, daß die Diskussion um die im Stadtpark ausgestellten Figuren aber doch wieder gesittetere Formen annehmen wird.

Rechnungsabschluß 1952 im Wiener Stadtsenat
=====

6. Juli (RK) Heute vormittag wurden in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates mit dem Finanzausschuß der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1952, der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1952, der Bericht des Rechnungshofes zum Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für die Jahre 1951 und 1952, sowie der Rechnungsabschluß 1952/53 und der Wirtschaftsplan 1954/55 des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien und der Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg beraten. Die Referenten waren die Amtsführenden Stadträte Resch (Finanzen) und Dkfm. Nathschläger (Unternehmungen).

Die Einbringung des Rechnungsabschlusses innerhalb der von der Verfassung vorgesehenen Frist ist schon in einer früheren Sitzung rechtzeitig erfolgt.

Der Wiener Gemeinderat wird sich in seiner nächsten Sitzung am 16. Juli mit allen Punkten der heutigen Tagesordnung beschäftigen.

Nächstes Jahr unter der Opernkreuzung:Fußgängertunnel mit Rolltreppen
=====

6. Juli (RK) Der Finanzausschuß genehmigte heute neun Millionen Schilling für die Durchführung eines interessanten Projektes der Gemeinde Wien. Unter der Opernkreuzung soll ein unterirdischer Fußgängerdurchgang geschaffen werden, der mit Rolltreppen ausgestattet wird. Für die Vorarbeiten wird heuer noch ein Betrag von 100.000 Schilling verbraucht. Der Wiener Gemeinderat wird sich mit dem Projekt in Kürze beschäftigen.

Die derzeitige Frequenz beträgt an der Opernkreuzung täglich 80.000 Fußgänger. Die einzige wirkliche Lösung der vielen sich aus diesem Umstand ergebenden Verkehrsprobleme bildet die unterirdische Führung der Fußgänger. Mit Rücksicht auf den starken Umsteigeverkehr bei den Haltestellen der am Ring verkehrenden Straßenbahnlinien wird die Anlage so errichtet, daß sie nicht nur eine rechtwinkelige, sondern auch eine diagonale Querung der Kreuzung ermöglicht. In der Mitte der Anlage, die mit Rolltreppen erreichbar sein wird, sind Geschäftsräume vorgesehen. Außerdem ist der Tunnel mit normalen Stiegen versehen, sodaß bei eventuellen Reparaturen an den Rolltreppen keine Stockungen eintreten. Mit der notwendigen Umlegung der Einbauten soll schon in der nächsten Zeit begonnen werden. Das eigentliche Bauvorhaben wird im Jahre 1955 vollendet sein.

Die Stadt Wien hilft den Mietern
=====Zinsfreie Darlehen für Wohnhäuserinstandsetzungen

6. Juli (RK) Bekanntlich hat am 2. Juli eine Abordnung der Mietervereinigung Österreichs beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Resch vorgesprochen und angeregt, in jenen Fällen, in denen sich durch die Instandsetzung der Wohnhäuser größere Erhöhungen des Hauptmietzinses ergeben, zinsfreie Darlehen aus Mitteln der Stadt Wien zu gewähren. Stadtrat Resch hat bereits heute in der Sitzung des Gemeinderats-

ausschusses für Finanzen beantragt, daß die Stadt Wien in Fällen, in denen zur Deckung der Instandhaltungskosten von Wohnhäusern die Schlichtungsstelle (Mietkommission) eine Erhöhung der Hauptmietzinse auf mehr als das 3.5 fache des gesetzlichen Hauptmietzinses bewilligt, unverzinsliche Darlehen aus städtischen Mitteln bis zu einem Gesamtausmaß von 30 Millionen Schilling gewährt. Für diese unverzinslichen Darlehen ist nur eine einmalige Manipulationsgebühr von 1 Prozent des Darlehensbetrages zu entrichten. Mit Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen kann ein solches Darlehen in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen auch bei einem geringeren Vielfachen des Hauptmietzinses gewährt werden, falls die der Aktion zur Verfügung stehenden Mitteln es zulassen. Der Finanzausschuß hat diesem Antrag zugestimmt.

Regelung der Wiener Dollaranleihe 1927
=====

Kreditwürdigkeit der Stadtverwaltung wieder hergestellt

6. Juli (RK) Auf Antrag des städtischen Finanzreferenten Stadtrat Resch hat heute der Finanzausschuß ein Abkommen über die Dollaranleihe der Stadt Wien vom Jahre 1927 zum Zweck der Wiederaufnahme des Dienstes dieser Anleihe im Ausland genehmigt.

Die Stadt Wien hat im Jahre 1927 eine Anleihe von 30 Millionen Dollar aufgenommen. Die Anleihe, deren Laufzeit 25 Jahre betrug und am 1. November 1952 enden sollte, ist bereits zum größten Teil getilgt. Nur ein Rest von 843.500 Dollar ist ungetilgt. Dazu sind die Zinsen seit 1945 ausständig, die die Stadt Wien nicht zahlen konnte, weil die Nationalbank hierfür keine Devisen zuteilte.

Erst nach Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse konnte Österreich daran denken, wieder Zahlungen an die ausländischen Gläubiger zu leisten.

Über die Dollaranleihe vom Jahre 1927 verhandelte die Stadt Wien gemeinsam mit den anderen österreichischen Dollarschuldnern. Es wurde eine für die österreichischen Schuldner günstige Einigung erzielt, deren wesentlicher Inhalt folgender

ist: Die Fälligkeit der Anleihe wird um 10 Jahre über den ursprünglichen Fälligkeitstermin erstreckt. Um die Einlösung sicherzustellen, soll ein Tilgungsfonds geschaffen werden. Die Tilgung darf auch durch Rückkauf erfolgen. Bis zur Fälligkeit ist die Anleihe, die ursprünglich mit 6 Prozent verzinslich war, nur mehr mit 4 1/2 Prozent zu verzinsen. Die Fälligkeit der Coupons, Mai 1945 - November 1953, wird um 9 Jahre erstreckt. Die Coupons sind an dem erstreckten Fälligkeitstag mit 60 Prozent ihres Nennwertes einzulösen, d.h. der Zinssatz der bereits fälligen Coupons wird von 6 Prozent auf 3.6 Prozent herabgesetzt. Dem Inhaber steht jedoch innerhalb eines Jahres nach dem Anbot der Neuregelung wahlweise das Recht zu, die sofortige Zahlung dieser Coupons zu verlangen, wobei jedoch die Höhe der Zinsen auf 2 Prozent, das ist ein Drittel des früheren Zinssatzes, herabgesetzt wird. Alle Zahlungen sind in der gesetzlichen Währung der Vereinigten Staaten von Amerika zu leisten. Die Goldklausel fällt also weg.

Der finanzielle Vorteil des Übereinkommens für die Stadt Wien besteht darin, daß die Zinsenrückstände 1945 bis 1953 von rund 15 Millionen Schilling auf 9 Millionen Schilling herabgesetzt und, daß durch die Senkung des Zinssatzes von 6 Prozent auf 4 1/2 Prozent für den restlichen Schuldbetrag von rund 21 Millionen Schilling statt eines jährlichen Zinsenaufwandes von 1,26 Millionen Schilling nur ein solcher von 0,84 Millionen Schilling zu leisten sein wird. Diese Vorteile kommen allerdings nicht der Stadtverwaltung, sondern den Stadtwerken zugute. Der Erlös der Anleihe wurde seinerzeit den Straßenbahnen und den Elektrizitätswerken überlassen, weshalb diese Unternehmungen, und zwar die Verkehrsbetriebe mit 52 Prozent und die Elektrizitätswerke mit 48 Prozent, auch die Lasten für diese Anleihe zu tragen haben.

Mit dem Abkommen über die Dollaranleihe sind nunmehr alle Auslandsanleihen der Stadt Wien geregelt und damit die Kreditwürdigkeit der Stadt wieder vollkommen hergestellt.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 7. Juli 1954

Blatt 1205

"Reiß ma auf - schütt ma zua!"

=====

Aufgrabungen sind wohlüberlegt - "Fahrpläne" für den Straßenbau

7. Juli (RK) Alle Jahre wieder, wenn die Straßenbausaison beginnt, mehren sich die kritischen Stimmen. Man beanstandet nicht nur, daß gebaut wird und kritisiert die Umleitungen, man wundert sich vor allem, daß manchmal kurz nach einer fertiggestellten Arbeit eine Straße wieder aufgerissen wird. Bürgermeister Jonas hat in einer Rundfunkansprache den Kritikern entgegengehalten, daß das "Reiß ma auf - schütt ma zua"-Spiel nicht ohne Grund in der schönen Jahreszeit erfolgt, wie es vielleicht manchem Laien erscheint. Straßen im Winter zu bauen, ist nun einmal fast unmöglich; und daß so viel gebaut wird, hängt mit den jahrelangen Vernachlässigungen in der Kriegszeit zusammen.

So wie es sich viele vorstellen, daß auf den Straßen jeder aufgräbt, wie es ihm beliebt, ist es selbstverständlich **nicht. Um Aufgrabungen muß angesucht werden! Straßendecken,** die nicht fünf Jahre alt sind, dürfen nur mit schriftlicher Zustimmung des Stadtbaudirektors wieder aufgerissen werden. Freilich kann es auch vorkommen, daß ein Gehsteig, kaum fertig, wieder aufgebrochen wird. Daran ist aber nicht die Gedankenlosigkeit von Beamten schuld oder die legendäre vergessene Pfeife, sondern zum Beispiel, weil plötzlich ein Anrainer das Bedürfnis nach einem stärkeren Kabelanschluß hat.

In einem konkreten Fall haben die E-Werke monatelang vorher aufmerksam gemacht, daß man jetzt besondere Wünsche

für verstärkte Kabel äußern möge. Der Straßenbau wurde begonnen, jeder schimpfte darüber, aber niemand rührte sich. Kaum war der Gehsteig vollendet, kam ein Geschäftsmann darauf, eine Schnellwäscherei einzurichten, wozu er ein stärkeres Kabel für sein Geschäft benötigte. 300 Meter lang mußte der kaum fertiggestellte Asphaltgehsteig wieder aufgerissen werden.

Die Magistratsabteilung für den Straßenbau führt einen ständigen Kampf, um unzweckmäßige Aufgrabungen zu vermeiden. Vor jedem Bauvorhaben findet eine umfangreiche Besprechung über die dabei notwendigen Umänderungen der Einbauten mit allen Straßenbenützern statt. Auch eine Verkehrsverhandlung wird vorgenommen, in der die notwendigen Verkehrsmaßnahmen besprochen werden. Sie werden in allen Details in einem Protokoll festgehalten. Leider fallen manche Tafeln der Unachtsamkeit oder einem "kleinen Scherz" des Publikums zum Opfer. So mußten bei einem schwierigen Bau alle Tafeln und Umleitungen mehrmals wöchentlich kontrolliert werden.

Aus Laienkreisen wird auch oft der Vorschlag gemacht, man solle doch alle Rohrlegungen auf einmal durchführen. Die Straßenbauabteilung fragt dagegen: Wie? Die Kabel haben ihren Platz im Gehweg, die Gasrohre auf einer Seite, die Wasserrohre auf der anderen Seite der Straße, der Kanal läuft in der Mitte. Was soll allein mit den Aushubmassen geschehen, wenn man sich überhaupt noch bewegen will? Soll man sie in die Seitengassen führen und dort lagern? Abgesehen davon, wäre ein solcher "totaler" Straßenbau mit viel höheren Kosten verbunden. Der Steuerzahler müßte darüber mit Recht empört sein.

Ein großer Straßenbau, der oft monatelang dauert, wird in seinem Zeitablauf genau geplant. Wie bei der Eisenbahn gibt es Fahrpläne. Die Züge sind die einzelnen Arbeiten und als Fahrdienstleiter fungieren die Bauinspizienten. Freilich müssen die Züge oft umdisponiert werden, da ja der Ablauf einer Kabelarbeit nicht genau vorausszusehen ist. Das zeitliche Bauziel muß aber, wenn nur irgend möglich, eingehalten werden.

Die Straßenbauabteilung ist für Anregungen und Verbesse-

rungsvorschläge, zu denen sie vor allem Beobachtungen über die Einhaltung der Verkehrssicherheitsvorschriften bei Bauten zählt, immer dankbar. Sie bittet aber, Urteile erst dann abzugeben, wenn auch die andere Seite gehört wurde. Die Tatsache, daß nachträglich Gebrechen vorkommen, eine Gefahr, die gerade bei Umänderungen an alten Anlagen groß ist, bildet die Erklärung für viele scheinbar unverständliche Aufgrabungsarbeiten. So ereignete sich vor kurzem ein Kabelbrand unter einem frisch betonierten Betonunterbau. Wenn also auf den Straßen etwas geschieht, was den Vorübergehenden unverständlich erscheint, ist die Magistratsabteilung 28, Wien 5, Vogelsanggasse 36, Telefon B 28-5-20, gerne bereit, Auskünfte zu geben. Vielleicht erübrigt sich dann manche unsachgemäße Kritik.

771.000 Schilling städtische Subventionen
=====

7. Juli (RK) 771.000 Schilling an Subventionen aus Budgetmitteln genehmigte gestern der städtische Finanzausschuß auf Antrag von Stadtrat Resch für kulturelle Vereinigungen und andere Organisationen. Im einzelnen erhalten die Arbeiter-Mittelschule Wien 10.000 Schilling, der Bund für alkoholfreie Jugend-erziehung 3.000 Schilling, der Kreuzbund Österreichs 2.000 Schilling, die Liga für Menschenrechte 3.000 Schilling und die Bezirksstelle Klosterneuburg des Roten Kreuzes 5.000 Schilling. Von den kulturellen Vereinigungen erhalten Vereinigungen bildender Künstler 49.000 Schilling, Musikinstitutionen 628.000 Schilling, davon die Wiener Symphoniker 584.000 Schilling, Literaturgesellschaften 3.000 Schilling, wissenschaftliche Vereinigungen 18.000 Schilling, Volksbildungsvereine 42.000 Schilling, das Institut für Wohnungs- und Haushaltforschung 5.000 Schilling und der Österreichische Schachbund 3.000 Schilling.

Feuerwehrrübung auf dem Rathausplatz
=====

7. Juli (RK) Eine große Feuerwehrrübung findet Samstag, den 10. Juli, auf dem Rathausplatz vor der Gartenanlage der Ausstellung "Unser Wien" statt. Schon um 14.30 Uhr wird die Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien konzertieren. Um 15 Uhr beginnt die Auffahrt eines kompletten Zuges der Feuerwehr. Dabei werden verschiedene Übungen gezeigt und neue Geräte der Wiener Feuerwehr vorgeführt. Auch eine Reihe von Spezialfahrzeugen, so unter anderem der Wagen mit der großen Magirusleiter, der größten in Europa, wird Samstag auf dem Rathausplatz zu sehen sein.

Die Parkkonzerte am Freitag
=====

7. Juli (RK) Freitag, den 9. Juli, finden um 17.30 Uhr, im 11. Bezirk und im 15. Bezirk Parkkonzerte statt. Im Herderpark spielt die Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien, im Märzpark konzertiert die Musikkapelle der Wiener Gaswerke. Der Zutritt zu diesen Konzerten ist frei. Alle Wienerinnen und Wiener sind herzlich willkommen!

Urlaub auch für körperbehinderte städtische Befürsorgte
=====

7. Juli (RK) Das Wohlfahrtsamt hat im April wieder mit der Entsendung von städtischen Dauerbefürsorgten in die Pensionen in Heiligenkreuz und St. Corona begonnen. Bis Ende Juni haben bereits eintausend Befürsorgte einen vierzehntägigen kostenlosen Urlaub in diesen Pensionen verbracht. Insgesamt werden heuer zweitausend städtische Befürsorgte, größtenteils Frauen, auf Kosten der Gemeinde einen Erholungsaufenthalt erhalten.

Nunmehr wurde diese Erholungsaktion auch auf rekonvaleszente und körperbehinderte Dauerbefürsorgte ausgedehnt.

Heute hat der städtische Wohlfahrtsreferent, Vizebürgermeister Honay, 41 körperbehinderte Dauerbefürsorgte, darunter nur zwei Männer, die vierzehn Tage in der Pension "Edelweiß" in Heiligenkreuz verbringen werden, verabschiedet. Die älteste Frau beging heute ihren 97. Geburtstag!

Für die ständige Pflege und Aufsicht dieser Befürsorgten werden vier diplomierte Krankenpflegerinnen in der Pension anwesend sein, die im Bedarfsfalle erste Hilfe leisten können. Außerdem stehen alle Personen unter ärztlicher Aufsicht.

Vizebürgermeister Honay gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Aufenthalt in der schönen Umgebung von Heiligenkreuz, die verständnisvolle Betreuung und gute Verpflegung in der freundlichen Pension den alten Leuten viel Freude bereiten und dazu beitragen möge, ihren Lebensmut aufzufrischen und auch ihr körperliches Befinden zu bessern. Die Gemeindeverwaltung hat damit einen weiteren Schritt zur Verbesserung der Fürsorge für die alten Wienerinnen und Wiener getan.

Hietzinger Heimatmuseum
=====

7. Juli (RK) Das Hietzinger Heimatmuseum bleibt während der Sommermonate geschlossen.

Pferdemarkt vom 6. Juli

=====

7. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 212 Pferde, davon 37 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 197, als Nutztiere 4 verkauft; unverkauft blieben 11 Pferde. Der Marktverkehr war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 12, Niederösterreich 101, Oberösterreich 30, Burgenland 25, Steiermark 32, Kärnten 11, Tirol 1.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 8./Juli 1954

Blatt 1211

Engelsplatz wird umgebaut

=====

Marchfeldstraße bekommt Gleise in der Mitte

8. Juli (RK) Der ständig wachsende Verkehr zwischen Brigittenau und Floridsdorf hat es mit sich gebracht, daß in der Marchfeldstraße und auf dem Engelsplatz höchst unbefriedigende Verkehrsverhältnisse entstanden. Die Wiener Gemeindeverwaltung will nun diese Schwierigkeiten endgültig beheben. Mit den Bauarbeiten wurde bereits begonnen.

In der Marchfeldstraße verlief die Straßenbahn bisher auf einem seitlichen Fahrbankett. Eine schwere Behinderung und eine fühlbare Verringerung der Verkehrsleistung durch das notwendige Ladegeschäft der vielen Lastkraftwagen war die Folge; auch wurde die gesamte Straßenfahrbahn durch das Straßenbahnbankett stark verschmälert, denn sie konnte vom motorisierten Verkehr der Straße nicht mitbenützt werden, ging also für die Gesamtverkehrsleistung verloren.

Der Engelsplatz wieder stammt in seiner straßentechnischen Ausgestaltung aus der "guten alten Zeit", als es dort noch ein Linienamt gab; für damals mag die Gestaltung vielleicht zweckmäßig gewesen sein, weil ohnedies alles Fuhrwerk vor dieser Mautstelle halten mußte. Heute aber sind die berüchtigten schleifenden Schnitte der einzelnen Verkehrsspuren bei allen Fahrern gefürchtet, denn sie sind die Ursache vieler Unfälle.

Auch auf dem Höchstädtplatz war bisher die Verkehrssituation bei der Endschleife des O-Wagens sehr unbefriedigend;

sie bewirkte zwischen Höchstädtplatz und Engelsplatz eine starke Überlastung der Straßenbahn: die Fahrgäste, die von der Linie 31 in den O-Wagen umsteigen wollten, mußten noch im Wagen bleiben, während aus der großen Wohnhausanlage "Engels-hof" diejenigen Fahrgäste, die in die Stadt fahren wollten, schon einsteigen wollten.

Die Gemeindeverwaltung wird nun zur Verringerung dieser Schwierigkeiten die Straßenbahn in der Marchfeldstraße in die Mitte der 18 m breiten Fahrbahn legen, sodaß neben jedem Gleis eine je 6.70 m breite Fahrbahn für den schienenlosen Verkehr geschaffen wird; für Autoparken, Überholverkehr über das Straßenbahngleis und Durchfahrtsverkehr wird daher beider-seits genügend Platz vorhanden sein.

Die Endschleife des O-Wagens wird gleichzeitig auf eine große Verkehrsinsel in der Mitte des Engelsplatzes gelegt werden, so daß sich dort in Zukunft der Umsteig- und Zusteig-verkehr ungehindert abwickeln können.

Um diese Insel wird der motorisierte Verkehr in Form eines Kreisverkehrs herumgelenkt werden; die Größe der Insel und die Leistungsfähigkeit der herumführenden Fahrbahnen ist der Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit der anschließenden Straßen reichlich angepaßt: sie sind 10 bis 13 m breit; auf die Einmündung der Adalbert Stifter-Straße bei ihrem späteren Ausbau wurde selbstverständlich Rücksicht genommen.

Am Engelsplatz sind die Arbeiten bereits in vollem Gange, einzelne Teile der Schleife sind schon sichtbar. In der Marchfeldstraße beginnt die Straßenbahn mit dem Verlegen der Gleise, wenn die Einbauarbeiten erledigt sind.

Die Straßendecke besteht aus Kleinsteinpflaster auf Maka-dam-Unterbau; es konnte auf die vorhandene alte, festgefah-rene Pflasterunterlage aufgebaut werden, was eine bedeutende Kosteneinsparung möglich machte; die Gesamtkosten werden rund 4,5 Millionen Schilling betragen. Das Kleinsteinpflaster wird nach "Einfahren" durch den Verkehr im nächsten Jahr eine Asphaltfugenfüllung erhalten.

Die Fläche der gesamten Fahrbahn beträgt 19.000 Quadrat-meter, der Umbau von der Floridsdorfer Brücke bis zu seinem Ende beim Höchstädtplatz ist 800 m lang.

Ehrenmedaille für 18 verdiente Fürsorgeräte
 =====

Überreichung am nächsten Mittwoch

8. Juli (RK) Der Wiener Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, 18 Fürsorgeamtsfunktionären und Fürsorgeräten in Würdigung ihrer 25jährigen hingebungsvollen und aufopfernden Tätigkeit auf sozialem Gebiet die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen. Die Ausgezeichneten sind:

3. Bezirk: Fürsorgerat Siegfried Martin Mönlich. 8. Bezirk: Fürsorgeräte Emilie Wasinger und Johann Wilding. 10. Bezirk: Vorstand Adolf Gutmann, Fürsorgeräte Rudolf Folgmann, Hugo Kubik, Adalbert Pinka, Sektionsobmann Adolf Ptacek, Fürsorgeräte Rudolf Scheidl und Engelbert Zwonek. 12. Bezirk: Fürsorgerat Johann Puwein. 17. Bezirk: Fürsorgeräte Michael Kräftner, Karoline Mischka, Käthe Otte, Thomas Rupp. 20. Bezirk: Fürsorgeräte Eleonore Reifschneider, Rudolf Michnig. 24. Bezirk: Fürsorgerat Franz Zwonarz.

Die feierliche Überreichung der Ehrenmedaillen findet Mittwoch, den 14. Juli, um 15 Uhr, im Stadtsenatssitzungssaal des Neuen Wiener Rathauses statt. Nach einer Ansprache des amtsführenden Stadtrates für das Wohlfahrtswesen, Vizebürgermeister Honay, wird Bürgermeister Jonas den Fürsorgeamtsfunktionären und Fürsorgeräten die Ehrenmedaillen überreichen. Der feierliche Festakt wird durch Musik von Joseph Haydn umrahmt.

Am Samstag viertes Serenadenkonzert im Arkadenhof
 =====

8. Juli (R) Samstag, den 10. Juli, um 20 Uhr, findet im Arkadenhof des Rathauses das vierte Serenadenkonzert statt. Es spielt das Orchester des Neuen Wiener Konzertvereines unter dem Dirigenten Etti Zimmer. Auf dem Programm stehen: Hebriden-Ouverture von Felix Mendelssohn-Bartholdy, 6. Symphonie C-Dur von Franz Schubert, Ouverture zur Operette "Ein Opernball" von Richard Heuberger, Teufelstanz von Joseph Hell-

mesberger, Wienerische Suite von Alois Pachernegg und Wiener Lieder, Walzer von Rudolf Kattinig. Karten zum Preis von 5 Schilling sind im Vorverkauf bei den Portieren des Rathauses erhältlich. Die restlichen Karten werden jeweils eine Stunde vor Beginn des Konzertes an der Abendkasse im Rathaus verkauft.

Es brennt auf dem Rathausplatz

=====

Das Programm der Feuerwehrübung am Samstag

8. Juli (RK) Für die Feuerwehrübung, die am Samstag nachmittag auf dem Rathausplatz vor dem Eingang zur Ausstellung "Unser Wien" stattfinden wird, liegt nunmehr das Programm vor. Bereits um 14.30 Uhr gibt die Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien ein Platzkonzert. Um 15 Uhr beginnen die eigentlichen Vorführungen. Zuerst tritt ein verstärkter Bereitschaftszug der Hauptfeuerwache Favoriten an. Er wird eine Übung mit vier Schlauchleitungen von zwei Tanklöschwagen zeigen. Hierauf wird ein verstärkter Bereitschaftszug der Zentralfeuerwache einen übungsmäßigen Angriff auf einen Kellerbrand darstellen. Dabei werden schwere Atemschutzgeräte und eine Schaumschlauchleitung verwendet werden. Um etwa 15.30 Uhr wird sodann die Magirusdrehleiter vorgeführt, die höchste Feuerwehrleiter Europas. Im Anschluß daran sind die Sonderfahrzeuge der Feuerwehr der Stadt Wien zu sehen, darunter Pölzholzwagen, Tierrettungswagen, Kranwagen, Auspumpwagen und Zillenwagen. Nach den Vorführungen wird das Platzkonzert der Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien bis 16.30 Uhr fortgesetzt.

Achtung Sportler!

=====

8. Juli (RK) Die Sportärztliche Untersuchungs- und Beratungsstelle der Stadt Wien bleibt wegen Renovierungsarbeiten vom 15. Juli bis 1. September geschlossen.

75. Geburtstag von Jakob Ortner
=====

8. Juli (RK) Am 11. Juli dieses Jahres vollendet Professor Jakob Ortner, der Altmeister der Gitarristik in Österreich, das 75. Lebensjahr.

Aus Tirol gebürtig, machte er sich in jungen Jahren in Wien ansässig und begründete hier durch die Einführung der spanischen Technik des Gitarrespiels eine neue Hochblüte dieses Kunstzweiges. Als virtuoser Solist im Konzertsaal und in der Wiener Staatsoper, als Herausgeber der "Österreichischen Gitarrezeitschrift", besonders aber durch seine jahrzehntelange erfolgreiche Lehrtätigkeit an der Wiener Staatsakademie für Musik hat Professor Ortner an der internationalen Geltung Österreichs als Musikland verdienstvollen Anteil.

West und Ost besuchten Wiener Rathaus
=====

3. Juli (RK) Heute vormittag besuchten das Wiener Rathaus eine Gruppe englischer Gemeindebediensteter und die Damen-Basketballmannschaft aus Leningrad. Die englischen Beamten wurden von Stadtrat Sigmund empfangen, der sie im Namen des Bürgermeisters herzlich begrüßte. In England, so führte er aus, wurde erst vor kurzem die Rationierung aufgehoben. Wir haben die Rationierung schon früher abgeschafft, dafür haben wir aber noch immer die Besetzung unseres Landes. Der Stadtrat informierte die englischen Gäste über die Zahl der Wiener Gemeindebediensteten und ihre Arbeitsverhältnisse.

Stadtrat Afritsch empfing kurze Zeit darauf die sowjetischen Basketballspielerinnen und berichtete ihnen in seiner Ansprache über die Wiederaufbauarbeit in Wien. Die sowjetische Mannschaftsführerin, die für den Empfang im Rathaus dankte, sagte, daß Wien auf sie alle großen Eindruck gemacht hat. Zum Andenken überreichte sie eine künstlerisch ausgeführte Schatulle mit Lackmalerei.

Das Geld zurück - es war zu kalt!

=====

8. Juli (RK) Das dritte Serenadenkonzert im Arkadenhof des Rathauses, das gestern wegen Schlechtwetter abgesagt und auf heute verschoben wurde, kann auch heute wegen der ungünstigen Wetterlage und der zu erwartenden kühlen Abendtemperatur nicht stattfinden. Für die gelösten Eintrittskarten wird bis spätestens Samstag, den 10. Juli, mittag, beim Portier des Rathauses das Geld zurückerstattet.

Schweinenachmarkt vom 8. Juli

=====

8. Juli (RK) Neuzufuhren: 38 Fleischschweine. Verkauft wurden alle. Kontumazanlage: 389 Stück.

Rindernachmarkt vom 8. Juli

=====

8. Juli (RK) Neuzufuhren: 6 Ochsen, 13 Stiere, 27 Kühe, 1 Kalbin, Summe 47. Verkauft wurden: 6 Ochsen, 12 Stiere, 23 Kühe, 1 Kalbin, Summe 42. Unverkauft blieben: 1 Stier, 4 Kühe, Summe 5.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 9. Juli 1954

Blatt 1217

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß anläßlich der Indienststellung der neuen Stadtbahnzüge morgen Samstag, den 10. Juli, um 10 Uhr, eine Pressefahrt stattfindet. Treffpunkt Stadtbahnhof Michelbeuern, Eingang beim äußeren Währinger Gürtel, ungefähr gegenüber der Schumanngasse (Straßenbahnlinie 8 und F).

- - -

Start zur Österreich-Rundfahrt

=====

9. Juli (RK) Heute früh, um punkt 8 Uhr, hob Vizebürgermeister Honay im Beisein von Vizebürgermeister Weinberger auf dem Rathausplatz die Startflagge. Die Österreich-Rundfahrt begann zu rollen.

Die Stadt Wien hat auch heuer wieder drei Ehrenpreise, für den Sieger der Rundfahrt, für den Zweiten und Dritten, gestiftet. Es sind drei künstlerisch ausgeführte, silberbeschlagene Holzteller mit dem Wappen der Stadt Wien.

- - -

Radio Wien fordert die "Stadtpark-Vandalen" zur Diskussion auf

=====

9. Juli (RK) Das "Echo des Tages" von Radio Wien hat gestern die "Stadtpark-Vandalen" aufgefordert, durch den österreichischen Rundfunk der Öffentlichkeit eine sachliche Begründung für ihr Vorgehen zu übermitteln. Radio Wien ist bereit, eine Diskussion über die ausgestellten Plastiken im Stadtpark einzuleiten.

- - -

Besuch aus Neuseeland und Dänemark
=====

9. Juli (RK) Heute vormittag besuchte Mr. Ambler, ein Stadtrat von Aukland, Neuseeland, mit seiner Gattin das Wiener Rathaus. Mr. Ambler befindet sich auf einer großen, für zwei Monate vorgesehenen Reise durch Asien und Europa. Über Italien und die Schweiz kam er nun für einige Tage nach Wien, wo er sich besonders für das städtische Strandbad Gänsehäufel interessierte. Nach dem Vorbild unseres Strandbades soll auch in Aukland eine große Badeanlage entstehen. Vizebürgermeister Honay empfing heute vormittag seine neuseeländischen Gäste im Wiener Rathaus. Im Gespräch zeigte sich Mr. Ambler von Wien und der Arbeit der Wiener Gemeindeverwaltung sehr beeindruckt.

Im Anschluß an den neuseeländischen Besuch empfing Vizebürgermeister Honay den Bürgermeister von Nykøbing, Knudsen, der auch Mitglied des dänischen Parlaments ist. Vizebürgermeister Honay berichtete seinem dänischen Kollegen über den Aufbau und die Zusammensetzung der Wiener Gemeindeverwaltung und des Wiener Gemeinderates.

- - -

Montag Konzert im Belvedere-Garten
=====

9. Juli (RK) Montag, den 12. Juli, findet um 17.30 Uhr, im oberen Belvedere-Garten ein Freikonzert der Wiener Konzertvereinigung unter dem Dirigenten Adalbert Buchwald statt. Auf dem Programm stehen: Ouverture zur Operette "Der Zigeunerbaron" von Johann Strauß, Walzer aus der Oper "Der Rosenkavalier" von Richard Strauß, Fantasie aus der Oper "Die verkaufte Braut" von Friedrich Smetana, Vorspiel zum 3. Akt der Oper "Lohengrin" von Richard Wagner, "Zug der Zwerge" von Edvard Grieg, Streifzug durch Johann Strauß-Operetten von Ludwig Schlögel, "Nordseebilder", Walzer von Johann Strauß, "Pepito und Andulka", ein musikalischer Scherz von Karl Pausperl.

Der Zutritt zu diesem Konzert ist frei. Alle Wienerinnen und Wiener sind herzlich willkommen!

- - -

Pferdemarkt vom 8. Juli
=====

9. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 15 Pferde, davon 6 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 15 verkauft.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Niederösterreich 11, Steiermark 2.

- - -

Ferkelmarkt vom 7. Juli
=====

9. Juli (RK) Aufgebracht wurden 158 Ferkel, verkauft wurden 151. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 5 Wochen 250 S, 6 Wochen 280 S, 8 Wochen 311 S, 10 Wochen 360 S.

Der Marktbetrieb war lebhaft.

- - -

80. Geburtstag von Ludwig Gruber
=====

9. Juli (RK) Am 13. Juli vollendet der Altmeister des Wienerliedes Professor Ludwig Gruber sein 80. Lebensjahr.

Als Sohn eines Volksschauspielers und Sängers in Lerchenfeld geboren, genoß er am Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde bei Robert Fuchs und Ferdinand Löwe eine gründliche musiktheoretische Ausbildung und betätigte sich als Theaterkapellmeister an Provinzbühnen. Er kehrte aber bald in seine Vaterstadt zurück und wurde als Liederkomponist wie als Textdichter sehr bekannt. Während des ersten Weltkrieges geriet er in Gefangenschaft und verbrachte sechs Jahre in Sibirien, wo er eine rege musikalische Tätigkeit entfaltete. Nach seiner Rückkehr in die Heimat mußte er sich eine neue Existenz aufbauen. Er gründete die "Gesellschaft zur Hebung und Förderung der Wiener Volkskunst" und trug verdienstvoll dazu bei, daß die Wiener Musik dem Eindringen fremder Geschmacksrichtungen widerstehen konnte. Auch an der im Auftrage der Wiener Gemeindever-

treterung herausgegebenen Sammlung "Wiener Lieder und Tänze" arbeitete er mit. Sein kompositorisches Schaffen umfaßt Opern und Operetten, Chor- und Kirchenwerke, symphonische Orchesterstücke und Kammermusik. Seine ureigene Domäne ist jedoch das Wienerlied. Unter seinen zahlreichen Liedern befinden sich viele köstliche Weisen, die, wie z.B. "Mei Muatterl war a Weanerin" auf der ganzen Welt bekannt sind. Ludwig Gruber hat für seine Leistungen den Professortitel und den Ehrenring der Stadt Wien erhalten.

- - -

Übersiedlung

=====

9. Juli (RK) Die Magistratsabteilung 16 übersiedelt Montag, den 12. Juli, in ihre früheren Amtsräume im Amtshaus Wien 1, Schottenring 22, 4. Stiege, 2. Stock, Zimmer 262 bis 269. Von 12. Juli bis einschließlich 19. Juli findet daher kein Parteienverkehr statt.

- - -

Wien für das Hochwasser gerüstet

=====

9. Juli (RK) Heute mittag zeigte der Pegel an der Reichsbrücke 6.20 m Wasserstand. Für abends wird die Marke 6.80 erwartet und in der Nacht dürfte der Höchststand mit über 7 m erreicht sein. Wenn sich das Wetter im westlichen Österreich bessert, ist jedoch damit zu rechnen, daß das Hochwasser am Sonntag bereits wieder zu sinken beginnt.

Die Magistratsabteilung 29, Brücken- und Wasserbau, der auch der Wasserschutz für Wien obliegt, hat sich auf das Hochwasser entsprechend vorbereitet. Die gefährdeten Gebiete wurden mit Zillen und Sandsäcken versorgt. In der Nacht wird ein Bereitschaftsdienst Wache halten. In Klosterneuburg, Kritzen-dorf, Döbling, in der Brigittenau, im Prater und in der Freudenau wurden Hochwasserexposituren errichtet, die unter der Leitung eines Ingenieurs des Wiener Stadtbauamtes stehen, der

./.

über mehrere Arbeitskräfte verfügt. Jeder Leiter einer solchen Expositur hat für die entsprechenden Maßnahmen in seinem Bezirk zu sorgen: Dammdurchlässe müssen bei Gefahr abgesperrt, Kanalschieber geschlossen werden; bei Überflutungen ist es auch die Aufgabe der Exposituren, Notstege zu errichten. Soweit sich die Lage bisher überblicken läßt, wird es aber für die an der Donau liegenden Bezirksteile von Wien kaum zu einer wirklichen Gefahr kommen.

- - -

Nach der Taufe gleich in die Schule

=====

Vizebürgermeister Honay und Angelika Hauff taufen drei Löwen-
babies im Zirkus Krone

9. Juli (RK) "Die Gemeindefunktionäre werden vor mannigfache Aufgaben gestellt; aber mir ist es als erster beschieden, eine Löwentaufe vorzunehmen!" Mit diesen für eine Taufe ungewöhnlichen Worten leitete heute mittag im Zirkus Krone auf dem Messengelände Vizebürgermeister Honay den Taufakt für einen fünf Monate alten Löwen ein.

Wie es sich für Wien geziemt, wurde der kleine gelbe Kerl mit einem Grinzinger Riesling auf den Namen "Steffl" getauft. Im Blitzlicht unzähliger Photographen und vor der beunruhigend surrenden Wochenschaukamera mußten dann auch die beiden Brüder von Steffl sichtlich verschüchtert die Taufzeremonie über sich ergehen lassen. Sie heißen von nun an "Attila" und "Cäsar". Als Taufpatin fungierte dabei Angelika Hauff, die von ihren Zirkusfilmen her den Umgang mit wilden Tieren etwas mehr gewöhnt ist.

Gleich nach der Taufe kommen die drei jungen Löwen, die aus der Zucht des Zirkus Krone stammen und vor 14 Tagen in Wien eingetroffen sind, in die Schule. Man sieht also, daß selbst Löwen ein "Hundeleben" führen müssen.

- - -

Neue städtische Wohnhausanlage am Sebastianplatz
=====

9. Juli (RK) Im 3. Bezirk, am Sebastianplatz wurde Ende vorigen Jahres mit dem Bau einer neuen Wohnhausanlage der Stadt Wien begonnen. Die Pläne stammen von der Architektin Dipl.Ing. Schwaiger und von Architekt Schneider. Das 2674 Quadratmeter große Bauland wurde zu 50 Prozent verbaut. Die andere Hälfte ist als Grünfläche gedacht. Die Anlage besteht aus 6 Stiegenhäusern mit 5 bis 6 Geschoßen. Jedes Stiegenhaus bekommt einen Aufzug. 137 Wohnungen, 2 Geschäftslokale, eine Werkstatt und 3 Ateliers sind vorgesehen.

Heute nachmittag wurde auf der Baustelle bereits die Gleichfeier begangen. Stadtrat Thaller sprach bei dieser Gelegenheit der Wiener Bevölkerung seinen Dank dafür aus, daß sie durch ihr Verständnis für den sozialen Wohnhausbau die Möglichkeit zur Fortführung eines Bauprogrammes geschaffen hat, mit dem bisher 100.000 neue Wohnungen gebaut wurden. Den Arbeitern versicherte der Stadtrat, die Gemeinde Wien werde dafür sorgen, daß ihre Hände und ihr Geist nicht untätig sein müssen. Neue Aufgaben warten bereits, und die Stadtverwaltung wird darnach trachten, daß der Strom der Arbeit nicht abreißen wird.

- - -

Prämierte Wiener Kleinbühnen
=====

9. Juli (RK) Bei der Bewertung der kulturellen Leistungen Wiener Kleinbühnen wurde dem Theater "Die Tribüne" für die Aufführung des Stückes "Sappho und Alkaios" von Rudolf Bayr, eine Prämie von 1.500 S und dem Kleinen Theater im Konzerthaus für die Aufführung des Stückes "Das unbewohnte Eiland" von August Defresne, eine Prämie von 1.000 S aus dem Kultur Groschen zuerkannt.

- - -

Gleichenfeier in der Feuerwehrzentrale =====

9. Juli (RK) Heute nachmittag wurde in der Feuerwehrzentrale "Am Hof" das Fest der Dachgleiche im Beisein von Stadtrat Afritsch, Stadtrat Thaller und Polizeipräsident Holaubek gefeiert.

Stadtrat Thaller sagte in seiner Ansprache, daß dieser Kriegsschadensbehebung in zweifacher Hinsicht besondere Bedeutung zukomme: zum ersten wird die für Wien so wichtige Feuerwehrzentrale neu gebaut; zum zweiten handelt es sich um die Wiederherstellung eines der bedeutendsten Bauwerke Wiener Baukultur. Das Objekt, das 1732 im barocken Stil errichtet wurde, ist im September 1944 bei einem der ersten Luftangriffe auf Wien schwer beschädigt und im März 1945 völlig zerstört worden. Lange Zeit war in diesem Haus die Wohnung des jeweiligen Bürgermeisters der Stadt. Schon damals waren die Löschapparate dort untergebracht.

Der Stadtrat berichtete dann über die schwierige Fundierung des neuen Baues. Mit den Erdarbeiten wurde im August 1953 begonnen. Dabei konnten interessante Funde aus der römischen und babenbergischen Zeit gemacht werden. Ein Teil einer römischen Kanalisationsanlage wird als Schauobjekt erhalten bleiben. 1.140 Kubikmeter Beton wurden für die Fundamente verarbeitet. Das Objekt hat vier Stockwerke, 1 Mansarden- und 1 Dachgeschoß. Im Keller befinden sich Lagerräume, Notstrom-, Transformatoren- und Akkumulatorenanlagen. Im Erdgeschoß ist die Kraftfahrzeughalle untergebracht. In den übrigen Geschoßen die Kommandostellen, die Nachrichtenzentrale, Kanzleien, Dienst- und Schlafräume, Unterrichtsräume sowie die sanitären Anlagen. Vier Rutschschächte mit Gleitstangen führen direkt in die Kraftfahrzeughalle.

Die neue Wiener Feuerwehrzentrale "Am Hof" wird ungefähr 10 Millionen Schilling kosten. Die Ausarbeitung des architektonischen Entwurfes oblag Architekt Senatsrat Dipl.Ing. Leischner. Sein Entwurf sieht eine dem alten Platzbild angepaßte Fassade vor, während die Raumgestaltung und die Stahlbetonkonstruktion den modernsten Ansprüchen Rechnung trägt. Die reich gegliederten Architekturteile werden aus Kunststein ausgeführt, das Dach wird mit Kupferblech gedeckt.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 10. Juli 1954

Blatt 1224

"Das Wiener Bühnenbild" und "Der Künstler sieht die Welt"

=====
Ausstellungen im Künstlerhaus noch bis 1. August

10. Juli (RK) Mit Rücksicht auf ihre einmalige Zusammenstellung bleibt die repräsentative Schau "Das Wiener Bühnenbild" im Künstlerhaus, Wien I, Karlsplatz 5, noch bis einschließlich Sonntag, den 1. August, geöffnet.

Kein Freund des Wiener Theaterlebens soll diese seltene Gelegenheit versäumen, sich einen Überblick über diesen Kunstzweig zu verschaffen. Mit Modellen, Figurinen, Entwürfen sowie Originaldekorationen wird die Entwicklung auf dem Gebiet des Bühnenbildes gezeigt. Im großen Mittelsaal, der als festlicher barocker Theaterraum gestaltet wurde, sind die Modelle der wiedererstehenden Wiener Oper und des Burgtheaters zu sehen.

Zu gleicher Zeit findet im 1. Stock eine interessante und reichhaltige Reisebilder-Ausstellung unter dem Titel "Der Künstler sieht die Welt" statt. In ihr werden unter anderem Werke österreichischer Künstler aus Italien, Jugoslawien, Frankreich, Spanien und Finnland sowie aus den überseeischen Ländern Indonesien, China, Japan, Argentinien und Südafrika gezeigt.

Besuchszeit täglich von 10 bis 19 Uhr.

- - -

Architekt Hermann Stiegholzer 60 Jahre alt
=====

10. Juli (RK) Am 12. Juli vollendet der Wiener Architekt Hermann Stiegholzer sein 60. Lebensjahr.

Nach seinem Studium an der Meisterschule für Architektur an der Akademie der bildenden Künste in Wien bei den Professoren Behrens und Holzmeister arbeitete er zunächst bei Oberbaurat Alfred Keller. Im Jahre 1926 machte er sich selbständig und schuf seither ungefähr 40 Neubauten: Industrieanlagen, Werkwohnungen, Bauten der Gemeinde Wien, private Wohnhausbauten in Wien, Arbeitsämter, eine Arbeiterwohnsiedlung, eine Messehalle, einen Kindergarten sowie die Schule der Per Albin Hansson-Siedlung. Bei der Olympiade 1936 wurde Stiegholzer mit der Bronzernen Medaille ausgezeichnet. 1937 wurde ihm der Titel eines Technischen Rates verliehen. Seit 1952 ist Architekt Stiegholzer Mitglied der Gesellschaft bildender Künstler Wiens - Künstlerhaus.

- - -

40jähriges Dienstjubiläum des Marktamtsdirektors
=====

10. Juli (RK) Die Gewerkschaft der Gemeindeangestellten Gruppe Marktamt, die Arbeitsgemeinschaft der Marktamtsbeamten Österreichs, der Klub der Marktamtsbeamten und der Klub der Marktaufseher der Stadt Wien veranstalten am Freitag, dem 16. Juli, um 17 Uhr, im Großen Saal des Gewerkschaftshauses 9, Maria Theresien-Straße 11, eine Feier anlässlich des 40jährigen Dienstjubiläums des Wiener Marktamtsdirektors Heinrich Nechradola.

Nechradola ist im Jahre 1914 in den Dienst der Gemeinde Wien getreten. Bereits 1916 kam er in das Marktamt der Stadt Wien. Er hat nach dem ersten Weltkrieg an dem Aufbau des marktamtlichen Kontrolldienstes mitgewirkt. Sein großes Organisationstalent hat allgemein Anerkennung gefunden. Er war auch unter jenen, die einen Zusammenschluß der Marktkommissäre Österreichs zu einer großen Arbeitsgemeinschaft im Reichsver-

band herbeiführten. 1945 wurde Nechradola Marktamtsdirektor der Stadt Wien. In den schweren Nachkriegsjahren hat er auf diesem für die Versorgung der Bundeshauptstadt so bedeutungsvollen Posten Hervorragendes geleistet. Zu seinen beachtenswerten Maßnahmen zählte dabei die Errichtung einer umfassenden Kontrolle der eingeführten Lebensmittel. Sein Wirken war immer durch eine enge und verständnisvolle Verbundenheit mit dem Wirtschaftsleben gekennzeichnet. Er wurde auch in die Kommission berufen, welcher die Schaffung des neuen Österreichischen Lebensmittelbuches obliegt.

- - -

Parkkonzerte in Meidling und in der Brigittenau

=====

10. Juli (RK) Am Dienstag, dem 13. Juli, um 17.30 Uhr, finden in Meidling und in der Brigittenau Parkkonzerte statt. Im Ahornhof spielt die Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien, im Mortarapark die Musikkapelle der Wiener Gaswerke. Eintritt frei.

- - -

Die Modesammlungen im Schloß Hetzendorf
=====

10. Juli (RK) Die Modesammlungen im Schloß Hetzendorf und die Modebibliothek bleiben während der Sommermonate geschlossen. Wiedereröffnung zu Beginn des neuen Schuljahres.

- - -

Bis Ende dieses Jahres:Ein Drittel des Stadtbahn-Wagenparkes erneuert
=====

10. Juli (RK) Montag, den 12. Juli, werden die ersten vier neuen Stadtbahnzüge seit 1925 indienstgestellt. Aus diesem Anlaß fand heute vormittag eine Pressefahrt mit einem neuen Stadtbahnzug statt, an der Stadtrat Dkfm. Nathschläger, Generaldirektor Frankowski und der Direktor der Verkehrsbetriebe, Dipl.Ing. Grohs, teilnahmen. Stadtrat Dkfm. Nathschläger teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß bis Ende dieses Jahres, wenn die Simmeringer Waggonfabrik die Lieferfristen einhält, ein Drittel des Wagenparkes der Wiener Stadtbahn erneuert sein wird. Gegenwärtig verfügt die Stadtbahn über 294 betriebstaugliche Wagen, zum Jahresende sollen 97 neue Wagen indienstgestellt werden. Dafür sind im Budget 38 Millionen Schilling vorgesehen, ein Wagen kommt also im Durchschnitt auf 400.000 Schilling zu stehen. Wie notwendig der Einsatz von neuen Stadtbahnwagen geworden ist, geht daraus hervor, daß die alten Wagen seit 29 Jahren in Betrieb stehen, ohne den Anforderungen des modernen Verkehrs angepaßt worden zu sein.

Der neue Stadtbahnzug weist gegenüber dem alten wesentliche Verbesserungen auf. Im Inneren des Wagens gibt es keine Zwischentüren mehr, jeder Wagen kann geheizt werden, die Temperatur wird automatisch geregelt. Die Türen öffnen und schließen sich selbsttätig. Sollte der Mechanismus einmal versagen, kann durch einen Notgriff die Tür mit der Hand geöffnet werden. Der Fassungsraum eines Triebwagens beträgt 68 Personen, eines Beiwagens 82 Personen. Die neuen Wagen weisen vor allem durch die Gummilagerung des Wagen-

kastens vorzügliche geräusch- und erschütterungsarme Fahreigenschaften auf. Die Sitze bestehen aus dem gleichen Material wie im Großraumzug und sind den Körperformen angepaßt. Vom Fahrerstand aus werden die Türen geöffnet und geschlossen, über eine Lautsprecheranlage können in allen Waggons die Stationen ausgerufen werden. Auch ein Geschwindigkeitsmesser und verschiedene Kontrollgeräte sind im Fahrerstand eingebaut. Die Bremsen wurden dahingehend verbessert, daß nun durch elektropneumatische Steuerventile die Druckluftbremsen gleichzeitig auf allen Wagen wirken. Bei einer vorgenommenen Notbremsung wurde der schwere Zug auf einer Strecke von nur 40 Metern von 42 Stundenkilometer bis zum Stillstand abgebremst.

- - -

Keine Gefahr für die Wiener Kinder

=====

10. Juli (RK) Das Jugendamt der Stadt Wien - Wiener Jugendhilfswerk teilt mit, daß für die im Kindererholungsheim Emmersdorf an der Donau und in allen übrigen städtischen Erholungsheimen untergebrachten Kinder keine Gefahr durch die Unwetterkatastrophen der letzten Tage besteht.

- - -

Die Feuerwehrvorführung auf dem Rathausplatz

=====

10. Juli (RK) Vor der Ausstellung "Unser Wien" auf dem Rathausplatz fand heute nachmittag eine Vorführung der Feuerwehr der Stadt Wien statt. Schon lange vorher säumten viele tausende Menschen den Rathausplatz. Für den Zeitvertreib spielte eine Feuerwehrkapelle. Während der Auffahrt und den Übungen war der weite Platz "gesteckt" voll. Ein neuerlicher Beweis für die Verbundenheit der Wiener mit ihrer Feuerwehr.

Der Leiter der Ausstellung "Unser Wien", Gemeinderat Planek, begrüßte alle Wienerinnen und Wiener, die auf den Rathausplatz gekommen waren, als Ehrengäste besonders

10. Juli 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1229

Stadtrat Afritsch und Polizeipräsident Holaubek. Dann betrat Branddirektor Dipl.Ing. Prießnitz seinen "Kommandostand" und die Vorführung begann. Vom Burgtheater her fuhr der erste Bereitschaftszug auf. In Sekundenschnelle waren die Schlauchleitungen ausgerollt. Bis zum Anschluß an den Hydranten spritzten die Feuerwehrmänner mit dem Wasser des zum Bereitschaftszug gehörenden Tankwagens. Der nächste Bereitschaftszug führte Schaumlöscher und Atemschutzgeräte vor, dabei kam es zu einem kleinen Zwischenfall, als ein Wasserschlauch platzte und seinen nassen Segen über die Zuschauer ergoß. Der nächste Zug brachte den Wienern die Bekanntschaft mit der großen 52 Meter langen Drehleiter, die gebührend bestaunt wurde. Den Abschluß der Vorführung bildete die Auffahrt einer Reihe von Sonderfahrzeugen. Ein Pölungswagen wurde gezeigt, ebenso ein Tierrettungswagen, der verletzte oder erkrankte Großtiere, vor allem Pferde, transportieren soll, ein Kranwagen, ein Auspumpwagen und ein Zillenwagen. Die Vorführungen der Feuerwehr fanden beim Publikum großen Anklang.

Nächsten Samstag wird auf dem Rathausplatz ein "Tag der Hausfrau" abgehalten, bei dem die städtischen E-Werke und Gaswerke in Erscheinung treten. Am darauffolgenden Samstag soll die Wiener Rettung den Wienern einen Ausschnitt aus ihrer verantwortungsvollen Arbeit zeigen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 12. Juli 1954

Blatt 1230

Ein Kaffeeservice für den 50.000. Besucher

=====

12. Juli (RK) Bis Sonntag abend wurden in der Ausstellung "Unser Wien" in der Volkshalle des Wiener Rathauses 48.181 Besucher gezählt. Der 50.000. Besucher wird für Dienstag oder Mittwoch dieser Woche erwartet. Für ihn hat die Ausstellungsleitung wieder ein schönes Geschenk vorbereitet. Er erhält ein Kaffeeservice aus Augarten-Porzellan.

Am Mittwoch nachmittag von 16 bis 17.30 Uhr wird die Kapelle der Wiener Gaswerke unter der Leitung von Baurat Dipl. Ing. Friedrich Brucker in der Grünanlage vor dem Rathaus ein Konzert geben. Die Gaswerkkapelle wird auch am Samstag während des Hausfrauen-Nachmittags der Ausstellung "Unser Wien" in der Zeit von 15 bis 17 Uhr im Arkadenhof des Rathauses spielen.

- - -

Fünftes Serenadenkonzert im Arkadenhof

=====

12. Juli (RK) Das fünfte Serenadenkonzert im Arkadenhof des Wiener Rathauses findet Mittwoch, den 14. Juli, um 20 Uhr, statt. Es spielt das Große Wiener Rundfunkorchester unter dem Dirigenten Milo Wawak. Auf dem Programm stehen: Romantische Ballade von Armin Caspar Hochstetter, 2. Symphonie B-Dur von Franz Schubert, Ouverture "Donna Diana" von Emil Nikolaus von Reznicek, Konzert für Vidoncello (Solistin: Beatrice Reichert) von Leonardo Leo, Ouverture "Oberon"

./.

von Carl Maria von Weber.

Karten zum Preis von 5 Schilling sind im Vorverkauf bei den Portieren des Rathauses erhältlich. Die restlichen Karten werden eine Stunde vor Beginn des Konzertes an der Abendkasse im Rathaus verkauft.

- - -

"Volksfest" Überschwemmung

12. Juli (RK) Oberösterreich und Niederösterreich stehen unter dem Eindruck der großen Überschwemmungskatastrophe, die die Wasser der Donau verursacht haben. In Wien ist es bis jetzt verhältnismäßig glimpflich abgelaufen. Zehntausende Wiener pilgerten daher am Sonntag nachmittag an die Donauufer zwischen Reichsbrücke und Floridsdorfer Brücke, um ihre Schaulust zu befriedigen. Eisverkäufer und von der Konjunktur angelockte Wanderhändler, die sich durch das Gewimmel drängten, gaben dem ganzen einen unpassenden Volksfest-Charakter.

Die Feuerwehr der Stadt Wien hatte an diesem Sonntag allerdings keinen Ruhetag. Um 19.15 Uhr mußte unter dem Kommando von Branddirektor Dipl.Ing. Prießnitz bei Mannswörth auf dem linken Ufer des Kalten Ganges eine größere Aktion durchgeführt werden. Dort führt durch den Damm ein Abflußrohr, sodaß sich das rückgestaute Wasser des Kalten Ganges in die tiefer gelegenen Felder in Richtung Albern ergoß. Eine in der Nähe gelegene Siedlung war durch das Wasser gefährdet. Die Feuerwehr, die mit neun Gerätewagen und zwei Zillenwagen ausrückte, dichtete zusammen mit Bediensteten der Magistratsabteilung 29, Brücken- und Wasserbau, den Ablauf mit Plachen, Pfosten und Sandsäcken ab.

Weiter wurden an zwei Stellen des rechten Hochwasserdammes bei Stromkilometer 1915 Abdichtungsarbeiten mit Sandsäcken durchgeführt. Dabei half die Freiwillige Feuerwehr Mannswörth mit. Bei beiden Aktionen war auch Stadtrat Afritsch anwesend.

Um 20 Uhr mußte die Wiener Feuerwehr neuerlich eingreifen, um bei einer Kühltankschrankerzeugungsfirma am Handelskai Wasser

aus den Werkstättenräumen zu pumpen. Auch bei einer am Prater-
spitz gelegenen Firma mußte Wasser aus den Anlagen herausge-
pumpt werden.

Heute früh, um 2.30 Uhr, drang in das Hebewerk Stadlau
an der unteren Alten Donau Grundwasser vermischt mit Erdreich
ein. Der Betonmantel des Kanales barst in einer Länge von 3
Metern. Hier führte die Feuerwehr ebenfalls Dichtungsarbeiten
durch. Im Laufe des Sonntags wurde die Feuerwehr noch zu klei-
neren Aktionen, Pumparbeiten und Bergungen von Hausrat wieder-
holt gerufen.

- - -

3,8 Millionen für neue Parkanlagen

Die Arbeiten werden noch heuer durchgeführt

12. Juli (RK) Die öffentlichen Grünanlagen in Wien be-
decken eine Gesamtfläche von 12 Millionen Quadratmeter. Aber
das Wiener Stadtgartenamt gibt sich mit dem bisher Erreichten
nicht zufrieden. Heuer noch werden wieder eine große Zahl von
Gartenanlagen neu geschaffen, neu gestaltet oder instandgesetzt.
Der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten bewilligte da-
für insgesamt 3,8 Millionen Schilling.

Im einzelnen werden folgende Arbeiten durchgeführt: im
2. Bezirk: Gärtnerische Ausgestaltung der Böschungsfläche beim
Heustadelwasser, die Kosten betragen 150.000 Schilling; gärt-
nerische Ausgestaltung der Vorkaiflächen zwischen Augarten-
brücke und Salztorbrücke mit einem Kostenaufwand von 200.000
Schilling. Im 3. Bezirk: Herstellung einer öffentlichen Garten-
anlage im Anschluß an den Wohnhausbau Kärchergasse (60.000
Schilling). Im 4. Bezirk: Errichtung einer öffentlichen Garten-
anlage zwischen Schelleingasse und Kolschitzkygasse (150.000
Schilling). Im 9. Bezirk: Instandsetzung und Umgestaltung der
Gartenanlage Zimmermannplatz (80.000 Schilling). Im 10. Bezirk:
Gärtnerische Ausgestaltung für den Jugendspielplatz Knöllgasse
(55.000 Schilling). Im 11. Bezirk: Gärtnerische Ausgestaltung
der Fläche des zugeschütteten Schwechater Baches in Kaiser-

Ebersdorf (60.000 Schilling); Herstellung einer öffentlichen Gartenanlage beim ehemaligen Wiener-Neustädter-Kanal vom Ostbahndamm bis Hasenleitengasse (200.000 Schilling). Im 13. Bezirk: Errichtung einer öffentlichen Gartenanlage zwischen Endstation der Linie 62 und Jagdschloßgasse (250.000 Schilling). Im 17. Bezirk: Gärtnerische Ausgestaltung des Spielplatzes Franz Glaser-Gasse (86.000 Schilling); gärtnerische Ausgestaltung der Wohnhausanlage Promenadegasse 19 (145.000 Schilling). Im 19. Bezirk: Instandsetzung der Einfriedung des Türkenschanzparks (200.000 Schilling). Im 20. Bezirk: Herstellung von Grünstreifen entlang der Gehalleen in der Dresdner Straße (150.000 Schilling). Im 21. Bezirk: Errichtung einer öffentlichen Gartenanlage mit Kinderspielplatz zwischen Haideweg und der oberen Alten Donau (100.000 Schilling); gärtnerische Ausgestaltung einer Fläche zwischen Nordbahndamm, Angelibad und Birnersteg (200.000 Schilling); Herstellung einer öffentlichen Gartenanlage zwischen Wedekindgasse und Franklinstraße (60.000 Schilling); Erweiterung der öffentlichen Gartenanlage zwischen Wagramer Straße, Hubertusdamm und Weiffenbachstraße (500.000 Schilling); gärtnerische Ausgestaltung der Planierungsfläche Bruckhaufen (500.000 Schilling). Im 22. Bezirk: Gärtnerische Ausgestaltung der Freifläche vor dem Wohnhausbau Erzherzog Karl-Straße 65 (100.000 Schilling); gärtnerische Ausgestaltung der Uferböschung beim Kaiserwasser (200.000 Schilling).

Weiter werden um einen Betrag von 400.000 Schilling Gartenanlagen in mehreren Schulen instandgesetzt.

- - -

Besuch aus England

=====

12. Juli (RK) Eine Gruppe von Londoner Beamten, die mit der "Whitehall Travel London" zu einer Urlaubsreise nach Österreich gekommen sind, wurden heute mittag im Wiener Rathaus von Vizebürgermeister Honay und Stadtrat Dkfm. Nathschläger empfangen.

Vizebürgermeister Honay begrüßte die englischen Gäste und hieß sie in Wien herzlich willkommen. Er informierte sie

./.

über den Aufbau der Wiener Stadtverwaltung und die Zusammensetzung des Gemeinderates.

Ein Mitglied der Reisegesellschaft dankte für den Empfang im Rathaus und versicherte, daß sie alle gerne wieder nach Österreich und nach Wien kommen wollen.

- - -

Eine Hilfsaktion des Städtebundes

=====

12. Juli (RK) Wie bei früheren Elementarereignissen hat der Österreichische Städtebund auch diesmal wieder an seine Mitgliedsgemeinden einen Aufruf gerichtet, durch Sach- und Geldspenden zur Linderung der durch das Hochwasser eingetretenen Not beizutragen. Sachspenden der Gemeinden mögen direkt an die bedrohten Gemeinden gerichtet und Geldspenden auf das Postsparkassenkonto Nr. 190.302 des Österreichischen Städtebundes einbezahlt werden.

- - -

Max Burckhard zum Gedenken
=====

12. Juli (RK) Auf den 14. Juli fällt der 100. Geburtstag des Burgtheaterdirektors und Schriftstellers Dr. Max Burckhard.

In Klosterneuburg geboren, trat er nach Absolvierung der rechtswissenschaftlichen Studien in den richterlichen Dienst, habilitierte sich an der Wiener Universität für Privatrecht und wurde Ministerialbeamter. 1890 erfolgte seine Ernennung zum Direktor des Burgtheaters. Anfangs wurde er als Dilettant angegriffen, seine starke Persönlichkeit setzte sich aber bei Publikum und Kritik bald durch. Es gelang ihm, an Stelle des überalterten ein aus bedeutenden Kräften bestehendes neues Ensemble aufzubauen. Er gewann Mitterwurzer für die wichtigsten Rollen, engagierte die Bleibtreu und die Medelsky. Sein Spielplan knüpfte zuerst an die Shakespearetradition an, neigt aber dann trotz schärfsten Widerstandes der konservativen Kreise dem naturalistischen Drama zu. Durch ihn wurde Ibsen und der junge Gerhart Hauptmann in Wien populär. Er wagte es sogar, Schnitzler in sein Programm aufzunehmen. Auch das Volksstück pflegte er und bahnte Anzengruber und Nestroy den Weg zur Hofbühne. Als er daranging Nachmittagsvorstellungen für die Arbeiterschaft zu organisieren, wurde er für die Hoftheaterintendantur untragbar und mußte 1898 zurücktreten. Er wurde zum Hofrat beim Verwaltungsgerichtshof ernannt, ging aber schon nach zwei Jahren aus Protest gegen Schiedssprüche, die seiner Rechtsauffassung nicht entsprachen, in Pension. Burckhard ist auch als Schriftsteller hervorgetreten. Er begann mit juristischen Arbeiten und wandte sich später immer mehr der schönen Literatur zu. Von ihm stammen Theaterstücke und Komödien, die in satirischer Form Mißstände des öffentlichen Lebens behandeln, Romane, Novellen sowie ästhetische Untersuchungen, Aufsätze und Essays über Dialektgedichtungen, über das Wesen des Theaters, Kritiken und Biographien.

Neue städtische Autobusse "ohne Motor"

=====

12. Juli (RK) Stadtrat Dkfm. Nathschläger besuchte heute in Begleitung des Direktors der Wiener Verkehrsbetriebe, Dipl. Ing. Grohs, die Gräf & Stift-Werke in Atzgersdorf, um an einer Probefahrt mit einem in den Werken fertiggestellten neuen städtischen Autobus teilzunehmen.

Der Wagen mutet auf den ersten Blick etwas gespenstisch an; man findet weder Motorhaube noch Motor. Das Rätsel löst sich, sobald der Fahrer startet. Der Autobus besitzt einen sogenannten Unterflurmotor, das heißt der Motor ist "liegend" im Fahrgestell angeordnet. Die neue Wagentype weist einige bedeutsame Vorteile auf. Eine Geruchsbelästigung der Fahrgäste ist ausgeschlossen, die Fahrweise ruhig und fast stoßfrei. Auch macht der Motor durch seine eigenartige Lage und besondere schalldämpfende Einrichtungen sehr wenig Lärm, obwohl der neue Großraumautobus über einen 150 PS-Dieselmotor verfügt. 84 Personen haben in dem Wagen Platz.

Bei der Probefahrt konnte man sich von den vorzüglichen Fahrteigenschaften des neuen städtischen Großraumautobusses überzeugen. Er fährt stoßfrei an, verfügt über ein großes Beschleunigungs- und Bremsvermögen, das Schalten geschieht automatisch und kaum spürbar. Heuer sollen noch einige dieser neuen Großraumwagen, die mit einem Büssingmotor ausgestattet sind, auf den innerstädtischen Linien in Betrieb genommen werden.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 12. Juli

=====

12. Juli (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 1 Stier, 4 Kühe, Summe 5. Inlandzufuhren; 247 Ochsen, 457 Stiere, 858 Kühe, 184 Kalbinnen, Summe 1.746. Kontumazanlage: 211 Stück. Gesamtauftrieb: 247 Ochsen, 458 Stiere, 862 Kühe, 184 Kalbinnen, Summe 1.751. Verkauft wurden: 241 Ochsen, 419 Stiere, 841 Kühe, 171 Kalbinnen, Summe 1.672. Unverkauft: 6 Ochsen, 39 Stiere, 21 Kühe, 13 Kalbinnen, Summe 79.

Preise: Ochsen 8.50 bis 11.30, extrem 11.50 bis 11.90; Stiere 9.30 bis 11.70, extrem 11.80 bis 12.-; Kühe 7.90 bis 9.50, extrem 9.70 bis 10.30; Kalbinnen 8.80 bis 11.50, extrem 11.60 bis 11.90; Beinlvieh Kühe 6.50 bis 8.50, Beinlvieh Ochsen und Kalbinnen 8.20 bis 9.-.

Bei lebhaftem Marktverkehr notierten Ochsen extrem fest behauptet, 1. Qualität behauptet, 2. und 3. Qualität schwach behauptet. Stiere extrem und 1. Qualität notierten behauptet, 2. und 3. Qualität verbilligte sich bis zu 30 Groschen. Kühe extrem und Kalbinnen notierten behauptet, Kühe 1. bis 3. Qualität sowie Beinlvieh notierten schwach behauptet.

Der Kampf gegen das HochwasserWien hilft Niederösterreich

12. Juli (RK) Bürgermeister Jonas hat Landeshauptmann Steinböck die Hilfe der Stadt Wien für die vom Hochwasser bedrohten Gebiete von Niederösterreich angeboten. Heute nachmittag wurden bereits zwei Motorschiffe der Gemeinde Wien in die Gegend von Pöchlarn entsendet. Es handelt sich um das Motorschiff "Junior" und um eine große Motorplatte. Die beiden Schiffe wurden mit Tiefladewagen auf dem Landweg zu ihrer Einsatzstelle gebracht. Da die Bundesstraße nur bis Loosdorf passierbar ist, müssen für die weitere Fahrt Umfahrungsstraßen benützt werden. Avisoposten werden von Loosdorf aus die Schiffe weiter in Richtung Melk und Pöchlarn dirigieren. Beide Schiffe sollen für Evakuierungsaktionen eingesetzt werden. Sie sind mit Bediensteten der Magistratsabteilung 29, Brücken- und Wasserbau, bemannt, die unter der Leitung des Schiffsbetriebsleiters Techn.Oberkommissär Ing.Franz stehen. Der "Junior" wird bei der Ortschaft Neuda eingesetzt. Das zweite Schiff wird der Gendarmerie zur Verfügung gestellt.

Zehn Zillen der Gemeinde Wien sind nach Korneuburg gebracht worden. Nach Krems wurden städtische Kraftwagen entsendet. Die Feuerwehr der Stadt Wien hat Schläuche, Tauchapparate und Aggregate samt Bedienungsmannschaften der VOEST und den Stickstoffwerken in Linz zur Verfügung gestellt. Nach Ybbs hat die Wiener Feuerwehr eine Pumpe geschickt.

Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller und der Bezirksvorsteher von Donaustadt Horacek begaben sich heute in Begleitung von Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Hosnedl und des Leiters der Magistratsabteilung 29, Brücken- und Wasserbau, Senatsrat Dipl.Ing.Mermon, in die durch das Hochwasser gefährdeten Gebiete des 22. Bezirkes, um an Ort und Stelle die notwendigen Anordnungen zu treffen. Es wurden

weitere vier Hochwasserexposituren in Betrieb genommen, sodaß deren Zahl nunmehr 12 beträgt. Nach einer eingehenden Besprechung der Situation in der Einsatzstelle Konstanziagasse wurden verschiedene Maßnahmen lokaler Natur angeordnet, die in den vor allem von Grundwasser bedrohten Gebieten einige Erleichterungen schaffen sollen.

Ein Aufruf des Gesundheitsamtes

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien richtet an die Benützer von Trinkwasserbrunnen, deren Brunnen durch das Hochwasser gefährdet sind, die dringende Aufforderung, dieses Brunnenwasser nur im abgekochten Zustand zum Trinken und Zähneputzen, zum Waschen von Gemüse, zum Spülen von Eß- und Kochgeschirren und dergleichen zu verwenden, weil die Möglichkeit einer Verunreinigung dieses Wassers und damit die Gefahr von Erkrankungen gegeben ist. Eine Verunreinigung des Brunnenwassers entsteht nicht erst durch Überflutung des Brunnens. Die Reinheit des Wassers ist auch schon dann gefährdet, wenn sich das Hochwasser auf etwa 100 Meter dem Brunnen genähert hat.

Feuerwehr der Stadt Wien im Großeinsatz

Die Feuerwehr der Stadt Wien steht nach wie vor mit allen ihren Kräften im Einsatz. Zahlreiche Personen mußten geborgen werden, die sich in Ertrinkungsgefahr befanden. Bei zahlreichen Wassereinbrüchen in Kanäle, Lokale und Keller Räume mußte interveniert werden, um Tiere, Möbel und Hausrat zu retten.

- - -

Fleisch wurde unsachgemäß behandelt

=====

12. Juli (RK) Zum tragischen Todesfall, der nach dem Genuß von geselchten Schweinsknochen und einer daraus berei- teten Suppe eingetreten ist, wird - ohne dem gerichtsärzt- lichen Befund vorzugreifen - mitgeteilt, daß es sich nach dem Ergebnis der vom Veterinäramt-Marktamt bisher durch- geführten Erhebungen wahrscheinlich um keine Fleischvergiftung im üblichen Sinne handelt. Es liegt hier anscheinend eine Vergiftung durch Fleisch vor, das eine unsachgemäße Behand- lung durch Nitritsalz erfahren hat. Hierzu und zur Inverkehr- setzung der auf diese Weise gesundheitsschädlich gewordenen Fleischknochen ist es durch eine Verkettung von unglücklichen Umständen gekommen. Es handelt sich somit um einen bedauerns- werten Einzelfall. Alle anderen erkrankten Personen sind bereits außer Gefahr.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 13./Juli 1954

Blatt 1241

Jugendbuchpreis der Stadt Wien

=====

13. Juli (RK) Wertvolle Jugendliteratur ist einer der wichtigsten Faktoren für die Jugenderziehung und im Kampf gegen Schmutz und Schund. Die Stadt Wien hat daher wie Stadtrat Mandl bereits vor einiger Zeit angekündigt einen jährlich zu vergebenden Preis für das beste neue in einem Wiener Verlag in der Zeit zwischen dem 1. August und dem 31. Juli vor der Preisverleihung erschienene Jugendbuch geschaffen, um das besondere Interesse von Schriftstellern und Wiener Verlagen am guten Jugendbuch zu wecken.

Der Jugendbuchpreis der Stadt Wien soll für ein Werk verliehen werden, das nach seinem geistigen Konzept und in seiner künstlerischen Gestaltung der Fassungskraft der Kinder vom 6. bis 14. Lebensjahr entspricht und geeignet ist, das sittliche und ästhetische Empfinden unserer Jugend positiv zu beeinflussen. Bilderbücher sollen außer Betracht bleiben. Der Autor muß Österreicher sein. Er erhält einen Preis von 5000 Schilling. Die Preisverleihung erfolgt im Oktober, so daß das Buch für Weihnachtsgeschenke hervorgehoben wird.

Sowohl **Autor** wie Verleger können sich um den Preis bewerben. Zu diesem Zweck sind fünf Exemplare der Leitung der Städtischen Büchereien (Wien 8, Schmidgasse 18) jeweils bis 31. Juli einzureichen. Das Preisgericht besteht aus zehn Mitgliedern, die der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung beruft. Die Entscheidung der Jury ist endgültig und erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges.

Um das preisgekrönte Werk für den Buchhandel zu bezeichnen,

./.

kann es vom Verleger auf seine Kosten entweder mit einer Marke auf dem Schutzumschlag, bezw. Buchdeckel oder mit einem künstlerisch ausgestatteten Umschlagstreifen versehen werden, der für heuer den Aufdruck "Jugendbuchpreis der Stadt Wien für 1954" trägt. Der Umschlagstreifen oder die Marke wird über Wunsch vom Kulturamt geliefert werden. Darüber hinaus wird die Stadt Wien alljährlich um den Betrag von 15.000 Schilling Exemplare des preisgekrönten Werkes ankaufen. Ferner werden die Städtischen Büchereien das Werk erwerben, um es zu verleihen; auch der Stadtschulrat für Wien wird sich bemühen, das Werk in die Schulbüchereien einzustellen.

Die letzte Einreichungsfrist für den Jugendbuchpreis der Stadt Wien 1954 ist der 31. Juli 1954.

- - -

80. Geburtstag von Ferdinand Kadečka

=====

13. Juli (RK) Am 16. Juli vollendet Univ.Prof.i.R. Dr. Ferdinand Kadečka sein 80. Lebensjahr.

Ein gebürtiger Wiener, studierte er daselbst Rechtswissenschaften und wurde nach mehrjähriger Tätigkeit bei Gericht 1912 in die Abteilung für Strafgesetzgebung des Justizministeriums berufen, wo er bis zum Sektionschef avancierte. 1922 erfolgte seine Habilitierung, 1932 seine Ernennung zum ordentlichen Professor für Strafrecht und Strafprozeßrecht an der Universität Wien. Auch nach seiner Emeritierung im Jahre 1940 war er als Hochschullehrer tätig. Kadečka hat eine Reihe fachwissenschaftlicher Schriften und Beiträge für Zeitschriften veröffentlicht. Als Referent des Bundesministeriums für Justiz entwarf er viele Gesetze, deren bedeutendste die Strafprozeßnovelle 1918, das Gesetz über die bedingte Verurteilung und den bedingten Strafnachlaß, das Tilgungsgesetz, das Jugendgerichtsgesetz und das Gesetz über die Unterbringung von Rechtsbrechern in Arbeitshäusern sind.

- - -

Acht neue städtische Wohnhausanlagen
=====

13. Juli (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller referierte heute im Wiener Stadtsenat die Entwürfe und die Kosten für acht neue städtische Wohnhausanlagen mit zusammen 825 Wohnungen, 9 Geschäftslokalen, 2 Ateliers, einem städtischen Kindergarten und einer Städtischen Bücherei. Die Gesamtkosten betragen 70,960.000 Schilling. Von diesem Betrag sollen heuer noch 28,200.000 Schilling verbaut werden. Der Wiener Gemeinderat wird sich am Freitag mit diesen Projekten beschäftigen. Nach seiner Zustimmung wird sofort mit den Arbeiten begonnen werden.

Auf folgenden Plätzen wird gebaut: 4. Bezirk: Waltergasse 5, 2. Bauteil, 53 Wohnungen, 1 städtischer Kindergarten, Abstellräume für Kinderwagen, Fahr- und Motorräder. Das neue Haus ist ein Teil der für dieses Grundstück nach dem Abbruch der Objekte des Wiedner Krankenhauses vorgesehenen Verbauung. 6. Bezirk: Garbergasse 5, 22 Wohnungen. 11. Bezirk: Geiselbergstraße - Geiereckstraße, 2. Bauteil, 104 Wohnungen. 14. Bezirk: Hickelgasse 4-6, 45 Wohnungen und eine Städtische Bücherei. 16. Bezirk: Steinbruchstraße - Maroltingergasse 209 Wohnungen, 4 Geschäftslokale, 1 Transformatorraum und ein Einstellraum für Motorräder; Heindlgasse 4, 39 Wohnungen. 17. Bezirk: Neuwaldegger Straße - Artariastraße 122 Wohnungen, 1 Geschäftslokal, Abstellräume für Kinderwagen, Fahrräder, Motorräder und Gartengeräte. 20. Bezirk: Vorgartenstraße - Engerthstraße, 231 Wohnungen, 4 Geschäftslokale, Einstellräume für Kinderwagen, Fahrräder und Motorräder.

Über die Baubewilligungen zu diesen acht Wohnhausanlagen referierte Stadtrat Lakowitsch.

- - -

Bisheriger Verlauf der Gas- und Elektrogeräteaktion
=====

13. Juli (RK) Der Monat Juni brachte bei der Gasgeräteaktion der Wiener Gaswerke, wie Stadtrat Dkfm. Nathschläger heute im Wiener Stadtsenat mitteilte, einen neuerlichen schönen Erfolg. Während im normalen Geschäft (bis zu 24 Raten) ein Umsatz von 5,865.000 Schilling erzielt werden konnte und 368 Badezimmereinrichtungen im Gegenwert von 2,074.000 Schilling bestellt wurden, sind in der erweiterten Geräteaktion (bis 60 Monatsraten) 333 Finanzierungsansuchen mit 342 Geräten im Betrage von 656.000 Schilling abgegeben worden. Somit brachte der abgelaufene Monat einen Gesamtumsatz von 8,595.000 Schilling gegen 9,313.000 Schilling im Mai und 8,100.000 Schilling im April dieses Jahres.

In der erweiterten Gasgeräteaktion wurden seit Beginn (15. April) 1431 Finanzierungsansuchen mit 1467 Geräten im Betrage von 2,880.000 Schilling abgegeben. Von diesen bis Ende Juni bestellten Geräten waren 838 Gasherde, 187 Fünfliter-Durchlauferhitzer, 270 größere Warmwassergeräte, 24 Speicher und 148 Gaskühlschränke. Mehr als die Hälfte der eingebrachten Finanzierungsansuchen wurden bisher erledigt.

Bei der Elektrogeräteaktion langten bei den Wiener Elektrizitätswerken die ersten Bestellungen und Finanzierungsansuchen am 28. Juni ein. Bis zum vergangenen Samstag (12 Tage) wurden 122 Herde, 684 Kühlschränke, 87 Speicher, 62 Waschmaschinen und einige Futterdämpfer bestellt, die einen Gesamtauftragswert von rund 3 Millionen Schilling repräsentieren. Es war anzunehmen, daß speziell in der Sommerzeit der größte Prozentsatz auf Kühlschränke entfallen wird, die deswegen, um sie auch noch im Sommer ausnützen zu können, bevorzugt und in einem abgekürzten Verfahren behandelt werden. Aber auch die Erledigung der Ansuchen auf die übrigen Geräte dauert von seiten des Elektrizitätswerkes nur etwa 10 Tage, sodaß die Abnehmer nach Ablauf dieser Frist ihre Geräte auch aufstellen können.

Sehr interessant ist auch die Feststellung, daß bei der erweiterten Gasgeräteaktion nur etwa 10 Prozent der Besteller

die 60 Monatsraten in Anspruch nehmen, während es bei der Elektrogeräteaktion immerhin rund 25 Prozent sind.

Beide Aktionen zusammengenommen konnten demgemäß im Berichtszeitraum, der sicherlich schon von zahlreichen Urlauben beeinträchtigt ist, ein außerordentlich befriedigendes Ergebnis erzielen, womit einerseits in begünstigter Weise den Haushalten Geräte für mehr als 11,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden konnten, während andererseits auch hinsichtlich Arbeitsbeschaffung ein starker Erfolg verzeichnet werden kann.

- - -

70. Geburtstag von Hans Fischl

=====

13. Juli (RK) Am 16. Juli vollendet der Pädagoge Hofrat Dr. Hans Fischl sein 70. Lebensjahr.

Ein geborener Wiener, studierte er klassische Philologie und besuchte auf Grund eines Reisestipendiums des Archäologischen Instituts Italien, Griechenland und Kleinasien. Von 1908 bis 1919 gehörte er dem Lehrkörper des Wasagymnasiums an. Anschließend wurde er Mitarbeiter Otto Glöckels bei der österreichischen Schulreform und führte im Unterrichtsministerium wichtige Arbeiten für die Lehrerbildung, den Aufbau der Schule, den Lehrplan und die Reifeprüfung durch. Auch kulturhistorisch und politisch interessante Bücher über die Geschichte des großen Reformwerks stammen von ihm. 1934 wurde er seines Dienstes enthoben, während der Zeit des Nationalsozialismus hielt er sich in Kuba und in New York auf. 1946 kehrte er nach Wien zurück und wurde in den Stadtschulrat berufen. Ende 1949 trat er in den Ruhestand. Hofrat Fischl hat für seine fortschrittlichen Ideen zeitlebens unentwegt gekämpft. Er hat die humanistische Bildung den Bedürfnissen der neuen Schule angepaßt und sich stets als sozial denkender, dem Volks verbundener Schulmann erwiesen.

- - -

Gemeinde Wien spendet eine Million für die Opfer des Hochwassers

=====

Wiener Wohlfahrtsamt bereitet Hausratshilfe vor

13. Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat beschäftigte sich heute eingehend mit der durch das Hochwasser entstandenen Situation. Bürgermeister Jonas, der so wie die Stadträte Afritsch und Thaller in den letzten Tagen und Nächten die Einsatzstellen der verschiedenen technischen Abteilungen der Wiener Stadtverwaltung und der Feuerwehr der Stadt Wien inspizierten, berichtete über die bereits getroffenen Maßnahmen und die erlassenen Anordnungen. Wie wir bereits gestern berichteten, hat der Wiener Bürgermeister dem Landeshauptmann von Niederösterreich die Hilfe der Wiener Stadtverwaltung angeboten, die dieser dankbar zur Kenntnis genommen hat. Noch gestern nachmittag gingen zwei Motorschiffe der Magistratsabteilung 29 in das Gebiet von Melk ab. Zillen aus Wien wurden in Korneuburg eingesetzt. Lastfahrzeuge wurden zum Deckentransport nach Krems beordert. Nach Linz wurden Wiener Feuerwehrmannschaften mit Geräten und tausend Meter Schläuchen geschickt, um dort vor allem bei der Sicherung eines Hochofens der VOEST mitzuwirken, der sich in höchster Gefahr befand. Auch den Stickstoffwerken in Linz wurde von Wien aus Unterstützung zuteil. Nach Ybbs, wo sich eine große Anstalt der Gemeinde Wien befindet, wurden Feuerwehr, Feldküchen und Desinfektionsmittel für Trinkwasser entsandt.

In Wien selbst stehen augenblicklich für Bergungsaktionen 250 Zillen zur Verfügung. Auch zahlreiche städtische Anlagen haben bereits die Gewalt des Hochwassers zu spüren bekommen. So steht in der städtischen Wohnhausanlage in der Wenlistraße das Wasser mehr als einen Meter hoch in den Kellern und auch der neue städtische Kindergarten Rosenpark auf dem Erzherzog Karl-Platz im 2. Bezirk steht unter Wasser. Selbstverständlich sind auch sämtliche Hafenanlagen und die städtischen Lagerhäuser betroffen. Auch der Landwirtschaftsbetrieb der Gemeinde Wien in Schloßhof ist bedroht, da der dortige Damm bereits Wasser durchläßt. Wie auf allen anderen Stellen sind auch dort Sicherungsmaßnahmen in Gange. In vielen Donauebenen im Bereiche

von Wien hat auch bereits Lebensmittelhilfe mit Käse, Milch, Fleisch- und Schmalzkonserven eingesetzt. Das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien hat fünf Schulen für die Aufnahme von Evakuierten bereitgestellt. Die Notquartiere wurden bereits entsprechend eingerichtet. Die Vorkehrungen der Wiener Stadtverwaltung wurden selbstverständlich in einem größeren Umfang getroffen, als sie wahrscheinlich benötigt werden.

Wenn das Hochwasser zurückgeht und die Schäden übersehen werden können, wird der Amtsführende Stadtrat für Wohlfahrtsangelegenheiten Vizebürgermeister Honay eine Hilfsaktion für den durch das Hochwasser verlorengegangenen oder zerstörten Hausrat beantragen. Der Wiener Magistrat wird die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Auch die Stadträte Afritsch und Thaller gaben eingehende Berichte von dem Einsatz der städtischen Bediensteten, wobei die gute Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Gemeinde Wien und der Polizei besonders hervorgehoben wurde.

Bürgermeister Jonas dankte allen städtischen Abteilungen, die mit der Bekämpfung des Hochwassers und mit der Rettung des Lebens und des Gutes von vielen Bewohnern dieser Stadt beschäftigt sind, für ihren opferfreudigen Einsatz.

Bürgermeister Jonas erklärte sodann, daß die Gemeinde Wien bei dieser Katastrophe, die gleichzeitig mehrere Bundesländer in Mitleidenschaft gezogen hat, nicht eine eigene Spendenaktion ins Leben rufen will, sondern sich der gemeinsamen Aktion der Bundesregierung anschließt. Er schlug vor, daß sich die Wiener Stadtverwaltung an dieser Aktion mit einer Million Schilling beteiligt.

Der städtische Finanzreferent Stadtrat Resch stellte sodann den Antrag, daß die Gemeinde Wien eine Million Schilling für die Opfer der Hochwasserkatastrophe widmet und auf das Konto der Bundesregierung überweisen möge. Der Wiener Stadtsenat stimmte diesem Antrag einstimmig zu.

Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, teilte hierauf mit, daß sich die Wiener Stadtwerke dieser Aktion mit 200.000 Schilling anschließen. Auch diesem Antrag gab der Wiener Stadtsenat die Zustimmung.

10.000 Schilling-Spende der Gemeinde Wien für die Barmherzigen
=====Brüder
=====

13. Juli (RK) Der städtische Finanzreferent Stadtrat Resch beantragte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates eine Spende der Gemeinde Wien von 10.000 Schilling an das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder für die Behebung von Kriegsschäden. Der Stadtsenat hat diesem Antrag zugestimmt.

- - -

Parkkonzerte im 10. und 16. Bezirk
=====

13. Juli (RK) Am Donnerstag, dem 15. Juli, um 17.30 Uhr, finden im 10. und 16. Bezirk Parkkonzerte statt. Auf dem Reumannplatz spielt die Polizeimusikkapelle Wien, im Kongreßpark, falls es der Dienst erlaubt, die Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien, ansonsten eine andere Kapelle.

Die Konzerte sind frei zugänglich.

Das ebenfalls für Donnerstag vorgesehene Konzert im Wasserpark in Floridsdorf kann wegen der Hochwasserlage nicht stattfinden.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 13. Juli
=====

13. Juli (RK) Neuzufuhren: 4463 Fleischschweine. Verkauft wurden alle. Kontumazanlage: 392 Fleischschweine aus Jugoslawien zum Preise von 13.30 bis 13.70 S.

Bei sehr lebhaftem Marktverkehr notierten Extremware, 1. und 2. Qualität zu 14.- S, 3. Qualität 13.80 bis 14.- S, Zuchten 13.- bis 13.50 S, Altschneider 12.- bis 12.80 S.

- - -

Feuerwehr der Stadt Wien in pausenlosem Einsatz
=====

13. Juli (RK) Wie Stadtrat Afritsch schon heute mittag im Wiener Statssenat mitteilen konnte, wurden durch das Radio alle dienstfreien Feuerwehrmannschaften einberufen. Bis gegen 17 Uhr hat die Wiener Feuerwehr rund 50 größere Aktionen durchgeführt, die den Einsatz von zahlreichen Geräten und Beamten erforderten. Große Schwierigkeiten gibt es im Gebiet von Albern, wo der Mittelbach hinter dem Friedhof der Namenlosen den Damm durchbrochen hat. Lang des Handelskais wurde bei zahlreichen Betrieben, so auch beim E-Werk in der Engerthstrae, das Wasser von den Kesseln abgehalten damit die Betriebe weiter arbeiten können. In Klosterneuburg wurden mehrere Personen geborgen. Im Inundationsgebiet wurden losgerissene Verkaufshutten sichergestellt und in verschiedenen anderen Gebieten treibende Güter geborgen. Während der Zeit der größten Beanspruchung geriet aus bisher noch unbekannter Ursache das Gerüst des neuen Hochhauses Ecke Schottenring und Kai in Brand. Das Feuer konnte rasch gelöscht werden.

Wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, ist der Bahndamm der Hafenbahn in der Lobau, der gleichzeitig den Fuß des Hochwasserdammes darstellt, in einer Länge von 50 Metern gegen die Panozzalacke zu abgerutscht. Bedienstete der Magistratsabteilung 29 sind dabei, den Damm wieder aufzubauen. Für diese Arbeiten hat das sowjetrussische Element auch eine Pioniereinheit freiwillig zur Verfügung gestellt. Man rechnet damit, daß bereits heute nacht oder morgen früh der Bahndamm wieder in Ordnung sein wird.

- - -

Die Hochwasserschutzmaßnahmen für Wien
=====

13. Juli (BK) Vom städtischen Baureferenten, Stadtrat Thaller, erhalten wir die nachstehende Übersicht über die Organisation des Hochwasserschutzes in Wien.

Die Hochwasserschutzanlagen von Wien, das sind der Donaudurchstich mit dem linksufrigen Hubertusdamm, dem Inundationsgebiet, der Scheitelkante auf dem rechte Ufer und den diversen Ergänzungsdämmen, wurden von der Donauregulierungskommission erstellt und gingen bei deren Liquidierung im Jahre 1924 in die Verwaltung der Donauhochwasserschutzkonkurrenz über, die sich aus dem Bund, dem Land Wien und dem Land Niederösterreich zusammensetzt. Mit der Wahrnehmung der Interessen der Donauhochwasserschutzkommission ist das Bundesstrombauamt betraut, als das diesen drei Körperschaften verantwortliches Exekutivorgan.

In die Aufgaben der Abwehrmaßnahmen gegen Überschwemmungen teilen sich das Strombauamt und der Magistrat der Stadt Wien. Während dem Bundesstrombauamt die Verteidigung der Dämme obliegt, welcher Aufgabe es im Wiener Raum durch Einsatz von 11 Dammverteidigungsexposituren gerecht wird, hat der Wiener Magistrat alle übrigen Hochwasserschutzvorkehrungen vorzunehmen. Der Magistrat hat gegen Donauhochwässer 16 Hochwasserexposituren errichtet, deren Leiter je ein Stadtbauamtsingenieur ist und dem Werkmeister und Arbeiter des Kanalbaues, des Straßenbaues, der Fürsorge, des Marktamtes, des Fuhrwerksbetriebes sowie Kraftfahrzeuge beigegeben sind.

Den Exposituren-obliegt es einvernehmlich mit den Bezirks- und Ortsvorstehern, Stege über überflutete Straßen herzustellen, Zillenverkehr einzurichten, gefährdete Gebäude zu räumen, die Menschen in Notquartiere, die Möbel in Magazine unterzubringen. Wo Lebensmittel- oder Wassermangel herrscht, wird durch das Marktamt, bzw. durch die Wasserwerke für Abhilfe gesorgt. Die Magistratsabteilung 29 - ihr Leiter ist Senatsrat Dipl. Ing. Mernon - in deren Händen die Organisation des Hochwasserschutzes liegt, verfügt selbst über etwa

130 Zillen, eine große Anzahl von Holzböcken und Stegplanken, viele tausende von Sandsäcken und anderes für den Hochwasser-einsatz notwendiges Gerät, das mit bereitgestellten Lastkraftwagen auf Anforderung an die Einsatzstellung gebracht wird.

Geleitet wird dieser Einsatz durch einen Stab von Beamten der Magistratsabteilung 29, welcher vom Beginn der Hochwasser-schutzmaßnahmen bis zur Beseitigung der Gefahr in Permanenz im Rathaus tagt. Hier haben die Expositursingenieure Baustoffe, Geräte, Zillen und Fahrzeuge anzufordern und von hier gehen die Anordnungen für die Ausgabe an die Hochwassermagazine.

Diese Organisation, welche sich bei verschiedenen Hochwasserkatastrophen an der Liesing, Schwechat, Fischa, Triesting, Piesting etc. wiederholt bewährt hat, zeigt sich auch bei dem gegenwärtigen Hochwasser bisher ihren Aufgaben voll gewachsen.

- - -

Wiener Verkehrsbetriebe vom Hochwasser nicht betroffen

=====

13. Juli (RK) Bis heute abend waren die Wiener Verkehrsbetriebe durch das Hochwasser nicht betroffen. Lediglich die sogenannte Bäderschleife bei der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, die immer ohne Fahrgäste passiert wird, kann schon seit Montag nicht befahren werden. Sämtliche Wiener Straßenbahn- und Autobuslinien in allen Bezirken fahren normal. Die Meldung einer Zeitung über die Einstellung des Autobusses nach Klosterneuburg ist unrichtig. Die Straßenbahnlinie 11 ist ebenfalls in Betrieb; dort mußten jedoch einige Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 14. Juli 1954

Blatt 1252

Am Freitag Wiener Landtag und Gemeinderat =====

14. Juli (RK) Die nächste Sitzung des Wiener Landtages findet Freitag, den 16. Juli, um 11 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht die siebente Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien. Referent ist Stadtrat Sigmund (Personalwesen).

Im Anschluß an die Landtagssitzung tritt der Wiener Gemeinderat zusammen. Für die Gemeinderatssitzung liegt bereits eine umfangreiche Tagesordnung vor. Neben anderen wichtigen Geschäftsstücken werden der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1952, der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1952, der Bericht des Rechnungshofes zum Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für die Jahre 1951 und 1952, sowie der Rechnungsabschluß 1952/53 und der Wirtschaftsplan 1954/55 des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien und der Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg beraten. Die Referenten sind die Amtsführenden Stadträte Resch (Finanzen) und Dkfm. Nathschläger (Unternehmungen).

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge =====

14. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 19. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Klamm am Semmering" gebracht wurden, am Freitag, dem 16. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 13.40 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

- - -

Ein neuer städtischer Kindergarten in Floridsdorf
=====

14. Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat stimmte gestern auf Antrag von Stadtrat Thaller der Errichtung eines neuen städtischen Kindergartens mit vier Abteilungen in Floridsdorf innerhalb der städtischen Siedlungsanlage Siemensstraße zu. Die voraussichtlichen Kosten betragen 1,9 Millionen Schilling. Es handelt sich um ein ebenerdiges Gebäude mit zweckmäßigen und modern eingerichteten Räumen. Jeder der vier Beschäftigungsräume wird einen Ausgang über die anliegende Garderobe auf eine Terrasse in den vorgelagerten Spielhof haben. Im Garten ist eine Spielwiese mit Planschbecken vorgesehen. Die übrigen Flächen um das Gebäude werden gärtnerisch ausgestaltet. Der Kindergarten wird auch mit einer Zentralheizung ausgestattet sein.

- - -

Kiba gibt 10.000 Schilling für Hochwasseropfer
=====

14. Juli (RK) Wie uns der Präsident der Kiba, Stadtrat Afritsch, mitteilt, hat dieses Kino-Unternehmen beschlossen, für die Opfer der Hochwasserkatastrophe 10.000 Schilling zur Verfügung zu stellen. Der Betrag ist auf das Konto der Spendenaktion der Bundesregierung überwiesen worden.

- - -

Zigaretten für die Wiener Feuerwehr
=====

14. Juli (RK) Bürgermeister Jonas hat heute vormittag den im Kampf gegen das Hochwasser stehenden Männern der Wiener Feuerwehr 5.000 Zigaretten an ihre Einsatzstellen geschickt.

- - -

Hugo von Hofmannsthal zum Gedenken
=====

14. Juli (RK) Auf den 15. Juli fällt der 25. Todestag von Hugo von Hofmannsthal. Er ist nach Grillparzer einer der repräsentativen Dichter des österreichischen Volkes.

Dem Herkommen nach erfüllt von österreichischer Vergangenheit und den besten Elementen des volksmäßigen Aufbaues, stellt er um die Jahrhundertwende den Typus von Glanz und Tragik eines großen Reiches dar, das vor dem Untergang steht. Sehr früh ein reifer Dichter, ohne ein Wunderkind zu sein, zeigt er die Schönheit der dichterischen Sprache, die ganze Tiefe des Gefühls und die Weisheit eines alten Volkes, das vor einer großen Wendung in seiner Entwicklung steht. In seiner Verbindung mit Richard Strauß offenbart sich der substanzmäßige Zusammenhang von Dichtung und Musik in Österreich, in seinen späteren Stücken der Zusammenhang mit den religiösen Elementen unseres Volkes, ohne dogmatischen Zwang zu einem bestimmten Bekenntnis. Die alljährliche äußere Manifestation seines fortwirkenden Lebenswerkes in den Salzburger Festspielen, die nicht zum geringen Teil auch sein Werk sind, erhält den großen Dichter auch im geistigen Dasein der Gegenwart lebendig.

Die literarhistorischen Würdigungen Hofmannsthals machen heute schon eine stattliche Sammlung aus. Es kann deshalb hier als Erinnerung nur eine kurze Zusammenfassung seiner Lebensdaten und Werke gegeben werden.

Hugo von Hofmannsthal ist am 1. Februar 1874 als Sohn eines wohlhabenden Bankmannes geboren, studierte am Akademischen Gymnasium, begann an der Wiener Universität das Jusstudium, setzte aber nach Absolvierung seines Freiwilligenjahres mit Philosophie fort und promovierte zum Doktor phil. mit einer Arbeit über Victor Hugo. Bereits im Alter von 17 Jahren war sein erster Einakter "Gestern" (1891) unter einem Pseudonym erschienen, weil er als Gymnasiast noch nicht seinen Namen verwenden durfte. Die große Wirkung dieses Erstlingswerkes steigerte sich weiter durch seine lyrischen Kurzdramen "Der Tod des Tizian" (1892), "Der Tor und der Tod" (1893) und

durch seine formvollendeten Gedichte (erschieden als Gedichtband 1903). Lernet-Holenia sagt von ihm, daß "mit seinem 25. Jahre etwa die eigentlich heilige Flamme in ihm nur mehr wie zur Erinnerung an sich selber zu brennen begann", doch stehen seine Dichtungen aus den späteren Jahren gleicherweise als edle Zeugen österreichischer Dichtung da.

Seine von Richard Strauß vertonten Stücke "Ariadne auf Naxos", "Elektra", "Die Frau ohne Schatten", "Die ägyptische Helena", "Arabella" und das wirkungsvollste von ihnen, "Der Rosenkavalier", seine Nachdichtungen der griechischen Tragödien, seine Erzählungen und klugen Essays, schließlich seine Lustspiele, wie "Der Schwierige", gehören zu dem Wertvollsten, das die österreichische Dichtung hervorgebracht hat. "Der Schwierige" kann wohl als die Verkörperung aller liebenswerten und aller schwächeren Eigenschaften des Österreichertums angesehen werden. "Jedermann" und "Das Salzburger große Welttheater", Bearbeitungen alter Mysterienstoffe und romanischer Dichtung, haben durch die Salzburger Festspiele Weltruhm erlangt.

Hofmannsthal starb in gewissem Hinblick als Frühvollender am 15. Juli 1929 in seiner Villa in Rodaun bei Wien. Er liegt in einer Familiengruft am Kalksburger Friedhof begraben.

Die Stadt Wien hat an seinem Grab einen Kranz niedergelegt.

- - -

Pferdemarkt vom 13. Juli

=====

14. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 192 Pferde, davon 48 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 186, als Nutztier 1, verkauft; unverkauft blieben 5. Herkunft der Tiere: Wien 11, Niederösterreich 114, Burgenland 26, Steiermark 24, Salzburg 1, Kärnten 16.

- - -

Billigeres Gas für Baden und Traiskircher
=====

14. Juli (RK) Die mit der Stadt Baden seit längerer Zeit geführten Verhandlungen über die Belieferung Badens mit Stadtgas aus Wien wurden vor kurzem erfolgreich beendet. Stadtrat Dkfm. Nathschläger beantragte daher gestern im Wiener Stadtsenat die Genehmigung der Verträge, die zwischen Wien und Baden abgeschlossen werden sollen. Der Wiener Gemeinderat wird sich in seiner Sitzung am Freitag gleichfalls damit beschäftigen.

Durch die Übernahme der Gasversorgung Badens durch die Wiener Gaswerke ergibt sich für die Badner Bevölkerung eine nicht unbedeutende Tarifermäßigung. Bisher mußte in Baden für den Kubikmeter Gas 1.30 S gezahlt werden, wobei noch die Stadt Baden 25 Groschen pro Kubikmeter zuschoß. Der neue Preis für das Wiener Gas beträgt bloß 1 Schilling für Haushaltsgas und 90 Groschen für Gewerbegas pro Kubikmeter. Der Vertrag läuft bis 31. Dezember 1999. Das zum Zeitpunkt der Übernahme im Badner Gaswerk beschäftigte Personal wird von den Wiener Gaswerken übernommen. Mit den erforderlichen Rohrlegungsarbeiten wird schon in der nächsten Zeit begonnen werden.

Gleichzeitig mit dem Abschluß des Vertrages zwischen den Wiener Gaswerken und der Stadt Baden wird auch der Liefervertrag mit Traiskirchen geändert. Auch hier wird der Gaspreis, der bisher 1.10 Schilling pro Kubikmeter betrug, auf 1 Schilling für Haushaltsgas und auf 90 Groschen für Gewerbegas ermäßigt.

- - -

Holzäpfeltal-Aquädukt wird repariert
=====

14. Juli (RK) Der Aquädukt der 2. Wiener Hochquellenleitung im Holzäpfeltal bei Wildalpen hat bei einer Gesamtlänge von 214 Metern 14 Bögen. Ebenso wie bei den nunmehr instandgesetzten beiden anderen Aquädukten in Wildalpen, dem Hopfgarten- und dem Salza-Aquädukt, sind auch hier am Kalkquadermauerwerk umfangreiche Schäden aufgetreten. Es handelt

sich um zahlreiche starke, mehrfach über das ganze Gewölbe sich erstreckende Frostrisse in den Randquadern der Bögen, sowie um Verwitterungsschäden an vielen Stellen in den Gewölben.

Um weitere große Schäden zu verhindern, beantragte Stadtrat Thaller gestern in der Sitzung des Wiener Stadtsenates die vollkommene Auswechslung der Randquadern bei acht Bögen. Die sieben restlichen Bögen und das übrige Mauerwerk werden ausgebessert. Für diese Arbeiten wird an Stelle von Kalkstein wetterfester Quarzsandstein verwendet werden. Die Kosten werden mit 850.000 Schilling angenommen.

Italienische Ingenieure im Wiener Rathaus

=====

14. Juli (RK) Eine Reisegesellschaft von vierzig Ingenieuren aus Italien, die an einem Ingenieur-Kongreß in Triest teilgenommen hatte und sich gegenwärtig auf einer Vergnügungsreise befindet, wurde heute im Roten Salon des Wiener Rathauses von Vizebürgermeister Honay empfangen und im Namen der Stadtverwaltung herzlich begrüßt. Der Vizebürgermeister gab den italienischen Gästen einen Überblick über den Wiederaufbau und über die Bemühungen der Wiener Stadtverwaltung, die Stadt zu verschönern und das Leben ihrer Bewohner besser und angenehmer zu gestalten.

Die italienischen Ingenieure dankten für die herzliche Aufnahme in Wien.

Die Reinhaltungswoche war erfolgreich
=====

14. Juli (RK) Stadtrat Lakowitsch sprach heute abend im "Echo des Tages" von Radio Wien über das Ergebnis der vom 1. bis 7. Juli abgehaltenen Woche zur Reinhaltung der Wiener Straßen. "Unser Wien soll sauber sein, darum halt die Straßen rein!", war der Slogan, den sich die Wiener auch zu Herzen nahmen. Als äußeres Zeichen eines Erfolges der Reinhaltungswoche konnte die städtische Straßenpflege außerdem feststellen, daß die Abfallkörbe bedeutend mehr Inhalt aufweisen als vorher.

Die Aktion hat, wie auch aus einer ganzen Reihe von Zuschriften zu ersehen ist, die erhoffte Zustimmung gefunden. Übelständen, die in diesen Briefen aufgezeigt wurden, ist, soweit dies möglich war, in konkreten Fällen nachgegangen worden. Viele Zuschriften beschäftigten sich auch mit der Verunreinigung der Gehsteige durch die Hunde. Stadtrat Lakowitsch richtete daher an die Hundebesitzer in Wien die Bitte, zumindest die Gehsteige nicht durch die Tiere verschmutzen zu lassen. Wie der Stadtrat abschließend ankündigte, soll die Propagandaaktion in absehbarer Zeit wiederholt werden.

- - -

Am Montag Dachgleiche beim neuen Hochhaus
=====

14. Juli (RK) Montag, den 19. Juli, um 17 Uhr, findet die Dachgleichenfeier bei dem neuen zwanzigstöckigen Bürohaus der Wiener Städtischen Versicherung Ecke Kai und Schottenring statt.

- - -

Der 50.000. Besucher in der Ausstellung "Unser Wien"
=====

14. Juli (RK) Heute nachmittag konnte Stadtrat Afritsch in der Ausstellung "Unser Wien" den 50.000. Besucher begrüßen. Es handelt sich um den 52jährigen Berufsschullehrer Karl Weiß aus dem 12. Bezirk.

Kurz nach 16 Uhr betrat der 50.000. Besucher die Ausstellung, eben als die Kapelle der Wiener Gaswerke mit ihrem Platzkonzert begonnen hatte. Gemeinderat Planek geleitete ihn zu einem kleinen Tisch, wo das prächtige Kaffeeservice aus Augartenporzellan aufgestellt war. Stadtrat Afritsch gratulierte Karl Weiß zu dem Geschenk der Ausstellungsleitung und sagte, er hoffe, bald den 100.000. Besucher begrüßen zu können.

Tag der Hausfrau

Samstag, den 17. Juli, findet um 15 Uhr in der Ausstellung "Unser Wien" wieder eine große Veranstaltung statt, die unter dem Motto "Der Tag der Hausfrau" steht. Im Arkadenhof des Wiener Rathauses wird eine kleine Sonderschau von Gas- und Elektrogeräten zu sehen sein, die durch die Gasgemeinschaft und die Elektrogeräte-Aktion auf dem Kreditweg zu erhalten sind. Beraterinnen dieser städtischen Unternehmungen stehen den Hausfrauen zur Verfügung. Auch werden Kostproben von Backwerken und Broten verabreicht. Ebenso können die Besucher der Ausstellung am Samstag kostenlos neue Kochrezepte für die Elektroküche erhalten. Für die historisch Interessierten gibt es sogar Kochrezepte aus vergangenen Jahrhunderten.

Von Donnerstag, den 15., bis Donnerstag, den 22. Juli, erhält jeder Ausstellungsbesucher mit seiner Karte einen Fragebogen, der sechs Fragen über das Gaswerk und das E-Werk enthält. Diejenigen, die die Fragen richtig beantworten, haben die Chance, als ersten Preis einen Staubsauger, als zweiten Preis einen Gasherd oder ^{einen der} zehn Trostpreise in Form von Büchern zu gewinnen. Die Preisträger werden durch das Los bestimmt.

Parkkonzerte am Freitag

=====

14. Juli (BK) Freitag, den 16. Juli, findet um 17.30 Uhr, im Herderpark im 11. Bezirk ein Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe statt; im Märzpark im 15. Bezirk konzertiert zur gleichen Zeit die Polizeimusik Wien. Der Eintritt ist frei. Alle Wienerinnen und Wiener sind herzlich eingeladen.

- - -

Bürgermeister überreicht Ehrenmedaillen an Fürsorgeräte

=====

14. Juli (RK) Heute nachmittag fand im Sitzungssaal des Wiener Stadtsenates die feierliche Überreichung der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien an 18 verdiente Fürsorgeräte statt. Die Ehrenmedaille wurde den Fürsorgefunktionären in Würdigung ihrer 25jährigen hingebungsvollen und aufopfernden Tätigkeit auf sozialem Gebiet verliehen. An der Feier nahmen teil: Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Afritsch, Dkfm. Nathschläger und Thaller und der Magistratsdirektor. Unter den Ehrengästen sah man ferner zahlreiche Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und Fürsorgeamtsvorstände.

Vizebürgermeister Honay führte in seiner Ansprache u.a. aus: "Wir befinden uns gegenwärtig in einem Stadium der Vertiefung unserer Sozialarbeit. Der von uns allen begrüßte Ausbau der gesetzlichen Sozialversicherung hat zweifellos eine gewisse Entspannung für die Verwaltung bewirkt. Vor allem ist die Zahl der Befürsorgten stark zurückgegangen. Wir haben gegenwärtig 20.897 in ständiger Fürsorge stehende Personen, für die die Gemeinde in den ersten vier Monaten dieses Jahres rund 27 Millionen Schilling aufgewendet hat. Aber die Arbeit der ehrenamtlichen Fürsorgeräte ist keineswegs durch die Verminderung der Zahl der Dauerbefürsorgten geringer oder gar leichter geworden. Sind doch 78 Prozent aller Dauerbefürsorgten mehr als 60 Jahre alt. 38 Prozent unserer Dauerbefürsorgten stehen im Jahrzehnt zwischen 70 und 80 Jahren. Das 80. Lebensjahr haben 12 Prozent überschritten. 57 Prozent

aller Befürsorgten sind alleinstehend.

Die fürsorgerische Behandlung dieser alten Leute erfordert viel Geduld. Es ist erfreulich, daß unsere Fürsorgeräte, Frauen und Männer, nicht nur mit Geduld, sondern auch mit Liebe arbeiten und so ist es zu erklären, daß nur vereinzelte, berechtigte Beschwerden laut werden.

Sozialarbeit wird niemals vollendet sein. Wir suchen daher ständig neue Wege. So entstand die Gewährung des vierzehntägigen Urlaubes für unsere Dauerbefürsorgten, die Wohnungsfürsorge für die alten Ehepaare, der Ausbau der Tagesheimstätten in der Form der sorgenfreien Tage und die individuelle Hilfeleistung. Uns leitet dabei der Grundsatz, daß in einer fortschrittlichen Gesellschaft das Verlangen nach sozialer Hilfe, die einen höheren Lebensstandard bewirkt, voll gerechtfertigt ist."

Bürgermeister Jonas, der die Überreichung der Ehrenmedaillen vornahm, sagte, daß nach dem ersten Weltkrieg das Fürsorgewesen reformiert und nach demokratischen Grundsätzen gebildet wurde. Einer der wesentlichsten Faktoren der Fürsorge bestand darin, daß die hilfeschuchenden Menschen nicht von einem Amtsschreibtisch aus behandelt werden sollten, sondern daß man Männer und Frauen aus dem Volk berufen hat mit den Befürsorgten in Verbindung zu treten. Während der Beamte nur innerhalb der Dienststunden amts-handelt, ist der Fürsorgerat immer für seine Befürsorgten da. Dies waren die Beweggründe der Gemeinde bei der Bestellung der ehrenamtlichen Fürsorgeräte.

Seit dieser Zeit sind tausende Fürsorgeräte tätig gewesen. Aber nicht viele konnten in dieser Funktion mehr als 25 Jahre ihrer ehrenvollen Aufgabe nachkommen. Die heute hier Versammelten haben viele Veränderungen und Erschütterungen im Leben unserer Stadt mitmachen müssen. Alle, die in dieser Zeit in der Wiener Fürsorge tätig waren, haben dabei ihre Bewährungsprobe abgelegt. Bei der Fürsorgetätigkeit kommt es eben darauf an, den wirklich Hilfsbedürftigen zu finden. Nicht immer ist die Not echt, die sich besonders

sichtbar macht. Den Hilfesuchenden aber wollen wir immer sagen: Es ist nicht Eure Schuld, wenn Euch das Schicksal so hart getroffen hat, die Hilfe Eurer Mitmenschen steht Euch zur Verfügung. Wenn dann diesen Leuten wieder auf die Beine geholfen wird, hat die Fürsorge ihre beste Wirkung erreicht.

Abschließend beglückwünschte der Bürgermeister die Fürsorgeräte zu ihrer Auszeichnung und bat sie, weiterhin im Dienste der Wiener Bevölkerung zu arbeiten.

Nun überreichte der Bürgermeister die Ehrenmedaillen und dankte jedem Einzelnen für seine hingebungsvolle Arbeit. Fürsorgerat Mönnich sprach den Dank der Geehrten aus.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 15./Juli 1954

Blatt 1263

Die besten Juni-Plakate - Bestes Vierteljahresplakat =====

15. Juli (RK) Das Wertungskollegium der Plakatwertungsaktion des Amtes für Kultur und Volksbildung bestimmte die Plakate "Olivetti Lettera 22", Entwurf R. Savignac, "Super Lysoform in der neuen Packung", Entwurf Hans Fabigan und "Uhu Line" als die drei besten Plakate des Monats Juni.

Als bestes Vierteljahresplakat wurde das "Meinl"(Tukan)-Plakat, Entwurf Otto Exinger bestimmt, das mit dem Preis der Gewista ausgezeichnet wird. Die prämierten Plakate werden wieder an den beiden Plakatwänden in der Kärntner Straße (Heinrichshof) und am Stephansplatz (gegenüber dem Riesentor), sowie an der Litfaßsäule in der Welskirchnerstraße affiziert.

- - -

Straßenbahnstörung durch Kurzschluß =====

15. Juli (RK) Nach einem Kurzschluß im Unterwerk Leopoldstadt schalteten sich heute früh um 7 Uhr mehrere Kabel automatisch ab. Dadurch fiel das gesamte von diesem Werk mit Strom versorgte Straßenbahnnetz aus.

Um 7.48 Uhr konnte mit der Zuschaltung wieder begonnen werden. Durch den Stromausfall waren sämtliche Ringwagen, die Straßenbahnlinien nach Floridsdorf und zur Reichsbrücke stillgelegt.

- - -

Das sechste Serenadenkonzert
=====

15. Juli (RK) Samstag, den 17. Juli, beginnt um 20 Uhr das sechste Serenadenkonzert im Arkadenhof des Wiener Rathauses. Es spielt der Neue Wiener Konzertverein unter dem Dirigenten Hans Antolitsch. Auf dem Programm stehen: Serenata notturna K.V. 239 von Wolfgang Amadeus Mozart, Symphonie Nr. 100 G-Dur von Joseph Haydn, Elegie von Viktor Hruby, 3 Orchesterstücke aus dem Ballett "Gajane" von Aram Chatchaturian, Ouverture "Nachtlager in Granada" von Conradin Kreutzer.

Karten zum Preis von 5 Schilling sind im Vorverkauf bei den Portieren des Rathauses erhältlich. Die restlichen Karten werden eine Stunde vor Beginn des Konzertes an der Abendkasse im Rathaus verkauft.

- - -

6. Novelle zum Dienstrecht
=====

15. Juli (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält die 6. Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag des Rathauses und im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien 3, Rennweg 12a, erhältlich.

- - -

Ferkelmarkt vom 14. Juli
=====

15. Juli (RK) Aufgebracht wurden 128 Ferkel, verkauft wurden 72. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 270 S, 7 Wochen 283 S, 8 Wochen 308 S, 9 Wochen 350 S, 10 Wochen 395 S.

Der Marktbetrieb war sehr flau.

- - -

Die Ursachen der Fleischvergiftung mit tödlichem Ausgang
=====

15. Juli (RK) Wie vom Marktamt der Stadt Wien bereits mitgeteilt wurde, haben die Erhebungen im Fall der tödlich ausgegangenen Vergiftung nach Fleischgenuß ergeben, daß es sich um keine Fleischvergiftung im eigentlichen Wortsinn (Botulismus), sondern um eine Nitritvergiftung handelt.

Bekanntlich sind mehr als 20 Personen erkrankt, eine sogar gestorben. Durch Verkettung verhängnisvoller Umstände ist es in diesem Fall zu tragischen Auswirkungen gekommen. Fleisch wird bei Pökellung vor der Selchung mit Salzlake behandelt, die ganz geringe Mengen von Natriumnitrit enthält. Durch unrichtiges Gebaren beteiligter Personen und durch sträfliche Leichtfertigkeit, zum Teil durch fachliche Unkenntnis wurde hier nahezu reines Natriumnitrit zum Pökeln verwendet. Alles durch diese Behandlung genußuntauglich gewordene Fleisch ist jedoch nicht in Verkehr gebracht worden. Bei den abfallenden, gleichfalls mit Natriumnitrit behandelten Fleischknochen, kam es durch sträfliche Handlungen verschiedener Personen, über die im Gerichtsverfahren zu entscheiden sein wird, zum verhängnisvollen Verkauf als Lebensmittel.

Im Einvernehmen mit der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung macht das Marktamt der Stadt Wien mit Rücksicht auf die in diesem Fall erkennbar gewordene Leichtfertigkeit und Unkenntnis beteiligter Personen, die als fachkundig anzusehen sind, nachdrücklich auf allergrößte Sorgfalt bei der Fleischverarbeitung aufmerksam. Die Vorschriften des Nitritgesetzes sind unbedingt einzuhalten. Jeder bei der Fleischverarbeitung Tätige oder mit dem Handel mit Pökelsalz oder mit Chemikalien Beschäftigte muß sich mit den Bestimmungen dieses Gesetzes vertraut machen. Pökelsalz darf ganz geringe Mengen von Natriumnitrit enthalten (mindest 0,5 und höchstens 0,6 Prozent). Die Herstellung bedarf der besonderen Genehmigung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und eigener maschineller Einrichtungen, die eine gleichmäßige Durchmischung gewährleisten.

Ein Beileidsschreiben des Bürgermeisters
=====

15. Juli (RK) Zu dem Unfall eines sowjetischen Wagens auf der Höhenstraße, bei dem ein Soldat getötet und mehrere verletzt wurden, hat Bürgermeister Jonas dem sowjetischen Hochkommissar in Österreich und dem sowjetischen Stadtkommandanten von Wien schriftlich sein Beileid zum Ausdruck gebracht.

- - -

Rindernachmarkt vom 15. Juli
=====

15. Juli (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 6 Ochsen, 39 Stiere, 21 Kühe, 13 Kalbinnen, Summe 79. Neuzufuhren: 8 Stiere, 12 Kühe, 1 Kalbin, Summe 21. Gesamtauftrieb: 6 Ochsen, 47 Stiere, 33 Kühe, 14 Kalbinnen, Summe 100. Verkauft wurden: 9 Stiere, 21 Kühe, Summe 30. Unverkauft: 6 Ochsen, 38 Stiere, 12 Kühe, 14 Kalbinnen, Summe 70. Kontumazanlage: 11 Stück aus Jugoslawien.

- - -

Schweinenachmarkt vom 15. Juli
=====

15. Juli (RK) Neuzufuhren: 252 Fleischschweine. Alle verkauft. Kontumazanlage: 947 aus Jugoslawien zum Preise von 12.50 bis 14.- S.

Marktverkehr lebhaft, Hauptmarktpreise behauptet.

- - -

Anteilnahme des Niederländischen Gemeindeverbandes
=====

15. Juli (RK) Der Vorsitzende und der Hauptdirektor des Niederländischen Gemeindeverbandes, Dailly und Arkema, richteten heute an Bürgermeister Jonas als Vorsitzenden des Österreichischen Städtebundes ein Telegramm, in welchem sie ihre wärmste Anteilnahme wegen der Flutkatastrophe zum Ausdruck bringen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 16. Juli 1954

Blatt 1267

Hilfsbereitschaft ohne Altersgrenze

Die Solidarität der Stadtparkkindergartenkinder

16. Juli (RK) Die Hochwasserkatastrophe hat gezeigt, wieviel menschliches Mitgefühl und wieviel Hilfsbereitschaft es gibt. Von allen Seiten kamen Hilfe und Beweise der Anteilnahme. Das gilt aber nicht nur für die Erwachsenen. Ein rührendes Beispiel aktiver Solidarität haben die Kinder des städtischen Kindergartens im Stadtpark geliefert. Aus eigenem Antrieb bestürmten sie ihre Eltern, ihnen bei einer besonderen Hilfsaktion behilflich zu sein. Sie wollen ihre schwachen Kräfte nicht verzetteln und haben sich daher zum Gegenstand ihrer Liebe ihre kleinen Kolleginnen und Kollegen des Kremser Landeskindergartens in der Siedlung Lerchenfeld gewählt. Dieser Kindergarten hat durch das Hochwasser besonders schwer gelitten und die Kinder dieser Kremser Siedlung stammen nicht gerade von begüterten Eltern. So haben also die Wiener Stadtparkkinder nicht nur Geld zustandegebracht, sondern auch eine Menge tadelloser und hübscher Kleidungsstücke für 3-5jährige Kinder. Darunter gibt es 30 Kleider, 27 Paar Schuhe, 50 Paar Strümpfe, 30 kleine Schlafanzüge, 5 Mäntel mit Mützen und Handschuhen, verschiedenes Spielzeug, Bilderbücher und noch viele andere Dinge. Gegenwärtig werden im Kindergarten Stadtpark diese nützlichen Sachen in Pakete gepackt, um sie noch heute mit der Post nach Krems zu schicken.

Auch in anderen städtischen Kindergärten haben ähnliche Aktionen stattgefunden.

70. Geburtstag von Viktor Fadrus

=====

16. Juli (RK) Am 20. Juli vollendet der Schulmann Sektionschef Viktor Fadrus sein 70. Lebensjahr.

In Wien geboren, wurde er Lehrer und widmete sich zunächst der Erziehung Körperbehinderter. Weite Studienreisen und die Beschäftigung mit Pädagogik, Psychologie, Deutsch, Geographie und Geschichte fanden ihren Niederschlag in Aufsätzen, die vor allem in Fachzeitschriften erschienen. 1918 wurde er in das Unterrichtsministerium berufen und von Otto Glöckel mit der Leitung der Reformabteilung für Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten betraut. Gemeinsam mit Univ.Prof.Dr. Eduard Martinak führte er die Neugestaltung des österreichischen Schulwesens durch. Von ihm stammt auch die Anregung, die ehemaligen Militärunterrealschulen und Militärakademien in Breitensee, Traiskirchen, Wiener Neustadt und Judenau zu übernehmen und in Bundeserziehungsanstalten umzuwandeln. Fadrus wurde ferner Mitglied des Wiener Stadtschulrates und des Schulreformausschusses, weiter Direktor des neugeschaffenen Pädagogischen Institutes. Hier richtete er die Pädagogische Zentralbücherei und Spezialinstitutionen ein, wie ein mikrobiologisches Institut, Schulwerkstätten, Seminare und eine Jugendkunstklasse. Außerdem hielt er an der Wiener Universität Lehrerbildungskurse. Als wissenschaftlicher Leiter des von der Gemeinde Wien gegründeten Verlages für Jugend und Volk war er an dessen Lehrbuchproduktion maßgeblich beteiligt und redigierte selbst eine Reihe von Lesebüchern. 1934 erfolgte seine Versetzung in den Ruhestand. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde ihm im damaligen Staatsamt für Unterricht der Wiederaufbau des österreichischen Schulwesens übertragen. 1949 schied er aus dem aktiven Dienst. Viktor Fadrus hat als Organisator wie als Fachschriftsteller Bleibendes geleistet und gehört zu den bedeutendsten Vertretern der österreichischen Pädagogik.

- - -

Konzert im Oberen Belvederegarten
=====

16. Juli (RK) Das nächste öffentliche Konzert im Oberen Belvederegarten findet Montag, den 19. Juli, um 17.30 Uhr statt. Es spielt das Orchester der Wiener Konzertvereinigung unter dem Dirigenten Josef Kolb. Auf dem Programm stehen: Ouvertüre zu "Raymond" von Ambroise Thomas, "L'Arlésienne", Suite Nr. II von Georges Bizet, "Teufelstanz" von Josef Hellmesberger, "Wo die Zitronen blüh'n", Walzer von Johann Strauß, "Leichtes Blut", Polka schnell von Johann Strauß, Ouvertüre zu "Zigeunerliebe" von Franz Lehár, "Plauderstündchen mit Delibes" von Ernst Urbach, "Matrosentanz" von Josef Klein, "Abschied von Oberösterreich", Walzer von Friedrich Leitermeyer, "Tritsch-Tratsch", Polka von Johann Strauß.

- - -

Städtische Bäder Klosterneuburg und Kritzendorf gesperrt
=====

16. Juli (RK) Wie die städtische Bäderverwaltung mitteilt, müssen die Bäder Klosterneuburg und Kritzendorf, die während des Hochwassers schwer gelitten haben, bis auf weiteres geschlossen bleiben. Die Wiedereröffnung wird rechtzeitig bekannt gegeben. Die städtischen Bäder an der Alten Donau werden jedoch trotz dem hohen Wasserstand weiterhin in Betrieb bleiben.

- - -

Tote Tiere nicht vergraben!
=====

16. Juli (RK) Das Veterinäramt der Stadt Wien ersucht, durch das Hochwasser umgekommene Haustiere und Wild nicht einzugraben, sondern der nächsten Sicherheitswache oder dem Amtstierarzt beim Magistratischen Bezirksamt zu melden. Die Tiere werden dann kostenlos durch die Tierkörperverwertungsanstalt abgeholt.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge
=====

16. Juli (RK) Die Kinder die am 21. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Hintermoos" entsendet wurden, sind am 17. Juli um 19 Uhr vom Südbahnhof abzuholen.

- - -

Leistungsschreiben des Österreichischen Stenographenverbandes
=====

16. Juli (RK) Bei dem vom Österreichischen Stenographenverband durchgeführten Preisrichtigschreiben in Stenographie haben 14.473 Schülerinnen und Schüler aus ganz Österreich teilgenommen. 9.611 Arbeiten, das sind 61.6 Prozent, konnten mit Preisen und Diplomen ausgezeichnet werden. Besonders erfreulich ist die hohe Teilnehmerzahl, die einen neuen Rekord darstellt.

Von der Leistung des Nachwuchses im Schnellschreiben (80 bis 240 Silben pro Minute) konnte man sich in der Lehrerbildungsanstalt Hegelgasse überzeugen. Von 1762 Arbeiten wurden 65.3 Prozent mit Preisen bedacht. Erstmals haben sich am Wetschreiben auch Schulen aus den Bundesländern beteiligt.

- - -

Pferdemarkt vom 15. Juli
=====

16. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 16 Pferde, davon 2 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 13 verkauft, als Nutztier 1, unverkauft blieben 2.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 10, Burgenland 5.

- - -

Wiener Landtag

=====

16. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Präsidenten Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende teilte eingangs mit, daß der Präsident des Departements Seine an ihn folgendes Telegramm gerichtet habe: "Im Namen von fünf Millionen Einwohnern aus dem Departement Seine drücken wir unser tiefstes Mitgefühl für die schreckliche Katastrophe aus, die Ihr Bundesland getroffen hat. Nehmen Sie unser tiefstes Mitgefühl für die Familienangehörigen der Opfer entgegen". Präsident Marek hat an Präsident Henri Jouy folgendes Antworttelegramm übermittelt: "Im Namen des Wiener Landtages danke ich Ihnen herzlichst für die Bekundung Ihrer Anteilnahme. In den Tagen großen Leides ist die Kenntnis menschlicher Anteilnahme und europäischer Verbundenheit Trost und Hilfe".

Es lagen vor: zwei Anfragen der ÖVP und ein Antrag der ÖVP betreffend "Schaffung eines Grundverkehrs-Landesgesetzes". Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Ab 1. Oktober zweite Stufe der Bezugsnachziehung

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referierte über die 7. Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien. Wie er ausführte, ist eine Bezugsnachziehung der Bezüge der Bundesbediensteten in drei Etappen vorgesehen. Die erste wurde am 1. Juli 1953 wirksam, die zweite sollte spätestens am 1. Jänner 1955 und die dritte spätestens am 1. Dezember 1955 wirksam werden. Ebenso war eine Nachziehung der Familienzulagen festgesetzt. Nun wurde auf Grund von Verhandlungen des Finanzministeriums mit den Gewerkschaften von der Bundesregierung dem Hauptausschuß des Nationalrates eine Änderung der sogenannten Bezugszuschlagsverordnung 1953 zur Beschlußfassung vorgelegt. Darnach wird die zweite Stufe bereits am 1. Oktober 1954 wirksam und aus Gründen der Familienförderung bei den Familienzulagen auch die dritte Stufe. Da für die Bediensteten der Stadt Wien die Bestimmungen der Bezugszuschlagsregelung vollinhaltlich übernommen worden sind, ist auch eine gleichartige Regelung über die

Auszahlung der zweiten Stufe für die Beamten der Stadt Wien erforderlich.

Des weiteren sieht die Novelle eine Änderung der Paragraphen 16 und 37 vor. Die erste Änderung verpflichtet die Ruhegenußempfänger, ihre Rentenansprüche sofort geltend zu machen. Die zweite Änderung ist formaler Natur. Sie übernimmt den geänderten Namen der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien in seiner jetzigen Form. Ferner wird die Beitragspflicht für Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger ausdrücklich festgelegt.

Abschließend stellte der Referent den Antrag, dem Entwurf des Gesetzes, womit das Gesetz über das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien abgeändert wird, zum Beschluß zu erheben.

Abg. Dr. Altmann erklärt, daß die sogenannte Vorziehung der sogenannten zweiten Etappe der Entnivellierung eine Begünstigung zu sein scheine, daß aber die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften dahin gingen, eine Vorziehung schon auf das erste Halbjahr 1954 zu verlangen und daß sie nun selbst gegenüber dem seinerzeitigen Angebot des Finanzministers um einen Monat später durchgeführt werde. Weil die Kassenbestände der Stadt Wien es ermöglichen und der Hinweis auf die Gleichschaltung mit den Bundesangestellten kein stichhaltiges Argument sei, beantragt er, die zweite Etappe mit 1. Juli wirksam werden zu lassen und die entsprechenden Nachzahlungen zu leisten. Weiter beantragt er, die dritte Etappe, die im Vergleich mit den Preisen ohnedies eine bescheidene Erhöhung sei, mit 1. Jänner 1955 festzusetzen. Mit der Annahme dieses Antrages wäre erreicht, daß in den Budgets für 1955 bereits vorgesorgt werden könnte.

Die meisten der Zulagen, die bei besonderer Dienstleistung gegeben werden, sind gegenüber dem derzeitigen Niveau der Hauptbezüge wesentlich zurückgeblieben. Es wäre daher notwendig, daß alle diese Zulagen entsprechend der Erhöhung des Grundgehaltes nachgezogen werden und dann die Automatik für diese Zulagen festgesetzt wird. Da auch die Nachziehung der Mehrdienstleistungszulagen nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, wäre auch hier die entsprechende Erhöhung und

die Festlegung einer Automatik notwendig. Auch bei Abgeltung von Überstunden durch Freizeit müßte berücksichtigt werden, daß Nacht-, Sonntags- oder Feiertagsstunden einen auf das Doppelte erhöhten Zuschlag aufweisen und daher auch eine entsprechend längere Freizeit bei Abgeltung durch Freizeit erfordern.

Abg. Josef Eugen Doppler (WdU, jetzt FSÖ) erklärt, es wäre eine wirklich gute Tat gewesen, wenn man die schon seit langem in Aussicht genommene zweite Etappe auf die Sommermonate vorverlegt hätte, damit die breite Masse der öffentlich Bediensteten noch etwas vor Antritt ihres Urlaubs in die Hand bekommen hätte. Es mache die Vorlage verdächtig, daß man den Termin für die Durchführung dieser Etappe 17 Tage vor dem Wahltag festgelegt habe. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man hier sogenannte Wahlremunerationen beschließe. Es wäre angezeigt, gleichzeitig auch den Zeitpunkt für die dritte Etappe festzusetzen. Damit würde man zeigen, daß man den festen Willen hat, die notwendige Besserstellung der öffentlich Bediensteten ernstlich durchzuführen. Abschließend spricht der Redner den Wunsch aus, daß die dritte Etappe spätestens mit Beginn des kommenden Jahres durchgeführt werde. Selbstverständlich werde er der Vorlage zustimmen, wenn auch zu bedauern sei, daß als Termin nicht der 1. Juli festgesetzt wurde.

Abg. Skokan (ÖVP) betont, daß die öffentlich Bediensteten ihren gemessenen Anteil an der Stabilisierung der Wirtschaft haben und jahrelang berechtigte und anerkannte Forderungen zurückstellten, nur um die Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage nicht zu stören und die Stabilisierung des Budgets zu ermöglichen. Für die Opposition sei es leicht, eine Vorverlegung der Etappe zu fordern, ein gewissenhafter Gewerkschaftsvertreter müsse aber erklären, daß die öffentlich Bediensteten nicht nur auf sich Bedacht zu nehmen, sondern darüber hinaus das Gesamtwohl des österreichischen Volkes zu wahren haben.

Die vorliegende Bezugsregelung ist, wie der Redner hervorhebt, weder eine Entnivellierung noch eine Valorisierung, sondern nur eine Nachziehung der Bezüge der öffentlich Bediensteten. Eine Entnivellierung ist es nicht, weil der Valorisierungsfaktor mit der zweiten Etappe für die unteren Gruppen 5.2, für die mittleren und oberen Kategorien aber nur 4.3 betragen

wird. Eine Valorisierung ist es nicht, weil der Index der Lebenshaltungskosten schon 6.8 erreicht hat.

Zu begrüßen ist, daß man in vorausschauender Weise einen Schritt in der Richtung einer Familienpolitik getan hat, indem der Haushaltszuschuß von 72 auf 88 S und die Kinderzulage von 65 auf 80 Schilling erhöht wird. Das ist Familienhilfe und Familienpolitik, das ist der beginnende Familienlastenausgleich, der nunmehr endgültig ab 1. Jänner des nächsten Jahres beginnen muß. Leider gibt es in Wien mehr Säрге als Wiegen. Dieser Entwicklung kann nur durch eine konstruktive Familienpolitik gesteuert werden. Dies alles ist gelungen trotz der Winterarbeitslosigkeit und trotz der Steuersenkung, die Finanzminister Kamitz vollführt hat. Auch die Lohnsteuersenkung hat wesentlich zum Familienlastenausgleich beigetragen. (Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend dankt der Redner allen, die es ermöglicht haben, daß die zweite Etappe vom 1. Jänner auf den 1. Oktober vorverlegt wurde. Die öffentlich Bediensteten danken dies dem Konzept der Bundesregierung, vor allem aber an der Spitze dem Kanzler Raab, der durch sein impulsives, lebendiges Mitwirken Verständnis für die Interessen der öffentlich Bediensteten gezeigt hat. Die Fraktion der ÖVP wird für die Vorlage stimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Schiller (SPÖ) sagt, daß in der Debatte bisher sehr viel **Negatives** geäußert wurde, und man darüber das Positive vergessen hat. Der Weg, den die Lohnentwicklung und die Gehaltsbewegung seit 1945 nahm, ist gekennzeichnet von einem heute noch nicht endgültig gelösten Problem, daß man nämlich nicht nur vor einem zerrütteten Lohn- und Gehaltsrecht gestanden ist, sondern vor allem vor einer zerrütteten Wirtschaft. Lohn- und Gehaltsfragen können aber nicht einseitig gelöst werden. Was der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten vorschwebt, ist die Schaffung eines ordentlichen und modernen Gehaltsgesetzes. Die Entwicklung ist aber heute noch nicht so weit fortgeschritten, um ein solches Gesetz zu schaffen.

Der Redner beschäftigte sich dann mit der Kritik seiner Vorredner und meint, man könne nicht nur die zweite Etappe der Entnivellierung sehen: im gleichen Zusammenhang wurde die jahr-

zehntelang geforderte Rentenerhöhung Wirklichkeit, ebenso ist es auch gelungen, eine fortschrittliche Lösung des Wohnbauproblems zu finden und ein Investitionsprogramm aufzustellen, das zusätzliche Arbeitsplätze für viele zehntausende Menschen sichert.

Abg. Schiller versichert, daß auch die Gewerkschaft ihre Forderung nach Vorverlegung der dritten Etappe bereits angemeldet hat. Er warnte jedoch davor, die Vorverlegung der zweiten Etappe im Zusammenhang mit der Teuerungswelle zu bringen, die uns vor einigen Monaten überrascht hat. Sollte sich, was wir nicht hoffen und auch nicht erwarten, die Teuerungswelle fortsetzen, dann wird diese Teuerung durch Maßnahmen des Gewerkschaftsbundes zu beantworten sein. Die Gewerkschaft wird auch in der Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht nur an die Gemeinde Wien herantreten, sondern diese Frage allgemein an die Wirtschaft stellen; allerdings erst dann, wenn die Wirtschaft so weit gesundet ist, daß die Lösung dieser Frage vertreten werden kann.

Abschließend gab der Redner die Zustimmung zu der Gesetzesvorlage im Namen seiner Fraktion.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) sagte im Schlußwort, daß, wie bei allen Vorlagen auf personaltechnischem Gebiet, diese das Ergebnis von Besprechungen, Verhandlungen und gegenseitigen Zugeständnissen ist. Allen städtischen Bediensteten wäre es sicherlich lieber, die zweite und dritte Etappe auf einmal zu bekommen. Aber hätte die Möglichkeit dazu bestanden, wäre wahrscheinlich auch ein Weg versucht worden.

Alle Redner, so betonte der Referent, haben am Schluß ihrer Betrachtungen dargelegt, daß sie trotz der Mängel dieser Novelle für die Vorlage stimmen wollen. Ich bin überzeugt, daß der Weg zur Vorverlegung der dritten Etappe gefunden werden wird. Die heutige Vorlage bildet jedenfalls wieder einen Fortschritt in der Entwicklung. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Linksblockes gegen die Stimmen des Linksblockes und der WdU abgelehnt, die Gesetzesvorlage in erste und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung des Wiener Landtages erledigt.

Typhus-Impfungen in den überschwemmten Stadtgebieten
=====

16. Juli (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien macht nachdrücklich aufmerksam, daß das Wasser der in den Überschwemmungsgebieten und in deren Nähe gelegenen Brunnen vielfach verunreinigt ist. Solches Brunnenwasser darf nur in abgekochtem Zustand als Trinkwasser, zum Mundspülen und für Küchenzwecke verwendet werden, falls kein Hochquellenwasser oder sonst absolut einwandfreies Wasser zur Verfügung steht. Wo Wasser durch Tankwagen herangeführt wird, ist nur dieses für die genannten Zwecke zu verwenden.

Auch nach dem Absinken des Hochwassers müssen die Brunnen noch für Wochen als verunreinigt gelten, falls nicht die Reinheit des Wassers durch besondere entsprechende Untersuchungen festgestellt wurde. Es sind daher weiterhin die oben erwähnten Vorsichtsmaßnahmen zu beobachten.

Darüber hinaus ergeht an die Bevölkerung der überschwemmten Gebiete die dringende Aufforderung, sich vorsichtshalber gegen typhöse Erkrankungen impfen zu lassen, weil die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden kann, daß Krankheitskeime in Brunnen gelangt sind. Solche Impfungen werden kostenlos durch die Bezirksgesundheitsämter durchgeführt. Ein Impfschutz tritt erst einige Zeit nach abgeschlossener Impfung auf. Die Impfungen sollen daher möglichst frühzeitig erfolgen.

Wiener Gemeinderat

=====

Bürgermeister Jonas zieht die erste Katastrophenbilanz

16. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat im Anschluß an die Sitzung des Landtages der Wiener Gemeinderat zusammen. Vor Eingang in die Tagesordnung gab Bürgermeister Jonas einen vorläufigen Überblick über die Überschwemmungskatastrophe, von der auch Wien betroffen wurde. Der Bürgermeister betonte, daß dieser Bericht selbstverständlich nicht genau und auch nicht abschließend sein kann.

Schon am Beginn dieser Woche konnte man sehen, daß die Bundeshauptstadt schweren und entscheidungsreichen Tagen entgegengehen wird. Die alarmierenden Nachrichten über das Auftreten der Überschwemmung in Oberösterreich und in Niederösterreich hatten bereits dazu geführt, daß sämtliche für den Katastrophenfall vorgesehenen Einrichtungen in Aktion traten. Bereits am 9. und 10. Juli wurden von der Gemeindeverwaltung die Hochwasserexposituren aktiviert. Dabei hat sich das Zusammenwirken aller öffentlichen Institutionen in Wien außerordentlich bewährt. Es waren dies: die städtischen Dienststellen des Bauamtes, das Bundesstrombauamt, die städtische Feuerwehr und die vielen Freiwilligen Feuerwehren in den betroffenen Gebieten, die Polizei, die Fürsorgeämter, der städtische Fuhrpark, das Rote Kreuz, der Rettungsdienst, verschiedene Vereinigungen und die vielen, ungezählten freiwilligen Helfer. Auch die Bezirksvorsteher, Ortsvorsteher und die Leiter der Fürsorgeämter haben sich erfolgreich eingeschaltet. Dadurch war es möglich, die vorauszusehenden Folgen der Katastrophe auf ein Mindestmaß einzuschränken und vor allem auch auf Verluste an materiellen Gütern zu begrenzen. Der Bürgermeister hob ferner hervor, daß durch die Besatzungsmächte wertvolle Hilfe geleistet wurde. Bei allem unsäglich traurigem Geschehen ist es doch ein erfreulicher Lichtblick, alle Teile der Bevölkerung und auch unsere sonst so oft uneinigen Besatzungsmächte einmütig bei einem Werk menschlicher Hilfsbereitschaft vereint gesehen zu haben. (Allgemeiner Beifall.)

Ich schätze mich glücklich, fuhr der Bürgermeister fort, dem Gemeinderat mitteilen zu können, daß im Gebiet von Wien bisher kein einziges Todesopfer der Katastrophe zu beklagen ist. Allerdings hat eine Abteilung der russischen Besatzungsmacht einen Unglücksfall erlitten, bei der ein russischer Soldat an der Unfallstelle getötet wurde, ein zweiter im Spital den Folgen seiner Verletzung erlegen ist. Ich habe dem russischen Botschafter, wie auch dem russischen Stadtkommandanten von Wien schriftlich das Beileid im Namen der Gemeinde Wien ausgedrückt.

Wenn wir also die Feststellung machen können, daß von der Wiener Bevölkerung bisher kein Todesopfer zu beklagen ist, so muß doch gesagt werden, daß großer Schaden an materiellen Gütern entstand. Ich bin begreiflicherweise noch nicht in der Lage, auch nur annähernd den Umfang der Schäden und die Höhe der Schadenssumme mitzuteilen. Wäre nicht die Abwehr der Katastrophe so erfolgreich begonnen worden, dies läßt sich heute schon sagen, wäre der Schaden wesentlich größer gewesen. Allein die stadteigenen landwirtschaftlichen Güter, die durch Rückstauungen der March beträchtliche Überflutungen erlitten haben, verzeichnen eine vorsichtig geschätzte Schadenssumme von mehr als einer Million Schilling.

Von der Feuerwehr, Polizei und anderen Dienststellen wurden 186 Personen aus Lebensgefahr gerettet und Sachgüter im Wert von vielen Millionen Schilling vor dem Verderben bewahrt. Ebenso konnten viele Betriebe vor der drohenden Zerstörung gerettet werden. Gefährliche Dammrutsche wurden unter großen Anstrengungen und mit Einsatz aller verfügbaren Kräfte glücklicherweise behoben. Bis gestern abend sind insgesamt 520 Häuser geräumt und etwa 1.650 Personen evakuiert worden. 401 Personen sind in Schulen untergebracht, während die übrigen sich entschlossen haben, bei Verwandten und Bekannten Unterkunft zu finden.

Trotz dem Sinken des Hochwassers im Strom, ist doch noch möglicherweise mit weiteren Evakuierungen zu rechnen, da jetzt mit dem Ansteigen des Grundwassers in den niedrig gelegenen Gebieten entlang des Stromes zu rechnen ist. Jene, die vielleicht noch evakuiert werden müssen, mögen überzeugt sein,

daß diese Evakuierungen nicht leichtfertig, sondern im Interesse ihrer Sicherheit angeordnet werden. Der Bürgermeister ersuchte, diesen Evakuierungen keinen Widerstand entgegenzusetzen, weil sonst auch die Retter gefährdet sind.

Im Namen des Gemeinderates sprach Bürgermeister Jonas allen Geschädigten der Wiener Hochwasserkatastrophe die tiefste Anteilnahme aus. Das Wohlfahrtsamt wird wie bereits mitgeteilt, selbstverständlich dafür Vorsorge treffen, daß für den verlorenen und beschädigten Hausrat durch die Gemeinde Wien Ersatz geschaffen wird.

Der Bürgermeister teilte ferner dem Gemeinderat mit, daß der Bundeskanzler in einem Brief die Versicherung abgab, die Bundesregierung werde bemüht sein, ihrerseits alles im Bereich der Möglichkeit Liegende zu tun, um der Bevölkerung zu helfen. Vom Vorsitzenden und Hauptdirektor des Niederländischen Gemeindeverbandes ist ferner ein Telegramm eingelangt, in dem die wärmste Teilnahme mit den Opfern der Flutkatastrophe ausgedrückt wurde.

Bürgermeister Jonas erwähnte in diesem Zusammenhang die Welle menschlicher Sympathie, die diese unglückseligen Ereignisse in der Bevölkerung ausgelöst haben. Die Gemeinde Wien will einen Betrag von einer Million Schilling zur Verfügung stellen. Der Gemeinderat wird im Laufe der Tagesordnung darüber entscheiden. Aber auch die Bevölkerung folgt dem Aufruf der Bundesregierung mit wirklicher Anteilnahme. Ich bin sicher, so sagte der Bürgermeister, die Sammlung wird den Beweis erbringen, daß die Wienerinnen und Wiener ihr Herz auf dem rechten Fleck haben. Trotz der eigenen Nöte war auch die Teilnahme Wiens an den Schwierigkeiten unserer Landsleute in den anderen Bundesländern selbstverständlich. Ich habe bereits, führte der Bürgermeister aus, am Sonntag die Zustimmung gegeben, daß Mannschaften und Einrichtungen der städtischen Feuerwehr nach auswärts gesendet werden. Durch den Einsatz unserer Apparate und Mannschaften konnte so in den VOEST-Werken die Stilllegung von drei Hochöfen verhindert werden. Wir haben auch den Stickstoffwerken geholfen, wir haben gestern in Marchegg und heute in Baumgarten wieder unsere Tauchapparate eingesetzt, um Dammbrüche zu verhindern. Ich habe Montag dem

Landeshauptmann von Niederösterreich das Angebot gemacht, daß im Bedarfsfall technische und andere Hilfe von der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt wird. Nach Krems, nach Ybbs, nach Korneuburg wurden unsere Hilfsmittel, wie Motorboote, Fuhrwerke, Zillen usw. entsendet.

Welche Leistungen von unseren Einrichtungen verlangt wurden geht daraus hervor, daß die Wiener Feuerwehr in pausenlosem Einsatz steht. Dienstag Mittag mußte sogar die dienstfreie Mannschaft einberufen werden. Bis heute 9.15 Uhr rückte die städtische Feuerwehr 236mal aus. Dabei sind in erster Linie Pumpaktionen vorgenommen worden. Die dabei eingesetzten Pumpanlagen haben eine Förderleistung von 500.000 Liter pro Stunde. Von der Magistratsabteilung Brücken- und Wasserbau sind bisher 40.000 Sandsäcke verbraucht und drei Kilometer Stege gebaut worden. 15 Tonnen Steine hat man für Schadensstellen auf Dämmen verwendet. Ferner sind 120 Zillen und 75 Lastkraftwagen eingesetzt. Die Polizei hat neben dem Großeinsatz von Mannschaften ebenfalls 35 Lastkraftwagen zur Verfügung gestellt. Es wird vermutlich noch großer Anstrengungen bedürfen, um die Schäden der Katastrophe zu überwinden.

Der Bürgermeister dankte abschließend im Namen des Wiener Gemeinderates allen Helfern, die in Tag und Nacht während der Arbeit erfolgreich gewirkt haben. (Allgemeiner Beifall.)

Erledigung der Tagesordnung

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters wandte sich der Gemeinderat der Erledigung der Tagesordnung zu. An Anfragen lagen vor: von der WdU fünf, vom Linksblock drei.

Anträge wurden eingebracht: von der WdU ein Antrag betreffend "Befreiung der Haushalte mit Säuglingen von der Grundgebühr und die Bewilligung eines Pauschalnachlasses von der Gas- und Stromrechnung"; ein Antrag betreffend "Bekanntgabe sämtlicher Wahrnehmungen des Rechnungshofes und des Kontrollamtes an den Gemeinderat der Stadt Wien". Von GR. Doppler (WdU, jetzt FSÖ) ein Antrag betreffend "Benützung der von der Ringstraße zur Stadtmitte führenden Autobuslinien durch die Besitzer von Straßenbahnwochenkarten ohne Lösung einer zusätzlichen Fahrkarte";

ein Antrag betreffend "Eheste Abstellung aller vom Rechnungshof und dem Kontrollamt der Stadt Wien jeweils festgehaltenen Mängel der Wiener Gemeindeverwaltung und eingehende Prüfung, bezw. versuchsweise Erprobung aller Anregungen dieser Kontrollorgane zur Verwaltungsvereinfachung und Betriebsreform"; ein Antrag betreffend "die Anzahl und das Flächenmaß der in städtischen Wohnhausanlagen an Organisationen und Vereine vermieteten Wohnräume und Geschäftslokale"; ein Antrag betreffend "die Befristung der Einweisungsscheine des Wohnungsamtes für Gemeindewohnbauten"; einen Antrag betreffend "vierteljährliche öffentliche Bekanntgabe wichtiger Daten der städtischen Wohnraumbewirtschaftung"; ein Antrag betreffend "verstärkten Einsatz von Verkehrskontrolloren zur Verhinderung von Rücksichtslosigkeiten des Fahrpersonals der städtischen Verkehrsbetriebe gegenüber den Fahrgästen"; einen Antrag betreffend "die Beschlußfassung des Gemeinderates über die Anordnung der Straßenbauabteilung vom 26. Jänner 1949 sowie die einheitliche Vorschreibung und Verrechnung des darin vorgesehenen Verwaltungskostenbeitrages". Vom Linksblock: ein Antrag betreffend "längst notwendige Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen für die Dauerbefürsorgten der Stadt Wien"; ein Antrag betreffend "Errichtung eines Wartehäuschens bei der Haltestelle Heiligenstädter Platz der Straßenbahnlinie D"; ein Antrag betreffend "Bau eines zweiten Geleises der Linie C in der Schüttaustraße". Von der ÖVP: ein Antrag betreffend "Schaffung einer Kommission für Verkehrsanlagen in Wien"; ein Antrag betreffend "Herausnahme der Milchmischgetränke aus der Getränkesteuer"; ein Antrag betreffend "die Lieferung von Ballfanggittern und Spielgeräten für die städtischen Kinderspielplätze". Sämtliche Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Behandlung überwiesen.

Ferner lagen vor: eine Anfrage des Linksblockes betreffend Maßnahme der Gemeinde Wien zur Verminderung von Vieh- und Fleischexporten durch Gesellschaften, an denen die Gemeinde Wien maßgeblich beteiligt ist". Der Antrag auf Verlesung und Besprechung dieser Anfrage wurde gestellt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt. Schließlich lag

ein Antrag des Linksblockes betreffend "Sicherung, daß das gesamte Eigentum des Heimwehrfürsten Starhemberg zugunsten der Republik Österreich für verfallen erklärt wird" vor. Die dringliche Behandlung wurde verlangt, darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt.

Hierauf schreitet der Gemeinderat zur Abwicklung der Tagesordnung, über deren ersten Punkt: Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1952, Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1952 und Bericht des Rechnungshofes zum Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für die Jahre 1951 und 1952 Stadtrat Resch referiert. Wie er ausführt, hat die späte Vorlage dem Rechnungsabschluß viel von seiner Aktualität genommen, doch ist sie in allen Jahren, in denen der Rechnungshof die Gebarung der Hoheitsverwaltung überprüft, unvermeidlich.

Die Gesamteinnahmen im Jahre 1952 sind mit drei Milliarden, 29 Millionen Schilling ausgewiesen und damit um 424 Millionen oder 16.3 Prozent höher als die im Voranschlag angenommene Zahl. Die Gesamtausgaben sind mit 2 Milliarden 845 Millionen ausgewiesen und sind netto um 109 Millionen Schilling oder 4 Prozent höher als im Voranschlag. Es ergibt sich daher ein Überschuß der Gesamtgebarung von 183 Millionen; gegenüber dem Defizit des Voranschlages von 132 Millionen ist daher der Abschluß um 315 Millionen günstiger als der Voranschlag.

Die Ursache, daß die Einnahmen wesentlich stärker gestiegen sind als die Ausgaben, liegt zum Teil darin, daß die Einnahmensteigerungen erst spät sichtbar geworden sind und daher die Zuweisung von Zuschußkrediten in einem späteren Zeitpunkt als normal erfolgt ist, sodaß die Kredite zum Teil nicht mehr voll ausgenützt werden konnten; zu einem wesentlichen Teil liegt die Ursache aber darin, daß ein volles Drittel unseres Aufwandes, das ist der Personalaufwand, erstmalig im Jahre 1952, in dem keinerlei Gehaltsänderungen erfolgt sind, nicht gestiegen, sondern gesunken ist.

Bei den Einnahmen beträgt die echte Mehreinnahme aus

den Ertragsanteilen 13 Millionen. Dabei sind die Anteile aus der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer gestiegen, jene der Einkommensteuer gegenüber dem Voranschlag gesunken, was der sofortigen Anpassung der Lohn- und Umsatzsteuer an die durch das 5. Lohn- und Preisabkommen erfolgten Steigerungen der Preise und Löhne entspricht, während die Anpassung der Einkommensteuer erst wesentlich später erfolgt.

Die eigenen Abgaben stiegen gegenüber dem Voranschlag um 189 Millionen, davon die Gewerbesteuer um 112 Millionen auf 392 Millionen, die Lohnsummensteuer um 21 Millionen auf 141 Millionen, die Grundsteuer um 7 Millionen auf 117 Millionen, die Vergnügungssteuer um 16 Millionen auf 53 Millionen und die Getränkesteuer um 19 Millionen auf 64 Millionen. Die Gebühren, Betriebsentgelte etc. sind um 148 Millionen höher als im Voranschlag.

Die Ausgaben sind netto um 109 Millionen gestiegen. Der Personalaufwand ist um 21 Millionen auf 886 Millionen zurückgegangen. Der Aufwand für den Wohnbau ist gegenüber dem Voranschlag um 38 Millionen auf 463 Millionen gestiegen, jener für die bauliche Erhaltung um 39 Millionen auf 157 Millionen. Für die Kultur- und Volksbildungsangelegenheiten wurden mit 11,1 Millionen um 4,6 Millionen oder mehr als 70 Prozent ausgegeben. Für Kindergärten und Horte hat sich der Aufwand um 2,6 Millionen auf 43,3 Millionen erhöht. Ende 1952 standen 15.170 Plätze zur Verfügung, rund 50 Prozent mehr als vor dem Jahre 1938. Der Zuschuß für die Kranken- und Wohlfahrtsanstalten ist um 25 Millionen auf 253 Millionen gestiegen, obwohl die Zahl der Verpflegstage um rund 38.000 geringer als angenommen war. Die Ausgaben für den Straßenbau sind um 15 Millionen auf 71 Millionen gestiegen.

Die Nettoverschuldung der Hoheitsverwaltung - also ohne die Unternehmungen und sonstigen Betriebe der Gemeinde - hat mit 31. Dezember 1952 91,3 Millionen ausgemacht. Sie beträgt damit etwas weniger als 3 Prozent des Volumens des Rechnungsabschlusses. Die eigenen Rücklagen haben am 31. Dezember 1952 638 Millionen betragen. Das Reinvermögen der Hoheitsverwaltung in Geld und Geldeswert betrug Ende 1952 811 Millionen.

Zum Rechnungsabschluß, der wieder 8 Tage öffentlich zur Einsicht aufgelegt ist, wurden von einem einzigen Bürger, einem Bauarbeiter aus dem 3. Bezirk, Erinnerungen abgegeben. Das Kontrollamt stellt in seinem Bericht einen Vergleich über den Personalstand an ständig aktiven Bediensteten in der Hoheitsverwaltung an, der im Jahre 1952 um über 900 gesenkt werden konnte und kommt zu dem Schluß, daß der Personalstand bereits unter jenem vor dem zweiten Weltkrieg liegt. Das Kontrollamt stellt weiter fest, daß rund ein Drittel der gesamten Ausgaben für den Bauaufwand beansprucht wird und damit die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft wird, ferner vermerkt es, daß die Gemeindeabgaben mit den Bundessteuern nicht Schritt halten konnten, Es beschäftigt sich ferner mit dem hohen Aufwand für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, wo fast 59 Prozent aus Gemeindemitteln zugeschossen werden mußten. Während die Stadt als Spitalerhalter 1937 15,4 Prozent der gesamten Krankenbetten erhalten mußte, waren es im Jahre 1952 75 Prozent. Bei der Bauwirtschaftsprüfung hat das Kontrollamt eine Reihe von Anregungen gegeben, wovon sich eine große Zahl baukostenmindernd ausgewirkt hat. Nach den Ausführungen des Kontrollamtes haben sowohl die magistratischen Dienststellen als auch die Direktionen der städtischen Unternehmungen den erfolgten Bemängelungen durchwegs verständnisvolle Beachtung geschenkt. Wie der Redner feststellt, ist die Zusammenarbeit des Kontrollamtes mit der Verwaltung ausgezeichnet, sodaß kaum noch wesentliche Gegensätze zwischen den Kontrollierten und den Kontrollorganen bestehen.

Zum Rechnungshofbericht führt Stadtrat Resch aus: Auch in diesem Jahr hat der Rechnungshof keine diffamierenden oder klassen Beanständungen bei der Verwaltung der Stadt gemacht; er hat eine Reihe wertvollster Anregungen gegeben. So hat er eine Zusammenlegung der hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt mit der bundesstaatlichen Untersuchungsanstalt angeregt. Da die gleiche Absicht beim Magistrat besteht, wurden mit dem Ministerium bereits Verhandlungen aufgenommen. Bei der Kinderklinik Glanzing beanständet der Rechnungshof den zu geringen Belag und befürwortet, die alte Mutter- und Säuglings-

fürsorgeanstalt, die eine Bundesanstalt war, wieder herzustellen. Auch diese Anregung kommt den Absichten des Magistrates entgegen, und es wurden Verhandlungen mit dem Ministerium eingeleitet. Beim Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst verweist der Rechnungshof auf die Doppelgeleisigkeit mit freiwilligen Rettungsgesellschaften. Der Magistrat hat bereits wiederholt versucht, diese Doppelgeleisigkeit aus der Welt zu schaffen und wird diese Frage neuerlich prüfen. Bei der Wohnhäuserverwaltung beanständet der Rechnungshof die späte Besiedlung fertiger Bauten, was der Magistrat damit begründet, daß für Delogierungen gewisse Reserven gehalten werden müssen; der Magistrat stellt aber in Aussicht, diese Praxis möglichst abzustellen.

Von den Unternehmungen hat der Rechnungshof nur die Baugesellschaft, die Wibeba, geprüft, und gemeint, man sollte sich vor Unterangeboten hüten, weil die schlechte Ausführung dann Mehrkosten verursache. Dagegen steht der Magistrat auf dem Standpunkt, daß in der Regel das Bestbieterangebot angenommen werden muß und daß er sich auf den Nachweis der Kostendeckung nicht einlassen kann, weil sonst in die inneren Betriebsverhältnisse der Offertsteller eingedrungen werden müßte.

Abschließend hebt der Referent das gute Einvernehmen mit dem Rechnungshof hervor und bittet um Annahme der Anträge. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Josef Eugen Doppler (WdU, jetzt FSÖ.) verzeichnet die erfreuliche Tatsache, daß der Rechnungsabschluß der Gemeinde für 1952 ausgeglichen und aktiv ist. Durch den Bericht des Rechnungshofes ziehe sich ebenso wie durch den Kontrollamtsbericht wie ein roter Faden die Feststellung, daß in früheren Jahren gegebene Anregungen nicht die entsprechende Berücksichtigung gefunden hätten. Er habe deshalb in der heutigen Sitzung einen Antrag eingebracht, der darauf hinziele, die eheste Abstellung aller von den beiden Kontrollorganen festgestellten Mängel zu erreichen und eine eingehende Prüfung beziehungsweise versuchsweise Erprobungen aller Anregungen zur Verwaltungsvereinfachung und Betriebsreform durchzuführen.

Der Redner unterstreicht die Feststellung des Rechnungs-

hofes, daß man gewisse Straßenbauarbeiten im Winter nicht durchführen könne, weil sie nicht richtig ausgeführt würden und zu teuer kämen. Er hebt weiter aus dem Rechnungshofbericht die Beanständung hervor, daß bei der Wohnbausiedlung in Hirschstetten erhebliche Mängel zutage getreten seien und in den letzten beiden Jahren in nicht weniger als 70 Fällen schadhaft gewordene Eternit- und Wasserleitungsrohre durch neue ersetzt werden mußten; auch die Elektroinstallation in der Siedlung habe sich als mangelhaft und vom sicherheitspolizeilichen Standpunkt aus gesehen als geradezu bedenklich erwiesen, da zum Beispiel in mehreren Häusern der Siedlung Wasserleitung, Klosett und Abflußrohre stromführend waren.

Der Redner erklärt, daß er den Vorlagen zustimmen werde.

GR. Wicha(WdU) stellt zur Erwägung, den Hebesatz der Gewerbesteuer herabzusetzen. Dies wäre umso notwendiger, als eine Steigerung der Erträge kaum mehr zu erwarten sei und die Steuerrückstände immer mehr anwachsen und den schweren Existenzkampf der kleinen Gewerbetreibenden in alarmierender Weise aufzeigen. Eine solche Bedachtnahme auf die Gewerbetreibenden wäre auch deshalb angezeigt, weil die Gemeinde auf der anderen Seite Unternehmungen, die ihr nahestehen, ausgesprochen begünstige.

Im Gegensatz zu früher seien heute die Bediensteten der Gemeinde Wien schlechter gestellt als die Angestellten der übrigen Länder und Gemeinden. Der Redner fordert unter anderem die Wiedereinführung der vor 1938 auf den städtischen Verkehrsmitteln bestehenden Fahrpreisbegünstigung für die Gemeindebediensteten. Es wäre auch an der Zeit, daß die Gemeinde die Unrechtsgesetze des Jahres 1947 abbaue und dadurch die so notwendige innere Befriedung herbeiführe. Er appelliert an die Stadtverwaltung, die arbeitsfähigen bewährten Beamten wieder einzustellen, die Hemmungsjahre anzurechnen und den vom Bundespräsidenten amnestierten Beamten die Ruhegehälter generell zuzuerkennen. Eine beschämende Angelegenheit, die nunmehr auch der Rechnungshof aufgezeigt habe, sei die Konfiskation hunderttausender Bücher ehemaliger Nationalsozialisten, die unter der Verwaltung der Stadt Wien schließlich auf etliche 25.000

zusammengeschrumpft seien. Dabei handle es sich teilweise um wertvolles Volksvermögen, darunter um Werke der Weltliteratur und der wissenschaftlichen Fachliteratur.

In Resolutionsanträgen verlangt der Redner, das Kontrollamt solle angewiesen werden, die in seinem Bericht erwähnten Bemängelungen der Geschäftsführung einerseits der Pabst-Kiba-Filmproduktionsgesellschaft und andererseits des Stadtforstamtes dem Finanzausschuß des Gemeinderates zur Entscheidung vorzulegen. Die Pabst-Kiba-Filmgesellschaft, an der die Gemeinde Wien maßgeblich beteiligt ist, habe mit ihren Filmen bisher nicht den geringsten Erfolg gehabt und belaste dauernd den Gemeindegeldbeutel. Es wäre dringend zu erwägen, ob dieser gemischtwirtschaftliche Betrieb nicht liquidiert werden sollte, und zwar je schneller desto besser. Das Stadtforstamt habe Bemängelungen und Anregungen des Kontrollamtes unbeachtet gelassen und durch Saumseligkeiten und Nichtbeachtung von Bestimmungen der Gemeinde nicht unbeträchtliche finanzielle Nachteile zugefügt. Schließlich sollte der derzeitige Leiter des Stadtforstamtes durch einen erfahrenen Praktiker ersetzt werden.

GR. Dipl.-Ing. Haider (WdU) meint, daß die schweren Bemängelungen an den Bauausführungen der Gemeinde Wien deutlich die Schwächen zum Vorschein bringen, welche unvermeidlich seien, wenn ausschließlich von der öffentlichen Hand gebaut werde.

Die im Jahre 1952 verfügte Erhöhung der Bäderpreise habe durch den dadurch hervorgerufenen schwächeren Besuch gerade das Gegenteil des angestrebten Zieles erreicht und zu einem zivilisatorischen Rückschlag erster Ordnung geführt. Im Zusammenhang mit der Badezimmeraktion der Gemeinde, die keinen besonderen Erfolg gehabt habe, empfiehlt der Redner der Stadtverwaltung, mit der Propagierung solcher Aktionen erst dann zu beginnen, bis alle Detailfragen mit Industrie und Handel restlos geklärt seien. Die Verkehrsbetriebe sollten wenigstens in den inneren Bezirken in viel stärkerem Maß auf den Autobusverkehr übergehen.

In fünf Resolutionsanträgen fordert GR. Haider eine zufriedenstellende Lösung für das Problem der Nazimöbel, die Gewährung der früheren Fahrpreisbegünstigungen für die Bediensteten und Pensionisten der Verkehrsbetriebe auf den städtischen Verkehrsmitteln, auf der Lokalbahn Wien - Baden, die Einführung der gleichen allgemeinen Ermäßigungen wie auf der Südbahnstrecke, die Auflassung der gemeindeeigenen Buschenschenken und schließlich die Loslösung der Agenden des forstpolitischen Aufsichtsdienstes vom Stadtforstamt.

Die Arbeiten des Kontrollamtes und des Rechnungshofes seien trotz ihres Umfanges ein Musterbeispiel an Genauigkeit und sachlicher Präzision, wofür den beiden Kontrollorganen Dank gebühre. Die Unabhängigen sehen die Arbeiten dieser Organe als höchst verdienstlich an und werden selbstverständlich den drei Punkten der Tagesordnung zustimmen.

Dr. Soswinski (LBl.) meint, der vorliegende Rechnungsabschluß ist nicht nur eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Stadt Wien, er zeigt vielmehr, was die Stadtverwaltung geleistet hat und weist gleichzeitig die Fehler und Unterlassungen auf, die im Jahre 1952 und meist auch in den folgenden Jahren begangen wurden. Die Grundzüge der Finanzpolitik im Jahre 1952 gelten auch heute noch.

Von diesem Standpunkt ausgehend stellt der Redner den Mehreinnahmen von 430 Millionen Schilling jene Einnahmen entgegen, die sich nach seiner Ansicht die Stadt Wien hat entgehen lassen. Das Bundespräzipium allein betrug 133 Millionen Schilling für 1952, obwohl der Staat in diesem Jahr nicht in Not gewesen ist. Bis zum heutigen Tag sind seit Bestehen des "Notopfers" der Gemeinde Wien 800 Millionen Schilling vorenthalten worden. Dr. Soswinski weist ferner auf den Abgang bei den Krankenanstalten hin, für den zum Teil der Bund aufkommen müßte, auf den Verzicht der Gemeinde auf ihre Steuerhoheit und anderes. Er kommt zu dem Schluß, daß die Gemeinde Wien auf diese Weise bisher auf weit mehr als 2 Milliarden Schilling verzichtete.

Der Redner wirft Stadtrat Resch auch vor, daß er Jahr für Jahr dutzende Millionen Schilling in den Kassen der Gemeinde

Wien aufhäuft und wendet sich gegen die Politik des Geldhortens. Es sei nicht Aufgabe der Finanzpolitik einer Stadt, in der es noch immer Kriegszerstörungen und eine gewaltige Wohnungsnot gibt, Geld anzuhäufen, um es dann gegen hohe Zinsen anzulegen.

Im einzelnen kritisiert der Redner unter anderem das niedrige Kulturbudget. Von 100 Schillingen, die die Gemeinde Wien ausgibt, werden nur 76 Groschen für kulturelle Zwecke aufgewendet. Die Einnahmen der Vergnügungssteuer aus Sportveranstaltungen sind vom Jahr 1951 auf 1952 um 35 Prozent gestiegen. Die Einnahmen aus dem Sportgroschen jedoch, die der Sportförderung dienen, nur um 10 Prozent.

Im Zusammenhang mit dem Bericht über die Wahrnehmungen des Kontrollamtes und des Rechnungshofes greift der Redner heraus, daß neue Gemeindewohnungen vier bis fünf Monate leer gestanden sind, weil die Mieter angeblich noch Forderungen stellten. Er forderte den Gemeinderat auf, die Namen dieser Mieter zu nennen und erneuert das Verlangen, das städtische Wohnungsamt unter öffentliche Kontrolle zu stellen.

Abschließend sagt Dr. Soswinski, seine Fraktion könne dem Rechnungsabschluß nicht die Zustimmung geben. Den Bericht über die Wahrnehmungen des Kontrollamtes und des Rechnungshofes nehme sie zur Kenntnis.

GR. Dr. Fiedler (ÖVP) geht gleichfalls auf die Tatsache ein, daß der Rechnungsabschluß 1952 mit einem Überschuß abgeschlossen wurde. Auf Grund des Voranschlages hätte der Abgang 132 Millionen Schilling betragen sollen. Der Rechnungsabschluß zeigt aber einen Überschuß von 184 Millionen, der der Allgemeinen Rücklage zugeführt wurde. Er fragt, ob nicht bei der Erstellung des Voranschlages zu vorsichtig vorgegangen und vor allem die Einnahmen zu niedrig festgesetzt wurden. Er verlangt Aufschluß über die Rücklagengebarung der Stadt Wien und erinnert in diesem Zusammenhang an die Forderungen seiner Partei nach Verwirklichung von Großprojekten wie den Bau der U-Bahn. Mit den vorhandenen Rücklagen hätte man die Möglichkeit gehabt, eine 6 km lange Strecke der U-Bahn zu bauen, was ungefähr der Linie Westbahnhof, Stephansplatz zum Prater entspräche. Damit hätten in einer Reihe von Industrien zusätzliche Arbeitskräfte

eingestellt werden können. Durch die nahezu abgeschlossene Behebung der Kriegsschäden werden neuerlich Mittel frei. Die Volkspartei erhebt daher die Forderung, daß diese Mittel und die vorhandenen Rücklagen zur Ausführung der von ihr wiederholt verlangten Projekte verwendet werden. (Beifall bei der ÖVP.) Ich bitte den Herrn Stadtrat, dem Hause ein Programm vorzulegen, durch welches der Bau der U-Bahn festgelegt und gesichert wird. Die Finanzverwaltung dieser Stadt wird auf die Dauer die Durchführung dieser Projekte, die von breitesten Bevölkerungskreisen gefordert werden, nicht übergehen können. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Marek (SPÖ) stellt mit Genugtuung fest, daß das Jahr 1952 das Jahr der Stabilisierung war. Natürlich haben die erfreulichen wirtschaftlichen Vorgänge durch die Umschichtung des Produktions- und Beschäftigungsstandes auch Störungen als Folge gehabt. Die durch unsere Finanzpolitik ermöglichten großen Bauvergebungen vermochten aber die Arbeitslosigkeit in unserer Stadt gegenüber den anderen Bundesländern bedeutend niedriger zu halten. Mehr als zwei Drittel sämtlicher Ausgaben sind 1952 für Investitionen und Sachgüterbeschaffungen verwendet worden. Können wir uns vorstellen, wie die private Wirtschaft diese durch die Stabilisierung ausgelösten Schwierigkeiten im Produktionsprozeß ertragen hätte, wenn nicht die Gemeinde Wien als größter Auftraggeber in Erscheinung getreten wäre? Durch diese Finanzpolitik konnte auch in den folgenden Jahren die Arbeitslosigkeit unserer Stadt am niedrigsten gehalten werden. Während der Zeit der größten Arbeitslosigkeit, im März 1954, waren in Wien 10.3 Prozent Arbeitslose, dagegen in Niederösterreich 15 Prozent, in Kärnten 15.8 Prozent und im Bundesdurchschnitt 11.75 Prozent.

Wir haben, um unsere Produktivität zu steigern, den Ausweg in der Liberalisierung gesucht und auch gefunden. Aber die Herren der Wirtschaft machen es sich sehr einfach. Sie haben Listen zusammengestellt von allen jenen Waren, die sie nicht eingeführt haben wollen. Die Wirtschaftskommission in Paris hat vor kurzem diese sogenannten Negativlisten sehr kritisiert und festgestellt, daß Österreich glaubt, sich den Luxus einer 25prozentigen Negativliste erlauben zu können, während Länder, wie die Schweiz

und Holland, zwischen 3 und 5 Prozent der Waren in die Listen aufnehmen.

Die ÖVP verlangt die Heranziehung der Rücklagen für den Bau einer U-Bahn. Jeder wird aber zugeben, daß Rücklagen unmöglich für Investitionen à la longue verwendet werden können. Auch Herr Dr. Soswinski spricht von einer Hortung der Gelder. Aber das, was dem Amtsführenden Stadtrat zum Vorwurf gemacht wird, ist, daß er mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes eine saubere, gewissenhafte Finanzpolitik betreibt, die die Finanzlage unserer Stadt krisenfest gemacht hat. (Beifall bei den Sozialisten.) Diese Rücklagen reichen kaum aus, den Aufwand der Stadtverwaltung für zwei oder drei Monate zu bestreiten. Kann man dem Finanzreferenten vorwerfen, daß er für zwei, drei Monate vorsorgt, um zu verhindern, daß die Stadt in Schwierigkeiten kommt? Diese Finanzpolitik ist richtig, weil sie die Arbeitslosigkeit bekämpft und planmäßig Vollbeschäftigung schafft.

Wenn wir heute 1952 überblicken, können wir feststellen, daß die durch die Stabilisierung, durch die Beendigung des Koreakrieges usw. erfolgten Erschütterungen der privaten und öffentlichen Wirtschaft von unserer Stadtverwaltung abgewehrt werden konnten, was auf die konstruktive, kluge, zurückhaltende, aber auch die Arbeitsbeschaffung fördernde Finanzpolitik dieser Stadt zurückzuführen ist, auf die wir Sozialisten mit Recht stolz sein können. (Beifall bei den Sozialisten.)

Der Redner setzt sich dann mit einem Artikel des Vizebürgermeisters Weinberger auseinander, in dem der sozialistischen Stadtverwaltung verschiedene Vorhalte gemacht werden und kritisiert wird, daß sich die Sozialisten nicht zur großen Vergangenheit dieser Stadt bekennen. Gegenüber diesen Ausführungen verweist er darauf, daß im Jahre 1910 in Wien über 10 Prozent sämtlicher Wohnungen und 16.87 Prozent der Arbeiterwohnungen Bettgeher hatten und in 27.6 Prozent der Wohnungen familienfremde Personen waren. Damals hatte Wien den traurigen Ruhm, die Stadt der Tuberkulose zu sein. Die Nutznießer dieses Wohnungselends waren jene Kreise, die, was in der kapitalistischen Gesellschaft ein unabdingbares Recht ist, die Wohnung als Ware

betrachtet haben. Zu einer solchen Vergangenheit wollen wir uns wahrlich nicht bekennen. (Beifall bei den Sozialisten.) Wenn Vizebürgermeister Weinberger von einem Sozialistensterben spricht, so ist zu sagen: man soll sich jetzt nicht freuen, Leichenreden halten zu können. Wir werden in ganz kurzer Zeit feststellen können, wer am Grab seiner verwelkten Hoffnungen stehen wird.

Der Redner setzt sich dann mit der Kritik des GR. Dr. Soswinski auseinander, daß den Mitgliedern des Weltfriedensrates in Wien nicht die nötige Gastfreundschaft gewährt wird, und erklärt: Wir Wiener lieben jeden Gast, der über die normalen Grenzen zu uns kommt, sich bei uns meldet und unser Eigenleben anerkennt und schätzt. Jene aber, die zu mitternächtlicher Stunde unter Plachenwagen und unter dem Schutz der russischen Besatzungsmacht hereingeschleust werden, und, wenn sie nach Hause kommen, erzählen, wie sie zerlumppte und hohlwangige Arbeiter gesehen haben, die wollen wir nicht haben. Und wenn der Bürgermeister diese unerwünschten Gäste nicht auf die gleiche Stufe mit den anderen stellt, dann hat er unsere Zustimmung! (Beifall bei den Sozialisten.)

Die sozialistische Fraktion wird für die Anträge stimmen, verbunden mit dem Dank für die im Interesse der Wiener Bevölkerung gelegene Finanzpolitik. (Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Resch erklärt in seinem Schlußwort zu den Ausführungen der Oppositionsredner: Es gibt keine Verwaltung einer großen Körperschaft, die ohne Anstände geführt werden kann. Wenn die Verwaltung den Mut hat, die Fehler selbst aufzuzeigen, zuzugeben, und abzustellen, dann ist das alles, was eine große Verwaltung mit einem großen Beamtenkörper in bezug auf Korrektheit und Reinheit zu tun in der Lage ist.

Auch er vertrete die Auffassung, daß die Frage der Pabst-Kiba-Filmgesellschaft gelöst werden müsse. Es gehen aber noch immer Beträge aus einigen der kleinen Filme aus dem Ausland ein, auf die man bei der Abwicklung nicht verzichten will. Größere Aufwendungen und Ausgaben sind nicht zu erwarten.

Die beiden Anträge des GR. Wicha empfiehlt der Stadtrat abzulehnen, weil sie eine Pauschaverdächtigung des Magistrates

darstellen. Auch die Anträge des GR. Haider müsse er zur Ablehnung empfehlen. Die Unabhängigen mögen aber endlich mit ihrer Demagogie wegen der Nazimöbel aufhören, da der Rechnungshof hiezu wörtlich festgestellt hat:

"Der Rechnungshof hat sich durch Stichproben davon überzeugt, daß die Kartei sämtlicher Möbel und Einrichtungsgegenstände sowie die zugehörigen Akten ordnungsgemäß geführt und laufend auf dem Stand gehalten werden. Die Benützerkartei gibt nicht nur Auskunft über den jeweiligen Standort und Benützer jedes einzelnen Gegenstandes, sondern auch über den ursprünglichen Eigentümer desselben. Daß es gelang, die ursprünglichen Eigentümer bis auf einen geringen Prozentsatz von Fällen zu eruieren, stellt der Gemeindeverwaltung jedenfalls das Zeugnis aus, daß sie bemüht war, eine außergewöhnliche, aus der Mentalität der Zeit des Zusammenbruches des nationalsozialistischen Regimes erklärliche Maßnahme in geordnete Bahnen zu lenken. Der Rechnungshof hat keinen Anlaß zu einer Beanstandung gefunden".

Diese Feststellung des Rechnungshofes müßte genügen, um das Gerede über die Benachteiligung der ursprünglichen Eigentümer der Nazimöbel aus der Welt zu schaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu der Kritik des GR. Dr. Soswinski an dem "Notopfer" zugunsten des Bundes erklärt der Stadtrat unter dem Beifall der Sozialisten: Wir stützen bewußt die Existenz dieses Staates, denn wir bejahen diesen Staat! Deswegen sind wir auch dafür, daß alle Länder und Gemeinden Österreichs dann, wenn der Staat in Not ist, für diesen Staat das Notwendige tun. Wir glauben, daß seine demokratischen Einrichtungen nur dann gegen jede Bedrohung verteidigt werden können, wenn wir ihn finanziell sichern.

Der Vorwurf einer Thesaurierungspolitik des Wiener Finanzreferenten mag für das Jahr 1952 wegen der Größe des Überschusses begründet erscheinen, das Defizit des Jahres 1951 mit 49 Millionen und der nur geringe Überschuß für das Jahr 1953 mit 40 Millionen zeige aber, daß es keineswegs die Politik des Finanzreferenten ist, Gelder zu thesaurieren.

Ich bin absolut dafür, sagt Stadtrat Resch, daß trotz diesen Kassenbeständen jeder öffentliche Schilling dreimal umgedreht wird, bevor man ihn ausgibt. Ich würde es ablehnen, wenn man mich zwingen würde, diese Sparpolitik aufzugeben.

Die Behauptung des GR. Dr. Fiedler, daß im Jahre 1952 die Abgaben in Wien höher gestiegen seien als die Bundessteuern, sei falsch. Die Gemeindeabgaben stiegen nämlich gegenüber 1951 nur um 9.3 Prozent, die gemeinschaftlichen Bundessteuern aber um 35.4 Prozent.

Abschließend spricht der Finanzreferent den Beamten des Hauses und allen Funktionären, voran dem Bürgermeister und den Stadträten, den Dank für die Mitarbeit und die wirklich objektive Unterstützung aus.

Bei der von Vorsitzenden Mazur durchgeführten Abstimmung wird der Rechnungsabschluß 1952 gegen die Stimmen des Linksblocks angenommen. Die Berichte des Kontrollamtes und des Rechnungshofes werden einstimmig zur Kenntnis genommen. Die zwei Resolutionsanträge des Gr. Wicha und die fünf Resolutionsanträge des GR. Ing. Haider verfallen der Ablehnung.

Geehrte Redaktion!

=====

Die Fortsetzung des Gemeinderats-Sitzungsberichtes stellen wir am Samstag vormittag in das Korrespondenz-Büro zu!

- - -

Über die Regelung der Dollaranleihe der Stadt Wien vom Jahre 1927 berichtet gleichfalls Stadtrat Resch (SPÖ). Die Gemeinde Wien hat 1927 eine 30 Millionen-Dollaranleihe für die Wiener Verkehrsbetriebe und die Gaswerke aufgenommen. Die Tilgung dieser Anleihe ist zum allergrößten Teil aus eigenen Stücken erfolgt. Nicht getilgt ist ein Betrag von 843.000 Dollar. Weiter ist rückständig der Zinsbetrag seit 1945. Bei den Verhandlungen ist es nicht gelungen, von den Amerikanern eine Herabsetzung der Schuld zu erreichen. Sie haben aber eine Abstattung des Betrages und der Zinsen in zehn Jahresraten zugestanden und einer Herabsetzung der Zinsen zugestimmt. Der Stadtrat gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß es damit gelungen ist, auch in der letzten noch nicht geregelten Auslandsschuld ein Abkommen zu treffen. Damit ist die Kreditwürdigkeit dieser Stadt wieder vollkommen hergestellt. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Dr. Altmann (LBl.) meint, die Kreditwürdigkeit der Stadt Wien scheine durch dieses Abkommen besonders bestätigt zu sein, denn die Stadt Wien werde darin zur Haftung für Zinsbeträge verpflichtet, die sie bereits 1938 bis 1945 an die Deutsche Konversionskassa bezahlt habe. Die Gemeinde hafte in diesem Fall nicht für eine eigene Schuld, sondern zugunsten der Westdeutschen Bundesrepublik. Die Amerikaner hätten nicht das gleiche Entgegenkommen wie die anderen Gläubiger der Stadt gezeigt, sondern auf die Zahlung des vollen Schuldbetrages bestanden. Die Besonderheit dieses Vertrages, der eine einseitige Bevorzugung der amerikanischen Gläubiger zeige und dem Rechtsstandpunkt ins Gesicht schlage, erlaube es seiner Fraktion nicht, dem Antrag ohne weiteres zuzustimmen, obzwar der Restschuldbetrag gering sei.

Nach dem Schlußwort des Stadtrates Resch wird die Regelung der Dollaranleihe genehmigt.

Zinsfreie Darlehen für Wohnhäuserinstandsetzungen

Stadtrat Resch (SPÖ) referierte sodann über die Gewährung von zinsfreien Darlehen für die Instandsetzung von Wiener Wohnhäusern. Wie er ausführte, haben die unter die

gesetzlichen Mietzinsbestimmungen fallenden Wohnhäuser derzeit eine Miete von einem Schilling je Friedenskrone zu bezahlen. Gerade die schlechtesten, ältesten und unhygienischsten Häuser Wiens sind es nun, die mit diesem einem Schilling die Instandhaltung nicht durchführen können und daher an die Mietkommission herantreten, um eine für die Erhaltung des Hauses nachweisbar notwendige Zinserhöhung zu erlangen. Es gibt heute schon in Wien gesetzliche Mietzinse, die das Hundertfache des Friedenszinses übersteigen. Für eine Friedenskrone werden zehn Schillinge und mehr Zins bezahlt. Nun bestehen seit längerem Bestrebungen, für diese schlechten, alten und unhygienischen Wohnungen mit den teuren Zinsen eine gewisse Zinsermäßigung zu erzielen. Man hatte gehofft, daß noch in der Frühjahrssession des Nationalrates ein Reparaturausgleichsfonds beschlossen werden könnte. Die Stadt Wien hat daher zugewartet, ob dieses Problem gelöst werden wird. Das ist leider nicht geschehen. Die Mieterorganisation Wiens hat nun an die Gemeinde die Forderung gestellt, die Übergangszeit durch die Gewährung zinsfreier Kredite überbrücken zu helfen. Dieser Wegfall der Zinsen ist für die Mietzinse von außerordentlicher finanzieller Bedeutung. Vierzig Prozent und mehr werden durch den zinsfreien Kredit erspart. Stadtrat Besch sagte, er hoffe, daß die Aktion, die absichtlich auch auf die bereits jetzt bestehenden hohen Mietzinse ausgedehnt wurde, Erfolg haben wird. Er richtete den Appell an die Hausherren, das Angebot der Stadt Wien anzunehmen, einen zinsfreien Kredit zu gewähren. Abschließend beantragt der Referent, den Magistrat zu ermächtigen, in jenen Fällen, in denen zur Deckung der Instandhaltungskosten von Wiener Wohnhäusern die Mietkommission eine Erhöhung der Hauptmietzinse auf mehr als das 3.5fache des gesetzlichen Hauptmietzinses bewilligt, unverzinsliche Darlehen aus städtischen Mitteln bis zu einem Gesamtausmaß von 30 Millionen Schilling zu gewähren. Da keine Schätzungen über den Bedarf existieren, werden diese 30 Millionen vorläufig zur Verfügung gestellt. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Maller (LBl.) wendet sich gegen die Ausführungen des Referenten. Er und seine Partei seien anscheinend der Auffas-

sung, daß ein 3.5facher Friedenszins noch erträglich ist. Der Linksblock glaube jedoch, daß der Zins "ein Schilling je Friedenskrone" schon eine genügende Belastung für die Bevölkerung darstellt. Nach der Meinung des Redners behandelt dieser Antrag ein viel tieferes Problem; er rollt neuerlich die Frage der Mietzinsbildung und des Mieterschutzes auf. Der Redner polemisiert im folgenden gegen die Hausbesitzer, die durch die Mietzinserhöhungen saniert wurden und meint, daß jetzt einmal die Mieter saniert werden müssen. Die 30 Millionen seien nicht mehr als ein kleines Pflaster. Der Redner verlangt statt dessen einen Reparaturausgleichsfonds, der staatliche Subventionen erhält. Im übrigen gab er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu der Vorlage.

GR. Dr. Prutscher (ÖVP) begrüßt, daß dieser Beschluß heute hier im Gemeinderat gefaßt werden soll. Mit diesen Darlehen wird gerade für jene Teile der Bevölkerung Abhilfe geschaffen, die einer außerordentlichen Ungerechtigkeit ausgesetzt sind. Der Beschluß ist ein unbedingtes Gebot der Gerechtigkeit. Er kann jedoch nur ein Anfang sein, ein erster Schritt zur Lösung des Problems, die Mietzinsgerechtigkeit herzustellen. Der Redner meint auch, die Aufgabe der Gemeinde dürfe nicht nur darin bestehen, sich um gefährdete Objekte zu kümmern. Die Gemeinde müsse auch bei der Modernisierung der alten Häuser helfen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Swoboda (SPÖ) dankte Stadtrat Resch für das Entgegenkommen und das Verständnis, das er den Bemühungen der Mieterorganisation entgegengebracht hat. Er freue sich auch, daß der Vertreter der ÖVP die Vorlage begrüßt und sie als einen Anfang betrachte. Seine Fraktion sei der gleichen Meinung; aber die Fortsetzung wird in einem anderen Haus gemacht werden müssen, nämlich im Parlament. Die Vorlage wird den Mietern in den schlechten Wohnungen eine Erleichterung in der Zinszahlung bringen. Der Redner zitiert ein Beispiel, nach dem ein Mieter ohne die Aktion der Gemeinde Wien 183 Schilling Zins zahlen müßte, nach den neuen Möglichkeiten jedoch um 52.20 Schilling weniger.

Über den zu schaffenden Reparaturausgleichsfonds sagte

./.

GR. Swoboda, er hoffe, daß im Herbst im Parlament der Kampf um diesen Fonds neu beginnen könne. Abschließend sagte der Redner, seine Partei begrüße die Aktion, die sich segensreich auswirken wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Nach einem Schlußwort des Stadtrates Resch wird die Vorlage einstimmig beschlossen.

Hierauf berichtet GR. Kowatsch (ÖVP) über den Antrag, die der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom hl. Kreuz in Laxenburg für die Betriebsführung des Wiener städtischen Kinderkrankenhauses Lilienfeld vertragsmäßig zugebilligte Entschädigungsquote mit Wirksamkeit vom 1. April 1954 mit 19 S je Kopf und Verpflegtag festzusetzen.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) verweist darauf, daß trotz des niedrigen Satzes, den dieses Krankenhaus erhält, es doch das einzige Spital der Gemeinde Wien ist, das fast gar kein Defizit hat, und erklärt: Wir stehen hier sozusagen vor einem pekuniären Wunder - ein Krankenhaus, das mit dem festgesetzten Betrag auskommt und dabei einwandfrei und mustergültig geführt wird. Dieses Wunder ist selbstverständlich nur dadurch zu erreichen, daß die Ordensschwestern weit unter den kollektivvertraglichen Löhnen arbeiten und außerdem niemals nach einer Freizeit fragen. Das ist ein neuer Beweis für die wohl allgemein anerkannte Tatsache, daß die in der Krankenpflege tätigen Orden mit ihrer selbstlosen und aufopfernden Arbeit nicht nur den Kranken sondern auch der Allgemeinheit helfen und dienen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Über die Erhöhung der Hand- und Taschengelder, Blindenzulage und Pfleglingsentschädigungen in den Altersheimen berichtet GR. Antonia Platzer (SPÖ).

GR. Dr. Altmann (LBl.) meint, daß die einzelnen Erhöhungen zwar hoch erscheinen, da sie zwischen 20 und 50 Prozent liegen, im Grunde aber niedrig sind, wenn man sich ansieht, was so ein Pflegling als Hand- oder Taschengeld, als Blindenzulage oder Pfleglingsentschädigung erhält. Die Feststellung der Vorlage, daß bei den dringend benötigten Bedarfsartikeln Teuerungen eingetreten sind, müßte zu einem Nachziehverfahren führen. Aber

davon spricht dieser Antrag nichts. Wir dürfen uns mit dieser beantragten Erhöhung nicht zufrieden geben, und der Magistrat wird eine weitere Erhöhung durchführen müssen. Meine Fraktion wird dem Antrag zustimmen, was aber nicht als Zustimmung zur Lösung des ganzen Problems aufgefaßt werden darf.

GR. Kowatsch (ÖVP) erklärt, daß diese Vorlage wieder zeige, daß die von der ÖVP gestellten Anträge ganz anders behandelt werden als jene der SPÖ. Die Tagesentschädigungen der Pfléglinge entsprechen ungefähr den Stundenlöhnen von aktiven Arbeitern. Der starke Rückgang der Pfléglingsarbeiter um 172 zeigt auch, daß sie ihre Freizeit anders zu gestalten scheinen, als diese Arbeit um minderwertige Beträge zu verrichten. Es müßte daher eine gerechte Entschädigung dieser Pfléglinge herbeigeführt werden. Die ÖVP wird für den Antrag stimmen, doch sind wir mit dieser Erhöhung nicht zufrieden. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Den Bericht über den geplanten Fußgängerdurchgang bei der Kreuzung Kärntner Straße - Opernring gibt Stadtrat Thaller (SPÖ). Wie er mitteilt, ist an dieser Kreuzung eine Tagesfrequenz von rund 80.000 Personen; in den Tagesstunden ist dort eine Frequenz von 5.500 Personen pro Stunde festgestellt worden.

Es soll daher eine Untertunnelung in Form eines Rundbaues gebaut werden. Sie soll auch anziehend gestaltet werden, es sollen Geschäftslokale untergebracht und Rolltreppen mit einer Kapazität von 6.000 Personen pro Stunde eingebaut werden.

Die Kosten dieses Baues werden mit 9 Millionen Schilling geschätzt, in welchem Betrag allerdings die Kosten für die Kabelverlegungen usw. nicht inbegriffen sind.

Der Referent bittet, die Errichtung des Durchganges grundsätzlich zu genehmigen und für die Vorarbeiten 100.000 Schilling zu bewilligen.

GR. Hausner (LBl.) erinnert an die von seiner Fraktion im vergangenen Jahr eingebrachte Anfrage, betreffend das ständige Ansteigen der Zahl der Verkehrsunfälle, und erklärt, daß die bisherigen Maßnahmen im Kampf gegen Verkehrsunfälle absolut nicht ausreichen und die Anwendung neuer Methoden notwendig ist. Vor allem wird es notwendig sein, die Straßenkreuzungen

zu vermeiden und Unterführungen in größerem Maße zu bauen. Alle neuralgischen Verkehrspunkte müssen besser gestaltet werden.

In einem Resolutionsantrag fordert er den Bau einer Unterführung in der Erzherzog Karl-Straße im 22. Bezirk bei der Enstation der Straßenbahnlinie 16.

GR. Planek (SPÖ) erklärt, der großzügigen Lösung eines Verkehrsproblems wie beim vorliegenden Projekt werden nicht allein die Bewohner des 1. Bezirkes, sondern alle Wiener zustimmen. Der Redner weist auf die Schwierigkeit der Verkehrsprobleme in der Inneren Stadt hin. Wenn täglich 80.000 Personen die Opernkreuzung benützen, so sei das der deutlichste Ausdruck dafür, daß die Pendelwanderung vom und zum Arbeitsplatz ständig zunimmt. In der Inneren Stadt sei im wachsenden Maße eine City-Bildung festzustellen. Dazu komme die zunehmende Motorisierung, denn heute habe jeder 17. Wiener bereits ein Kraftfahrzeug.

Nach Ansicht des Redners wird es doch notwendig sein, in der Inneren Stadt einige Straßenzüge als Einbahnstraße zu erklären. Den Einwänden der Kaufmannschaft sei entgegenzuhalten, daß nach Erfahrungen in anderen Städten die Einbahnstraße nicht unbedingt damit verbunden sein muß, daß weniger Kauflustige die Geschäfte aufsuchen. Ein schwieriges Problem stelle auch die Frage der Parkplätze dar. Es wäre zu erwägen, ob man nicht, wie in anderen Städten, für abgestellte Fahrzeuge, die oft den ganzen Tag auf der Straße stehen und insbesondere in den Verkehrsspitzen ein Hindernis darstellen, eine Parkgebühr einheben sollte. Auch die Beschränkung der Lieferfahrzeuge auf die Zeiten außerhalb der Verkehrsspitzen könnte Abhilfe schaffen. Man sollte auch daran denken, weitere Arkaden einzubauen. Schließlich wäre zu überlegen, gewisse Straßen als Vorrangstraßen zu erklären. Auch für die Fußgänger könnte man bevorzugte Übergänge schaffen. Den Kraftfahrer müßte man dazu anhalten, mehr Rücksicht und Vorsicht gegenüber dem Fußgänger zu üben.

Die Sozialisten begrüßen dieses Projekt und seine Durchführung und werden selbstverständlich dem Antrag ihre Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Thaller stellt in seinem Schlußwort fest, daß sich bei der Opernkreuzung zwar nicht viele Unfälle ereignen, daß aber die Fußgänger eine außerordentliche Behinderung für die Flüssigkeit des Verkehrs darstellen. Straßenunterführungen erfordern außerordentlich hohe Kosten. Die Inangriffnahme neuer Projekte kann daher nur dann erfolgen, wenn eine dringende Notwendigkeit gegeben ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen, der Resolutionsantrag des GR. Hausner abgelehnt.

GR. Fürstenhofer (SPÖ) berichtet über einen Antrag, wonach der Schulkostenbeitrag für sprengelfremde Pflichtschüler an Wiener Berufsschulen auf 43 S je Wochenstunde pro Schuljahr erhöht wird.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) verweist darauf, daß diese Erhöhung Lehrlinge betrifft, die in Niederösterreich aufgedungen sind und aus begreiflichen Gründen den Wunsch haben, in eine bessere Schule zu gehen. Die Erhöhung treffe nicht das Land Niederösterreich und auch nicht den Lehrherrn, sondern den Lehrling und seine Eltern. Sie erschwere daher die Fortbildung junger Menschen. Seine Fraktion halte eine solche Erschwernis nicht für gerechtfertigt und werde daher gegen den Antrag stimmen. Überdies werde damit das Versprechen an die Bewohner der Randgemeinden gebrochen, daß sie durch die Gebietsänderung keinen Nachteil erleiden würden.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird der Antrag des Stadtsenates angenommen.

Als nächster Punkt gelangt der Ankauf einer Liegenschaft in Unter-Döbling durch die Stadt Wien zur Verhandlung.

Wie Berichterstatter Fürstenhofer (SPÖ) hervorhebt, benötigt die Gemeinde diesen Grund zur Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage. Die Eigentümer der Liegenschaft wohnen in New York.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) stimmt an sich dem Antrag zu, kritisiert jedoch gewisse Praktiken, die angewendet würden, um die Höhe der Grundpreise zu verschleiern. Im vorliegenden Fall zahle die Gemeinde für den Quadratmeter 60 Schilling zu-

züglich 20 Prozent "Überweisungsspesen". Hier seien Finanzmachinationen mit Sperrschillingen im Gange, die aber zeigen, wie jeder Grundeigentümer darauf bedacht sei, mit allen Mitteln das Letzte aus der Gemeinde herauszupressen.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird auch dieser Antrag angenommen.

Über den Ankauf der Liegenschaft in Wien 2., Ausstellungsstraße 67, erstattet GR. Antonie Alt (SPÖ) den Bericht. Auch in diesem Falle leben alle Eigentümer im Ausland.

GR. Dr. Altmann (LBl.) beleuchtet die Hintergründe dieses Grundkaufes. Ursprünglich wurde der Grund zu einem Preis von 60 Schilling pro Quadratmeter angeboten, dann wurde aber von den Verkäufern der Preis auf 100 Schilling gesteigert. Selbst da gab es noch Schwierigkeiten. Der Vermittler dieses Geschäftes aber war lange Zeit ein führender Funktionär der ÖVP in der Wiener Stadtverwaltung. Der Redner glaubt, daß ein Politiker gegenüber einer öffentlichen Körperschaft ein solches Geschäft nicht machen sollte.

GR. Antonie Alt verzichtet auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Über ein Projekt, Bildungsfahrten zu veranstalten, referiert GR. Marek (SPÖ). Er bezeichnet es als erfreulich, daß der Besuch von fremden Gästen im Laufe der letzten Jahre zugenommen hat, daß Wien zum Kongreßort bedeutender wirtschaftlicher und kultureller Veranstaltungen gemacht wird und daß heuer zum vierten Mal die Wiener Festwochen die kulturelle Bedeutung dieser Stadt aufzeigten. Es ist aber für einen Fremden und auch für den Wiener selbst schwer, all das zu sehen, auf das wir mit Recht stolz sind. Es ist naheliegend, daß der Besucher Wiens gerne die Einrichtungen der Stadtverwaltung und deren Bauten kennenlernen möchte. Das Kulturamt hat daher die Anregung gegeben, Rundfahrten zu organisieren. Sie sollen allen, die sich von den Fortschritten der Stadt überzeugen wollen, zur Verfügung stehen. Der Redner stellte daher den Antrag, die Wiener Stadtwerke, Verkehrsbetriebe, zu beauftragen, für die vom Amt für Kultur und Volksbildung veranstalteten Bildungsfahrten einen Sonderautobus zur Verfügung zu stellen. Der pro Person

zu entrichtende Einzelfahrpreis beträgt 5 Schilling, wodurch bei der garantierten Teilnehmerzahl von wenigstens 20 Personen eine Mindesteinnahme von 100 Schilling pro Sonderfahrt gewährleistet ist. Die Fahrpreiseinhebung und Verrechnung mit den Verkehrsbetrieben wird von der Magistratsabteilung 7 durchgeführt.

GR. Mazur (ÖVP) sagt, seine Fraktion stelle sich nicht im allgemeinen gegen die Einführung von Bildungsrundfahrten. Auch die ÖVP habe Interessen daran, daß die Fremden die großen Leistungen der Wiener Stadtverwaltung kennenlernen. Wenn seine Fraktion dennoch Einwendungen erhebe, so lediglich gegen die Art und Weise der Durchführung dieser Rundfahrten. Anlässlich der Tariffestsetzungen für die Verkehrsbetriebe wurde im Gemeinderat ausdrücklich beschlossen, Tarifnachlässe für Fuhrleistungen nur bis zum Höchstausmaß von 15 Prozent zu gewähren; dies wegen der schlechten finanziellen Lage der Verkehrsbetriebe. Die Durchführung einer Bildungsrundfahrt verursacht aber den Verkehrsbetrieben 250 Schilling Selbstkosten. Hierfür sollen nun 100 Schilling vergütet werden. Der Antrag sieht zwar nur einen einzigen Autobus vor, aber wohl niemand glaubt, daß es dabei bleiben wird.

Ferner ist die Volkspartei der Meinung, daß ein solcher besonders begünstigter Tarif gar nicht notwendig ist, es sei denn, die Aktion würde aus politischen Gründen aufgezo-gen. Das wäre aber ein eklatanter Mißbrauch von Steuergeldern. Dem Kulturstamt stehen für kulturelle Zwecke Budgetmittel zur Verfügung. Diese wären für diesen Zweck heranzuziehen. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion der ÖVP die Einführung in dieser Form zu Lasten der notleidenden Verkehrsbetriebe ab. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Bock (SPÖ) verweist darauf, daß sich moderne Stadtverwaltungen in steigendem Maße bemühen, die Bevölkerung an ihren Plänen und Erfolgen teilnehmen zu lassen. Gerade jetzt sei in Wien Zeit dazu, weil eine Fülle von Leistungen von dieser Stadtverwaltung gesetzt wurde. Es sei erfreulich, daß die Notwendigkeit einer ausreichenden Information von der Verwaltung anerkannt werde. Alles, was bisher auf diesem Gebiete unternommen wurde - einige Kurzfilme, der Bilderdienst usw. - ist zu wenig.

Dieser Antrag sei wieder ein Stück weiter auf dem Weg der Information, nur ist er viel zu eng und gibt gar nicht die Möglichkeit, der gesamten Bevölkerung die Leistungen der Stadt zu zeigen.

Der Redner legt daher einen Erweiterungsantrag vor, der die im Referentenantrag enthaltene Einschränkung auf einen Autobus nicht mehr enthält, wobei es zu lebhaften Zwischenrufen der ÖVP kommt (GR. Schwaiger: Das ist nicht anderes als Wahlkampfpropaganda mit Steuergeldern!) Im Unterbewußtsein geben Sie zu, Herr GR. Schwaiger, daß die Bevölkerung die Leistungen der Sozialisten doch erkennen wird. Daß die Gemeindeverwaltung diese Aktion durchführt, ist nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht. Wir bitten darum, unserem Antrag zuzustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Maller (LBl.) unterstützt namens des Linksblocks den Antrag Bock. Die ÖVP sei nur mit Worten für den kommunalen Wohnhausbau, im innersten Herzen aber sein Feind. Wer sich wirklich zum kommunalen Wohnhausbau bekenne, sträube sich nicht dagegen, der Bevölkerung die Errungenschaften zu zeigen.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Marek wird der Antrag des GR. Bock mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) berichtet schließlich über die Durchführung der zweiten Stufe der Bezugserhöhung für die Vertragsbediensteten, die ebenfalls ab 1. Oktober erfolgen wird. Das Mehrerfordernis durch die zweite Stufe der Entnivellierung beträgt für die Bediensteten der Stadt Wien beim Magistrat rund 64,5 Millionen und bei den städtischen Unternehmungen 49,8 Millionen, insgesamt also 114,3 Millionen Schilling jährlich. Für das laufende Jahr ist ein Viertel der angegebenen Beträge notwendig.

GR. Dr. Altmann (LBl.) wiederholt seine bereits in der Landtagssitzung vorgebrachten Argumente und stellt den Antrag, die zweite Etappe statt am 1. Oktober bereits am 1. Juli und die dritte Etappe mit 1. Jänner 1955 wirksam werden zu lassen.

Dieser Antrag wird gemäß dem Vorschlag des Berichterstatters gegen die Stimmen der Oppositionsparteien abgelehnt. Der Antrag des Referenten wird einstimmig angenommen.

Am Schluß der Sitzung erteilt Bürgermeister Jonas dem GR. Dr. Soswinski (LBl.) das Wort zur Begründung der Dringlichkeit einer Anfrage des Linksblockes, betreffend "Maßnahmen der Gemeinde Wien zur Verhinderung von Vieh- und Fleischexporten durch Gesellschaften, an denen die Gemeinde Wien maßgeblich beteiligt ist". Dr. Soswinski erklärt, daß bei den Fleischbänken und den Wiener Fleischwerken im Aufsichtsrat oder in der Geschäftsführung die Stadträte Sigmund und Bauer, GR. Jirava und eine Reihe von Beamten des Magistrats vertreten sind. Der Bürgermeister möge den Beamten auftragen, alles zu tun, um Maßnahmen, die eine Erhöhung der Fleischpreise zur Folge haben, zu verhindern, und Maßnahmen vorschlagen, die die Funktionäre des Gemeinderates verpflichten, eine Politik zu verfolgen, welche die Preise senkt.

Der Antrag auf Verlesung und Besprechung dieser Anfrage wird abgelehnt. Die Anfrage wird auf schriftlichem Wege beantwortet werden.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Linksblock-Antrages "betreffend die Sicherung, daß das gesamte Eigentum des Heimwehrfürsten Starhemberg zugunsten der Republik Österreich für verfallen erklärt wird", erteilt der Vorsitzende GR. Dr. Altmann (LBl.) das Wort. Dieser führt aus, daß sich der Wiener Bevölkerung, insbesondere der Wiener Arbeiterschaft eine tiefe Entrüstung bemächtigt habe, weil dem Heimwehrfürsten nunmehr der gewaltige Besitz wieder zufallen solle. Es sei notwendig, dagegen unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen. Es gibt eine gesetzliche Möglichkeit, die Rückgabe zu verhindern, und zwar durch ein Verfassungsgesetz wie es auch im Jahre 1919 gegen die Habsburger beschlossen wurde. Der Gemeinderat der Stadt Wien solle daher die Bundesregierung auffordern, dafür zu sorgen, daß sofort alles vorgekehrt werde, damit die Auslieferung des Großgrundbesitzes an Starhemberg unterbleibt.

Bei der Abstimmung wird dem Antrag gegen die Stimmen des Linksblockes die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Der Antrag wird dem Wiener Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

825 neue Gemeindewohnungen

Unter den Geschäftsstücken, die ohne Debatte angenommen wurden, befinden sich auch die Entwürfe und Kosten für acht neue städtische Wohnhausanlagen mit zusammen 825 Wohnungen. Die Gesamtkosten betragen 71 Millionen Schilling. Von diesem Betrag werden heuer noch 28,2 Millionen Schilling verbaut. Weiter wurde beschlossen der Beginn des dritten Bauteiles der Wiener Stadthalle auf dem Vogelweidplatz. Es handelt sich dabei um das Hauptobjekt, dessen Kosten mit 68,2 Millionen Schilling angenommen werden.

Andere Geschäftstücke sind eine neue große Subventionsliste der Gemeinde Wien aus Budgetmitteln mit zusammen 771.000 Schilling für verschiedene kulturelle und künstlerische Vereinigungen, der Rechnungsabschluß 1952/53 und der Wirtschaftsplan 1954/55 des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien und der Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg, die Fortführung der Aufforstung am Rande von Wien, die Erweiterung der Begünstigung für Jugendliche in den städtischen Bädern, verschiedene bauliche Investitionen in den städtischen Schlachthöfen, die Instandsetzung des Holzäpfeltal-aquäduktes der zweiten Wiener Hochquellenleitung bei Wildalpen, eine einmalige Spende an das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Höhe von 10.000 S, eine Spende der Wiener Stadtwerke für die Opfer der Hochwasserkatastrophe in Höhe von 200.000 Schilling sowie mehrere Abänderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, Ankäufe, Verkäufe, sowie mehrere Virements.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 17. Juli 1954

Blatt 1307

Züge der Linie 8 mit pneumatischen Türen

=====

17. Juli (RK) Ab Montag, den 19. Juli, werden Züge mit automatisch betätigten Schiebetüren, die bisher auf der Ring-Kai-Strecke eingesetzt waren, auf der Linie 8 (Meidling, Südbahnhof - Glatzgasse) ebenso wie auf der Linie 118 geführt.

Die Türen dieser Züge öffnen sich, wenn das über der Türe angebrachte Transparent grün leuchtet, nach einem kurzen Drücken an der Türklinke selbsttätig. Sie werden nach dem Aus- und Einsteigen durch den Schaffner geschlossen. Die Fahrgäste werden ersucht, zur möglichst raschen Abwicklung des Fahrgastwechsels dadurch beizutragen, daß sie beim Aus- und Einsteigen jeweils beide Türen der Plattform benützen.

- - -

Klemens Dorn zum Gedenken

=====

17. Juli (RK) Am 20. Juli wäre der Wiener Heimatforscher Klemens Dorn 80 Jahre alt geworden.

In Favoriten geboren, wirkte er dort als Lehrer von 1896 bis 1930 und befaßte sich intensiv mit der Geschichte seines Bezirkes. Die Frucht dieser Arbeit ist die bekannte Heimatkunde von Favoriten, ein wertvolles Nachschlagewerk. Auch die Gründung des Favoritner Heimatmuseums geht auf ihn zurück. Weiter verfaßte er Texte zu Wiener Liedern. Klemens Dorn ist am 8. August 1948 gestorben.

- - -

Wiener Feuerwehr pumpte 196 Millionen Liter Wasser
=====

17. Juli (RK) Bürgermeister Jonas hat gestern im Wiener Gemeinderat die Arbeitsleistung der Feuerwehr der Stadt Wien gewürdigt. Wie groß der Einsatz der Feuerwehrleute war, geht aus einigen Zahlen hervor, die Branddirektor Dipl.Ing. Prießnitz der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilte. Seit der Hochwasserkatastrophe wurden bis gestern abend 196,560.000 Liter Wasser in 2.730 Arbeitsstunden ausgepumpt. Für ihre Ausfahrten verbrauchte die Feuerwehr der Stadt Wien 13.000 Liter Treibstoff. Auch jetzt, nachdem der Wasserstand langsam zu sinken beginnt, ist die Feuerwehr der Stadt Wien noch "vollbeschäftigt". Ständig müssen weitere Auspumpungen in lebenswichtigen Betrieben und Anlagen, Trafostationen usw. vorgenommen werden.

- - -

Freikonzerte am Dienstag
=====

17. Juli (RK) Dienstag, den 20. Juli, gibt es um 17.30 Uhr in Meidling und in der Brigittenau Freikonzerte. Im Ahornhof spielt eine Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe aus Favoriten, im Mortarapark die Betriebsmusik der Verkehrsbetriebe. Der Zutritt zu den Konzerten ist frei.

- - -

Lobau gesperrt
=====

17. Juli (RK) Wie das Stadtforstamt mitteilt, muß bis zur Behebung der Hochwasserschäden in der Lobau der Lobaubesuch verboten werden. Der Zutritt ist nur den Beschäftigten gestattet. Die Aufhebung des Verbotes wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

- - -

Gänsehäufel bleibt in Betrieb
=====Grundwasserspiegel der Alten Donau stark gestiegen

17. Juli (RK) Wie die städtische Bäderverwaltung mitteilt, ist in der Nacht von gestern auf heute der Grundwasserspiegel in der Alten Donau stark gestiegen. Das Angelibad ist überflutet und mußte deshalb geschlossen werden. Im Gänsehäufel und im Strandbad Alte Donau kann ein beschränkter Betrieb aufrechterhalten bleiben. Im Gänsehäufel ist wegen der Überflutung der Liegewiesen für 15. bis 20.000 Personen Platz. Das Strandbad Alte Donau kann gegenwärtig 1.000 Badegäste aufnehmen. Wie bereits mitgeteilt, sind die Strandbäder Klosterneuburg und Kritzendorf vollständig geschlossen.

Im vollen Betrieb stehen auch weiterhin die städtischen Bäder Strandbad Stadlau, Hohe Warte, Ottakringer Bad, Krapfenwaldl, Theresienbad, Hütteldorf und Baumgarten.

Auch das Stadionbad ist ohne Einschränkungen geöffnet.

- - -

Ehrung für den Wiener Marktamtsdirektor
=====

17. Juli (RK) Gestern abend fand im großen Saal des Gewerkschaftshauses in der Maria Theresien-Straße anlässlich des 40jährigen Dienstjubiläums von Marktamtsdirektor Nechradola eine Feier statt, an der Bürgermeister Jonas, Vertreter der Ministerien und der Wirtschaftsorganisationen teilnahmen.

Bürgermeister Jonas würdigte die Arbeit des Marktamtsdirektors und hob besonders hervor, wie Nechradola in den schlechten Zeiten nach 1945 alle Schwierigkeiten zu meistern verstand. In Vertretung von Minister Maisel sprach Sektionschef Khaun, ferner hielten Ansprachen Minister a.D. Dr. Frenzel, der 1. Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nationalrat Pölzer und der Marktamtsdirektor von Graz Clos.

Zur Erinnerung an sein Dienstjubiläum erhielt Marktamtsdirektor Nechradola als Geschenk der Gewerkschaft einen Ring und eine Mappe mit Kreidezeichnungen, die Motive aus jenen Bezirken zeigen, in denen der Marktamtsdirektor im Laufe seiner Dienstzeit tätig war.

- - -

Jugoslawische Schwimmer im Rathaus
=====

17. Juli (RK) Heute mittag empfing Vizebürgermeister Honay im Roten Salon des Wiener Rathauses eine Gruppe jugoslawischer Schwimmer aus Marburg. Die Jugoslawen treten heute und morgen anlässlich des 50jährigen Bestandsjubiläums des Schwimmklubs "Donau" im Stadionbad zu Wettkämpfen an. Vizebürgermeister Honay begrüßte die jugoslawischen Gäste und wünschte ihnen einen angenehmen Aufenthalt in Wien. Im Anschluß an den Empfang besichtigten die Jugoslawen das Rathaus.

- - -

Geehrte Redaktion!
=====

In unserem Gemeinderatsbericht heißt es in der Rede des Bürgermeisters über die Hochwasserkatastrophe auf Blatt 1279: "Die Gemeinde will einen Betrag von einer Million Schilling zur Verfügung stellen." Bei der Wiedergabe der Rede in einigen Zeitungen entsteht der Eindruck, als ob dies der einzige Beitrag der Stadtverwaltung sei. Die eine Million Schilling ist jedoch nur der Betrag, den die Stadt Wien der Hochwasserhilfe der Bundesregierung zur Verfügung stellt.

Ferner soll es auf Blatt 1280, 14. Zeile, richtig heißen: 15.000 Tonnen Steine ...

- - -

Überflutet gewesene Straßen nicht gleich benützen
=====

17. Juli (RK) Die Magistratsabteilung für den Straßenbau macht darauf aufmerksam, daß jene Straßen, die vom Hochwasser überflutet waren, wegen eventueller Einsturzgefahr nicht gleich benützt werden dürfen. Die Straßen müssen daher einige Tage für den Fahrzeugverkehr gesperrt bleiben. Die Autofahrer werden geeten, die Absperrungen zu beachten.

- - -

Nach der Überschwemmung:

Viele Brunnen wurden unbrauchbar
=====

17. Juli (BK) Wie aus einem Bericht des Gesundheitsamtes der Stadt Wien über die vorläufigen Maßnahmen anlässlich der Hochwasserkatastrophe hervorgeht, wurden in den an der Donau gelegenen Gebieten Wiens hunderte von Hausbrunnen überflutet. Da auch der Inhalt vieler benachbarter Senkgruben ausgetreten und in das Grundwasser gelangt ist, sind alle diese Brunnen unbrauchbar geworden. Die Trinkwasserversorgung dieser Gebiete muß mit Tankwagen, die mit Hochquellenwasser gefüllt sind, durchgeführt werden.

In Lang-Enzersdorf wurden die Brunnen zwischen Prager Straße und Hubertusdamm vom Gesundheitsamt für Trinkwasserzwecke gesperrt. Für die davon betroffenen 2.000 Menschen wurde sofort ein Tankwagen angefordert. Auch in der Siedlung "Schwarzlackenau" in Floridsdorf, in der 4.000 Menschen leben, mußten die Brunnen, die gefährdet oder unbrauchbar geworden sind, gesperrt werden. Die Wasserversorgung erfolgt gleichfalls seit 14. Juli mit Tankwagen. Ferner wurden die Brunnen in der Siedlung "Am Äugl" und im Bretteldorf gesperrt. Doch stehen dort Hydranten mit Hochquellenwasser zur Verfügung.

Weiter donauabwärts sind die Brunnen eines Teiles der Bootshütten- und Gartensiedlung, der Siedlung am kleinen und großen Neuhaufen, des Kleehäufels, des Schierlinggrundes, des Mühlgrundes, des Mühlhäufels, der Konradsiedlung, des Biberhaufens und anderer Siedlungen im Bereich von Stadlau unbrauchbar. Für dieses Gebiet wurde die Trinkwasserversorgung durch Tankwagen von der Bezirksvorstehung organisiert.

Am rechten Donauufer mußten sämtliche Brunnen von Höflein gesperrt und die Trinkwasserversorgung mit Tankwagen durchgeführt werden. Das in Höflein vorhandene Pampwerk muß erst bakteriologisch kontrolliert werden. Inzwischen darf man

das Wasser nur gekocht verwenden.

Im Bereich von Kritzendorf und Klosterneuburg, zwischen Bahndamm und Donauström, sind sämtliche Brunnen gesperrt. Das Trinkwasser soll aus der Hochquellenleitung entnommen werden, die das Gebiet jenseits des Bahndammes versorgt. Auch die Bewohner von Siedlungen im Bereich des Praters und in der Freudenau haben die Möglichkeit, ihr Trinkwasser aus vorhandenen Hochquellenwasserauslässen am Handelskai, beim Lusthaus usw. zu entnehmen. Die vorhandenen Brunnen sind unbrauchbar.

In Albern war das Wasser sämtlicher Brunnen ebenfalls für menschliche Genußzwecke ungeeignet geworden. Auch hier ist ein Tankwagen eingesetzt. In Mannswörth mußte nur ein Teil der Brunnen gesperrt werden, während im Dorf Fischamend wiederum sämtliche Brunnen unbenützlich sind und die Wasserversorgung durch Tankwagen geschieht. Im Markt Fischamend, der durch ein Wasserpumpwerk versorgt wird, wurde veranlaßt, daß das Wasser vor Gebrauch abgekocht wird.

Vor Aufhebung der Brunnensperren wird das Gesundheitsamt der Stadt Wien Richtlinien zur Desinfektion der Brunnen herausgeben und die Desinfektionsmaßnahmen durch die zuständigen Amtsärzte überwachen lassen. Ferner hat das Gesundheitsamt im Überschwemmungsgebiet Gaststätten und Fleischereibetriebe inspiziert.

Städtisches Strandbad Alte Donau gesperrt
=====

17. Juli (RK) Auf Anordnung des Gesundheitsamtes der Stadt Wien mußte das städtische Strandbad Alte Donau gesperrt werden. Falls das Grundwasser weiter steigt, besteht auch Gefahr für das Gänsehäufel. Sollte das Gänsehäufel nicht in Betrieb genommen werden können, wird dies Sonntag früh im Radio verlautbart.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 19. Juli 1954

Blatt 1313

Gänsehäufelbad auf drei Tage gesperrt

=====

19. Juli (RK) Als letztes städtisches Strandbad an der Alten Donau mußte heute auch das Gänsehäufelbad vor dem Hochwasser kapitulieren. Noch am Sonntag konnte der Badebetrieb allerdings im beschränkten Umfang aufrechterhalten werden. Die Besucherzahl war sehr gering; unter den 250 Badegästen waren meist um ihr privates Inventar besorgte Mieter der Dauerkabinen. In der Nacht auf Montag ist das Sickerwasser um einige Zentimeter bis zu den Klosettanlagen gestiegen, so daß eine Sperrung der Badeanlage voraussichtlich auf drei Tage aus sanitären Gründen angeordnet werden mußte.

In den städtischen Strandbädern Klosterneuburg und Kritzendorf wird bereits mit Hochdruck an der Instandsetzung der Anlagen gearbeitet, obwohl die Zufahrtstraßen noch unter Wasser stehen. In einzelnen Objekten haben sich hohe Schlamm-schichten angesetzt, die nun entfernt werden müssen.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

=====

19. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 24. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Sulzbach-Ischl" gebracht wurden, am Mittwoch, dem 21. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 12.18 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

- - -

Zahl der Geschlechtskrankheiten geht zurück
=====

19. Juli (RK) Die erfreuliche Tatsache, daß die Zahl der Geschlechtskrankheiten in Wien ständig zurückgeht, ergibt sich neuerlich aus dem Tätigkeitsbericht des Gesundheitsamtes der Stadt Wien für den Monat Juni. Aus ganz Wien wurden in dieser Zeit 174 Fälle neuer venerischer Erkrankungen gemeldet, davon nur 6 Neuerkrankungen an Syphilis. Demgegenüber beträgt die Zahl der Scharlacherkrankungen 252, im Vormonat 225. Ferner verzeichnet der Bericht über die anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten 16 Diphtheriefälle, im Mai 32, 23 Typhuserkrankungen gegenüber 13 im Vormonat, 8 Kinderlähmungsfälle gegenüber 2 im Mai und 74 Keuchhustenerkrankungen, im Vormonat 49.

Bei einer Gesamtzahl von 15.650 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 3.765, Mai 3.333, davon wiesen 2.657 eine Tuberkulose auf, im Vormonat 2.429. In den Tbc-Fürsorgestellen wurden im Berichtsmonat 9.950 Röntgendurchleuchtungen und 412 Röntgenaufnahmen gemacht. Von den Fürsorgerinnen wurden 6.500 Hausbesuche durchgeführt. Die Zahl der Tbc-Schutzimpfungen beträgt 750.

In den Gesundenuntersuchungsstellen des Krebsreferates wurden 460 Personen untersucht, und zwar 160 Männer und 300 Frauen. 12 karzinomverdächtige Befunde wurden dabei erhoben, 293 Personen wegen anderer Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen, davon 116 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

Die Sportärztliche Untersuchungsstelle wurde im Juni von 199 Sportlern besucht. 148 waren für Leistungssport und 51 für Gesundheitssport geeignet.

- - -

Siebentes Serenadenkonzert am Mittwoch
=====

19. Juli (RK) Mittwoch, den 21. Juli, beginnt um 20 Uhr das siebente Serenadenkonzert im Arkadenhof des Wiener Rathauses. Es spielt das Kammerorchester der Wiener Konzerthausgesellschaft, Dirigent ist Robert Schollum. Auf dem Programm stehen: Tanzsuite D-Dur von Georg Philipp Telemann, drei Tänze aus "Armida" von Christoph Willibald Gluck, Tänze für Flöte und Streichorchester von Wolfgang Amadeus Mozart, fünf Deutsche Tänze von Franz Schubert, drei Stücke für Flöte, Solovioline und Streichorchester von Robert Schollum und Symphonie Nr. 44 E-Moll von Joseph Haydn.

Karten zum Preis von 5 Schilling sind im Vorverkauf bei den Portieren des Rathauses erhältlich. Die restlichen Karten werden eine Stunde vor Beginn des Konzertes an der Abendkasse im Rathaus verkauft.

- - -

Zinsfreie Darlehen für die Instandsetzung von Wohnhäusern
=====Der Vorgang der Einreichung

19. Juli (RK) Der Wiener Gemeinderat hat in eeiner Sitzung vom 16. Juli 30 Millionen Schilling bereitgestellt, um die Belastung der Mieter bei Instandsetzung von Wiener Wohnhäusern durch zinsfreie Darlehen zu vermindern. Voraussetzung ist grundsätzlich, daß der erhöhte Hauptmietzins das 3.5-fache des gesetzlichen Hauptmietzinses übersteigt und daß die Notwendigkeit der Instandsetzung sowie die Erhöhung des Hauptmietzinses durch eine Entscheidung der Schlichtungsstelle (Mietkommission) nachgewiesen sind. Die Darlehen sind auf der Liegenschaft, deren Instandsetzung durchgeführt wird, durch ein Pfandrecht und die Abtretung der Hauptmietzinse, soweit sie erhöht werden, grundbücherlich sicherzustellen.

Um die Gewährung eines solchen Darlehens kann der Hauseigentümer beim Wiener Magistrat, Magistratsabteilung 5, Wien, 1, Neues Rathaus, 4. Stiege, 2.Stock, Zimmer 451, einreichen. Beizulegen sind der rechtskräftige Beschluß der Schlichtungsstelle (Mietkommission) über die Erhöhung des Hauptmietzinses sowie ein Grundbuchauszug. Bei Gewährung des Darlehens wird eine einmalige Manipulationsgebühr in der Höhe von 1 Prozent der Darlehenssumme abgezogen.

- - -

Platzkonzert auf dem Rathausplatz
=====

19. Juli (RK) Mittwoch, den 21. Juli, findet in der Gartenanlage auf dem Rathausplatz vor der Ausstellung "Unser Wien" um 16.30 Uhr ein Platzkonzert statt. Es spielt die Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 19. Juli

=====

19. Juli (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 6 Ochsen, 38 Stiere, 12 Kühe, 14 Kalbinnen, Summe 70. Inlandauftrieb: 228 Ochsen, 319 Stiere, 718 Kühe, 128 Kalbinnen, Summe 1.393. Auslandauftrieb, Jugoslawien: 28 Ochsen, 11 Stiere, 49 Kühe, 22 Kalbinnen, Summe 110. Gesamtauftrieb: 262 Ochsen, 368 Stiere, 779 Kühe, 164 Kalbinnen, Summe 1.573. Verkauft: 236 Ochsen, 329 Stiere, 746 Kühe, 158 Kalbinnen, Summe 1.469. Unverkauft blieben: 26 Ochsen, 39 Stiere, 33 Kühe, 6 Kalbinnen, Summe 104.

Preise: Ochsen 8.70 bis 11.50 S, extrem 11.60 bis 11.70 S (8 Stück); Stiere 9.30 bis 11.70 S, extrem 11.80 bis 12.- S (17 Stück); Kühe 8.- bis 9.60 S, extrem 9.80 bis 10.50 S (18 Stück); Kalbinnen 8.80 bis 11.30 S, extrem 11.30 bis 11.60 S (4 Stück); Beilvieh Kühe 6.50 bis 8.40 S, Ochsen und Kalbinnen 8.20 bis 9.- S.

Bei ruhigem Marktverkehr und leichter Qualitätsverbesserung notierten fest behauptet Ochsen 1. bis 3. Qualität und Kühe, behauptet Stiere, Kalbinnen und Beilvieh. Schwach behauptet notierten Ochsen extrem.

Preise bei jugoslawischen Rindern: Ochsen 8.70 bis 9.50 S; Stiere 9.70 bis 10.70 S; Kühe 8.20 bis 9.50 S; Kalbinnen 9.10 bis 9.80 S.

- - -

Gleichenbaum in 80 Meter Höhe

=====

19. Juli (RK) Im Juni des vorigen Jahres wurde mit dem Bau des großen Bürohochhauses der Städtischen Versicherung begonnen. Heute, nach 13½ Monaten Bauzeit, braust in achtzig Meter Höhe der Sturm durch den Gleichenbaum auf dem Dach des zwanzigsten Stockwerkes. Am 31. Mai nächsten Jahres - so genau kalkuliert die Städtische Versicherung - wird das Hochhaus fix und fertig sein und Wien damit ein neues Wahrzeichen besitzen.

Bei der Gleichenfeier, die heute nachmittag im Hof des Hauses stattfand, waren Bürgermeister Jonas, Stadtrat Resch, Stadtrat Thaller, der Präsident des Wiener Landtages, Marek, Vizepräsident des Landtages Dr. Hengl sowie mehrere Gemeinderäte, die Mitglieder des Aufsichtsrates und Generaldirektor Dr. Liebermann erschienen. Nach der Begrüßung durch Baumeister Kommerzialrat Jakob sprach Oberingenieur König. Wie er ausführte, bedeckt der Neubau eine Fläche von 1600 Quadratmetern, davon das Hochhaus 410 Quadratmeter. Der umbaute Raum beträgt 88.000 Kubikmeter, von denen 33.000 auf das Hochhaus entfallen. 3.800 Tonnen Zement und 640 Tonnen Stahl wurden verbraucht. Erfreulicherweise konnten alle Termine eingehalten werden, ohne daß sich ein einziger schwerer Unfall ereignete. Das Haus, das nach den Plänen von Architekt Boltenstern erbaut wird, ruht auf einer 1.50 Meter dicken Stahlbetonplatte. Die Fundamente befinden sich neun Meter unter dem Straßenniveau.

Nach einer kurzen Ansprache des Betriebsrates richtete Bürgermeister Jonas einige herzliche Worte an die versammelten Arbeiter. Ich glaube, so sagte er, daß alle, die an diesem Werk mitgearbeitet haben, wirklich stolz sein dürfen. Die jetzige Generation der Bautechniker und Bauarbeiter hatte keine Gelegenheit, dieses gewaltige Haus nach einem Vorbild zu schaffen. Es war technisches Neuland, das hier betreten wurde. Abschließend beglückwünschte der Bürgermeister alle, die an diesem großen

Werk mitgearbeitet haben, zu ihrer Leistung und gab dem Wunsche Ausdruck, daß durch gemeinsame Arbeit die endgültige Fertigstellung dieses Hauses bald gefeiert werden könne.

Im Anschluß daran begaben sich die Festgäste mit dem Schnellaufzug auf das Dach, von wo sich ein einzigartiger Rundblick auf Wien bietet. Das neue Haus der Städtischen Versicherung wird nach seiner Fertigstellung nicht nur für die Zwecke des Bruherrn zur Verfügung stehen. In drei Stockwerken sollen das Büro des Amtsführenden Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen und die Generaldirektion der Städtischen Unternehmungen untergebracht werden. Ein weiteres Stockwerk wurde für Büro- und Geschäftszwecke vermietet.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 20. Juli 1954

Blatt 1320

Geburtstagsgrüße an eine Neunzigjährige

=====
Sie überlebte Theresienstadt

20. Juli (RK) Bürgermeister Jonas beglückwünschte heute vormittag im Beisein des Bezirksvorsteher-Stellvertreters von Alsergrund Rajnoha und Vertretern der israelitischen Kultusgemeinde den ältesten Pflegling des Altersheimes in der Seegasse, Frau Rachel Riesel, zu ihrem neunzigsten Geburtstag. Die Jubilarin war lange Zeit Inhaberin eines kleinen Lebensmittelgeschäftes in der Brigittenau. Heute zählt sie zu den wenigen Frauen, die die schweren Jahre der Haft in Theresienstadt überlebten und nach Kriegsende in ihre Heimatstadt zurückkehren konnten.

Bürgermeister Jonas beglückwünschte die greise Frau zu ihrem Geburtstag und wünschte ihr, sie möge noch viele Jahre in Gesundheit erleben. Frau Riesel bedankte sich für den ihr vom Bürgermeister überreichten Blumenstrauß, die ihr als Geburtstagsgeschenk der Stadtverwaltung überbrachte Geldspende bat sie den Opfern der Hochwasserkatastrophe zu überweisen.

Bürgermeister Jonas besichtigte dann das Altersheim und Krankenhaus in der Seegasse. Primarius Dr. Reich zeigte ihm den modern eingerichteten Operationssaal, der mit den neuesten technischen Errungenschaften ausgestattet ist.

- - -

Konstantin Jirecek zum Gedenken

=====

20. Juli (RK) Auf den 24. Juli fällt der 100. Geburtstag des Altmeisters der Balkanforschung Prof. Dr. Josef Konstantin Jirecek.

Als Sproß einer angesehenen Gelehrtenfamilie in Wien geboren, befaßte er sich schon als Gymnasiast mit der Slawistik und studierte dann an der Prager Universität, wo er sich auch habilitierte. 1879 trat er als Generalsekretär in den Dienst des eben entstandenen bulgarischen Staates, für dessen Unterrichtswesen und Wissenschaft er als Unterrichtsminister, als Präsident des Unterrichtsrates sowie als Direktor der Nationalbibliothek Hervorragendes leistete. 1884 kehrte Jirecek als ordentlicher Professor nach Prag zurück, 1893 wurde er als Professor für slawische Philologie und Altertumskunde an die Wiener Universität berufen und 1907 mit der Leitung des neuerrichteten Seminars für osteuropäische Geschichte betraut. In seiner Heimatstadt wirkte er bis zu seinem am 10. Jänner 1918 erfolgten Tod durch nahezu 25 Jahre und trug wesentlich dazu bei, daß sich Wien zu einem Zentrum süd-slawischer Studien entwickelte. Jirecek, der wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften war, ist der Begründer der Geschichtsforschung auf der Balkanhalbinsel und hat auf diesem Gebiet Bahnbrechendes geleistet. Seine Arbeiten befassen sich mit der Geschichte Bulgariens und Bosniens, mit der byzantinischen und dalmatinischen Geschichte, insbesondere mit Studien über Ragusa. Seine beiden Hauptwerke sind "Geschichte der Serben" und "Staat und Gesellschaft im mittelalterlichen Serbien. Studien zur Kulturgeschichte des 13. bis 18. Jahrhunderts".

- - -

Ferienaufenthalt an der Adria

=====

20. Juli (RK) Das Landesjugendreferat Wien veranstaltet für Jugendliche Ferienaufenthalte an der Adria. Anmeldungen für den Turnus vom 14. bis 29. August in einem Zeltlager in Caorle bei Venedig werden im Landesjugendreferat Wien 9, Währinger Straße 39, angenommen.

- - -

Ein Aufruf an Delaware
=====

20. Juli (RK) Die Anteilnahme des Auslandes an der Hochwasserkatastrophe in Österreich zieht immer weitere Kreise. Heute vormittag besuchte die amerikanische Radioreporterin Miß Charlotte Shedd, eine gebürtige Wienerin, im Auftrag des Gouverneurs des Staates Delaware Bürgermeister Jonas, um sich über das Ausmaß der Hochwasserschäden in Wien zu informieren.

Der Bürgermeister gab in einem Radiointerview einen Überblick über den Verlauf der Überschwemmungen sowie die von der Wiener Stadtverwaltung durchgeführten Rettungsarbeiten und Hilfsaktionen. Den Abschluß der Tonbandaufnahme aus dem Wiener Rathaus bildete ein Aufruf Miß Shedd's an die Rundfunkhörer der Radiostationen des Staates Delaware mit der Bitte, um Einleitung einer Spendensammlung für die Opfer der Naturkatastrophe in Österreich. Diesen Appell schloß sich der Wiener Bürgermeister mit einem Gruß an die Bevölkerung des Staates Delaware und seinen Gouverneur J.Caleb Boggs an.

- - -

Parkkonzerte am Donnerstag
=====

20. Juli (RK) Donnerstag, den 22. Juli, um 17.30 Uhr, finden in Favoriten, Ottakring und Floridsdorf Parkkonzerte statt. Im 10. Bezirk auf dem Reumannplatz spielt die Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe, Bahnhof Favoriten, im Kongreßpark im 16. Bezirk konzertiert die Musikkapelle der Wiener Gaswerke und im Wasserpark im 21. Bezirk die Polizeimusik Wien. Der Eintritt ist frei.

- - -

Martin Knoller zum Gedenken
=====

20. Juli (RK) Auf den 24. Juli fällt der 150. Todestag des Historien- und Porträtmalers Martin Knoller.

Am 8. November 1725 in Steinaach am Brenner geboren, wurde er von seinem Vater und von Ignaz Pögel in Innsbruck unterrichtet.

./.

Er setzte seine Ausbildung als Schüler Paul Trogers an der Akademie in Wien fort und errang den großen Preis für Historienmalerei. 1755 ging er nach Rom, wo er sich mit Raphael Menges und Winckelmann befreundete, 1758 wurde er vom österreichischen Gesandten Karl Josef Graf von Firmian nach Neapel berufen. 1759 zum bevollmächtigten Minister in der Lombardei ernannt, ließ Firmian den Palazzo Vigoni in Mailand von dem Künstler ausmalen. Seine in dieser Zeit entstandenen Fresken gehören noch ganz dem Rokoko an. Erst nach einem zweiten Aufenthalt in Rom trat eine Wandlung seiner Malweise im Stile des Klassizismus ein. 1765 wurde Martin Knoller von Firmian zum festbesoldeten Hofmaler bestellt und ließ sich dauernd in Mailand nieder. Nach dem Tode Firmians arbeitete er in Ettal, in Innsbruck und in Wien, wo er zahlreiche Porträts des Kaiserhauses und des Hochadels schuf. 1793 wurde er zum Professor der Mailänder Akademie ernannt und verblieb dort bis zu seinem Tode.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 20. Juli

=====

20. Juli (RK) Neuzufuhren 3.108 Stück, die alle verkauft wurden. Kontumazanlage 546 Stück aus Jugoslawien zum Preis von 13.- bis 13.50 S.

Preise der Inlandeschweine: extrem 18.50 S, 1. Qualität 18.50, 2. Qualität 18.- bis 18.30, 3. Qualität 14.-, Zuchten 13.20 bis 13.70, Altschneider 12.- bis 13.-.

Bei lebhaftem Marktverkehr verteuerten sich die Schweine um 90 Groschen.

(Bei Extremware, 1. und 2. Qualität handelt es sich um Schlachtgewichtspreise, bei 3. Qualität, Zuchten und Altschneidern um Lebendgewichtspreise).

- - -

Eine halbe Million für Hochwasser-Hilfsmaßnahmen
=====

20. Juli (RK) Das städtische Wohlfahrtsamt hat in den vom Hochwasser betroffenen Bezirken 2, 3, 11, 20, 21, 22, 23 und 26 für evakuierte Personen Hilfsmaßnahmen in großem Umfang durchgeführt. Zehn Schulen mit einem Fassungsraum für 800 Menschen wurden für die Aufnahme von Evakuierten hergerichtet. Für Polster und Strohsäcke wurde vorgesorgt und die Evakuierten wurden täglich gepflegt. Auch sind 1.500 Dosen Kondensmilch, Fleisch- und Schmalzkonserven an die Evakuierten verteilt worden. Ferner ist eine Hausratsaktion für die durch das Hochwasser Geschädigten in Aussicht genommen.

Vizebürgermeister Honay beantragte daher heute im Wiener Stadtsenat zur Deckung der Kosten für die bisher durchgeführten und für die in Aussicht genommenen Hilfsmaßnahmen einen Kredit von zunächst 500.000 Schilling, da die Gesamtkosten aller Hilfsaktionen gegenwärtig nicht überblickt werden können. Über den Umfang und die Fortführung der Hilfsmaßnahmen wird Vizebürgermeister Honay dem Stadtsenat laufend berichten. Der Wiener Stadtsenat genehmigte den Antrag einstimmig.

- - -

Achtung Hundebesitzer!

=====

20. Juli (RK) Der Wildbestand in den Wiener Jagdrevieren wurde in der Nachkriegszeit nahezu ausgerottet. Im vergangenen Jahre konnte eine leichte Erholung des Wildbestandes festgestellt werden, doch sind gleichzeitig wieder Klagen laut geworden, daß durch wildernde Hunde Wild gehetzt und sogar gerissen wurde. Wenn es auch verständlich ist, daß Hundebesitzer ihren Tieren in der Großstadt ein bißchen Freiheit geben wollen, so dürfen sie doch gerade jetzt, da durch die Überschwemmungskatastrophe, die unsere Stadt heimgesucht und auch dem Wildbestand in den Donauauen ärgsten Schaden zugefügt hat, nicht vergessen, daß die Erhaltung der Tiere unseres Waldes nicht durch menschliche Unvernunft unmöglich gemacht werden darf.

Der Magistrat ersucht daher die Hundebesitzer, auf eine ordnungsmäßige Haltung ihrer Hunde Bedacht zu sein. Im Stadtgebiet nördlich der Donau ist wegen festgestellter Tollwut verschärfte Kontumaz in Geltung, weshalb dort Hunde überall, wo sie mit fremden Personen in Berührung kommen, mit einem Maulkorb versehen sein und an der Leine geführt werden müssen. Im übrigen Stadtgebiet müssen Hunde entweder Maulkorb tragen oder an der Leine geführt werden. Im Bereiche land- oder forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke (also vornehmlich in den für die Jagd in Betracht kommenden Gebieten) müssen Hunde an der Leine geführt werden, wenn sie mehr als 200 m vom nächst bewohnten Haus entfernt sind. Jagdausübungsberechtigte und Jagdaufseher haben das Recht, Hunde zu töten, die von ihnen in Jagdrevieren alleinjagend angetroffen werden.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 21. Juli 1954

Blatt 1326

Landstraßer Hauptstraße wieder befahrbar

=====

21. Juli (RK) Ab Samstag, den 24. Juli, wird auch die stadtauswärts führende Fahrbahn der Landstraßer Hauptstraße im 3. Bezirk zwischen Invalidenstraße und Rochusgasse für den Verkehr freigegeben.

- - -

Karl Kratzl zum Gedenken

=====

21. Juli (RK) Auf den 24. Juli fällt der 50. Todestag des einst sehr populären Komponisten und Kapellmeisters Karl Kratzl.

Am 20. August 1852 in Wien geboren, zeigte er schon frühzeitig besonderes musikalisches Talent und absolvierte das Konservatorium als Schüler Hellmesbergers und Bruckners. Anschließend wurde er Geiger des Hofopernorchesters und der Hofkapelle, dann bereiste er als Violinvirtuose England und Frankreich. 1879 kehrte er in seine Heimatstadt zurück und gründete eine eigene Kapelle, aus der sich das Orchester des Variétés Ronacher entwickelte. In dieser Stellung konnte Kratzl sein Schaffen voll entfalten und seine Originalität machte ihn zu einer stadtbekanntem Persönlichkeit. Von seinen rund 500 Kompositionen sind viele urwienerische Melodien, Lieder und Walzer heute noch im Volk lebendig.

- - -

Parkkonzerte am Freitag
=====

21. Juli (RK) Freitag, den 23. Juli, finden um 17.30 Uhr im 11. und 15. Bezirk Parkkonzerte statt. In Simmering spielt im Herderpark die Musikkapelle der Wiener Gaswerke, in Fünfhaus im Märzpark die Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien. Der Eintritt ist frei.

- - -

Ludwig Brandl zum Gedenken
=====

21. Juli (RK) Am 25. Juli wäre Dipl.Ing. Ludwig Brandl, ein international anerkannter Fachmann des Wasserbaues, 80 Jahre alt geworden.

In Wien geboren, trat er nach Absolvierung seiner Studien an der Technischen Hochschule in den Dienst der Niederösterreichischen Statthalterei, wurde dann der Donauregulierungskommission zugeteilt und schließlich von der Stadt Wien als Strombaudirektor übernommen. 1928 folgte er einer Einladung der chinesischen Regierung, in China ein Wasserstrombauamt zu errichten. In der Provinz Tschekiang in Hangtschau und in Nanking organisierte er das Vermessungswesen, regulierte den Tschingtau-Fluß und rettete rund 30,000.000 Quadratkilometer Kulturland. In Nanking schuf er ein zentrales Vermessungsamt für Luftbildaufnahmen der chinesischen Ströme. Brandl ist auch publizistisch hervorgetreten und hat sich bis ins hohe Alter als Vortragender betätigt. Er ist am 5. März 1951 in seiner Heimatstadt gestorben.

- - -

Abgesagtes Freikonzert
=====

21. Juli (RK) Das für morgen, Donnerstag, den 22. Juli, vorgesehene Konzert der Polizeimusik Wien im Wasserpark im 21. Bezirk, kann wegen des hohen Wasserstandes der Alten Donau nicht stattfinden.

- - -

Bürgermeister Jonas dankt den mutigen Helfern
=====

21. Juli (RK) Schwere Tage einer drohenden Hochwasserkatastrophe liegen hinter uns. Nur dem vorbildlichen Zusammenwirken aller berufenen Faktoren ist es zu danken, wenn die unabsehbaren Gefahren, denen auch Wien ausgesetzt war, erfolgreich abgewehrt und auf ein Mindestmaß beschränkt werden konnten.

Bürgermeister Jonas sprach bereits am vergangenen Freitag vor dem Wiener Gemeinderat allen mutigen Helfern den Dank der Stadtverwaltung aus. Seinen Dank und Anerkennung brachte er nun nochmals in Briefen an den Leiter der städtischen Fürsorge, Vizebürgermeister Honay, den Branddirektor, den Polizeipräsidenten und den Stadtbaudirektor zum Ausdruck.

In einem Schreiben an Vizebürgermeister Honay wird gebeten, allen Organen der städtischen Fürsorge, den hauptamtlichen wie den ehrenamtlichen, den aufrichtigen Dank für ihr warmherziges und verständnistiefes Mitwirken auf dem sozialen Sektor dieser Gefahrenabwehr auszusprechen. Die umsichtigen und zweckmäßigen Anordnungen haben auch hier die Schlagkraft unserer öffentlichen Fürsorge bewiesen.

Im Schreiben an den Branddirektor Dipl.Ing. Prießnitz wird die Anerkennung an alle Organe der Feuerwehr der Stadt Wien für ihre rühmliche Haltung zum Ausdruck gebracht. Dank den Leistungen der Feuerwehrmänner gelang es eine Elementarkatastrophe abzuwehren, die der Bevölkerung Wiens in einem kaum absehbaren Ausmaß drohte.

Polizeipräsident Holaubek wird gebeten, allen Angehörigen der Wiener Polizei den Dank und die Anerkennung der Wiener Stadtverwaltung zu übermitteln. Die Wiener Polizei hat sich in den schweren Tagen der Hochwassergefahr abermals als Freund und Helfer des Volkes bewährt.

In einem Dankschreiben an Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Hosnedl bittet der Bürgermeister, allen Angestellten und Arbeitern des städtischen Baudienstes für die vorbildliche Pflichterfüllung die Anerkennung der Stadtverwaltung auszusprechen. Bei den Rettungsarbeiten ist besonders die Abteilung für Brücken- und Wasserbau rühmlich hervorgetreten.

"Gänsehäufel" ab Donnerstag wieder in Betrieb
=====

21. Juli (RK) Der Wasserspiegel an der Alten Donau ist wieder so weit gesunken, daß nach dreitägiger Sperre das Gänsehäufelbad ab Donnerstag den Betrieb wieder aufnehmen kann.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien hat heute früh nach einer Begehung der Anlagen der Eröffnung des Strandbades zugestimmt. Voraussichtlich wird sich bis Samstag der Wasserstand auf der Alten Donau so weit normalisieren, daß der Betrieb auf dem Gänsehäufel einschließlich des Wellenbades uneingeschränkt möglich sein wird. Gegenwärtig ist noch etwa ein Drittel der Insel überschwemmt.

Am Samstag, spätestens aber Sonntag, ist auch mit der Wiedereröffnung des gesperrten Strandbades "Alte Donau" und des "Angelibades" zu rechnen.

- - -

Im September:

WD bis Heiligenstadt

=====

21. Juli (RK) Die nach Heiligenstadt führenden Gleise der Wiener Stadtbahn warten bereits auf die ersten Züge der Linie WD, die nach einer Unterbrechung von bald zehn Jahren die Strecke befahren werden. Die Oberleitung ist bereits montiert, der Strom kann jederzeit eingeschaltet werden. Nur mehr die allerdings für den Betrieb unbedingt notwendigen Signalanlagen fehlen noch. Gleichzeitig mit der Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs nach Heiligenstadt, die voraussichtlich im September erfolgen wird, werden die Verkehrsbetriebe eine weitere Verbesserung schaffen. Die Autobusse nach Klosterneuburg, die bisher vom Nußdorfer Platz aus fahren, werden gleichfalls ab September von der Endstation der Stadtbahn in Heiligenstadt nach Klosterneuburg fahren. Ferner wird es auch wie früher möglich sein, von der Stadtbahnstation direkt in die Bäderzüge der Bundesbahn umzusteigen.

Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Natheschläger, besichtigte heute in Begleitung von Direktor Dipl. Ing. Grohs den Bahnhof Heiligenstadt, wo er sich von dem Fortschritt der Arbeiten überzeugen konnte. Die neue niveaufreie Kreuzung, die mit einem Kostenaufwand von 4 Millionen Schilling vor der Einmündung in die Station gebaut wurde, ist gleichfalls betriebsbereit. Die Schaffung dieser Kreuzung war zur größeren Verkehrssicherheit notwendig geworden. Von der Straße her gelangt man durch einen mit Leuchtstoffröhren erhellten Tunnel und über Stiegen auf die überdeckten Bahnsteige. Zwischen der großen Gleis-Schleife befindet sich eine Reihe von Abstellgleisen, unter denen Putzgruben angeordnet sind.

Im Anschluß an seinen Besuch in Heiligenstadt besichtigte Stadtrat Dkfm. Natheschläger in Favoriten die vor der Fertigstellung stehende Migerkaschleife der Linie 66. Zum ersten Mal seit dem Jahre 1928 wurde hier eine Verlängerung des Wiener Straßenbahnnetzes geschaffen. Der 66er fährt in Kürze bis zum Jandrs-Hof, wodurch die Einbeziehung großer Wohngebiete in das Straßenbahnnetz möglich ist; eine Annehmlichkeit, die von der Favoritner Bevölkerung sicherlich begrüßt werden wird.

Belgische Arbeiter auf Urlaub in Wien
=====

21. Juli (RK) Stadtrat Mandl begrüßte heute mittag im Stadt-
senatssitzungssaal des Wiener Rathauses in Vertretung des Bürger-
meisters 120 Arbeiterinnen und Arbeiter der belgischen Fabrik
Cockerill aus Grivegnée bei Lüttich. Die Reisegesellschaft ist ge-
stern in Wien, dem Endziel ihrer Urlaubereise, eingetroffen. Der
Stadtrat informierte die interessierten belgischen Gäste über Wien
und seine kommunalpolitischen Angelegenheiten und lud sie zur Be-
sichtigung der neuen städtischen Einrichtungen ein. Er versicherte
ihnen, daß sie, wie jeder Besucher aus dem Ausland, einer herzli-
chen Aufnahme in Wien gewiß sein dürfen und wünschte ihnen einen
guten Aufenthalt.

Im Namen der Gäste bedankte sich der Generaldirektor des Un-
ternehmens Henri Bersoux für die freundliche Begrüßung im Wiener
Rathaus. Er berichtete, wie sich alle Reisetilnehmer auf Wien
freuten. Ihre Freude ist nun umso größer, als sie Wien so vorgefun-
den wie sie es sich vorgestellt hatten. Bevor die Gäste das Rat-
haus verließen, übergab der Reiseleiter Stadtrat Mandl 1.000 Schil-
ling, die die belgischen Arbeiter für die Opfer der Hochwasserkata-
strophe gesammelt haben. Stadtrat Mandl dankte für diese hochherzige
Spende, die er als den schönsten Beweis der Freundschaft und Hilfs-
bereitschaft bezeichnete.

- - -

Pferdemarkt vom 20. Juli
=====

21. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 219 Pferde, davon 43 Fohlen.
Als Schlächterpferde wurden 203, als Nutztier 1, verkauft. Unverkauft
blieben 15 Pferde. Herkunft der Tiere: Niederösterreich 117, Ober-
österreich 29, Burgenland 27, Steiermark 32, Kärnten 8, Wien 6.

- - -

Dank an bewährte Freunde
=====

21. Juli (RK) Der Vertreter des internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Wien, Guido Joubert, besuchte heute vormittag Bürgermeister Jonas und informierte ihn über die eingeleiteten und zum Großteil auch schon durchgeführten Hilfsaktionen seiner Organisation für die Opfer der Hochwasserkatastrophe. Bis jetzt beteiligten sich an diesen Aktionen Rote Kreuz-Gesellschaften aus 16 Staaten.

Bürgermeister Jonas würdigte die abermals bewiesene Hilfsbereitschaft des Roten Kreuzes und bat den Leiter der Wiener Delegation, den Dank der Stadtverwaltung sowie der gesamten Wiener Bevölkerung nach Genf weiterzuleiten.

- - -

Hauskehrtabfuhrgesetz 1954
=====

21. Juli (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält das Hauskehrtabfuhrgesetz 1954, das am 21. Mai vom Wiener Landtag beschlossen wurde. Das Landesgesetzblatt ist um 1 Schilling im Drucksortenverlag des Rathauses und in der Österreichischen Staatsdruckerei, 3, Rennweg 12a, erhältlich.

- - -

Veranstaltungen zu Gunsten der Opfer der Hochwasserkatastrophe
=====

vergnügungssteuerfrei
=====

21. Juli (RK) Im Zusammenhang mit den sonstigen Maßnahmen der Stadt Wien zugunsten der Hochwassergeschädigten hat der Amtsführende Stadtrat für das Finanzwesen am 15. Juli verfügt, daß von Veranstaltungen zugunsten der Opfer der Hochwasserkatastrophe keine Vergnügungssteuer eingehoben wird, wenn die Abfuhr des Erträgnisses der Veranstaltung auf das Postsparkassenkonto Nr. 9000 nachgewiesen ist. Lediglich Veranstaltungen, mit denen Tanzbelustigungen verbunden sind, müssen, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, von dieser Begünstigung ausgenommen bleiben.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 22. Juli 1954

Blatt 1334

Wiener Fremdenverkehr im Juni

Die Festwochen brachten einen Rekordbesuch

22. Juli (RK) Wie Stadtrat Mandl in seinem Abschlußbericht über den Verlauf der Wiener Festwochen 1954 bereits mitteilen konnte, erfreute sich dieses kulturelle Ereignis eines großen Interesses des Auslandes. Im soeben vom Statistischen Amt der Stadt Wien veröffentlichten Bericht über den Fremdenverkehr im Juni kommt diese erfreuliche Bilanz noch eindeutiger zum Ausdruck. Die Zahl der ausländischen Besucher Wiens hat sich im Juni 1954 gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Im Berichtsmonat, also zur Zeit der Wiener Festwochen hielten sich in Wien insgesamt 44.331 Fremde auf, darunter 24.596 Besucher aus dem Ausland. Unter den 31.346 Besuchern im Vorjahr befanden sich 13.526 Ausländer. Dieser Rekordbesuch brachte auch der Wiener Hotellerie Vollbeschäftigung. Im Juni wurden 127.000 Übernachtungen gemeldet.

Die meisten Ausländer kamen auch diesmal wieder aus Westdeutschland, nämlich 4.463. Aus den Vereinigten Staaten kamen 2.800 Gäste. An dritter und vierter Stelle stehen mit je 2.000 Besuchern Großbritannien und Italien. Es folgen die Schweiz, Schweden und Frankreich.

Im Jugendgästehaus der Stadt Wien im Schloß Pötzleinsdorf wurden 3.000 Jugendliche untergebracht, darunter 900 Ausländer.

- - -

Achtes Serenadenkonzert im Arkadenhof
=====

22. Juli (RK) Samstag, den 24. Juli, findet um 20 Uhr im Arkadenhof des Wiener Rathauses das achte Serenadenkonzert statt. Es spielt der Neue Konzertverein unter dem Dirigenten Etti Zimmer. Auf dem Programm stehen: Symphonie A-Dur, K.V. 201 von Wolfgang Amadeus Mozart, Serenade Nr. 2, C-Dur von Robert Fuchs, Lustspiel-Ouverture von Marco Frank, Serenade E-Dur von Anton Dvorak und Sommerabend von Zoltan Kodály.

Karten zum Preis von 5 Schilling sind im Vorverkauf bei den Portieren des Rathauses erhältlich. Die restlichen Karten werden eine Stunde vor Beginn des Konzertes an der Abendkasse im Rathaus verkauft.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge
=====

22. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 28. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Unter-Oberndorf" gebracht wurden, am Samstag, dem 24. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 13.35 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

- - -

Die Schwedenbrücke wird neu gebaut
=====

22. Juli (RK) Stadtrat Thaller referierte heute im Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten einen Antrag auf Wiederaufbau der Schwedenbrücke mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 7,7 Millionen Schilling. Darin ist auch der Aufwand für den Abbruch der alten Schwedenbrücke enthalten. Die neue Brücke wird wieder eine Betonbrücke werden, die jedoch im Gegensatz zur Marienbrücke nach ganz neuartigen Baumethoden aus "vorgespanntem" Beton hergestellt wird, wodurch man besondere **Tragfestigkeit erzielt**. Mit den Vorbereit-

tungsarbeiten wird in der nächsten Zeit begonnen. Der Wiener Stadtsenat und der Wiener Gemeinderat werden sich in ihren nächsten Sitzungen mit dem Projekt befassen.

Die gegenwärtig bestehende Brücke über den Donaukanal wurde bekanntlich bei den Kampfhandlungen im Frühjahr 1945 gesprengt und stürzte ins Wasser. 1946 wurde die Schwedenbrücke gehoben und ein Drittel der Brücke auf der linken Uferseite durch eine Hilfskonstruktion aus Stahl und Holz ersetzt. Das alte Tragwerk konnte man behelfsmäßig reparieren. Durch die starke Verkehrsbelastung der Schwedenbrücke besonders in der Zeit, als die Marienbrücke gebaut wurde, war das provisorische Tragwerk stark beansprucht. Der Bau der neuen Brücke ist daher dringend notwendig geworden.

Die neue Schwedenbrücke wird fast 27 Meter breit sein, das sind um 3 Meter mehr als die Breite der alten Brücke. Für die Gehsteige sind je 4 Meter vorgesehen. Entlang den stadtwärts führenden Straßenbahngleisen ist ähnlich wie bei der Aspernbrücke über die ganze Brückenlänge eine Fahrgastinsel von 1.80 Meter Breite vorgesehen. Neben der Gleiszone wird je eine zweispurige Fahrbahn angeordnet. Das Tragwerk der Brücke wurde für die schwersten Verkehrslasten bemessen.

- - -

Dynamo-Moskau im Wiener Rathaus

Eine Begegnung auf gleicher Ebene

22. Juli (RK) Die Fußballmannschaft Dynamo aus Moskau besuchte heute vormittag mit ihren Begleitpersonen das Wiener Rathaus, wo sie durch Stadtrat Mandl in Vertretung des Bürgermeisters begrüßt wurde. Die Spieler, mit Kapitän Viktor Alexejewitsch Burow an der Spitze, wurden vom Präsidenten der Wiener Austria, Obermedizinalrat Dr. Schwarz vorgestellt.

Stadtrat Mandl sagte, er freue sich, daß er als der zuständige Referent für den Sport im Wiener Rathaus die berühmte Fußballmannschaft begrüßen könne. Er verwies in seiner Ansprache auf die Bedeutung solcher sportlicher Veranstaltungen, bei denen ein faires Spiel wichtiger sei als der Sieg der einen oder anderen Mannschaft.

"Sie kommen aus einem sehr großen Land in ein kleines Land", sagte der Stadtrat, und es ist erfreulich, daß uns der Sport eine Begegnung auf gleicher Ebene ermöglicht. Wir Wiener sehen im Sport ein Instrument, das die Völker ohne sprachliche Hindernisse näherbringt. Wenn Ihr Besuch in Wien zur Verbesserung der sportlichen und menschlichen Beziehungen beiträgt, ist es für uns doppelt erfreulich. Wie jedem, der als Gast nach Wien kommt, wünschen wir auch den Fußballern aus Moskau, daß sie sich bei uns wohl fühlen". Zur Erinnerung an ihren Besuch im Wiener Rathaus überreichte Stadtrat Mandl jedem Spieler die russische Ausgabe des Buches "Ewiges Wien".

Im Namen der Mannschaft dankte V.A. Burow für den freundlichen Empfang im Wiener Rathaus. Er versicherte, daß Dynamo gerne die Einladung nach Wien angenommen habe, in eine Stadt mit großer Vergangenheit, die sich eines so ausgezeichneten Rufes als Stadt der Kunst aber auch des Sportes erfreut. Er rühmte die Gastfreundschaft der Wiener, die sie seiner Mannschaft im Stadion, wie auch überall in der Stadt entgegenbringen. "Wir würden uns glücklich fühlen", sagte er, "wenn unser Besuch in Wien zur Stärkung der sportlichen Beziehungen der Sowjetunion mit Österreich beitragen kann".

Die Salinengemeinden beim Finanzminister
=====

22. Juli (RK) Unter Führung von Bundesrat Riemer haben heute vormittag die Bürgermeister der österreichischen Salinengemeinden beim Bundesminister für Finanzen, Dr. Kamitz, vorgesprochen und die bedrängte finanzielle Lage geschildert, in die diese Gemeinden dadurch geraten sind, daß die Verwaltungen der Salinenbetriebe und der Bundesforste an die Gemeinden keine Steuern entrichten.

Der Minister nahm mit Interesse die Berichte der Bürgermeister über die Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden zur Kenntnis und sagte, er hoffe, daß es gelingen werde, dieses Problem noch im Laufe des Jahres einer Lösung zuzuführen. Durch verwaltungstechnische Maßnahmen der Salinen und der Bundesforste soll diesen Gemeinden schon in naher Zukunft eine Erleichterung ihrer finanziellen Situation verschafft werden.

- - -

Ferkelmarkt vom 21. Juli
=====

22. Juli (RK) Aufgebracht wurden 169 Ferkel, verkauft wurden 150. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 250 S, 7 Wochen 287 S, 8 Wochen 320 S, 10 Wochen 362 S, 12 Wochen 416 S, 14 Wochen 470 S.

Der Marktbetrieb war lebhaft.

- - -

Schweinenachmarkt vom 22. Juli
=====

22. Juli (RK) Neuzufuhren: 381 Fleischschweine. Verkauft wurden 376. Kontumazanlage: 71 Fleischschweine und 175 Stück aus Jugoslawien.

Der Marktverkehr war lebhaft. Die Hauptmarktpreise wurden behauptet.

- - -

"Konkurrenz" für das Hochhaus am Schottenring
=====

Städtisches Wohnhochhaus beim Matzleinsdorfer Platz

22. Juli (RK) Das Bürohochhaus der Städtischen Versicherung am Schottenring wird sich nicht lange des Ruhmes erfreuen können, das einzige wirkliche Hochhaus in Wien zu sein. Stadtrat Thaller beantragte heute im Bauausschuß die Genehmigung des Entwurfes und des Sachkredites für ein städtisches Wohnhochhaus im 5. Bezirk, auf dem Gelände des ehemaligen Heu- und Strohmarktes in der Nähe des Matzleinsdorfer Platzes. Das Hochhaus soll 108 Wohnungen und zwei Lokale in zwanzig Geschoßen umfassen und 62 Meter hoch werden. Die Kosten betragen 22,5 Millionen Schilling. Als erste Baurate für 1954 sind 1,5 Millionen Schilling vorgesehen. Der Wiener Stadtsenat und der Wiener Gemeinderat werden sich mit dem Projekt in ihrer nächsten Sitzung beschäftigen.

Das geplante neue Hochhaus soll in diesem Teil Wiens einen markanten Punkt bilden und gleichzeitig richtungweisend für den Ausdruck des Bauwillens der Wiener Stadtverwaltung sein. Die Entwurfspläne für dieses Bauvorhaben wurden von den Arch.Dipl.Ing.Dr.Hruska und Dipl.Ing.Dr.Schlauß ausgearbeitet. Das Haus soll in Stahlbeton-Skelettbauweise auf einer Fläche von 550 Quadratmetern ausgeführt werden. Das Erdgeschoß ist für die Geschäftslokale und verschiedene Nutzräume gedacht, darüber liegen 18 Wohngeschoße mit je sechs Wohnungen. Das Obergeschoß wird ein Kaffeerestaurant mit umlaufender Terrasse aufnehmen. Darüber befindet sich noch ein kleiner Aufbau, in dem Aufzugsmaschinen, Wasserbehälter und Installationsräume untergebracht werden sollen. Die an diesem Aufbau angrenzende horizontale Dachfläche wird mit einem Geländer abgeschlossen und als Aussichtsterrasse dienen. Die sechs Wohnungen in jedem Stockwerk sind von einer gemeinsamen Vorhalle zugänglich, die sowohl vom Stiegenhaus, als auch durch

zwei Personenaufzüge erreichbar ist. Außerdem mündet in diese Vorhalle in jedem Geschoß ein Lastenaufzug. Alle Wohnungen werden durch eine Zentralheizungsanlage geheizt; für diesen Zweck ist im Keller eine Kesselhausanlage mit drei Kesseln untergebracht. Für die Wasserversorgung sind Drucksteigerungsanlagen erforderlich, da der Wasserdruck zur Versorgung der oberen Geschoße nicht ausreicht. Um auch bei vorübergehendem Stromausfall die Wasserversorgung zu sichern, werden in den oberhalb des Restaurants befindlichen Aufbau zwei zusammen 32 Kubikmeter Wasser fassende isolierte Behälter eingebaut. Die Koloniakübel werden im Keller untergebracht und können durch einen Elektroaufzug bis auf Gehsteighöhe hochgefördert werden. Die Außenwände des Hochhauses will man besonders wärmedämmend ausbilden und mit einer dauerhaften Platten- oder Kleinmosaikverkleidung versehen. Die Wohnungen sind in den Küchen mit je einem Gasherd, einer Doppelabwasch, einem Elektro-speicher für Warmwasserbereitung, in den Badezimmern mit Waschbecken und einer kompletten Brausegarnitur ausgestattet. Aus feuerschutztechnischen Gründen werden die Eingangstüren feuerhemmend sein. Auch bei den Fenstern wird auf Wärmedämmung besondere Rücksicht genommen.

- - -

Rindernachmarkt vom 22. Juli

=====

22. Juli (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 26 Ochsen, 39 Stiere, 33 Kühe, 6 Kalbinnen, Summe 104. Neuzufuhren: 6 Ochsen, 7 Stiere, 30 Kühe, Summe 43. Gesamtauftrieb: 32 Ochsen, 46 Stiere, 63 Kühe, 6 Kalbinnen, Summe 147. Verkauft wurden: 4 Ochsen, 13 Stiere, 28 Kühe, 1 Kalbin, Summe 46. Unverkauft blieben: 28 Ochsen, 33 Stiere, 35 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 101.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 23. Juli 1954

Blatt 1341

Großreinemachen in den städtischen Bädern =====

23. Juli (RK) Wie die städtische Bäderverwaltung mitteilt, sinkt der Wasserstand an der Alten Donau nun täglich um 5 bis 10 Zentimeter. Das städtische Strandbad Alte Donau kann daher Samstag wieder in Betrieb genommen werden. Das Angelibad wird wahrscheinlich nicht vor Anfang nächster Woche wiedereröffnet. Gleichfalls am Samstag wird das Klosterneuburger Bad seinen Betrieb wieder aufnehmen. "Kritzendorf" kann jedoch erst Anfang August den Badelustigen zur Verfügung gestellt werden. Dieses städtische Bad gleicht gegenwärtig durch die Ausschwemmungen, die der Donaustrom verursachte, noch einer Kraterlandschaft.

Alle Angestellten der städtischen Bäder sind mit dem Großreinemachen nach der Überschwemmung voll beschäftigt. Beschädigte Kabinen müssen repariert, von den Fluten weggetragenen Zäune wieder aufgestellt werden. Die verschlammten Rasenflächen haben eine gründliche Reinigung nötig. Auch müssen die elektrischen Anlagen vor ihrer Inbetriebnahme genau überprüft werden, ob sie nicht durch Feuchtigkeit Schaden gelitten haben.

- - -

Das Montag-Konzert

=====

23. Juli (RK) Montag, den 26. Juli, findet um 17.30 Uhr im Oberen Belvederegarten ein Freikonzert der Wiener Konzertvereinigung unter dem Dirigenten Rolf Ostheim statt. Auf dem Programm stehen: Ouverture zur Oper "Der Freischütz" von Carl Maria von Weber, Ballettmusik aus "Zar und Zimmermann" von Gustav Albert Lortzing, II. Slawische Rhapsodie G-Moll von Anton Dvorak, Ouverture "Leichte Kavallerie" von Franz von Suppé, Atzenbrugger Tänze von Franz Schubert, Ballettmusik aus "Ritter Pasman" von Johann Strauß, Pesther-Walzer von Joseph Lanner und Huldigungsmarsch aus "Sigurd Jorsalfar" von Edvard Grieg.

- - -

Ehrung eines Paten der Jugendfürsorge

=====

Ehrenmedaille für Prof. Dr. Robert Bartsch

23. Juli (RK) Der Wiener Gemeinderat hat vor vier Wochen einstimmig die Auszeichnung des Senatspräsidenten i.R. Univ. Prof. Dr. Robert Bartsch mit der Ehrenmedaille der Stadt Wien beschlossen. Bürgermeister Jonas besuchte heute vormittag Senatspräsident Dr. Bartsch in seiner Döblinger Wohnung, um ihm im Beisein von Stadtrat Mandl mit den Glückwünschen zu seinem 80. Geburtstag die hohe Auszeichnung zu überreichen.

Der 80. Geburtstag, sagte der Bürgermeister in seiner Gratulationsrede, ist nur der äußere Anlaß zu dieser Ehrung, der wirkliche Anlaß liege jedoch im hervorragenden Wirken des Jubilars und in seiner wissenschaftlichen Arbeit begründet, der er sich neben seiner Beamtenlaufbahn widmete. Bürgermeister Jonas würdigte die außerordentlichen Verdienste, die sich Dr. Bartsch um den Aufbau der Jugendfürsorge erworben hat, und wünschte dem Jubilar Gesundheit und noch viele Jahre im Kreise seiner Familie.

Der Geehrte dankte für die hohe Auszeichnung. Zurückblendend auf sein umfassendes Lebenswerk griff er sein Lieblingsthema heraus, nämlich die Entstehung der Jugendämter, bei deren Gründung er Pate

./.

war. Dankbar erinnerte er sich seiner Mitarbeit mit Prof. Tandler, der als Erster in Österreich auch die Bedeutung der erzieherischen und rechtlichen Aufgaben eines Jugendamtes erkannt, und diese Institution frei von Bürokratismus und Fiskalismus auf Wiener Boden hervorragend organisiert hatte. Senatspräsident Dr. Bartsch gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm vergönnt war, am Aufbau der Jugendfürsorge seiner Heimatstadt mitzuwirken.

- - -

Italienische Pfadfinder im Wiener Rathaus
=====

23. Juli (RK) Eine Gruppe von 25 braungebrannten italienischen Pfadfindern aus Turin, ist heute vormittag in Wien eingetroffen. Die jungen Gäste aus Italien, die Grüße des Turiner Bürgermeisters Amadeo Peyron an die Wiener Stadtverwaltung zu bestellen hatten, wurden im Rathaus von Stadtrat Dkfm. Nathschläger empfangen. Der Stadtrat begrüßte die Pfadfinder, dankte für ihren Besuch und wünschte ihnen einen schönen Aufenthalt in unserer Stadt. Zur Erinnerung an ihren Besuch im Wiener Rathaus erhielten sie Bilderalben, für die sie sich mit ihrer Pfadfinderhymne bedankten.

- - -

Antwerpener Stadträte in Wien
=====Wiens Gemeindebauten gelten wieder als Vorbild

23. Juli (RK) Seit einigen Tagen weilt in Wien eine Gruppe von Mitgliedern des Antwerpener Stadtsenates, die sich bei uns eingehend mit dem Studium des sozialen Wohnungsbaues beschäftigt. Die belgischen Kommunalpolitiker, darunter der Ratspräsident von Antwerpen John Wilms, der Vizepräsident der Vereinigung für Städtebau und Wohnungswesen in Belgien, Stadtrat Bastiaenen, der Stadtrat für öffentliche Arbeiten Tijsmans sowie der Stadtrat für Handel und Hafenanlagen Lebon und Stadtrat Groesser-Schroyens wurden heute mittag im Wiener Rathaus empfangen.

Bürgermeister Jonas begrüßte die Gäste im Beisein vom Amtsführenden Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller. Er berichtete der Abordnung über die bis jetzt vollbrachten Leistungen im sozialen Wohnungsbau und über die Ziele der Wiener Stadtverwaltung auf dem Sektor des Bauwesens. In Wien, sagte er, wurde die schwerste und teuerste Etappe des Wiederaufbaues bereits überwunden. Bürgermeister Jonas gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Bemühungen Wiens auch im Ausland so große Beachtung finden. Die Urteile vieler ausländischer Fachleute, die unseren sozialen Wohnungsbau studierten, bestätigen, daß Wien auf diesem Gebiet wieder einen internationalen Ruf erlangte.

Im Namen der Antwerpener Stadträte dankte Ratspräsident Wilms für den freundlichen Empfang in Wien. Er führte eine Reihe von Wiener Wohnhausanlagen, Kindergärten und anderen städtischen Einrichtungen an, die er mit seinen Kollegen besichtigte und bezeichnete sie als Pionierleistungen neuzeitlichen Bauwesens, die als Vorbild gelten und auf die Wien stolz sein kann. Er versicherte, daß die Abordnung mit wertvollen Anregungen und den besten Eindrücken die Heimreise antreten wird.

- - -

23. Juli 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1345

Pferdemarkt vom 22. Juli
=====

23. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 13 Pferde, davon 7 Fohlen.
Als Schlächterpferde wurden 5 verkauft. Unverkauft blieben 8 Pferde.
Herkunft der Tiere: Wien 3, Niederösterreich 9, Steiermark 1.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 24./Juli 1954

Blatt 1346

Steuererleichterungen für kulturelle Veranstaltungen

=====

24. Juli (RK) Auf Grund der im Rathaus abgehaltenen Enquete über Kulturfragen hat der Amtsführende Stadtrat für Finanzen, Resch, auf Anregung des Amtsführenden Stadtrates für Kultur und Volksbildung, Mandl, verfügt, daß innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen über die Vergnügungssteuer, die wegen der möglichen Rückwirkung auf andere Veranstaltungen nicht geändert werden können, folgende Erleichterungen für kulturelle Veranstaltungen gewährt werden.

In Hinkunft werden Vorträge, Vorlesungen, Lichtbildervorträge und ähnliche kulturelle Veranstaltungen von Vereinen und Organisationen, die nicht Erwerbszwecken dienen, auch dann steuerfrei sein, wenn der Inhalt zwar nicht - wie es bisher erforderlich war - ausschließlich, aber wenigstens vorwiegend belehrenden oder wissenschaftlichen Zwecken dient. Dadurch werden viele derartige Veranstaltungen, die bisher steuerpflichtig waren, steuerfrei bleiben.

Bei Veranstaltungen kultureller Natur wurde es bisher als Härte empfunden, daß auch bei einem Defizit die Kartensteuer und bei unentgeltlichem Eintritt die sogenannte Raumpauschsteuer zu entrichten waren. In Hinkunft soll in derartigen Fällen von der gesetzlichen Möglichkeit der Nachsicht der Steuer aus Billigkeitsgründen weitestgehend Gebrauch gemacht werden. Diese Zusage der Finanzverwaltung wird das Risiko förderungswürdiger kultureller Veranstaltungen wesentlich herabmindern.

Weiters wird in Zukunft bei Veranstaltungen kultureller Vereinigungen auf die Leistung einer Sicherstellung anlässlich der Anmeldung einer Veranstaltung verzichtet werden, soweit nicht eine

./.

Haftung Dritter in Frage kommt. Der Erlag einer solchen Sicherstellung hat erfahrungsgemäß wegen der bescheidenen finanziellen Mitteln kultureller Vereinigungen große Schwierigkeiten verursacht, die nunmehr beseitigt werden.

Das Ausmaß der steuerfreien Karten, das normalerweise mit 5 Prozent der Kartenauflage begrenzt ist, wird in begründeten Fällen bis auf 50 Prozent der Kartenauflage erhöht werden. In Betracht kommen vor allem Konzerte, Theateraufführungen, Ausstellungen und die verschiedenen Arten von Vorträgen. Die Veranstalter erhalten damit die Möglichkeit, einem großen Kreis von minderbemittelten Interessenten die Veranstaltungen zugänglich zu machen, ohne daß ihnen selbst hierfür eine steuerliche Belastung erwächst.

Eine Vereinfachung der Geschäftsgebarung wird der Magistrat gewissen, für das Kulturleben der Stadt maßgeblich wirkenden Institutionen wie zum Beispiel Theatern und Konzertunternehmungen dadurch gewähren, daß die Entrichtung der Vergnügungssteuer in Hundertsätzen der Roheinnahme an Stelle der bisher streng gehandhabten Kartensteuer gestattet wird, sofern es sich um ständige Unternehmen handelt, deren Geschäfts- und Kassenführung eine einwandfreie Buchführung und Kontrolle gewährleisten. Diese Begünstigung befreit die Veranstalter von der Verpflichtung, die Eintrittskarten zur amtlichen Kennzeichnung vorzulegen und die Rückverrechnung der unverbrauchten Karten vorzunehmen, wodurch den Veranstaltern viel Verwaltungsarbeit erspart wird. Außerdem werden sie dadurch die Möglichkeit haben, die Ausgabe von Freikarten und ermäßigten Karten nach den eigenen Geschäftserfordernissen selbst zu bestimmen.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge =====

24. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 29. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Lehenhof" gebracht wurden, am Montag, dem 26. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 15.28 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

- - -

Das Wiener Gasgesetz

=====

24. Juli (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält das vom Wiener Landtag am 21. Mai beschlossene Gesetz über die Erzeugung, Lagerung, Leitung und Verwendung brennbarer Gase, das sogenannte Wiener Gasgesetz.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag des Rathauses und in der Österreichischen Staatsdruckerei, 3, Rennweg 12a, erhältlich.

- - -

In drei Wochen Einsendeschluß:Das Bild vom neuen Wien wird gesucht

=====

5.000 Schilling für die beste Aufnahme

24. Juli (RK) Im Zusammenhang mit der Ausstellung "Unser Wien", die bereits den 60.000. Besucher verzeichnen konnte, hat das Kulturamt der Stadt Wien einen freien Photo-Wettbewerb ausgeschrieben, der das neue Wien zum Thema hat. Dieser Wettbewerb, der sich an alle wendet, die eine Kamera besitzen, will einmal das Wien von heute mit seinem vielfältigen Leben zu seinem Recht kommen lassen.

Als erster Preis sind für das beste Photo 5.000 Schilling ausgesetzt. Der zweite Preis beträgt 3.000 Schilling und der dritte Preis 2.000 Schilling. Weitere Bilder sollen mit Anerkennungspreisen bedacht und angekauft werden.

Die Photos müssen unmontiert mit einem Mindestformat von 24 x 30 cm eingesendet werden und auf der Rückseite mit Blockschrift Titel, Name und Adresse des Herstellers tragen. Höchstens sechs Photos pro Person, die fortlaufend numeriert sein müssen, können an die Leitung der Ausstellung "Unser Wien", Wien 1, Neues Rathaus, eingesendet werden.

Einsendeschluß ist der 17. August. Es sind also nur mehr drei Wochen Zeit, um sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Die prämierten Bilder werden in der Ausstellung "Unser Wien" zu sehen sein.

- - -

Parkkonzerte am Dienstag
=====

24. Juli (RK) Dienstag, den 27. Juli, finden um 17.30 Uhr in Meidling und in der Brigittenau Freikonzerte statt. Im 12. Bezirk, im Ahornhof, spielt die Musikkapelle der Wiener Gaswerke, im 20. Bezirk, im Mortarapark, die Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien.

- - -

Hochwasserhilfe des Städtebundes
=====

24. Juli (RK) Das Sekretariat des Österreichischen Städtebundes hat heute als erste Rate den Betrag von 132.895 S auf das Sammelkonto der Bundesregierung für die Hochwassergeschädigten überwiesen. Dieser Betrag ist das vorläufige Ergebnis der Sammelaktion des Städtebundes. Er enthält nur jene Beiträge von Mitgliedsstädten, die dem Städtebund direkt zugegangen sind, während viele andere Städte sofort nach Eintritt der Katastrophe größere Spenden dem Sammelkonto der Bundesregierung oder den Landesregierungen zur Weiterleitung an die Katastrophenopfer überwiesen haben.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge
=====

24. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 1. Juli von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Eichbüchel" gebracht wurden, am Dienstag, dem 27. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 14.35 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

- - -

"Ungarische Hochzeit" im Altersheim Baumgarten
=====

24. Juli (RK) Die in Szegedin gebürtigen in Wien aber seit fünfzig Jahren zuständigen Eheleute Ignaz und Lucia Kalmar feierten heute im Kreise ihrer Kinder, Enkel und Urenkel das Goldene Ehejubiläum. Da sich die "goldene Braut" seit längerer Zeit in Pflege des Altersheimes Baumgarten befindet, beschloß das Paar seinen Ehrentag in die Anstalt zu verlegen.

Der erste Gratulant, der sich am Krankenbett der behinderten Frau Lucia eingefunden hatte, war Bürgermeister Jonas. Er beglückwünschte das Jubelpaar zu seinem Goldenen Hochzeitstag und überreichte ihm die Geschenke der Stadtverwaltung. Unter den Hochzeitsgästen waren auch der Penzinger Bezirksvorsteher Figl und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Binder aus dem 7. Bezirk, wo das Brautpaar seinen Wohnsitz hat. Mit ihnen stellte sich eine Abordnung der Textilarbeitergewerkschaft sowie des Pflegepersonals vom Altersheim mit ihren Hochzeitsgeschenken ein. Eine besondere Überraschung für das greise Paar war der vom Leiter der Anstalt, Oberamtsrat Putzendopler arrangierte musikalische Teil des Festes. Bald versetzten Pußta-Lieder und Wiener Weisen die Hochzeiter in beste Stimmung, ein feuriger Czardas brachte selbst die kränkliche Braut in Schwung.

Bürgermeister Jonas machte dann einen Rundgang durch die Krankenabteilung des Altersheimes und erkundigte sich bei jedem einzelnen Pflegling nach seinem Befinden.

- - -

Vier Wochen E-Geräte-Aktion=====
Fünf Millionen Schilling Umsatz

24. Juli (RK) Wie der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilt, beträgt die Zahl der von den E-Werken erledigten Ansuchen innerhalb der E-Geräte-Aktion bis jetzt 706. Die ersten Anträge langten am 28. Juni ein.

In den vier Wochen seit Funktionieren der E-Geräte-Aktion wurden dadurch Geräte im Wert von fünf Millionen Schilling bestellt. Unter den von der Bevölkerung verlangten Elektro-Geräten fungierten an erster Stelle Kühlschränke, an zweiter Herde, an dritter Waschmaschinen, an vierter Heißwasserspeicher und an letzter Stelle Futterdämpfer. Am meisten wurden die Rückzahlungen zu 24 Monatsraten beantragt, dann die zu 60 Raten, die zu 40, zu 50 und an letzter Stelle die Rückzahlung zu 30 Monatsraten.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 26./Juli 1954

Blatt 1352

Endlich einmal:

Mehr Ehen - mehr Kinder

=====

Die Bevölkerungsvorgänge in Wien im Juni

26. Juli (RK) Im Juni wurden nach dem Monatsbericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien 1.517 Eheschließungen, 1.018 Lebendgeburten und 1.983 Sterbefälle standesamtlich registriert. Alle diese Zahlen liegen höher als im Juni des Vorjahres. Das trifft besonders für die Eheschließungen zu, deren Zahl um 180 über die vorjährige Junizahl hinausging. Das Steigen der Heiratsfrequenz war in der Hauptsache auf das Pfingstfest zurückzuführen, das im Vorjahre in den Monat Mai, heuer aber in den Monat Juni fiel und das, wie alle Kalenderfeste mit Doppelfeiertagen, gerne als Hochzeitstermin gewählt wird.

Summiert man die nunmehr vorliegenden Ergebnisse der ersten sechs Monate dieses Jahres, so ist festzustellen, daß im Vergleich zum ersten Halbjahr 1953 heuer um 150 Ehen mehr geschlossen und um 292 Kinder mehr geboren wurden. Ebenso liegt die Zahl der Sterbefälle, hauptsächlich als Folge des wachsenden Anteils älterer und alter Leute innerhalb der Wiener Bevölkerung, über der vorjährigen Vergleichszahl. Auch die Wanderungsbilanz ergab für den Zeitraum von Jänner bis Juni heuer einen höheren Wanderungsgewinn als im Vorjahre. Es sind um 4.558 Personen mehr zugewandert als abgewandert. Im Vorjahr betrug der Wanderungsüberschuß für die gleiche Zeit nur 345.

Die Fortschreibung der Bevölkerungszahl Wiens ergab für Ende Juni einen Stand von 1,757.395 Personen, 768.308 männlichen und 989.087 weiblichen Geschlechts.

- - -

Mehr Licht im nächtlichen Wien

=====

26. Juli (RK) Mit Ausnahme einiger weniger Straßen jenseits der Donau und im 19. Bezirk wurde der Ausbau des halbnächtigen Teiles der Straßenbeleuchtung Wiens vollendet. Ende 1954 wird sich die halbnächtige Beleuchtung auf das gesamte Stadtgebiet erstrecken. Die Wiederherstellung der halbnächtigen Beleuchtung, die gegenüber dem Stand aus der Vorkriegszeit verbessert wurde, wurde etappenweise neben den großen Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Auch in den letzten Wochen hat die Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung in vielen Wiener Straßen die Beleuchtungsanlagen durch Umbau und Lampenvermehrung verbessert. In den Randgemeinden wie Purkersdorf, Schwechat, Mödling und im Liesinger Bezirk wurde in diesem Sommer das Netz der Straßenbeleuchtung erweitert und verdichtet. Das Beleuchtungsniveau der Wiener Verkehrsflächen hat sich gegenüber der Vorkriegszeit weitgehend verbessert. In "Alt-Wien" gibt es gegenwärtig um 6.000, in den Randgemeinden um 3.450 Lichtstellen mehr als vor 1945. Insgesamt leuchten im nächtlichen Wien 63.516 Lampen.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

=====

26. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 1. Juli von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Raach am Hochgebirge" gebracht wurden, am Mittwoch, dem 28. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 13.40 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, anzuholen.

- - -

34.000 Badegäste am Sonntag
=====

26. Juli (RK) Am Sonntag wurden in den städtischen Sommerbädern nach Mitteilung der städtischen Bäderverwaltung 34.000 Badegäste gezählt, davon 12.000 im Gänsehäufel, 4.500 im Kongreßbad und 3.000 im Krapfenwaldl. Das wolkige Wetter am Vormittag hielt viele Leute zunächst davon ab, baden zugehen, erst am Nachmittag war ein stärkerer Andrang zu bemerken, der sich vor allem in den für die meisten Wiener leichter erreichbaren kleineren Sommerbädern auswirkte.

Wie die städtische Bäderverwaltung weiter mitteilte, wird das Angelbad morgen, Dienstag, den 27. Juli, wieder in Betrieb genommen; somit ist nurmehr das Kritzendorfer Bad noch nicht geöffnet.

- - -

Das neunte Serenadenkonzert
=====

26. Juli (RK) Mittwoch, den 28. Juli, findet um 20 Uhr im Arkadenhof des Wiener Rathauses das neunte Serenadenkonzert statt. Es spielt das Kammerorchester der Wiener Konzerthausgesellschaft unter dem Dirigenten Kurt Rapf; Solistin: Ilse Katschinka-Rapf, Sopran. Auf dem Programm stehen: Divertimento D-Dur, K.V. 334 von Wolfgang Amadeus Mozart, Arie aus "Iphigenie auf Tauris" und Arie aus "Orpheus und Eurydike" von Christoph Willibald Gluck, fünf Menuette von Franz Schubert, Rumänische Volkstänze von Béla Bartók, Symphonisches Vorspiel von Fritz Racek und die 8. Symphonie F-Dur von Ludwig van Beethoven.

Karten zum Preis von 5 Schilling sind im Vorverkauf bei den Portieren des Rathauses erhältlich. Die restlichen Karten werden eine Stunde vor Beginn des Konzertes an der Abendkasse im Rathaus verkauft.

- - -

Explosionsgefahr bei alten Ventilen
=====

"Rapidotöpfe" müssen neue Ventile haben!

26. Juli (RK) Zu den immer wiederkehrenden Meldungen über Explosionen von Dampfdruckkochtöpfen macht der Magistrat die Wiener Bevölkerung darauf aufmerksam, daß die alten Ventile des "Rapidokochtopfes" unbedingt gegen die vom Ministerium für Handel und Wiederaufbau genehmigten neuen Federsicherheitsventile auszuwechseln sind. Diese Ventile gewähren bedeutend höhere Sicherheit. Besonders beim Kochen schäumender Speisen, Erbsen, Linsen etc. kann sich das alte Sicherheitsventil verstopfen und eine Explosion des Topfes verursachen. Die Kosten von 19 Schilling für die Auswechslung des Ventiles stehen in keinem Verhältnis zu den Sachschäden bei einer Explosion, abgesehen von der gesundheitlichen Gefährdung des Benützers.

Die Auswechslung der alten Ventile gegen die neuen, nun vom Ministerium vorgeschriebenen Federsicherheitsventile für den Rapidotopf erfolgt durch das Beha-Werk, Wien 14, Mitisgasse 4-6 (Y 15-5-10) oder durch den Fachhandel.

- - -

Staubsauger und Gasherd gewonnen
=====

Auslosung in der Ausstellung "Unser Wien"

26. Juli (RK) Am "Tag der Hausfrau", am 17. Juli, den die Ausstellung "Unser Wien" im Arkadenhof des Wiener Rathauses veranstaltete, wurden den Besuchern der Ausstellung Fragebogen mit sechs Fragen über das Wiener Gaswerk und das E-Werk vorgelegt. Unter den richtig beantworteten Fragebogen wurden nun die Preise ausgelost. Den 1. Preis, einen Staubsauger, den die E-Werke gespendet hatten, erhält Frau Marie Klug, Wien 20, Dresdner Straße 74, den 2. Preis, einen von den städtischen Gaswerken gestifteten Gasherd bekommt Frau Renate Karoliny, Wien 10, Erlachgasse 131.

- - -

Freikonzert im Belvederegarten abgesagt
=====

26. Juli (RK) Das für heute angesetzte Freikonzert im Oberen Belvederegarten mußte wegen Schlechtwetter abgesagt werden. Das Konzert findet morgen, Dienstag, um 17.30 Uhr, statt.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 26. Juli
=====

26. Juli (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 28 Ochsen, 33 Stiere, 35 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 101. Auftrieb: 197 Ochsen, 255 Stiere, 621 Kühe, 108 Kalbinnen, Summe 1.181. Gesamtauftrieb: 225 Ochsen, 288 Stiere, 656 Kühe, 113 Kalbinnen, Summe 1.282. Verkauft: 212 Ochsen, 288 Stiere, 650 Kühe, 112 Kalbinnen, Summe 1.262. Unverkauft: 13 Ochsen, 0 Stiere, 6 Kühe, 1 Kalbin, Summe 20. Kontumazanlage 0.

Preise: Ochsen 8.50 bis 11.50 S, extrem 11.60 (10 Stück), Stiere 9.20 bis 11.70 S, extrem 11.80 bis 12 S (5 Stück), Kühe 8 bis 9.60 S, extrem 9.70 bis 10.50 S (12 Stück), Kalbinnen 8.80 bis 11.20 S, extrem 11.30 bis 11.50 S (6 Stück), Beinlvieh, Kühe 6.50 bis 8.40 S, Ochsen und Kalbinnen 8.20 bis 9 S.

Bei ruhigem Marktverkehr notierten Ochsen, extrem und I. Qualität schwach behauptet, II. und III. Qualität verbilligte sich um 40 Groschen. Stiere, extrem und I. Qualität sowie Beinlvieh notierten fest behauptet, Stiere II. und III. Qualität verbilligten sich um 20 Groschen. Kühe und Kalbinnen notierten behauptet.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 27. Juli 1954

Blatt 1357

"Studio 1" eröffnet am 24. September
=====

27. Juli (RK) Am 10. September vorigen Jahres bei der Eröffnung des Flottenkinos kündigte Stadtrat Afritsch den Bau einer Kulturfilm Bühne im Gebäude des Flottenkinos an. Dieses "Art-Kino", wie man es zunächst nannte, soll künstlerisch wertvolle Filme, Reprisen und Avantgarde-Filme vorführen.

Heute konnten sich Stadtrat Afritsch und Stadtrat Mandl in der ehemaligen Bar des Flottenkinos bereits von dem guten Fortschreiten der Arbeiten an dem neuen Kino überzeugen. Erst mit dem Ende der Heizperiode hatte man mit den Bauarbeiten beginnen können, weil die Rohre der Zentralheizung verlegt werden mußten. Nun formt sich aber bereits das Gesicht des neuen kleinen Kinos, das nach den Plänen von Architekt Kotas gebaut wird. Die neue Kulturfilm Bühne soll den Namen "Studio 1" erhalten. Die feierliche Eröffnung ist für den 24. September vorgesehen. Der Kinosaal wird 214 Sitze in drei Preiskategorien umfassen. Die Leinwand ist für Normalfilme dreimal vier Meter dimensioniert, aber auch eine Breitwand im Ausmaß dreimal 5,25 Meter ist vorgesehen. Neben Normalfilmen können auch Schmalfilme gezeigt werden. Der Zugang zum "Studio 1" befindet sich in den Vorräumen des Flottenkinos.

- - -

50,1 Millionen für Wohnbauförderung
 =====

Städtische Darlehen an gemeinnützige Bauvereinigungen

27. Juli (RK) Die Stadt Wien baut nicht nur selbst Wohnungen, sie fördert auch den Wohnungsbau indem sie an gemeinnützige Bauvereinigungen oder Siedlungsgenossenschaften Darlehen gibt. Diese Darlehen haben seit 1. Jänner dieses Jahres bis heute einen Betrag von 50,1 Millionen Schilling erreicht. Da die Zuschüsse der Gemeinde zu den Baukosten 30 Prozent betragen, so wurden mit den bewilligten Baudarlehen der Stadt Wien heuer Bauten mit einem Gesamtbetrag von 167 Millionen Schilling ermöglicht. Mit dieser Summe können ungefähr 1.700 Wohnungen gebaut werden.

Heute hat der Finanzausschuß neuerlich in vier Fällen Baudarlehen bewilligt. Die gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft "Neu-Siedler" errichtet in der Jagdschloßgasse eine Wohnhausanlage mit 34 Kleinwohnungen. Der Beitrag der Gemeinde Wien beträgt 1,020.000 **Schilling**. Die gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Wien-Süd" baut in Rodaun eine Wohnhausanlage mit 24 Kleinwohnungen, das Darlehen der Gemeinde Wien beträgt 720.000 Schilling. Die gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Alpenland" errichtet in Döbling ein Wohnhaus mit acht Kleinwohnungen für das die Gemeinde 240.000 Schilling beisteuert. Die gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft des österreichischen Siedlerverbandes erhält für den Bau einer Wohnhausanlage mit 35 Wohnungen in der Neustiftgasse ein Darlehen von 1,050.000 Schilling.

- - -

Freikonzerte am Donnerstag
 =====

27. Juli (RK) Donnerstag, den 29. Juli, finden um 17.30 Uhr in Favoriten, Ottakring und Floridsdorf Freikonzerte statt. Im 10. Bezirk auf dem Reumannplatz spielt die Musikkapelle der Wiener Gaswerke. Im 16. Bezirk, Kongreßpark, die Musikkapelle der Wiener E-Werke und im 21. Bezirk, Wasserpark, die Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien.

- - -

Schwedische Jugend im Wiener Rathaus
=====

27. Juli (RK) Anlässlich der 700-Jahrfeier Stockholms im vergangenen Jahr hat die schwedische Jugendorganisation "Umgdomsrät" eine Gruppe Jugendlicher aus Wien nach Stockholm eingeladen. Das Landesjugendreferat Wien hat jetzt gemeinsam mit der Jugend des Österreichischen Gewerkschaftsbundes junge Schweden zu einem Gegenbesuch nach Wien eingeladen. Die Gäste aus Schweden wurden heute vormittag im Wiener Rathaus durch Stadtrat Mandl begrüßt. Alle sind über die Einladung nach Wien begeistert, besonders die Musikenthusiasten unter ihnen, die den Wiener Aufenthalt zur Besichtigung berühmter Wiener Gedenkstätten benützten. Sie alle kehren nun, wie sie dem Stadtrat versicherten, mit den schönsten Erinnerungen und Eindrücken nach Stockholm zurück und freuen sich schon auf ihren nächsten Besuch in Wien. Stadtrat Mandl überreichte den Gästen zur Erinnerung an ihren Besuch im Rathaus Bilderalben.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge
=====

27. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 2. Juli von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Ilsenheim" gebracht wurden, am Donnerstag, dem 29. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 13.40 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

- - -

Freikonzerte auf dem Rathausplatz
=====

27. Juli (RK) Mittwoch, den 28. Juli, findet von 16 bis 17.30 Uhr in der Gartenanlage der Ausstellung "Unser Wien" auf dem Rathausplatz ein Freikonzert der Musikkapelle der Städtischen Verkehrsbetriebe statt.

Von 17.30 bis 18.30 Uhr spielt das Erste Simmeringer Jugend-Akkordeon-Orchester unter der Leitung von Therese Mayer.

- - -

Nun auch begünstigte Elektro-InstallationenInstallationsarbeiten zugleich um 20 Prozent billiger

27. Juli (RK) In einer Pressekonferenz am 30. März gliederte der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, das Begünstigungsprogramm der Wiener Elektrizitätswerke, auf Grund dessen die elektrische Energie den Haushalten in steigendem Maße dienstbar gemacht werden sollte, in drei Hauptpunkte: In die Geräteaktion, ferner die Neuregelung in der Frage der Baukostenzuschüsse und schließlich in die Aktion zur begünstigten Durchführung von Leitungsinstallationen.

Von den damals aufgestellten Zielen sind bereits verwirklicht: Die Geräteaktion, die Ende Juni ihren Anfang und bis jetzt einen durchaus zufriedenstellenden Verlauf genommen hat, und die Baukostenzuschüsse, die im Sinne der bundeseinheitlichen Regelung auch für den Bereich des Wiener Stromnetzes eine bedeutende Ermäßigung erfahren haben. Ausständig blieb bis jetzt noch die Aktion über die Leitungsinstallationen, weil langwierige Verhandlungen mit den zuständigen Arbeitnehmerverbänden und mit der "Elektrovereinigung" notwendig waren, um neben der zinsenlosen Ratenzahlungsmöglichkeit auch noch eine Ermäßigung der Sätze für die zu leistenden Installationsarbeiten zu erwirken. Diese Verhandlungen, die unter dem Vorsitz von Stadtrat Dkfm. Nathschläger geführt worden sind, wurden gestern mit der Unterzeichnung der Vereinbarungen abgeschlossen, die eine Reduzierung der Kosten der Installationsarbeiten von durchschnittlich 15 bis 20 Prozent vorsehen.

Auf Grund dieses Verhandlungsergebnisses wird nunmehr mit sofortiger Wirksamkeit die Übernahme der Finanzierung der Wiener Elektrizitätswerke für ihre unmittelbaren Strombezieher für die Herstellung folgender Arten von Leitungsinstallationen möglich:

Für die Erneuerung, Erweiterung, Ergänzung, bezw. Ausbesserung von Steig-, Zu- und Verbindungsleitungen, soferne der Rechnungsbetrag mindestens 500 S und höchstens 35.000 S beträgt,

für die Erneuerung, bezw. Ausbesserung bereits vorhandener elektrischer Leitungsanlagen in Geschäftslokalen und Werkstätten, soferne der Rechnungsbetrag mindestens 500 S und höchstens 35.000 S

beträgt,

für die Herstellung von Leitungen für Herde, Heißwasserspeicher, Kühlschränke, elektrisch beheizte Waschmaschinen und Futterdämpfer, soferne der Finanzierungsbetrag für Geräte und zugehöriger Leitungsherstellung insgesamt 7.200 S nicht überschreitet.

Die Durchführung der Installationsfinanzierung sieht eine Anzahlung von 10 Prozent und weiterhin 24, in besonders gelagerten Fällen höchstens 36, zinsfreie Ratenzahlungen vor.

Damit erscheint nunmehr auch der Forderung Rechnung getragen, daß zu dem begünstigten Geräteeinkauf noch eine erträgliche Ratenzahlungsmöglichkeit für die Leitungseinstellungen, besonders für die Steigleitungen, hinzutritt, um auch in jenen Häusern, deren Leitungen für den Anschluß neuer Geräte zu schwach sind, Anschaffungen zu ermöglichen.

Die bisherige Finanzierung von Motoren- und Aufzugsänderungen im Zusammenhang mit der Netzumschaltung bis zu einem Höchstbetrag im Einzelfall von 70.000 S bei Anzahlung von 10 Prozent und einer Rückzahlung in 12, bzw. höchstens 24 Monatsraten, wobei der jeweilige Ratenrest mit einem halben Prozent je Monat zu verzinsen ist, bleibt auch weiterhin aufrecht.

Nähere Auskünfte erteilen die Installationsfirmen, die Beratungsstellen der Wiener Elektrizitätswerke und deren Kundendienstabteilungen in der Direktion Wien 9, Mariannengasse 4 sowie die Elektrovereinigung, 6, Mariahilfer Straße 7.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 27. Juli

=====

27. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 5 Fleischschweine. Neuzufuhren Inland: 4.399 Fleischschweine. Gesamtauftrieb: 4.404 Fleischschweine. Verkauft wurden alle. In der Kontumazanlage: 1.375 Stück jugoslawische Schweine. Preise hierfür: 12.80 bis 14.- S. Preise für Inlandsware: Extrem 18.50 S (Schlachtgewicht), 1. Qualität 18.50 S (Schlachtgewicht), 2. Qualität 18.- bis 18.30 S (Schlachtgewicht), 3. Qualität 14.- S (Lebendgewicht), Zuchten 13.10 bis 13.80 S (Lebendgewicht), Altschneider 11.50 bis 12.50 S (Lebendgewicht).

Bei lebhaftem Marktverkehr wurden die Vorwochenpreise behauptet.

- - -

Fahrtausweise für "Hochwasser-Kinder"
 =====

27. Juli (RK) Bürgermeister Jonas hat verfügt, daß den aus den Hochwasserkatastrophenengebieten in Wien vorübergehend untergebrachten Kindern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet, die Größe von 1.50 m jedoch überschritten haben und nicht im Besitze von schulamtlichen Altersbescheinigungen sind, "bahneigene Ausweise" ausgestellt werden, die sie berechtigen, sämtliche städtische Verkehrsmittel gegen Entrichtung des Kinderfahrpreises zu benützen.

Die Ausfertigung der Ausweise erfolgt durch die Direktion der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe, Abteilung für Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, Wien, 6, Rahlgasse 3, 1. Stock, von Montag bis Freitag zwischen 8 und 14, an Samstagen von 8 bis 13 Uhr.

- - -

145,6 Millionen für 1.513 neue städtische Wohnungen
 =====

27. Juli (RK) Stadtrat Thaller referierte heute im Wiener Stadtsenat über den Entwurf und die Kosten und Stadtrat Bauer über die Baubewilligung für 13 neue städtische Wohnhausanlagen. Diese Neubauten, die voraussichtlich 145,6 Millionen Schilling kosten werden, umfassen 1.513 Wohnungen.

Im 2. Bezirk, Vorgartenstraße, wird ein Haus mit 18 Wohnungen gebaut. Die Kosten betragen 1,6 Millionen Schilling. Im 5. Bezirk, Am Heu- und Strohmarkt, entsteht das neue Wohnhochhaus mit 108 Wohnungen und zwei Lokalen, die Kosten betragen 22,5 Millionen Schilling. Die "Rathaus-Korrespondenz" hat darüber bereits berichtet. Ecke Wiedner Hauptstraße - Geigergasse entsteht eine Wohnhausanlage mit 71 Wohnungen und drei Lokalen, die Kosten betragen 7,1 Millionen Schilling. Im 7. Bezirk, Neustiftgasse 89-91. werden 69 Wohnungen, ein Geschäftslokal, eine städtische Bücherei und eine Lagerhalle mit einem Kostenaufwand von 7,6 Millionen Schilling gebaut. In der Neustiftgasse⁴³ sind 40 Wohnungen, ein Geschäftslokal und ein Atelier vorgesehen, die Kosten betragen 3,3 Millionen Schilling. Im 10. Bezirk, Davidgasse, wird eine große Anlage mit 423 Wohnungen, vier

./.

Geschäftslokalen und einem Motorradeinstellraum errichtet. Die Kosten: 34,7 Millionen Schilling. Im 12. Bezirk, Jägerhausgasse - Hetzendorfer Straße sind 48 Wohnungen und ein Geschäftslokal vorgesehen. Die Kosten: 4,3 Millionen Schilling. In der Gaßmannstraße ist eine Anlage mit 111 Wohnungen, zwei Geschäftslokalen, einem Straßenreinigungsdepot und einem Motorradeinstellraum geplant. Die Kosten: 10,4 Millionen Schilling. Im 14. Bezirk, Märzstraße - Missindorfstraße, entstehen 87 Wohnungen. Die Kosten: 6,4 Millionen Schilling. In der Hadikgasse wird ein Bau mit 77 Wohnungen und einem Geschäftslokal errichtet. Die Kosten: 6,5 Millionen Schilling. Im 19. Bezirk, Huleschgasse - Grinzinger Straße, ist als erster Bauteil eine Anlage mit 227 Wohnungen, fünf Geschäftslokalen, einem Atelier, sechs Motorradeinstellräumen und fünf Garagen vorgesehen. Die Kosten: 20,1 Millionen Schilling. Im 21. Bezirk entsteht in der Wiener Gasse eine Anlage mit 220 Wohnungen, einem Geschäftslokal und zwei Motorradeinstellräumen. Die Kosten: 19,3 Millionen Schilling. Im künftigen 23. Bezirk, Liesing, schließlich wird ein Wohnhaus mit 14 Wohnungen gebaut. Die Kosten: 1,6 Millionen Schilling.

- - -

Der Tod der Kartenagioteure:

Erweiterung des Stadions auf 92.527 Plätze
=====

27. Juli (RK) Das Wiener Stadion hat sich für Großveranstaltungen internationaler Art in den letzten Jahren als viel zu klein erweisen. Besonders bei Fußball-Länderkämpfen blüht das Geschäft der Agioteure, die vielfach überhöhte Preise fordern; trotzdem finden oft tausende wirkliche Interessenten keinen Platz mehr. Die Öffentlichkeit fordert daher seit Jahren die Vergrößerung des Wiener Stadions.

Die Stadt Wien ist nun in der Lage, diesem berechtigten Wunsche Rechnung zu tragen. Wie Stadtrat Mandl heute im Stadtsenat berichtete, soll das Wiener Stadion, das derzeit 58.527 Sitz- und Stehplätze umfaßt, auf 92.527 Sitz- und Stehplätze erweitert werden. Diese Erweiterung will man durch Aufsetzen eines Stockwerkes

./.

erreichen. Die voraussichtlichen Baukosten werden 19 Millionen Schilling betragen. Der Österreichische Fußballbund hat sich bereit erklärt, die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Dies geschieht in der Form, daß jeweils die Hälfte der Nettoeinnahmen des Fußballbundes, die durch die Vergrößerung einfließen, an die Stadt Wien abgeführt werden. Der Wiener Stadtsenat genehmigte das große Projekt einstimmig. Desgleichen wurden für die noch heuer durchzuführenden Vorarbeiten 1,5 Millionen Schilling bewilligt.

- - -

Überreichung der Ehrenmedaille an Prof.Dr. Reuss und
=====

Hofrat Dr. Wurzbach
=====

27. Juli (RK) Freitag, den 30. Juli, um 11 Uhr, findet im Wiener Rathaus im Roten Salon die feierliche Überreichung der Ehrenmedaille an Univ.Prof. Dr. August Reuss und Univ.Prof. Hofrat Dr. Alfred Wolfgang Wurzbach statt. Nach der Würdigungsrede von Stadtrat Mandl wird Bürgermeister Jonas sprechen und hierauf die Überreichung der Ehrenmedaillen vornehmen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 28. Juli 1954

Blatt 1365

Zum letzten Mal vor den Wahlen:

Wiener Landtag und Gemeinderat

=====

28. Juli (RK) Der Wiener Landtag und der Wiener Gemeinderat werden Freitag, den 30. Juli, voraussichtlich zu ihrer letzten Sitzung vor den Wahlen am 17. Oktober zusammentreten. Die Sitzung des Landtages beginnt um 11 Uhr, im Anschluß daran tagt der Gemeinderat.

Auf der Tagesordnung des Landtages stehen u.a.: eine Gesetzesvorlage, betreffend dienstrechtliche Maßnahmen anläßlich der Gebietsabtretung auf Grund des Gebietsänderungsgesetzes. Referent ist Stadtrat Sigmund. Über eine Gesetzesvorlage, betreffend die Aufhebung einiger ehemaliger deutscher Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Baurechtes referiert Stadtrat Afritsch.

Die Tagesordnung des Wiener Gemeinderates umfaßt 47 Geschäftsstücke, u.a. wird der Gemeinderat über den Bau von 1.513 neuen Wohnungen zu beschließen haben, ferner über den Wiederaufbau der Schwedenbrücke, die Erhöhung des Fassungsraumes des Wiener Stadions sowie über die Beteiligung der Stadt Wien an der "Biomüll-Gesellschaft zur Verwertung städtischer Abfallstoffe".

- - -

Parkkonzerte am Freitag

=====

28. Juli (RK) Freitag, den 30. Juli, finden um 17.30 Uhr, in Fünfhaus und in Simmering Parkkonzerte statt. Im 15. Bezirk, im Märzpark, spielt die Musikkapelle der Wiener Gaswerke, im 11. Bezirk, Herderpark, die Polizeimusik Wien. Der Zutritt zu diesen Veranstaltungen ist frei.

- - -

Aus Abfällen wird gute Erde
=====Düngerbereitungsanlage in Favoriten wird errichtet

28. Juli (RK) Die Beseitigung des in Wien anfallenden Mülls durch Ablagerung auf geeigneten Plätzen wird immer schwieriger. Die Lagerflächen in der näheren Umgebung der Stadt reichen nicht mehr aus, und ein Transport der Abfälle über größere Entfernungen erfordert hohe Transportkosten. Die Magistratsabteilung für Straßenpflege, der auch die Müllabfuhr obliegt, beschäftigt sich daher schon seit einiger Zeit mit der Frage der Müllverwertung. Zwei Möglichkeiten gibt es gegenwärtig, und zwar die Müllverbrennung und die Verarbeitung zu Dünger.

Stadtrat Resch unterbreitete nun gestern dem Wiener Stadtsenat einen Antrag auf Beteiligung der Stadt Wien an einer neu zu gründenden "Biomüll-Gesellschaft zur Verwertung städtischer Abfallstoffe" mit einer Stammeinlage von 285.600 Schilling. Diese Gesellschaft, an der sich neben der Stadt Wien der Verband ländlicher Genossenschaften Niederösterreichs sowie die beiden Patentträger Dkfm. Tagger und Dipl.Landwirt Mayer beteiligen, will ein Werk in Wien errichten, das die Abfälle in Dünger verwandelt.

Im Müll einer Großstadt sind viele wertvolle Bestandteile enthalten, die bei richtiger Aufbereitung dem Ackerboden in Form von Dünger zugeführt werden können. Die organischen Substanzen der Abfälle enthalten Stickstoff, Phosphor und Kali. Die Asche liefert Kalk, Kali und Phosphor. Als Spurenelemente befinden sich im Müll kleine Mengen von Kupfer, Mangan, Bor usw., ohne die ein gesundes Pflanzenwachstum nicht möglich ist. Es hat sich vielfach erwiesen, daß richtig aufbereiteter Kompost aus Müll dem Stalldünger gleichgewertet werden kann. Durch die fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft wird außerdem Stallmist immer spärlicher. Der aus den Abfällen der Großstadt gewonnene Dünger gibt in Zukunft die Möglichkeit, den Bedarf von Betrieben ohne Viehhaltung, wie Gärtnereien, Weingartenbetrieben und Forstbetrieben zu decken.

Im Ausland, so in Dänemark, Deutschland und Holland, wird die Kompostbereitung aus städtischen Abfällen schon seit Jahren mit gutem Erfolg durchgeführt. In Österreich gibt es derzeit nur eine

kleine Anlage der Firma Tagger in Graz. Ihre Produkte haben sich außerordentlich bewährt.

Nach diesem Verfahren soll auch in Wien ein Werk zur Verwertung der städtischen Abfallstoffe errichtet werden. Die Stadt Wien stellt den anfallenden Müll zur Verfügung und überläßt der Biomüll-Ges.m.b.H. für die Errichtung der Düngerbereitungsanlage die notwendige Grundfläche in Favoriten "Am Ziegelofen". Jährlich sollen ungefähr 5.000 Tonnen Dünger erzeugt werden, wovon einen Teil das Stadtgartenamt, das Stadtforstamt und der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien verbrauchen werden. Ferner hat sich der Verband ländlicher Genossenschaften Niederösterreichs bereit erklärt, für den Absatz des Düngers zu sorgen. Der Preis soll sehr niedrig gehalten werden.

- - -

Baracken - Autodafè in Bruck a.d. Mur

=====

28. Juli (RK) Mehr als 300 Gemeindewohnungen hat die Stadt Bruck a.d. Mur in den letzten Jahren errichtet. Dank dieser Bautätigkeit konnte die Stadt ihre Wohnbaracken ersetzen. Die letzte gemeindeeigene Wohnbaracke wurde vor einigen Tagen geräumt und in einem symbolischen Festakt, an dem nahezu die ganze Bevölkerung der Stadt teilnahm, den Flammen übergeben. In seiner Feuerrede erzählte Bürgermeister August Hahn die Geschichte dieser Baracke. Sie wurde im Jahre 1871 als Brettersäge errichtet und dient seit dem ersten Weltkrieg als Wohnbaracke. Mit einem Kostenaufwand von 500.000 S hat die Stadt Bruck a.d. Mur für die bisherigen Barackenbewohner 14 moderne Wohnungen errichtet. Die öffentliche Verbrennung dieser letzten Gemeindewohnbaracke bildet zugleich den Auftakt zum Ersatz der restlichen Baracken, die nicht Gemeindeeigentum sind.

Das Autodafè von Bruck a.d. Mur wird von den zehntausenden Barackenbewohnern in Österreich als frohe Verheißung für das baldige Ende auch ihres Wohnungselends empfunden werden, denn das vor einigen Wochen vom Parlament beschlossene Wohnbauförderungsgesetz dient in erster Linie dem Ersatz der Barackenwohnungen, die nach einer Bestimmung des Gesetzes sofort nach ihrer Räumung demoliert werden müssen.

- - -

Mittelschülertreffen des Österreichischen Jugendrotkreuzes
=====

28. Juli (RK) Vom 14. bis 24. Juli veranstaltete das Österreichische Jugendrotkreuz am Traunsee eine Arbeitstagung der "Schulsprecher" der Mittelschulen aus ganz Österreich. Jedes Bundesland hatte dazu Delegationen entsandt, die im Mädchenpensionat Orth bei Gmunden gastliche Aufnahme fanden.

Alle Probleme und Programmpunkte des Jugendrotkreuzes wurden täglich in Arbeitsgruppen diskutiert, daneben war Gelegenheit gegeben, sogenannte "Samariterkurse" zu absolvieren. Dozent Dr. Gisel von der Wiener Universität unterrichtete die Burschen in "Erster Hilfe", Oberlehrerin Rothbauer aus Oberösterreich die Mädchen in "Hauskrankenpflege". Prominente Funktionäre des Roten Kreuzes hielten Vorträge: Präsident Prof. Dr. Burghard Breitner über die Friedensaufgaben dieser Organisation, Hofrat Prof. Dr. Domanig über die Salzburger Blutspenderzentrale und der Vertreter der Genfer Liga, Montand, über den Katastropheneinsatz des Roten Kreuzes.

Der junge Autor R.M. Stoiber erfreute die Jugendlichen durch eine Vorlesung aus seinem Dunantbuch: "220 Millionen und einer", und der Nestor der österreichischen Dichter Franz Karl Ginzkey las ebenfalls aus eigenen Werken. Selbstverständlich wurde auch die Rettungsstelle in Gmunden besucht, ihre Einrichtung studiert und schließlich betätigten sich Burschen und Mädchen praktisch als Helfer im Überschwemmungsgebiet von Linz.

Die Schönheiten des Salzkammergutes lernten die Teilnehmer auf einer Autotour und gelegentlich einer Rundfahrt um den Traunsee kennen. Bei dieser Gelegenheit veranstaltete Prof. Macku aus Wien eine kulturgeschichtliche Führung, sodaß auch die Kunst und das Geschehen früherer Epochen gewürdigt wurden.

Zwei neue Schulbauten
=====

28. Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat beschloß gestern auf Antrag von Stadtrat Thaller die Errichtung eines achtklassigen Zubaus zur Hauptschule 22, Plankenmaisstraße 30, und die Errichtung eines sechsklassigen Schulpavillons im 13. Bezirk, Hermesstraße - Dr. Schober-Straße. Die Kosten betragen 6,5 Millionen Schilling; 3,5 Millionen für den Zubau und 3 Millionen für den Schulpavillon.

Der Zubau, der nach den Plänen von Architekt Prof. Dr. Ing. Kupsky errichtet wird, umfaßt außer den acht Klassen, von denen je zwei in einem Stockwerk untergebracht sind, noch einen Gymnastikraum und die erforderlichen Nebenräume. Der Bau des neuen Traktes, der im Anschluß an die im Jahre 1951 vollendete Hauptschule Hirschstetten errichtet wurde, ist durch die seither erfolgte Vergrößerung des dortigen Siedlungsgebietes notwendig geworden. Für die Bauarbeiten in diesem Jahr werden noch eine Million Schilling verwendet.

Auch der beabsichtigte Bau des Schulpavillons im 13. Bezirk entspricht einem dringenden Erfordernis. Der Pavillon enthält sechs Klassen, ein Handarbeitszimmer, eine Kanzlei, ein Konferenzzimmer, zwei Lehrmittelzimmer, eine Schulwartwohnung und einen Turnsaal. Die Errichtung des Objektes ist zum Teil an Stelle des derzeit bestehenden Schulgebäudes gedacht, das ein ebenerdiger, feuchter und den modernen Anforderungen keineswegs entsprechender Bau ist. Die Durchführung des neuen Baues wird in zwei Abschnitten erfolgen, um ein Übersiedeln der derzeit bestehenden Klassen zu ermöglichen. Für die Arbeiten in diesem Jahr werden voraussichtlich noch 1,2 Millionen Schilling benötigt.

- - -

Sommerbad beim Theresienbad
=====Neues städtisches Brausebad in der Siedlung Siemensstraße

28. Juli (RK) Das durch die Kriegereignisse zerstörte Gebäude des städtischen Theresienbades wird gegenwärtig in Meidling aufgebaut und nach der Fertigstellung eine der modernsten städtischen Badeanstalten sein. Das angeschlossene Sommerschwimmbad wurde

nach behelfsmäßiger Instandsetzung bereits 1946 wieder in Betrieb genommen. Der Zustand des Schwimmbeckens ist jedoch sehr schlecht und die hölzernen Kabinen- und Kästchenobjekte abbruchreif.

Der Wiener Stadtsenat genehmigte daher gestern auf Antrag von Stadtrat Thaller ein Projekt, nach dem auch das dem Theresienbad benachbarte Sommerbad in neuer Gestalt und vergrößertem Umfang nach Plänen von Architekt Schöll errichtet werden soll. Die Kosten dafür betragen 4,7 Millionen Schilling, sodaß die gesamte neue Anlage des Theresienbades und des anschließenden Sommerbades 30 Millionen Schilling erfordern wird.

Das neue Sommerbad soll ein Schwimmbecken mit einer Länge von 33 1/3 Meter und einer Breite von 13 Meter erhalten. Auch ein Kinderbecken ist vorgesehen. Beide Bassins können vom Theresienbad mit Warmwasser versorgt werden. Für den hygienisch einwandfreien Zustand des Wassers sorgt eine Filter- und Chlorierungsanlage. Die umliegenden Grünflächen werden bedeutend erweitert und mit Liegebrettern, Tischen, Sesseln und Bänken versehen. Auch ein Kinderspielplatz und ein kleines Buffetgebäude sowie ein Lagerschuppen sind projektiert. Das neue Sommerbad wird einen Fassungsraum von 2.200 Personen haben; das alte konnte nur 1.400 Badegäste aufnehmen.

Tröpferlbad für die Siemensstraße

Ferner beschloß der Wiener Stadtsenat auf Antrag von Stadtrat Thaller, im 21. Bezirk innerhalb der städtischen Siedlung Siemensstraße ein Brausebad mit 12 Brausen und den dazugehörigen Nebenräumen zu errichten. Die Pläne stammen von Architekt Prof. Franz Schuster. Die Kosten für das Brausebad betragen 300.000 Schilling. Das Gebäude ist ebenerdig und enthält 12 Brausekabinen, die Heizanlage und Kohlenlager, einen Warteraum und die erforderlichen Nebenräume.

- - -

Zwei Amazonas-Kakadus im Stadtpark
=====

28. Juli (RK) Seit heute mittag bildet ein Kakadu-Pärchen vom Amazonas einen neuen Anziehungspunkt im Stadtpark. "Pepi" und "Liesl", wie die beiden südamerikanischen Gäste von den Beamten des Stadtgartenamtes getauft wurden, weil brasilianische Namen für Wiener Zungen zu schwierig sind, wurden in einem modern entworfenen Käfig untergebracht, der die beiden Tiere durch ein kreisrundes, schräges Dach vor Regen schützt. Die Amazonas-Kakadus haben Kopf und Brust rosa gefärbt, einen hellen Schopf und graue Flügel. Sie passen in ihrer Buntheit sehr gut in das Bild des Wiener Stadtparks. Der Vogelkäfig ist unmittelbar neben dem Schildkrötenterrarium aufgestellt worden. Die "städtischen" Schildkröten haben übrigens in den letzten Wochen Zuwachs erhalten, weil viele Buben den Gärtnern ihre Schildkröten für die Urlaubszeit als Pfleglinge überantworteten. Die städtischen Gärtner wissen dieses Vertrauen zu würdigen.

- - -

Pferdemarkt vom 27. Juli
=====

28. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 199 Pferde, davon 42 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 189, als Nutztiere 2 verkauft. Unverkauft blieben 8 Pferde. Herkunft der Tiere: Wien 9, Niederösterreich 83, Oberösterreich 38, Burgenland 17, Steiermark 34, Salzburg 1, Kärnten 14, Tirol 3.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 29. Juli 1954

Blatt 1372

Das kostspielige Hochwasser

=====

29. Juli (RK) Gleich nach Eintreffen der ersten Hochwasserkatastrophenmeldungen hat die Stadt Wien dem Fonds der österreichischen Bundesregierung eine Million Schilling zur Verfügung gestellt. Dann wurde auch die Bundeshauptstadt selbst von der Überschwemmungskatastrophe schwer getroffen.

Noch immer läßt sich keine zahlenmäßige Übersicht über die durch die Fluten der Donau verursachten Schäden geben. Die Stadt Wien hat bisher einstweilen eine halbe Million Schilling für die Zwecke des Wohlfahrtsamtes zur Verfügung gestellt. Der Wiener Stadtsenat genehmigte nun auf Antrag von Stadtrat Thaller 4,481.110 Schilling, die für öffentliche Arbeiten während der Hochwasserkatastrophe verwendet wurden. So hat der Hochwassereinsatz der Magistratsabteilung 29 allein 2,950.000 Schilling gekostet. Weitere 750.000 Schilling leistet die Stadt Wien an die "Donau-Hochwasserschutzkonkurrenz" als ihren Kostenanteil für Materialtransporte und Arbeitsleistungen während des Katastropheneinsatzes. Schon vorher wurde der ständige Beitrag der Stadt Wien für diese Institution um 781.110 Schilling für dringende Arbeiten im Donaukanal bei der Nußdorfer-Schleuse erhöht. Insgesamt ergeben sich also Kosten von 4,481.110 Schilling die bloß zur Bekämpfung des Hochwassers verwendet werden mußten, um noch größere Schäden zu verhindern.

- - -

Neu gestalteter Modenapark

=====

29. Juli (RK) Der Modenapark im 3. Bezirk gehörte zu jenen Gartenanlagen, die nach dem Krieg eher einem Misthaufen glichen. Heute ist davon nichts mehr zu bemerken. Die Rasenflächen wurden neu angelegt und überall erfreuen bunte Blumen das Auge. Ein Kleinkinderspielplatz mit einem großen Sandbad und Spielgeräten sowie ein öffentlicher Ballspielplatz bilden eine nicht unwesentliche Entlastung für den Kinderspielplatz im Stadtpark. Für die Erwachsenen werden schöne moderne Bänke aufgestellt und um den Stamm einer großen Eiche eine Rundbank. In der Mitte des Parkes ist die Scherzo-Gruppe von Prof. Müllner wieder zu sehen. Die Plastik stand früher im Arenbergpark, wo sie, als der Flakturm errichtet wurde, entfernt werden mußte.

- - -

Alois Groppenberger zum Gedenken

=====

29. Juli (RK) Auf den 1. August fällt der 200. Geburtstag des Wiener Altertumsforschers und Topographen Alois Groppenberger Edler von Bergenstamm.

Nach Beendigung seines Studiums wurde er bei der ständischen Registratur angestellt und 1801 Sekretär des Ritterstandes. Groppenberger betätigte sich schon frühzeitig als Sammler von Dokumenten zur Wiener Stadtgeschichte und verfügte schließlich über einen großen Bestand von Handschriften, Urkunden, Siegeln und Büchern, die er katalogisierte und ausdeutete. Von ihm stammen topographische und historische Arbeiten sowie zahlreiche Beiträge in zeitgenössischen Publikationen. Vieles davon ist heute noch verwertbar. Groppenberger, dessen Lebenswerk zur Entwicklung der Wiener Geschichtsforschung beitrug, ist am 15. Februar 1821 in seiner Vaterstadt gestorben.

- - -

"Überschwemmungskinder" Gäste des Bürgermeisters
 =====

Eine Sondervorstellung im Forum-Kino

29. Juli (RK) Die Kinder aus dem Hochwasser-Katastrophengebiet, die sich gegenwärtig in Pflege von Wiener Familien befinden, wurden von Bürgermeister Jonas zu einem "Fröhlichen Vormittag" ins Forum-Kino eingeladen. Die Veranstaltung findet am Samstag, dem 31. Juli, um 10 Uhr statt. Den Kindern wird neben der Austria-Wochenschau und einem Mickeymaus-Film auch der prächtige Farbfilm die "Robbeninsel" von Walt Disney vorgeführt. Im Beiprogramm werden der Zauberer Strobl, der Schnellzeichner Liko sowie Moby, der Musik-Clown, auftreten.

- - -

Kindertransporte der städtischen Erholungsfürsorge
 =====

29. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 28. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Gaaden" und die Kinder, die am 6. Juli in das Kindererholungsheim "Krems a.d. Donau" gebracht wurden, am Samstag, dem 31. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder aus Gaaden um 10.15 Uhr vom Grinzinger Keller, Wien 1, Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, und die Kinder aus Krems um 10.34 Uhr vom Franz Josef-Bahnhof, Ankunftsseite, abzuholen.

- - -

Ausstellungen im Künstlerhaus
 =====

29. Juli (RK) Die repräsentative Schau im Künstlerhaus, Wien 1, Karlsplatz 5, "Das Wiener Bühnenbild" mit den Modellen der wiedererstehenden Wiener Oper und des Burgtheaters ist nur noch bis einschließlich Sonntag, den 1. August, zu besichtigen.

Die Reisebild-Ausstellung "Der Künstler sieht die Welt" im

./.

1. Stock, mit Werken aus Italien, Jugoslawien, Frankreich, Spanien und Finnland sowie aus überseeischen Ländern bleibt bis zum gleichen Termin geöffnet. Besuchszeit täglich von 10 bis 19 Uhr.

- - -

Eine nasse Bilanz

=====

Die städtischen Bäder im ersten Halbjahr 1954

29. Juli (RK) Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Bäder über den Besuch der städtischen Badeanstalten im ersten Halbjahr vom 1. Jänner bis 30. Juni, liegt die Zahl der Besucher in den städtischen Warmbädern etwas unter den Zahlen des Vorjahres. Dies führt die Bäderverwaltung vor allem auf den abnormal strengen Winter zurück. Bei den Brausebädern, die mit 2,338.794 Badegästen wieder weitaus an der Spitze stehen, beträgt der Ausfall etwa neun Prozent. Das Stammublikum der städtischen Wannен- und Dampfbäder ließ sich dagegen durch die ungünstige Witterung weit weniger beeinträchtigen: wie im Vorjahr wurden auch heuer rund 440.000 Wannен- und Dampfbäder genommen. Die Zahl der Besucher in den Kurbädern ist sogar etwas gestiegen und betrug 70.089.

Die wenigen sonnigen Tage im Mai und im Juni haben den Sommerbädern und den Sonnenbädern im Amalienbad und Jörgerbad um 18 Prozent mehr Badende gebracht als im ersten Halbjahr 1953. Insgesamt wurden 463.330 Badegäste gezählt, darunter 144.838 Kinder. Auch der Besuch in den 25 städtischen Kinderfreibädern ist gegenüber dem Vorjahr um fast 25 Prozent gestiegen und betrug 185.213 kleine Badegäste. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 1954 in den städtischen Bädern rund 3,5 Millionen Badegäste gezählt.

- - -

Gedenktage für August

=====

29. Juli (RK)

- | | |
|--|--------------|
| 1. Alois Groppenberger Edler von Bergenstamm, Altertumsforscher | 200. Geb.Tag |
| 1. Professor Josef Müllner | 75. Geb.Tag |
| 4. Karl Freiherr von Auer-Welsbach, Chemiker, Erfinder des Gasglühlichts und der Osmiumglühlampe | 25. Tod.Tag |
| 4. Ludwig August Bretschneider, Landespartei sekretär der sozialdemokratischen Partei in Niederösterreich, Redakteur der "Arbeiter-Zeitung" und der "Volks-tribüne" in Wien, Mitglied des Abgeordnetenhauses und des Nationalrates | 25. Tod.Tag |
| 6. Eduard Hanslick, Professor für Musikgeschichte | 50. Tod.Tag |
| 14. Carl Carl (eigentl. Bernbrunn) Schauspieler, Theaterdirektor | 100. Tod.Tag |
| 14. Dr. Franz Hamburger, Professor für Kinderheilkunde | 80. Geb.Tag |
| 15. Dr. Dietrich Kralik, Univ.Prof. für deutsche Sprache und Literatur Univ. Wien | 70. Geb.Tag |
| 17. Dr. Leopold Nowak, Oberstaatsbibliothekar, Direktor der Musiksammlung der österreichischen Nationalbibliothek, Univ.Prof. für Musikgeschichte, Universität Wien | 50. Geb.Tag |
| 20. Paul Schlenther, Burgtheaterdirektor 1898-1910 (gest. 30.4.1916) | 100. Geb.Tag |
| 20. Dr. Moriz Wlassak, Professor für römisches Recht an der Universität Wien (gest. 24.4.1939) | 100. Geb.Tag |
| 24. Valentin Adamberger, Tenor | 150. Tod.Tag |
| 24. Ludwig Schmidtseder, Komponist, Schriftsteller | 50. Geb.Tag |
| 27. Hofrat Grobden Karl Dr.phil.em.Prof. für Zoologie, | 100. Geb.Tag |
| 28. Karl Böhm, Generalmusikdirektor | 60. Geb.Tag |
| 29. Matthäus Donner, Medailleur und Bildhauer | 250. Geb.Tag |
| 30. Ernst Tautenhayn, Schauspieler | 10. Tod.Tag |
| 31. Alma Maria Mahler-Werfel, Musikerin, Schriftstellerin | 75. Geb.Tag |

- - -

Das zehnte Serenadenkonzert
=====

29. Juli (RK) Samstag, den 31. Juli, findet um 20 Uhr im Arkadenhof des Wiener Rathauses das zehnte Serenadenkonzert statt. Es spielt der Neue Wiener Konzertverein unter dem Dirigenten Kurt Tenner. Auf dem Programm stehen: Ouverture "Rosamunde" von Franz Schubert, Notturmo Nr. 1 von Joseph Haydn, Augustiniana von Kurt Tenner, Arlésienne-Suite Nr. 1 von Georges Bizet, "Der verzauberte See" von Anatol Ljadow und die Polowetzer Tänze aus "Fürst Igor" von Alexander Borodin.

Karten zum Preis von 5 Schilling sind im Vorverkauf bei den Portieren des Rathauses erhältlich. Die restlichen Karten werden eine Stunde vor Beginn des Konzertes an der Abendkasse im Rathaus verkauft.

- - -

Krapfenwaldlbad - ein Opfer des Hochwassers

=====

29. Juli (RK) Wie jetzt bekannt wird, wurde auch das städtische Krapfenwaldlbad - allerdings nur indirekt - ein Opfer des Hochwassers. Das Bad wird bekanntlich erweitert, bekommt neue Kabinenanlagen und eine neue Kästchenhalle. Die Eröffnung des "Groß-Krapfenwaldls" war für Mitte Juli vorgesehen. Das Hochwasser hat aber der städtischen Bäderverwaltung einen Strich durch die Rechnung gemacht und das für die Kästchenhalle bei einer Tischlerfirma in Kritzen-dorf gelagerte Holz ganz einfach weggeschwemmt. Auch die Maschinen der Tischlerei sind durch das Hochwasser schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Einstweilen wurden nun von der Bäderverwaltung die neuen Kabinen im ehemaligen Restaurationsgebäude in Betrieb genommen. Die neue Kästchenhalle hofft man Mitte August fertigstellen zu können. Damit wird der Umbau des Krapfenwaldlbades vollendet sein, und dieses beliebte Sommerbad 3.500 Badegäste aufnehmen können.

- - -

Ausverkauftes Serenadenkonzert

=====

29. Juli (RK) Bei dem Serenadenkonzert am Mittwoch, dem 28. Juli, im Arkadenhof des Wiener Rathauses konnten heuer zum erstenmal hunderte Personen keinen Einlaß mehr finden, da das Konzert bereits vor Beginn der Veranstaltung ausverkauft war.

Der Abend wurde vom Kammerorchester der Wiener Konzerthausgesellschaft bestritten, dessen Dirigent Kurt Rapf war. Als Solistin wirkte Ilse Katschinka, Sopran, mit. Auf dem Programm standen Werke von Wolfgang Amadeus Mozart, Christoph Willibald Gluck, Franz Schubert, Béla Bartok, Fritz Racek und Ludwig van Beethoven.

Das Publikum, unter dem sich wie immer viele ausländische Gäste befanden, dankte den Ausführenden mit viel Beifall.

- - -

Der neue Wohnungstausch-Anzeiger erschienen
 =====

29. Juli (RK) Soeben ist die Nummer 50 des "Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers" erschienen. Die Tauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken wie auch aus den Bundesländern, sind im Tauschanzeiger übersichtlich, bezirkweise und nach Wohnungsgröße geordnet. Der redaktionelle Teil enthält Anweisungen über die Durchführung des Wohnungstausches. Hausbesorger, die ihre Dienstwohnung gegen eine Mietwohnung oder umgekehrt Parteien, die ihre Mietwohnung gegen eine Hausbesorgerwohnung zu tauschen wünschen, finden in dieser Nummer wichtige Ratschläge. Die 50. Folge des Wohnungstausch-Anzeigers ist 68 Seiten stark und um 1.30 S erhältlich.

Die Einschaltungen für die nächste Nummer, die am 17. September 1954 erscheint, können bis spätestens Samstag, den 4. September, im Tauschreferat der Gemeinde Wien 1, Rathausstraße 2, HP, täglich von 8 bis 15 Uhr, Samstag von 8 bis 12 Uhr vorgenommen werden. Außerdem nehmen nachstehende Stellen Einschaltungen entgegen: Anzeigen-Annahmestelle Wien 8, Lange Gasse 32, täglich Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr. Die Bezirksstellen des Wohnungsamtes nur Dienstag und Freitag von 8 bis 13 Uhr.

- - -

Rindernachmarkt vom 29. Juli
 =====

29. Juli (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 13 Ochsen, 6 Kühe, 1 Kalbin, Summe 20. Neuzufuhren: 5 Ochsen, 9 Stiere, 31 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 47. Gesamtauftrieb: 18 Ochsen, 9 Stiere, 37 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 67. Verkauft wurden: 4 Ochsen, 5 Stiere, 15 Kühe, 1 Kalbin, Summe 25. Unverkauft blieben: 14 Ochsen, 4 Stiere, 22 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 42.

- - -

Schweinenachmarkt vom 29. Juli
 =====

29. Juli (RK) Neuzufuhren: 131 Fleischschweine. Verkauft wurden alle. Kontumazanlage: 159 Schweine aus Jugoslawien.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 30. Juli 1954

Blatt 1380

Strombad Kritzensdorf wieder in Betrieb

=====

30. Juli (RK) Wie die städtische Bäderverwaltung mitteilt, wird das städtische Strombad Kritzensdorf nach Beseitigung der ärgsten Überschwemmungsschäden morgen Samstag, den 31. Juli, den Betrieb aufnehmen. Das Klosterneuburger Strandbad hat bereits vorigen Samstag seine Pforten geöffnet. Damit stehen den Wienern **wieder alle städtischen Bäder ohne Einschränkung zur Verfügung.**

- - -

Konzert im Belvedere-Garten

=====

30. Juli (RK) Montag, den 2. August, um 17.30 Uhr, findet im Oberen Belvedere-Garten ein Konzert der Wiener Konzertvereinigung unter dem Dirigenten Peter Traunfellner statt. Der Zutritt ist frei. Auf dem Programm stehen: Jubelouverture von Carl Maria von Weber, Erinnerung an Verdis Troubadour von Oskar Fetras, "Tanz der Stunden", Ballettmusik von Amilcare Ponchielli, Ballettmusik aus der Operette "Zarewitsch" von Franz Lehár, "Freikugeln" von Johann Strauß, "Frauenherz", Polka mazur von Josef Strauß, "Seid umschlungen Millionen", Walzer von Johann Strauß, "Künstlerleben", Walzer von Johann Strauß und "En carriere", Galopp von Karl Komzak.

- - -

Wiener Landtag

=====

30. Juli (RK) Der Wiener Landtag trat heute vormittag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek zu der voraussichtlich letzten Sitzung vor den Wahlen zusammen. Von der ÖVP lag eine Anfrage vor.

Dienstrechtliche Maßnahmen anlässlich der Gebietsabtretung

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referierte über ein Gesetz, betreffend dienstrechtliche Maßnahmen anlässlich der Gebietsabtretung auf Grund des Gebietsänderungsgesetzes. Wie er ausführte, werden im Zusammenhang mit dem Gebietsänderungsgesetz verschiedene Probleme zu lösen sein; eines der schwierigsten, weil es Menschen betrifft, ist dabei die Personalfrage. Der Referent stellte fest, daß anlässlich der Rückführung der 1938 übernommenen Gebiete in das Land Niederösterreich die Rückführung des Personales, bei den betroffenen Bediensteten nicht gerade Begeisterung ausgelöst hat; ein Zeichen dafür, daß der Zustand in dienstrechtlicher Hinsicht für das Personal der Stadt Wien nicht schlecht und in vielen Fällen sogar günstiger ist.

Es muß natürlich vor allem die Pflicht der öffentlichen Körperschaften sein, dafür Vorsorge zu treffen, daß die Bevölkerung am 1. September 1954 eine funktionierende Verwaltung vorfindet. Es gibt insofern Schwierigkeiten, als im Gesetz nicht klar festgelegt wurde, wer berechtigt ist, für die an Niederösterreich abzutretenden Gemeinden Vereinbarungen zu treffen. Nun werden 1.456 öffentliche Angestellte mit diesen Gebieten abzuwandern haben. Ein Teil von ihnen, die 1938 übernommen wurden, sind nicht mehr im aktiven Dienst. Man hat sie inzwischen durch andere Angestellte ergänzt. Nicht alle wohnen dort, wo sie ihren Dienst versehen. Wenn viele von ihnen jetzt den unter Umständen weiten Weg auf sich genommen haben, hatten sie doch das Gefühl, daß sie innerhalb der Gemeinschaft sind. Wenn aber die dienstrechtliche Trennung vollzogen wird, mag sich mancher gegen seinen Willen von dieser Gemeinschaft ausgeschlossen sehen. Anderen wird vielleicht der Vertrag mit der großen Stadt Wien besser und sicherer erscheinen und mehr Aufstiegs-möglichkeiten bieten. Stadtrat Sigmund versicherte jedoch, daß dieses Gesetz nicht schablonenhaft angewendet werden soll, sondern die Grundlage und den Rahmen zur Durchführung einer überaus schweren

Arbeit bildet. Das Gesetz sagt, daß Beamte der Stadt Wien und auch Vertragsbedienstete, soferne sie behördliche Aufgaben zu besorgen haben, mit dem Zeitpunkt aus dem Personalstand der Stadt Wien ohne Einhaltung einer Frist ausgeschieden werden, mit dem sie in den Personalstand des Bundeslandes Niederösterreich oder einer sich auf dem abgetretenen Gebiet bildenden neuen Gemeinde in mindestens gleichwertiger dienstrechtlicher Stellung übernommen werden. Weigert sich jedoch der Bedienstete, so gilt diese Weigerung als Dienstesentsagung, bzw. bei einem Vertragsbediensteten als vorzeitige Auflösung des Dienstverhältnisses. In diesem Fall erhält der Betreffende die ihm zustehende Abfertigung.

Das Gesetz soll so durchgeführt werden, daß es auf der einen Seite den Anforderungen der Bevölkerung entspricht, auf der anderen Seite aber auch den erworbenen Rechten der Angestellten Rechnung trägt. Dabei wird das Einvernehmen mit der Gewerkschaft gepflogen werden.

Abschließend ersuchte der Referent den Landtag, der Vorlage die Zustimmung zu geben und die Versicherung entgegenzunehmen, daß die Durchführung des Gesetzes nicht im schlechten Sinne bürokratisch gemacht werden wird. Man werde vielmehr versuchen, der Vorlage menschlichen Inhalt zu geben.

Abg. Dr. Altmann (LBl.) bedauert, daß die Bevölkerung der betroffenen Randgemeinden nicht selbst entscheiden kann, ob sie die Wiener oder die niederösterreichische Verwaltung wünscht. Der Kampf um das endgültige Schicksal der Randgemeinden dürfe am 1. September nicht aufhören. Fast kein Beamter sei mit seinem Ausscheiden aus dem Dienst der Stadt Wien einverstanden. Dem Unrecht an der Bevölkerung werde nun ein neues Unrecht an den Beamten hinzugefügt. Auf Grund dieses Gesetzes können Beamte und Vertragsbedienstete unter Bruch des öffentlichen Dienstverhältnisses aus dem Dienst der Stadt Wien ausgeschieden werden, wenn sie von Niederösterreich oder einer Gemeinde übernommen werden. Es mache aber einen entscheidenden Unterschied, ob jemand im Dienst dieser Stadt oder einer kleinen Gemeinde stehe. Besonders im Besoldungsrecht würden sich für die Betroffenen Nachteile ergeben. Der Redner beantragt, daß auf dem neuen Dienstplatz nicht nur die gleichwertige dienstrechtliche, sondern auch die gleiche besoldungsrechtliche Stellung gegeben sein müsse. Er gibt der Befürchtung Ausdruck, daß zum Zwecke der Aus-

scheidung von Bediensteten noch rasch Versetzungen in die abgetrennten Gebiete erfolgen könnten, und schlägt entsprechende gesetzliche Sicherungen vor. Gestrichen werden sollte die Bestimmung der Gesetzesvorlage, daß jüngere Bedienstete allein deswegen ausgeschieden werden können, weil sie noch nicht 35 Jahre alt sind. Hingegen sollte man den Wunsch eines Bediensteten auf Ausscheidung entsprechend berücksichtigen. Ein weiterer Zusatzantrag will die Mitwirkung der Gewerkschaft sicherstellen.

Die Ausscheidung definitiver Beamter gegen ihren Willen bedeute eine Verletzung aller Grundsätze des öffentlichen Dienstrechtes. Der Redner fordert in einem Beschlußantrag, die Ausscheidung von definitiven Beamten nur dann vorzunehmen, wenn sie sich ausdrücklich einverstanden erklären.

Mit Annahme der angeführten Abänderungsanträge würden dem harten Gesetz, das die Existenz von 1.500 Menschen berührt, die ärgsten Giftzähne ausgebrochen. Der vorliegenden Form des Gesetzes, die durch nichts zu rechtfertigen sei, könne seine Fraktion nicht die Zustimmung geben.

Stadtrat Sigmund verwahrte sich in seinem Schlußwort gegen die von Dr. Altmann im Zusammenhang mit dem Gebietsänderungsgesetz ausgesprochenen Verdächtigungen, wonach die Gemeinde Wien eine Schädigung der Bediensteten beabsichtige. Die dienstrechtlichen Maßnahmen anlässlich der Gebietsabtrennung wurden gemeinsam mit der Gewerkschaft ausgearbeitet. Auch die Durchführung des Gesetzes wird im Einvernehmen mit der Gewerkschaft erfolgen. Diese gemeinsame Arbeit bietet die Gewähr, daß nach menschlichem Ermessen den Interessen jedes einzelnen Rechnung getragen wird. Abschließend dankte der Stadtrat den Gewerkschaften für die loyale Mitarbeit und ersuchte den Landtag um Annahme des Gesetzes. Die von Dr. Altmann vorgebrachten Anträge empfahl er abzulehnen. Bei der Abstimmung wurde das Gesetz gegen die Stimmen des Linksblockes in erster und zweiter Lesung angenommen.

Aufhebung reichsdeutscher Vorschriften

Stadtrat Afritsch (SPÖ) referierte über den Entwurf des Magistrates, betreffend die Aufhebung einiger ehemaliger deutscher Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Baurechtes. Er verwies darauf, daß es sich um eine Reihe von Rechtsvorschriften handelt, die im

Jahre 1939 in Österreich eingeführt wurden und nur formelle Bedeutung hatten. Aufgehoben werden: die Verordnung über die Regelung der Bebauung vom 15. Februar 1936, Deutsches RGBl. I, S.104, die Verordnung über die Zulässigkeit befristeter Bausperren vom 29. Oktober 1936, Deutsches RGBl. I, S.933, die Verordnung über Baugestaltung vom 10. November 1936, Deutsches RGBl. I, S.938, die Verordnung über die allgemeine baupolizeiliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten vom 8. November 1937, Deutsches RGBl. I, S.1177, die Verordnung zur Einführung von Vorschriften auf dem Gebiete des Städtebaues und des Wohnungs- und Siedlungswesens im Lande Österreich vom 28. Februar 1939 sowie die Verordnungen über die Belichtung und Belüftung von Stallungen.

Abg. Dr. Altmann (LBl.) begrüßte die Aufhebung ehemaliger deutscher Rechtsvorschriften. Er hoffe jedoch, daß die Landesregierung auch weitere noch aus der nationalsozialistischen Ära bestehenden Vorschriften aufheben werde. Im Zusammenhang damit bemängelte er, daß die Zeit zur Vorberatung der Gesetze für die Abgeordneten zu kurz gewesen sei.

Stadtrat Afritsch sagte im Schlußwort, daß im allgemeinen die Gesetzentwürfe rechtzeitig zur Vorberatung eingebracht werden. In diesem Falle handelt es sich aber um Gesetze von minderer Bedeutung. Er verwies dann auf die Absicht, schrittweise auf anderen Gebieten noch bestehende deutsche Rechtsvorschriften durch österreichische zu ersetzen, wobei auch an eine Generalnovellierung der Bauordnung gedacht ist.

Bei der Abstimmung wurde das Gesetz über die Aufhebung der ehemaligen deutschen Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Baurechtes in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ein Auslieferungsbegehren

Abg. Mistingger (SPÖ) referierte dann über das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen um Zustimmung zur Verfolgung der Landtagsabgeordneten Maria Jacobi wegen Verdachtes des Vergehens nach dem Urhebergesetz sowie gegen einen Paragraphen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Der Landtagsabgeordneten wird angelastet, daß sie als verantwortliche Redakteurin einer Modezeitschrift durch die Veröffentlichung eines Photos das Urheberrechtsgesetz verletzt habe. Auf Wunsch der Abgeordneten stellte der Referent den Antrag,

dem Auslieferungsbegehren stattzugeben.

Der Landtag stimmte dem Antrag einstimmig zu.

Damit war die Tagesordnung erledigt und Präsident Marek schloß die Sitzung.

- - -

Ehrenmedaille für zwei Professoren
=====

30. Juli (RK) Der Wiener Gemeinderat hat vor einigen Wochen die Verleihung der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt an die Universitätsprofessoren Dr. August Reuss und Hofrat Dr. Alfred Wolfgang Wurzbach beschlossen. Die Auszeichnungen wurden heute vormittag im Wiener Rathaus den verdienten Persönlichkeiten durch Bürgermeister Jonas überreicht. Dem feierlichen Akt wohnten auch Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Afritsch, Koci, Mandl, Dkfm. Nathschläger und Magistratsdirektor Dr. Kinzl bei. Unter den Festgästen befanden sich prominente Persönlichkeiten der Wissenschaft, mit Rektor Prof. Schönbauer an der Spitze.

Der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung Mandl leitete mit einer Rückschau auf das Wirken der beiden Professoren ein. In beiden Fällen gab die Erreichung des 75. Lebensjahres den äußeren Anlaß zur Ehrung. Univ.Prof.Dr. August Reuss hat sich besondere Verdienste auf dem Gebiet der Kinderheilkunde erworben. Nach Beendigung der Universitätsstudien in Wien wurde er 1908 Assistent an der Wiener Universitätsklinik unter Escherich und Pirquet, die die Wiener Kinderheilkunde zu einer glanzvollen Blüte gebracht hatten. 1914 habilitierte sich Reuss als Privatdozent an der Wiener Universität. Nach dem ersten Weltkrieg erhielt er eine Abteilung an der Wiener Allgemeinen Poliklinik und übernahm 1925 die Kinderabteilung des Franz Josef-Spitals in Wien. 1929 erhielt er eine Berufung als Vorstand der Universitätskinderklinik in Graz, fünf Jahre später kehrte er aber nach Wien zurück und übernahm die Stelle des Direktors der städtischen Kinderklinik. Eine Reihe neuer Einrichtungen ist allein seiner Initiative, Energie und Organisationsgabe zu danken; so die Heranbildung des Nachwuchses hervorragender Kinderpflegerinnen, die Errichtung einer Muttermilchsammelstelle, die Gründung der Neugeborenenstation an den Wie-

ner städtischen Entbindungsanstalten. Vor fünf Jahren erhielt er die Lehrkanzel der Universitätsklinik in Wien. Er führte das Erbe Pirquets weiter, dessen Werk mit größtem sozialen Verständnis und von den Fachleuten der ganzen Welt anerkannt wird.

Univ.Prof.Hofrat Dr. Wurzbach ist zugleich auf drei Gebieten hervorragend hervorgetreten: als Lehrer, als wissenschaftlicher Schriftsteller und als Sammler. Als Professor an der Wiener Universität hat er Generationen von Studenten für das Lehramt in Französisch und Italienisch ausgebildet. Außerdem war Wurzbach als Volksbildner sehr beliebt und hat besonders in den Jahren 1920 bis 1938 im Wiener Volksbildungsverein eifrig gewirkt. Wurzbach ist ein international bekannter Sammler von Büchern, Autographen, Porträts und historischen Medaillen. 1938 wurde Prof. Wurzbach als Hochschullehrer zwangspensioniert, nach Kriegsende aber wieder an seine Lehrkanzel zurückberufen. 1947 erhielt er von der Französischen Regierung das Ritterkreuz der Französischen Ehrenlegion. Er ist Hofrat und Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Gesellschaften.

Bürgermeister Jonas nahm die Verleihung der Ehrenmedaillen vor. Er würdigte in seiner Ansprache das umfangreiche Lebenswerk der beiden Gelehrten, die stets mit unermesslicher Kleinarbeit verbunden war. Auch wenn die Leistungen der beiden Männer auf verschiedenen Gebieten der Wissenschaft vollbracht wurden, haben sie im gleichen Maße zur Mehrung des Ansehens Wiens beigetragen. Die hohe Auszeichnung ist der sichtbare Ausdruck der Anerkennung unserer Stadt für ihre rühmlichen Verdienste. Der Bürgermeister beglückwünschte beide Professoren im Namen der Stadtverwaltung.

Prof. Wurzbach dankte in seinem, wie auch im Namen Prof. Reuss für die Würdigung ihrer Tätigkeit, die sie, wie er versicherte, auch weiterhin mit Freude zum Wohle der geliebten Vaterstadt fortsetzen werden.

Kindertransporte der städtischen Erholungsfürsorge
=====

30. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 5. Juli von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim nach Tandalir bei Radstadt gekommen sind, am Samstag, dem 31. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 21.30 Uhr, vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

- - -

Pferdemarkt vom 29. Juli
=====

30. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 10 Pferde, davon 7 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 10 verkauft.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 6, Steiermark 2, Kärnten 2.

- - -

Ferkelmarkt vom 28. Juli
=====

30. Juli (RK) Aufgebracht wurden 230 Ferkel, verkauft wurden 159. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 5 Wochen 236 S, 6 Wochen 285 S, 7 Wochen 304 S, 8 Wochen 341 S, 9 Wochen 376 S, 10 Wochen 430 S, 12 Wochen 450 S.

Der Marktbetrieb war ruhig.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

30. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat im Anschluß an die Sitzung des Landtages zusammen. Vom Linksblock lagen fünf Anfragen vor. Folgende Anträge wurden eingebracht: Vom Linksblock ein Antrag, betreffend "Vergabe der Wohnungen in den neuen Gemeindewohnbauten Am Wiener Feld an die Bewohner der am meisten überbelegten Wohnungen in der Siedlung Wiener Feld"; betreffend "Ausbau des sogenannten Flössler-Teiches am Laaer Berg im 10. Bezirk zu einem Freibad"; betreffend "Errichtung eines städtischen Kindergartens und eines Kinder- und Jugenspielplatzes in der Siedlung Wiener Feld im 10. Bezirk"; betreffend "Ausdehnung des Geltungsbereiches der Wochenkarten der Wiener städtischen Straßenbahnen auf die städtische Autobuslinie 31"; betreffend "Verkehrsverbesserungen auf der Straßenbahnlinie 165"; betreffend "Sofortige Wiederaufnahme des Verkehrs auf der sogenannten Ländebahn in der Strecke Hütteldorf-Schwechat"; betreffend "Errichtung eines öffentlich zugänglichen Kinder- und Jugenspielplatzes im Unteren Augarten im 2. Bezirk"; betreffend "Wiederaufbau der Czerninschule im 2. Bezirk"; betreffend "Wiedererrichtung der Straßenbahnhaltestelle beim Hause Wien 2, Lassallestraße 36"; betreffend "Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für das Gebiet Am Schüttel im 2. Bezirk"; betreffend "Errichtung einer städtischen Badeanlage mit Kinderspielplatz und Kinderfreibad an der Brigittenauer Lände im 2. Bezirk"; betreffend "Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds". Die Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung überwiesen. Ferner wurde vom Linksblock eine Anfrage, betreffend "Maßnahmen, die das monatelange Leerstehen von Gemeindewohnungen verhindern sollen" eingebracht und dazu der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt.

./.

Hilfe für die Hochwasseropfer

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) referierte einen Antrag auf nachträgliche Genehmigung von 500.000 Schilling, die für Hilfsmaßnahmen anlässlich der Hochwasserkatastrophe vom Stadtsenat bereits bewilligt wurden. Wie er ausführte, hat das städtische Wohlfahrtsamt unverzüglich, als die Hochwassergefahr bedrohlichen Umfang annahm, Hilfsmaßnahmen eingeleitet. Für die Evakuierten wurde eine Ausspeisungsaktion ins Leben gerufen und täglich bis zu 900 Personen ausgespeist. In den bedrohten Gebieten wurden überall Schulen für die Unterbringung der Evakuierten eingerichtet. Gegenwärtig sind Erhebungen über den Umfang der Schäden im Gange, auch eine Hausratshilfe ist geplant. Für die Behebung der Schäden werden Beträge benötigt, die heute noch nicht genau angegeben werden können. Daher liegt dem Gemeinderat ein Antrag vor, vorläufig 500.000 Schilling zu genehmigen.

Der Referent weist in diesem Zusammenhang auf die Spende der Stadt Wien von einer Million Schilling für die Hochwasseropfer hin, ferner auf die Kosten des Hochwassereinsatzes der Magistratsabteilung 29, die 2,9 Millionen Schilling betragen. 750.000 Schilling wurden außerdem der Donauhochwasserschutzkonkurrenz zur Verfügung gestellt und weitere 781.000 Schilling für diese Institution, um dringende Arbeiten durchzuführen.

Vizebürgermeister Honay dankte im Namen der Stadt Wien allen freiwilligen Hilfskräften und den Beamten, die Tag und Nacht ausgeharrt haben, um die große Gefahr von Wien abzuwenden (Beifall).

GR.Dr.Ing.Hengl (ÖVP) weist besonders auf die Schäden hin, die die Landwirtschaft in Wien erlitten hat und dankt gleichfalls allen, die bei der Hochwasserkatastrophe mitgeholfen haben (Beifall bei der ÖVP). Der Redner gab im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu dem Antrag, betonte jedoch, daß die heute bewilligte Summe nur ein Anfang sein könne. Als Kritik bringt Dr.Hengl vor, daß die Erhebungen zu rasch und ungenau erfolgt seien. Im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe vor drei Jahren in Liesing ersucht er ferner, gleichmäßig für Hilfe zu sorgen und regt an, in der nächsten Zeit dafür Vorsorge zu treffen, daß die Schutzbauten auf den modernsten Stand gebracht werden.

Vizebürgermeister Honay weist im Schlußwort darauf hin, daß das Nationalkomitee für die ersten Erhebungen einen sehr kurzen Termin gesetzt habe. Ferner betont er, daß die Fachleute bereits zusammengetreten sind, um wegen der Donaudämme das Nötige zu veranlassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Schulbau in Hirschstetten

Über den Zubau zu der Hauptschule Hirschstetten referierte StR. Thaller (SPÖ). Seit dem Bau dieser Hauptschule ist, wie der Referent ausführte, durch die Vergrößerung des Wohngebietes in der Umgebung die Schule zu klein geworden. Daher ist ein Zubau von acht Klassen vorgesehen, die in einem viergeschossigen Trakt untergebracht werden sollen. Die Kosten betragen 3,5 Millionen Schilling, davon werden heuer noch eine Million verbaut.

GR. Hausner (LBl.) stimmt dem Antrag des Referenten zu, kritisiert jedoch, daß schon bei der Errichtung der Schule in diesem Gebiet diese nicht genügt. Der Linksblock hat damals bereits auf die Unzulänglichkeit hingewiesen. Er verlangt, daß die Erhebungen über den Schulbedarf mit mehr Sorgfalt durchgeführt werden. Schließlich stellt der Redner den Antrag, in Neu-Kagran eine Volks- und Hauptschule zu errichten.

Nach dem Schlußwort von Stadtrat Thaller wird der Antrag des Stadtsenates einstimmig angenommen. Der Antrag des Linksblockes wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die neue Schwedenbrücke

Stadtrat Thaller (SPÖ) berichtet hierauf über den Wiederaufbau der Schwedenbrücke. Der Gemeinderat hat schon im Dezember des vorigen Jahres den Wiederaufbau grundsätzlich beschlossen. Glücklicherweise konnte die Marienbrücke ohne besondere Verspätung fertiggestellt werden. Es ist zu hoffen, daß auch die Rotundenbrücke, wie geplant, noch im heurigen Jahr dem Verkehr übergeben werden kann. Damit ist die Zeit gekommen, an den Neubau der Schwedenbrücke heranzugehen.

./.

Die neue Schwedenbrücke wird fast 27 Meter breit sein, das ist um etwa 3 Meter breiter als die derzeitige Brücke. Sie wird beiderseits Gehsteige von je 4 Meter Breite haben. Das Tragwerk ist für schwerste Verkehrslasten bemessen. Die neue Brücke wird im übrigen nicht genau in derselben Lage wie die alte Brücke gebaut, sie wird eine kleine Verschwenkung erfahren und auf dem Leopoldstädter Ufer etwa um 40 cm tiefer gelegt werden, um die steile Rampe zur Abfahrt in die Praterstraße etwas zu mildern.

Auf Grund der Ausschreibung wurden von 10 Firmen 25 verschiedene Projekte eingereicht. Die Gemeindeverwaltung entschied sich für ein Projekt der Firma Auteried in Stahlbeton. Es handelt sich dabei um die erste Spannbetonbrücke in Österreich. Das Spannbetonverfahren hat gegenüber dem Schlaffbeton, wie er bei der Marienbrücke verwendet wurde, den Vorteil, daß Rißbildungen im Beton fast zur Gänze vermieden werden.

Die Kosten des Wiederaufbaues der Schwedenbrücke, die ursprünglich mit 12 Millionen Schilling vorgesehen waren, werden sich insgesamt nur auf 7,7 Millionen Schilling belaufen. Die Baurate für das heurige Jahr soll 1,4 Millionen Schilling betragen. Mit der Abtragung der alten Brücke wird noch heuer begonnen, die neue Brücke wird vielleicht schon im Laufe des nächsten Jahres fertig sein.

GR. Dr. Altmann (LBl.) anerkennt, daß die Donaubrücken relativ rasch und in befriedigender Weise neu errichtet wurden. Es sei zu hoffen, daß die neue Schwedenbrücke allen Anforderungen genügen werde. Dies sollte aber auch ein Ansporn zur Lösung der nicht minder bedeutenden Aufgabe einer neuen Verkehrsverbindung zwischen den inneren Bezirken Wiens und Floridsdorf sowie Stadlau sein.

Stadtrat Thaller versicherte in seinem Schlußwort, daß das Bauamt der Gemeinde mit den Bundesbahnen in ständiger Fühlung wegen des Baues der Schnellbahn stehe, die den Süden mit dem Norden Wiens verbinden soll. Auch über die Nordbahnbrücke sei dabei beraten worden. Diese Planungen erfordern aber viele Überlegungen. Es werde jedenfalls emsig an den Plänen gearbeitet und es werde versucht, für dieses Verkehrsproblem bald eine entsprechende Lösung zu finden.

Der Antrag des Berichterstatters wird einstimmig angenommen.

Sodann erhält GR. Maller (LBl.) das Wort zur Begründung der dringlichen Behandlung einer Anfrage, betreffend Maßnahmen, die das monatelange Leerstehen von Gemeindewohnungen verhindern sollen.

Der Redner erklärt dabei, daß zirka 30 Prozent der neugebauten Wiener Gemeindewohnungen mehrere Monate leerstehen.

Der Antrag auf Verlesung und Besprechung der Anfrage wird gegen die Stimmen des Linksblocks und der WdU abgelehnt. Die Beantwortung der Anfrage wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Bilanz einer Funktionsperiode

Bürgermeister Jonas ergriff hierauf das Wort zu einem Rechenschaftsbericht. Er führte aus: "Wir sind am Schlusse der heutigen Verhandlungen angelangt. Diese Sitzung wird voraussichtlich die letzte des gegenwärtigen Gemeinderates sein, sodaß wir seine Funktionsperiode im Hinblick auf die für den 17. Oktober festgesetzte Neuwahl im wesentlichen als abgeschlossen betrachten dürfen.

Wenngleich die Möglichkeit nicht auszuschließen ist, daß in der Zwischenzeit unvorhergesehen noch ein weiterer Zusammentritt erforderlich werden könnte, so will ich doch schon diese Sitzung zum Anlaß eines kurzen Rückblickes nehmen.

Erinnern wir uns, in welchem Zustande sich unsere Stadt noch am Beginne der jetzigen Wahlperiode befunden hat: Ohne die fast übermenschlichen Anstrengungen in den Jahren 1945 bis 1949 hätte das erschütternde Elend der ersten Nachkriegszeit niemals in solchem Maße überwunden werden können, als dies unter namenlosen Schwierigkeiten dennoch geschehen ist. Aber trotzdem stand der Wiener Gemeinderat auch noch am Beginn seiner zweiten Funktionsperiode vor gigantischen Aufgaben. Noch immer mußten Lebensmittel bewirtschaftet werden und noch immer herrschte ungemein empfindlicher Mangel an allen Baustoffen, die für den Wiederaufbau unseres Wohnungs- und Verkehrswesens, unserer Betriebe, Schulen, Spitäler und aller sonstigen vielen Einrichtungen dringend nötig waren.

Wenn wir heute auf die Tätigkeit während dieser zweiten Wahlperiode zurückblicken, so können wir mit ruhigem Gewissen und dem berechtigten Gefühl der Genugtuung feststellen, daß besonders diese zweite Etappe des Wiener Wiederaufbauwerkes von weithin sichtbaren Erfolgen gekrönt worden ist und jeden Vergleich mit anderen Städten aushält.

In der Wasser-, Gas- und Stromversorgung, im städtischen Verkehrswesen, in der Kanalisation, an den Straßen und Brücken, in der Müllabfuhr, der Straßenreinigung und an der öffentlichen Beleuchtung, auf den Märkten und Schlachthöfen, an den städtischen Wohnbauten, Amtsgebäuden und Anstalten sind die Kriegsschäden zugleich mit vielen Zeitschäden fast völlig behoben. Alle diese öffentlichen Einrichtungen haben zusätzlich eine sehr beträchtliche Erweiterung und Leistungssteigerung nach modernen Gesichtspunkten erfahren.

Dasselbe gilt von unseren Schulen, Kindergärten und Spitälern, vom Gesundheits- und Veterinärdienst, von unseren vielverzweigten Fürsorgeeinrichtungen, von unserer Feuerwehr und dem Rettungsdienst, von den Bädern, Spielplätzen, Sport- und Parkanlagen.

Auch auf dem Gebiete der Kultur und Volksbildung ist ein sichtbarer Wiederaufstieg zu erkennen und der Grund zu neuen Leistungen gelegt. Für diese gesteigerten Leistungen zeugen die jährlichen Festwochen, und sie drücken sich auch im Bau des Städtischen Museums und der Wiener Stadthalle aus.

31.000 neue Wohnungen

Der Amtsführende Stadtrat für das Bauwesen hat bei der Beratung des Budgets für das Jahr 1950 berichtet, daß bis zum Ende des Jahres 1949 von der Gemeinde Wien 1.472 Wohnungen gebaut wurden. Bei dem heutigen Rückblick auf die ablaufende Funktionsperiode kann ich dem Hohen Gemeinderate berichten, daß sich diese Zahl bis Ende 1954 auf mehr als 31.000 erhöhen wird (Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU). Bis zu diesem Zeitpunkt werden für den sozialen Wohnungsbau innerhalb dieser Wahlperiode mehr als zwei Milliarden Schilling ausgegeben worden sein. Außer den neu erbauten Wohnungen wurden nicht weniger als 6.000 zerstörte Gemeindewohnungen wieder aufgebaut. Wir dürfen mit vollem Recht feststellen, daß diese Bauleistungen ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot und ein entscheidender Faktor der Arbeitsbeschaffung geworden sind. Wenn wir bedenken, daß Ende Juni noch weitere 11.765 neue Wohnungen bereits im Bau waren und wenn ich der Bevölkerung namens des Gemeinderates das Versprechen abgeben

kann, daß die Gemeinde Wien ihre Wohnbautätigkeit auch in den kommenden Jahren unentwegt fortsetzen wird, so dürfen wir alle durchaus die Hoffnung schöpfen, daß wir in abschbarer Zeit doch von der Geißel der drückenden Wohnungsnot befreit sein werden (Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU).

Ich glaube, daß in diesen seit 1949 vollbrachten Leistungen, die greifbar vor jedermanns Augen stehen, ein eindrucksvoller Rechenschaftsbericht über die nun ablaufende Funktionsperiode des Gemeinderates zu erblicken ist, die im Zeichen der gemeinsamen Arbeit der beiden großen Parteien stand, welche 85 Prozent der Wiener Bevölkerung vertreten.

Dank an die Bevölkerung

Ich danke Ihnen, meine Frauen und Herren des Gemeinderates, dafür, daß Sie durch Ihre Beratungen und Beschlüsse die Grundlagen für dieses Werk geschaffen haben; ich danke allen Angestellten und Arbeitern, die zur Ausführung dieser Beschlüsse mit ihren besten Kräften beigetragen haben; ich danke dem gesamten Wiener Volk, dessen Verständnis und Opferwillen vom Gelingen dieses Aufbauwerkes nicht zu trennen sind.

Ich glaube **aber**, auch in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich in herzlicher Dankbarkeit vor allem meines Amtsvorgängers gedenke, unseres verehrten Herrn Bundespräsidenten Theodor Körner, der in den beiden ersten Jahren der nun ablaufenden Wahlperiode mit seinem festen Gestaltungswillen noch **an** der Spitze der Wiener Stadtverwaltung stand (Beifall).

Abschied von den Randgemeinden

Es ist ein geschichtlicher Zufall, daß mit dem Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode der Austritt der sogenannten Randgemeinden aus dem Wiener Gemeindeverband erfolgt. Der Wiener Gemeinderat soll daher die heutige Sitzung zum Anlaß nehmen, um die Randgemeinden zu verabschieden. Diese Gebiete wurden im Jahre 1938 bei der Schaffung Groß-Wiens mit uns kommunal verbunden.

Nach den Beschlüssen des Nationalrates und der Landtage von Niederösterreich und Wien im Jahre 1946 werden die meisten Randgemeinden am 1. September wieder als selbständige Gemeinden konstituiert und in den Bereich des Landes Niederösterreich zurückkehren.

Diese Gebiete sind zu einer unglücklichen Zeit an Wien gefallen; in einer Zeit der Diktatur und des Krieges, die jede demokratische Entfaltung erstickte und jede kommunale Fortentwicklung unterband. Nur Zerstörungen waren das Ergebnis jener Periode. Erst seit der Wiedererrichtung der zweiten Republik haben die Randgebiete Anteil nehmen können an den Früchten der demokratischen Verwaltung. Diese Früchte waren für uns Alle, auch für die Bewohner des alten Stadtgebietes anfangs nur spärlich, doch sie vermehrten sich für uns alle, auch für die Bewohner der Randgebiete, je mehr die Kriegsfolgen überwunden wurden.

Ich darf mit gutem Fug und Recht feststellen, daß die demokratische Stadtverwaltung Wiens es jederzeit als eine ihrer vornehmsten Pflichten hielt, den Randgebieten die gleiche Obsorge und Betreuung angedeihen zu lassen, wie dem alten Stadtgebiet. Sie hat dort Leistungen vollbracht und Werke geschaffen, die die Erinnerung an die Zugehörigkeit dieser Gebiete zur Bundeshauptstadt für dauernde Zeiten festhalten werden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Daß die Randgebiete keine Vertretung im Wiener Gemeinderat besaßen und auch keine freigewählten Bezirksvertretungen bilden konnten, war gewiß ein schwerer Mangel, lag aber keinesfalls in den Absichten Wiens. Umso herzlicher ist mein Dank an die Herren Bezirks- und Ortsvorsteher der nun abgetrennten Gebiete für die wertvolle Mitarbeit, welche sie in schweren Zeiten für ihre Mitbürger geleistet haben.

Mit der jetzigen Rückkehr nach Niederösterreich endet eine 16jährige Periode, in der die Bewohner dieses Gebietes in Freud und Leid mit Wien verbunden waren. Diese kommunale Verbundenheit löst sich jetzt auf; fortbestehen bleibt jedoch die wirtschaftliche Verflechtung mit Wien und vor allem die menschliche Verbundenheit. Und ich glaube, daß es letzten Endes doch das beste Zeugnis für die Gemeinde Wien ist, daß die Bewohner der Randgemeinden von ihr nur sehr ungern Abschied nahmen. Es ist mir und gewiß auch Ihnen, meine Frauen und Herren des Wiener Gemeinderates, eine Herzenssache, die gesamte Bevölkerung der nun wieder selbständig wer-

denden Gemeinden unserer ungeschmälerten Freundschaft zu versichern. Es ist ja kein wirklicher Abschied, wenn Glieder eines bisher gemeinsamen Haushaltes diesen als gute Freunde verlassen und nebenan, so Tür an Tür, ihren eigenen Hausstand begründen. Ich wünsche den wiedererstehenden Gemeinden Glück und Gedeihen für alle Zukunft.
(Beifall.)

Die Aufgaben des neuen Gemeinderates

Der neue Wiener Gemeinderat, der aus den Wahlen am 17. Oktober hervorgehen wird, wird ein räumlich engeres, in sachlicher Hinsicht aber ein ebenso reiches Tätigkeitsfeld wie bisher vorfinden, und sich auf dieses umso fester konzentrieren. In den vergangenen Jahren konnten dank dem Zusammenwirken aller Kräfte viele schwierige Probleme gelöst werden. Trotzdem harren noch manche wichtige Aufgaben ihrer Erfüllung.

Da der Wiederaufbau Wiens noch nicht abgeschlossen ist und außerdem unsere raschlebige Zeit immer wieder neue Probleme schafft, wird auch den neuen Gemeinderat ein reiches Pensum an Arbeit erwarten. Auch er wird gewaltige Aufgaben vorfinden, die zwar schwierig, aber auch dankbar sind und nur im Geiste des menschlichen Fortschrittes und der sozialen Gerechtigkeit gelöst werden können. Mein Wunsch an den kommenden Gemeinderat ist, daß er zu noch höheren Erfolgen gelange, damit das Leben der Wiener ein immer reicheres, schöneres und gesünderes werde. Das ist ja der tiefste Sinn jeder wahren Demokratie: Daß sie für Alle da ist, alle Interessen gegenseitig abwägt und ausgleicht, die soziale Gerechtigkeit anbahnt und vor allem dem Volke die Möglichkeit gibt, seine Zukunft selbst zu meistern.

Im unverbrüchlichen Glauben an die Demokratie gebe ich beim heutigen Anlaß von neuem der allgemeinen Hoffnung Ausdruck, daß in dieser von Spannungen erfüllten Welt endlich die Vernunft und die Gerechtigkeit zur Geltung kommen und unserem leidgeprüften Lande endlich die volle, längstverdiente Freiheit gegeben wird. - Glücklicherweise der Wiener Gemeinderat, der einst in diesem Saale das höchste Ereignis der Bundeshauptstadt, den Freiheitsmorgen über Österreich, begrüßen kann! (Beifall.) - Ihnen, meine Frauen und Herren, war dies nicht gegönnt; ich wünsche dieses wahrhaft erhebende Erlebnis dem künftigen Gemeinderat!

Nur eine knappe Spanne Zeit trennt uns von den nächsten Wahlen zum Gemeinderat, die über den Geist und die Richtung der Stadtverwaltung entscheiden werden. - Möge der in der Demokratie unvermeidliche, aber gesunde Wettstreit der Meinungen, aus dem sich in friedlicher Weise der Wille des Volkes formt, im allgemeinen Interesse ein möglichst kurzer und sachlicher sein. Die Träger widerstreitender Meinungen werden sich schließlich zur Fortsetzung des kommunalen Aufbau- und Neugestaltungswerkes ebenso zusammenfinden müssen, wie Sie sich, meine Frauen und Herren, im Dienst an dieser von uns allen geliebten Stadt zusammengefunden haben. - Als bishoriger Bürgermeister und Vorsitzender des Gemeinderates sage ich Ihnen auch für dieses verständnisvolle Zusammenwirken aufrichtigen Dank.

Ich wünsche Ihnen allen, meine Frauen und Herren, verdiente Erholung für Ihr Wirken im beruflichen und im öffentlichen Leben. - Für alle, die nach vollzogener Neuwahl nicht mehr als Volksvertreter in das Rathaus einzichen sollten, wird es eine bleibende Ehre sein, in dieser erfolgreichen Periode mitgewirkt zu haben am Wiener Aufbauwerk. - Alle, die sich wieder als Gewählte in diesem Saale finden werden, bitte ich namens der Wiener schon heute, das große Aufbauwerk, das dem ganzen Volke dienen soll, fortzusetzen - zum Blühen und Gedeihen unserer Vaterstadt. (Langanhaltender Beifall des gesamten Gemeinderates.)

Schluß der Sitzung um 14.45 Uhr.

- - -

Teilweise Aufhebung der Sperre in der Lobau
=====

30. Juli (RK) Fußgänger und Radfahrer können ab Samstag, den 31. Juli, wieder alle markierten Wege in der städtischen Lobau benützen, mit Ausnahme der grünen Markierung zwischen Schrödertor und Fasangarten sowie den Eingang bei der Uferhausfurt in Groß-Enzersdorf.

Für Kraftfahrer ist das Befahren der durch allgemeine

30. Juli 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1398

Fahrverbotstafeln gekennzeichnete Teile der Lobau verboten; nur die Zufahrt bis zum Badeplatz Panozzalacke über Hubertusdamm und zum Badeplatz Donau - Oder-Kanal II über Groß-Enzersdorf - Uferhausfurt ist gestattet. Die Uferhausfurt kann noch nicht freigegeben werden.

- - -

Stromstörung im Umspannwerk Fünfhaus

=====

30. Juli (RK) Infolge eines Kurzschlusses in der 5.000-Volt-Anlage im Umspannwerk Schmelz wurde heute, um 12.06 Uhr, das von diesem Werk versorgte Netz spannungslos. Nach Vornahme entsprechender Umschaltungen konnten die gestörten Teile wieder bis 12.10 Uhr zugeschaltet werden. Der Straßenbahnbetrieb im betroffenen Gebiet war bloß vier Minuten unterbrochen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 31./Juli 1954

Blatt 1399

Erste Sitzung am Dienstag:

Randgemeinden-Verhandlungen beginnen

=====

31. Juli (RK) Das Verfassungsgesetz über die Abtrennung der Randgemeinden sieht vor, daß die erforderliche Auseinandersetzung zwischen dem Bundesland Niederösterreich und dem Bundesland Wien durch Vereinbarung zwischen den beiden Gebietskörperschaften geregelt wird. Landeshauptmann Jonas hat deshalb den Landeshauptmann von Niederösterreich, Steinböck, eingeladen, für diesen Zweck ein Verhandlungskomitee einzusetzen, das aus je drei Mitgliedern der beiden Landesregierungen bestehen soll. Da von Landeshauptmann Steinböck die Zustimmung eingetroffen ist, wird die erste Sitzung dieses Verhandlungskomitees im Wiener Rathaus bereits am Dienstag, dem 3. August, stattfinden.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

=====

31. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 7. Juli von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Kirchschlag" gebracht wurden, am Dienstag, dem 3. August, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 12.18 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

- - -

Elfhundertjahrfeier der Stadt Ulm
=====

31. Juli (RK) Die Stadt Ulm an der Donau begeht am 31. Juli ihren elfhundertjährigen Bestand. Aus diesem Anlaß findet im Ulmer Münster ein Festakt statt. Die Stadt Wien wird bei dieser Veranstaltung durch Vizebürgermeister Honay vertreten sein.

- - -

Urlaub für Dauerbefürsorgte in Deutsch-Altenburg
=====

31. Juli (RK) Das Wohlfahrtsamt der Gemeinde Wien hat im April mit der Entsendung von Dauerbefürsorgten in drei Pensionen, die sich in Heiligenkreuz und St. Corona befinden, begonnen. Bis jetzt sind rund 1.400 Dauerbefürsorgte in diesen Pensionen durch je 14 Tage verpflegt worden. Nummehr wird auch das Hotel Bauer in Deutsch-Altenburg städtische Dauerbefürsorgte aufnehmen. Dem Stadtsenat wird bereits am Dienstag ein entsprechender Antrag vorgelegt werden.

- - -

Parkkonzerte am Dienstag
=====

31. Juli (RK) Dienstag, den 3. August, um 17.30 Uhr, finden in Meidling und in der Brigittenau Parkkonzerte statt. Im 12. Bezirk, Ahornhof, spielt die Musikkapelle der Wiener E-Werke, im 20. Bezirk, Mortarapark, spielt die Polizeimusik Wien. Der Zutritt zu diesen Konzerten ist frei.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

31. Juli (RK) Im August entfallen die Sprechstunden des Amtsführenden Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger.

- - -

Auer-Welsbach zum Gedenken
=====

31. Juli (RK) Auf den 4. August fällt der 25. Todestag des Technikers und Erfinders Dr. Karl Auer Freiherr von Welsbach.

Am 1. September 1858 als Sohn des Direktors der Hof- und Staatsdruckerei in Wien geboren, begann er nach Absolvierung des Chemiestudiums als Privatgelehrter mit seinen Forschungen. Die Beschäftigung mit den seltenen Erden führte ihn zu dem Problem des Inkandeszenzlichtes, das er durch seine Erfindung des Gasglühlichtes restlos löste. Dieses setzte sich rasch durch, da es bei halbem Gasverbrauch eine verdreifachte Leuchtkraft besaß. Auch auf die Entwicklung der elektrischen Lampe nahm Auer-Welsbach durch seine Osmiumlampe Einfluß. Seine dritte große Erfindung war das funkensprühende Cereisen, das als Zündungsmaterial für verschiedene Werkzeuge dienen sollte. 1907 gründete er die Treibacher Chemischen Werke, die auch heute noch durch ihre Feuerzeugproduktion Weltruf besitzen. Auer-Welsbach hat seine bedeutenden industriellen Unternehmungen der Leitung fähiger Mitarbeiter anvertraut, um sich ungestört seinen Forschungen widmen zu können. 1899 ließ er sich Schloß Welsbach in Kärnten erbauen und richtete sich ein Laboratorium ein, in dem er bis zu seinem Lebensende arbeitete. Seine spektrographischen und sonstigen Untersuchungen haben die Chemie sehr bereichert. Er erblickte den Sinn seines Daseins ausschließlich in der wissenschaftlichen Betätigung und kannte fast keine persönlichen Vergnügungen. Von seinem großen Vermögen verwendete er beträchtliche Summen für wohltätige Zwecke. Nach seinem Tod wurde er in seine Vaterstadt überführt und auf dem Hietzinger Friedhof bestattet. Die Wissenschaft hat ihm zeitlebens zahlreiche Ehrungen erwiesen und auch sein Gedächtnis bewahrt. Er erhielt das Ehrendoktorat zahlreicher Universitäten und die Mitgliedschaft der Akademien von Wien, London und Stockholm. Die Auer-Welsbach-Stiftung setzte ihm vor dem II. Chemischen Institut ein Denkmal, die Stadt Wien benannte die Parkanlage zwischen dem Technischen Museum und Schönbrunn nach ihm.

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im August
 =====

31. Juli (RK) Im August sind nachstehende Abgaben fällig:

10. August: Getränkesteuer für Juli,
 Gefrorenessteuer für Juli,
 Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite
 Hälfte Juli,
 Ankündigungsabgabe für Juli.
14. August: Anzeigenabgabe für Juli.
15. August: Lohnsummensteuer für Juli,
 Grundsteuer für das Vierteljahr Juli bis September
 bei einer Jahresvorschreibung über 40 S, für das
 Halbjahr Juli bis Dezember bei einer Jahresvorschrei-
 bung von 20 S bis 40 S, für das Jahr 1954 bei einer
 Jahresvorschreibung bis 20 S,
 Kanalräumungs- und Hauskehrabfuhrgebühr für das
 Vierteljahr Juli bis September.
25. August: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste
 Hälfte August.

- - -

Tausend kleine Gäste bei Bürgermeister Jonas
 =====

Eine Vorstellung für "Überschwemmungskinder" im Forum

31. Juli (RK) Bürgermeister Jonas hat für heute vormittag 1000 Kinder aus dem Gebiet der Überschwemmungskatastrophe zu einer Sondervorstellung ins Forum-Kino eingeladen. Die Mehrzahl der kleinen Gäste, die mit ihren Betreuern gekommen sind, waren Buben und Mädeln aus Krems, Persenbeug und Ybbs. Zu ihrer Begrüßung hatten sich mit dem Bürgermeister mehrere Stadträte und Mitglieder des Wiener Gemeinderates eingefunden. Dem Empfang der Kinder durch den Bürgermeister der Bundeshauptstadt wohnte auch der Landeshauptmann-Stellvertreter von Niederösterreich Popp, sowie Vertreter einiger niederösterreichischer Städte bei.

Bürgermeister Jonas würdigte die Hilfsbereitschaft unzähliger Wiener Familien, die sich der kleinen Gäste aus Niederösterreich angenommen haben. Er dankte allen, die an dieser Aktion der Solidarität teilgenommen haben und bat die Kinder, ihren Eltern zu

Hause die Grüße der Stadt Wien zu überbringen. Ein Mäderl und ein Bub dankten dem Bürgermeister für die Einladung zu der Sondervorstellung und überreichten ihm einen Blumenstrauß.

Dann folgte ein buntes Programm artistischer Darbietungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Ein Musikclown erfreute die Kinder mit lustigen Schlangenbeschwörungen und Solovorträgen auf einer Fahrradpumpe, ein Zauberer zog den Kindern Schillingstücke aus der Nase und ein Zeichner begeisterte die Kleinen mit seinen blitzschnellen Illustrationen zu bekannten Märchen. Den Abschluß der Vorstellung bildete die Vorführung des Farbfilmes "Die Robbeninsel" von Walt Disney. In der Pause bekam jedes Kind eine große Schachtel mit Süßigkeiten.

- - -

Schwerer Verkehrsunfall in Meidling

=====

31. Juli (RK) Heute vormittag ereignete sich in der Breitenfurter Straße nächst der Sagedergasse ein schwerer Zusammenstoß eines aus Richtung Liesing kommenden Personenkraftwagens mit einem Wagen der Autobuslinie 28, bei dem eine Person getötet wurde und fünf weitere zum Teil schwere Verletzungen erlitten.

Nach einem Bericht der Wiener Verkehrsbetriebe ist der vom 39jährigen Chauffeur Wilhelm Topf gelenkte Personenkraftwagen in voller Fahrt mit dem linken Vorderrad in den ihm entgegenkommenden Autobus hineingefahren. Das mit vier Personen besetzte Privatauto wurde beim Zusammenprall vollkommen zertrümmert. Der Lenker Topf erlitt eine Gehirnerschütterung, mehrere Schnittwunden und eine Prellung der Kreuzbeingegend, die weiteren drei Insassen, der 39jährige Eisenbahner, Josef Muster, der 52jährige Chauffeur Adolf Oberlik und der 39jährige Franz Dvorak gleichfalls Gehirnerschütterungen, Platzwunden und Prellungen. Der Lenker des schwer beschädigten Autobusses, der 34jährige Wilhelm Schiehler, kam mit einem leichten Schock und kleineren Prellungen davon und konnte später aus dem Hanusch-Krankenhaus entlassen werden.

Die Verletzten des Personenkraftwagens wurden vom städtischen Rettungsdienst in das Hanusch-Krankenhaus gebracht, wo festgestellt

wurde, daß sie alkoholisiert waren. Noch in den Nachmittagsstunden war keiner von ihnen einvernehmungsfähig. So konnte vorläufig auch nicht geklärt werden, wie der 43jährige Bundesbahnbeamte Karl Schuh, 10, Quellenstraße 79, das einzige Todesopfer der Verkehrskatastrophe wurde. Es wird angenommen, daß Schuh, der mit einem Schädelgrundbruch neben dem zertrümmerten Personenkraftwagen aufgefunden wurde, als unbeteiligter Straßenpassant sich im kritischen Augenblick nächst der Unfallstelle aufhielt. Der Tod des Schwerverletzten ist im Rettungswagen unterwegs ins Spital eingetreten.

- - -